

Kommunikation zwischen Akteuren aus Landwirtschaft und Naturschutz

Probleme, Ursachen und Handlungsempfehlungen

Verena Menauer, Wolfgang Schweiger
und Andrea Knierim

BfN-Schriften

676

2023





Bundesamt für
Naturschutz

Kommunikation zwischen Akteuren aus Landwirtschaft und Naturschutz

Probleme, Ursachen und Handlungsempfehlungen

Verena Menauer,
Wolfgang Schweiger,
Andrea Knierim

Impressum

Titelbild: Eine Frau und ein Mann in Arbeitskleidung stehen am Feldrand und unterhalten sich
© StockMediaProduction – stock.adobe.com

Adressen der Autorinnen und des Autors:

Dr. Verena Menauer	Universität Hohenheim, Fruwirthstr. 46, Kavaliershhaus 3, 70599 Stuttgart E-Mail: v.menauer@gmail.com
Prof. Dr. Wolfgang Schweiger	Universität Hohenheim, Fruwirthstr. 46, Kavaliershhaus 3, 70599 Stuttgart E-Mail: wolfgang.schweiger@uni-hohenheim.de
Prof. Dr. Andrea Knierim	Universität Hohenheim, Schloss Hohenheim 1C, 70599 Stuttgart E-Mail: andrea.knierim@uni-hohenheim.de

Fachbetreuung im BfN:

Dr. Moritz Nabel Fachgebiet I 2.4 „Naturschutz in der Landwirtschaft“

Förderhinweis:

Gefördert durch das Bundesamt für Naturschutz (BfN) mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (FKZ: 3519 84 0600).

Diese Veröffentlichung wird aufgenommen in die Literaturdatenbank „DNL-online“ (www.dnl-online.de).

BfN-Schriften sind nicht im Buchhandel erhältlich. Eine pdf-Version dieser Ausgabe kann unter www.bfn.de/publikationen heruntergeladen werden.

Institutioneller Herausgeber: Bundesamt für Naturschutz
 Konstantinstr. 110
 53179 Bonn
 URL: www.bfn.de

Der institutionelle Herausgeber übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter. Die in den Beiträgen geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen des institutionellen Herausgebers übereinstimmen.



Diese Schriftenreihe wird unter den Bedingungen der Creative Commons Lizenz Namensnennung – keine Bearbeitung 4.0 International (CC BY - ND 4.0) zur Verfügung gestellt (creativecommons.org/licenses).

Druck: Druckerei des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV)

Gedruckt auf 100% Altpapier

ISBN 978-3-89624-438-3

DOI 10.19217/skr676

Bonn 2023

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zum Aufbau des Bandes	7
Zusammenfassung	8
Abstract	9
Kommunikationsprobleme zwischen Landwirtschaft und Naturschutz in Deutschland und ihre Ursachen	10
1 Einleitung	10
2 Zwischen Landwirtschaft und Naturschutz	11
2.1 Entstehung des Konfliktfeldes	12
2.1.1 Die Sonderstellung der Landwirtschaft.....	12
2.1.2 Die ökologische Krise und ihre Folgen	13
2.1.3 Zunehmender Machtverlust landwirtschaftlicher Akteure.....	15
2.2 Landwirtschaft und Landwirt*innen.....	17
2.2.1 Zentrale Begriffe.....	17
2.2.2 Landwirt*in als Beruf.....	17
2.2.3 Selbstwahrnehmung von Landwirt*innen	19
2.3 Natur, Naturschutz und Naturschützer*innen.....	20
2.3.1 Zentrale Begriffe.....	20
2.3.2 Wahrnehmung und Bewertung von Natur und Naturschutz	22
2.4 Öffentliche Kommunikation	24
2.4.1 Ebenen von Öffentlichkeit	25
2.4.2 Akteure und Rollen.....	26
2.4.3 Informationsquellen und -kanäle	39
3 Theoretische Grundlagen	40
3.1 Forschung zu öffentlichen Diskursen	40
3.2 Ansätze zu strategischer Kommunikation.....	44
3.3 Studien zur journalistischen Nachrichtenauswahl	46
3.3.1 Nachrichtenwerttheorie	46
3.3.2 Framing.....	47
3.4 Forschung zu Gruppenidentitäten	50
3.4.1 Theorie der sozialen Identität.....	50
3.4.2 Hostile-Media-Effect.....	53
4 Zusammenfassung und Forschungsfragen	53
5 Methode	55

5.1	Begründung der qualitativen Methodenwahl.....	55
5.2	Qualitative Inhaltsanalyse	56
5.2.1	Bestimmung des Untersuchungsmaterials	56
5.2.2	Auswertung und Entwicklung des Kategoriensystems.....	62
5.3	Gruppendiskussionen	63
5.3.1	Aufbau Leitfaden	63
5.3.2	Stichprobe und Zugang zum Feld.....	65
5.3.3	Durchführung	71
5.3.4	Dokumentation, Transkription und Auswertung	71
6	Ergebnisse	72
6.1	Beobachtete Kommunikationsprobleme	72
6.1.1	Diskursbereitschaft.....	73
6.1.2	Input-Ebene	78
6.1.3	Throughput-Ebene.....	89
6.2	Ursachen	97
6.2.1	Mangelndes Vertrauen	97
6.2.2	Emotionale und finanzielle Betroffenheit.....	100
6.2.3	Fehlendes Wissen	100
6.2.4	Pfadabhängigkeiten und organisationsinterne Zwänge.....	102
6.2.5	Ungeklärte Zielkonflikte.....	103
6.2.6	Gruppenspezifische Verhaltens- und Wahrnehmungsunterschiede.....	104
6.3	Vorschläge zur Verbesserung der Diskursqualität	105
7	Diskussion	106
7.1	Zusammenfassung und Interpretation der Ergebnisse	106
7.2	Einschränkungen der Untersuchung	111
7.3	Anknüpfungspunkte für weitere Forschungsanliegen	112
7.4	Praktische Handlungsempfehlungen	113
	Best-Practice-Analyse zur öffentlichen Kommunikation von Dialog- und Kooperationsprojekten	116
1	Zielsetzung	116
2	Theoretische Grundlagen	117
3	Methodisches Vorgehen.....	118
3.1	Auswahl der Best-Practice-Projekte	118
3.2	Interviews mit Projektverantwortlichen.....	120

4	Best-Practice-Projekte	121
4.1	Steigerung der Biodiversitätsmaßnahmen auf landwirtschaftlichen Flächen am Niederrhein	121
4.1.1	Projektbeschreibung.....	121
4.1.2	Öffentliche Kommunikation	122
4.1.3	Bewertung der Kommunikationsmaßnahmen durch die Beteiligten.....	124
4.1.4	Schlussfolgerungen.....	124
4.2	Landwirtschaft für Artenvielfalt.....	125
4.2.1	Projektbeschreibung.....	125
4.2.2	Öffentliche Kommunikation	125
4.2.3	Bewertung der Kommunikationsmaßnahmen durch die Beteiligten.....	127
4.2.4	Schlussfolgerungen.....	128
4.3	F.R.A.N.Z. – Für Ressourcen, Agrarwirtschaft & Naturschutz mit Zukunft (erste Projektphase)	129
4.3.1	Projektbeschreibung.....	129
4.3.2	Öffentliche Kommunikation	130
4.3.3	Bewertung der Kommunikationsmaßnahmen durch die Beteiligten.....	132
4.3.4	Schlussfolgerungen.....	132
4.4	Summendes Rheinland – Landwirte für Ackervielfalt	133
4.4.1	Projektbeschreibung.....	133
4.4.2	Öffentliche Kommunikation	134
4.4.3	Bewertung der Kommunikationsmaßnahmen durch die Beteiligten.....	136
4.4.4	Schlussfolgerungen.....	136
4.5	Biodiversitätsstrategie Landkreis Ravensburg	137
4.5.1	Projektbeschreibung.....	137
4.5.2	Öffentliche Kommunikation	137
4.5.3	Bewertung der Kommunikationsmaßnahmen durch die Beteiligten.....	140
4.5.4	Schlussfolgerungen.....	140
4.6	Ackerwildkräuter für Bayerns Kulturlandschaft	141
4.6.1	Projektbeschreibung.....	141
4.6.2	Öffentliche Kommunikation	142
4.6.3	Bewertung der Kommunikationsmaßnahmen durch die Beteiligten.....	143
4.6.4	Schlussfolgerungen.....	144
5	Fazit.....	144

Lösungsvorschläge für eine konstruktive öffentliche Kommunikation zwischen Naturschutz und Landwirtschaft	147
1 Einführung.....	147
2 Hintergrund.....	147
3 Lösungsvorschläge.....	148
3.1 Erweiterung der Aus-/Weiterbildung in Naturschutz und Landwirtschaft.....	149
3.2 Verstetigung des Dialogs	149
3.3 Positive Zusammenarbeit deutlicher öffentlich kommunizieren	150
3.4 Aus-/Weiterbildung und Vernetzung im Journalismus	151
3.5 Gemeinsames Auftreten.....	151
4 Dank an die Mitwirkenden	152
Literaturverzeichnis	154
Abbildungsverzeichnis	170
Tabellenverzeichnis	171
Abkürzungsverzeichnis	172
A Anhang.....	173
A.1 Anhang 1: Stichprobe Inhaltsanalyse – detaillierte Artikelübersicht	173
A.2 Anhang 2: Kategoriensystem (Inhaltsanalyse und Gruppendiskussionen).....	187
A.3 Anhang 3: Kodierleitfaden (Inhaltsanalyse und Gruppendiskussionen).....	191
A.4 Anhang 4: Präsentation Gruppendiskussionen.....	205
A.5 Anhang: Interviewleitfaden Best-Practice-Analyse.....	215
A.5.1 Begrüßung und Einverständnis.....	215
A.5.2 Öffentlichkeitsarbeit.....	215
A.5.3 Abschlussbewertung	216

Vorwort zum Aufbau des Bandes

Der vorliegende Band ist Ergebnis einer mehrjährigen Zusammenarbeit zweier Fachgebiete der Universität Hohenheim, des Bundesamts für Naturschutz und zahlreicher Menschen aus Landwirtschaft und Naturschutz, die beratend, diskutierend und als Interviewpartner beteiligt waren. Anlass des Forschungsvorhabens war die Beobachtung, dass die öffentliche, medial vermittelte Kommunikation zwischen Landwirtschaft und Naturschutz in Deutschland durch anhaltende Konflikte und Missverständnisse gekennzeichnet ist, die von den beteiligten Akteuren nicht leicht überbrückt werden. Vor diesem Hintergrund war es Ziel der vorliegenden Arbeit, wissenschaftlich fundierte Handlungsempfehlungen für eine konstruktivere öffentliche Kommunikation zwischen den Akteuren aus Landwirtschaft und Naturschutz zu erarbeiten. Zu diesem Zweck galt es zunächst, die aktuell bestehenden **Kommunikationsprobleme** sowie deren **Ursachen** im Detail zu analysieren. Dies geschah im Rahmen zweier qualitativer Studien, die der erste Beitrag darstellt. Eine der zentralen Erkenntnis ist, dass Medien im Zusammenhang mit Landwirtschaft und Naturschutz fast ausschließlich über negative und konfliktbehaftete Ereignisse berichten. Außerdem wählen sowohl die betroffenen Akteure als auch die Medien die immer gleichen Darstellungsperspektiven, was zu invarianten, wenig konstruktiven Diskursen führt. Um dem entgegenzuwirken, sollten bestehende Dialog- und Kooperationsprojekte professioneller und öffentlichkeitswirksamer kommuniziert werden.

Wie dies erreicht werden kann, wird im **zweiten Beitrag** dieses Bandes aufgezeigt: Im Rahmen einer **Best-Practice-Analyse zur öffentlichen Kommunikation von Dialog- und Kooperationsprojekten** zwischen Landwirtschaft und Naturschutz werden solche Projekte identifiziert und beschrieben, die kommunikativ besonders gelungen sind und somit als Vorbild für künftige Projekte und Vorhaben dienen können.

Der **dritte** und letzte **Beitrag** enthält schließlich **Lösungsvorschläge für eine konstruktivere öffentliche Kommunikation zwischen Naturschutz und Landwirtschaft**. Sie wurden auf Basis der beiden vorherigen Beiträge erarbeitet und im Rahmen der Tagung „Naturschutz und Landwirtschaft im Dialog: Konstruktiv miteinander reden“, die vom 14. bis 17. November 2022 an der Internationalen Naturschutzakademie Insel Vilm durchgeführt wurde, weiterentwickelt. Bei dem Workshop brachten verschiedene Vertreter*innen aus der landwirtschaftlichen Praxis, aus Wissenschaft und Beratung sowie von Verwaltungen und Verbänden ihre Expertise ein. Wir hoffen, dass die Vorschläge und Empfehlungen in der Praxis aufgenommen und vielfältig Anwendung finden!

Die Autor*innen

Zusammenfassung

Kommunikation gilt als zentrale Voraussetzung, um Naturschutz langfristig in der Landwirtschaft zu verankern. Die anhaltenden, teils heftigen Auseinandersetzungen zwischen Akteuren aus beiden Bereichen in Deutschland zeigen jedoch, dass vor allem in der öffentlichen Kommunikation deutliche Defizite herrschen. Ziel des Forschungsvorhabens war es deshalb, die bestehenden Probleme sowie deren Ursachen zu identifizieren und zu beschreiben. Darauf aufbauend wurden Lösungsvorschläge für eine konstruktivere Kommunikation erarbeitet. Den theoretischen Hauptbezugspunkt bildet die Forschung zu öffentlichen Diskursen. In einer **qualitativen Inhaltsanalyse** wurden zunächst 160 einschlägige Veröffentlichungen untersucht; darauf aufbauend fanden vier **Gruppendiskussionen** mit Akteuren aus Landwirtschaft und Naturschutz statt. Die Analyse offenbart vielfältige Probleme: Zunächst fehlt es den Akteuren teils an der Bereitschaft, eine rational motivierte Einigung zu erreichen. Zudem haben nicht alle Themen und Darstellungsperspektiven die gleichen Chancen, öffentlich diskutiert zu werden (Medien berichten z. B. fast nur über Negatives). Drittens ist die Art der Kommunikation teils unangemessen (Fehlen von Argumenten, Beleidigungen etc.). Als Ursachen wurden folgende Aspekte identifiziert: ungeklärte Zielkonflikte; Pfadabhängigkeiten und organisationsinterne Zwänge; Fehlen des notwendigen Fachwissens; gruppenspezifische Verhaltens- und Interpretationsmuster; Misstrauen von Landwirtinnen und Landwirten gegenüber Anderen; emotionale und finanzielle Betroffenheit der Landwirtinnen und Landwirte.

Zur Verbesserung der öffentlichen Kommunikation zwischen Landwirtschaft und Naturschutz lassen sich darauf aufbauend zwei zentrale Ziele formulieren: **Wissen übereinander** vermitteln und **Verständnis füreinander** schaffen. Beides kann dazu beitragen, Vorurteile abzubauen, bestehende Gemeinsamkeiten stärker als bisher aufzuzeigen und eine gemeinsame Vertrauens- und Wissensbasis zu schaffen, die die Grundlage für konstruktive öffentliche Kommunikation und das Finden von gemeinsamen Lösungen bildet. Konkret sind die folgenden Maßnahmen zu empfehlen:

- **Erweiterung der Aus-/Weiterbildung in Naturschutz und Landwirtschaft:** Sowohl bei haupt- als auch bei nebenamtlichen Akteuren aus Landwirtschaft und Naturschutz sollte ein höherer Wissensstand über das jeweils andere Feld angestrebt werden. Dies betrifft sowohl die fachliche Ebene als auch die soziale und kommunikative Ebene
- **Verstetigung des Dialoges:** Der direkte, persönliche Austausch zwischen den Akteuren aus Landwirtschaft und Naturschutz sollte auf allen Ebenen intensiviert, verstetigt und optimiert werden.
- **Zusammenarbeit besser kommunizieren:** Positive Formen der Zusammenarbeit, wie Dialog- oder Kooperationsprojekte, sollten stärker als bisher professionell und öffentlichkeitswirksam kommuniziert werden.
- **Aus- und Weiterbildung im Journalismus:** Da Journalistinnen und Journalisten zum Teil das notwendige Fach- und Hintergrundwissen fehlt, um angemessen über einschlägige Themen berichten zu können, sollten geeignete Aus- und Weiterbildungsangebote geschaffen werden.
- **Gemeinsames Auftreten:** Die Akteure aus Landwirtschaft und Naturschutz sollten sich künftig verstärkt als Partner denn als Gegner begreifen und sich auch als solche präsentieren.

Abstract

Communication is considered a key prerequisite for anchoring nature conservation in agriculture in the long term. However, the long-lasting, sometimes heated disputes between actors from both sectors in Germany show clear deficits, especially in public communication. Instead of finding solutions and compromises, the fronts are hardening in many places. The study aimed to identify and detail the existing communication problems and their causes. Based on this, solutions were proposed for more constructive communication.

The main theoretical point of reference is research on public discourses. Within the framework of a **qualitative content analysis**, 160 relevant publications were first examined, and based on this, four **group discussions** with actors from agriculture and nature conservation took place. The analysis reveals a variety of problems: The results show that the actors partly lack the willingness to reach a rationally motivated agreement. In addition, not all topics and perspectives of presentation have the same chances to be discussed in public (e.g., media report almost exclusively on negatives). Third, the type of communication is sometimes inappropriate (lack of arguments, insults, etc.). The following aspects could be identified as causes: unresolved conflicts of objectives; path dependencies and internal organizational constraints; lack of the necessary knowledge; group-specific differences in behaviour an evaluation; farmers' mistrust of others; emotional and financial concerns of farmers. Based on this, two central goals can be formulated for the improvement of public communication between agriculture and nature conservation: Communicating knowledge about each other and creating understanding for each other. Both can help to reduce prejudices, to show existing commonalities more strongly than before and to create a common basis of trust and knowledge, which forms the basis for constructive public communication and the finding of common solutions. Specifically, the following measures are recommended:

- **Expansion of education/further training in nature conservation and agriculture:** Both full-time and part-time actors from agriculture and nature conservation should strive for a higher level of knowledge about the other field. This concerns the technical level as well as the social and communicative level.
- **Stabilization of the dialogue:** The direct, personal exchange between actors from agriculture and nature conservation should be intensified, perpetuated and optimized at all levels.
- **Better communication of cooperation:** Positive forms of cooperation, such as dialogue or cooperation projects, should be communicated more professionally and with greater public impact than in the past.
- **Training and continuing education in journalism:** Since some journalists lack the necessary technical and background knowledge to be able to report appropriately on relevant topics, suitable training and continuing education opportunities should be created.
- **Joint appearance:** In the future, the actors from agriculture and nature conservation should increasingly see themselves as partners rather than opponents and also present themselves as such.

Kommunikationsprobleme zwischen Landwirtschaft und Naturschutz in Deutschland und ihre Ursachen

Verena Menauer

1 Einleitung

Der Biodiversitätsverlust wird weltweit als eine der größten Herausforderungen der heutigen Zeit betrachtet (Secretariat of the Convention on Biological Diversity 2009). Auch in Deutschland spielt der Schutz von Natur und Umwelt seit einigen Jahren (wieder) eine zentrale Rolle in der politischen Diskussion. Die Landwirtschaft als mit Abstand größter Flächennutzer (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft 2017) steht dabei wiederholt im Zentrum der Aufmerksamkeit. Bei Landwirt*innen sorgt dies, vor allem in Kombination mit gesellschaftlichen Anerkennungsdefiziten und ökonomischen Existenzsorgen, zunehmend für Frustration (Heinze et al. 2021). Viele fürchten angesichts fehlender langfristiger politischer Rahmenbedingungen und stetig steigender Anforderungen um die Zukunft ihrer Betriebe und fühlen sich zu Unrecht öffentlich an den Pranger gestellt. Ihnen gegenüber stehen – scheinbar unversöhnlich – verschiedene Akteure aus dem Natur- und Umweltschutzbereich. Sie fordern eine radikale Abkehr von den derzeit dominierenden Produktionssystemen, die aus ihrer Sicht durch die Fokussierung auf Export, Ertragssteigerung und Gewinnmaximierung maßgeblich zum Artensterben beitragen. Entscheidungen müssten künftig stärker ökologieorientiert und weniger finanzorientiert getroffen werden. Die zuständigen Bundesministerien für Landwirtschaft (BMEL) und Umwelt (BMUV) schafften es bislang oft nicht, einen Interessenausgleich zu erreichen (Radtke 2021). Richtungsweisende politische Entscheidungen wurden teils über Jahrzehnte verschleppt (Taube 2016: 36).

Die teils zu beobachtende Feindseligkeit zwischen den beteiligten Akteuren sowie das Anhalten des Konflikts zeigen deutlich: Die Kommunikation verläuft bislang mangelhaft. Statt Lösungen und Kompromisse zu finden, verhärten sich die Fronten an vielen Stellen (Tillack 2019). Die Probleme treten dabei weniger in der direkten und interpersonalen Kommunikation auf. So wird anhand von Beispielen für projektbezogene Kommunikation (Siebert et al. 2005), gezielte Beratungs- und Fördermaßnahmen (z. B. van Elsen 2005; Schneier et al. 2011) und Erfahrungen aus Naturschutzgroßprojekten (z. B. Henne 2002; Knierim und Liebe 2003) demonstriert, dass eine erfolgreiche Verständigung und darauf aufbauend eine konstruktive Zusammenarbeit erreicht werden können. Charakteristisch für diese Erfolge sind die lokale und regionale bzw. die auf konkrete Maßnahmen bezogene Kommunikation. Besondere Herausforderungen zeigen sich hingegen in der öffentlichen Kommunikation, hier treten weiterhin Differenzen und Unvereinbarkeit in Erscheinung. Bislang wurden die verschiedenen Kommunikationsprobleme zwischen den Akteuren aus Landwirtschaft und Naturschutz sowie die möglichen Ursachen dafür nicht systematisch untersucht. Auch der Einfluss der nachrichten- und fachjournalistischen Medien auf die bestehenden Probleme war bislang nicht Gegenstand der Forschung. Dabei könnten entsprechende Erkenntnisse zur Deeskalation sowie zur Verbesserung der Diskursqualität beitragen. Dies ist insofern relevant, als dass Kommunikation als zentrale Voraussetzung gilt, um Naturschutz langfristig in der Gesellschaft (Brendle 2002; Gemeinholzer et al. 2019) bzw. in der Landwirtschaft (Nabel und Selig 2018) zu verankern.

Ziel dieser Studie ist es deshalb, die bestehenden Probleme in der öffentlichen Kommunikation zwischen Landwirtschaft und Naturschutz in Deutschland zu identifizieren, zu klassifizieren und detailliert zu beschreiben. Soweit möglich, werden zudem Hinweise auf die potenziellen Ursachen von Kommunikationsproblemen erfasst. *Kommunikation* wird dabei als Prozess wechselseitiger Verständigung definiert, wobei *Verständigung* in Anlehnung an Habermas (1981) nicht nur „als das bloße Übereinstimmen der Kommunikationspartner im Hinblick auf die Bedeutung der verwendeten Symbole“ verstanden werden soll, sondern als „die freiwillige, gewaltlose, auf gegenseitigen Überzeugungen beruhende und mithin vernünftige Einigung im Gespräch“ (Burkart und Hömberg 2012: 13). Ein *Kommunikationsproblem* liegt demnach vor, sobald dies nicht mehr oder nur noch teilweise der Fall ist.

Zur Erreichung der genannten Forschungsziele wird *erstens* eine qualitative Inhaltsanalyse öffentlicher Kommunikation sowohl im Internet als auch in den traditionellen Medien zum Verhältnis zwischen Naturschutz und Landwirtschaft durchgeführt. Auf diese Weise entsteht eine aktuelle Bestandsaufnahme der Kommunikationsprobleme zwischen interessengeleiteten und staatlichen Akteuren aus Landwirtschaft und Naturschutz sowie Journalist*innen. *Zweitens* werden mittels qualitativer Gruppendiskussionen zwischen Vertreter*innen der genannten Akteursgruppen die subjektiven Wahrnehmungen und Bewertungen von Kommunikationsproblemen sowie deren Ursachen erfasst und mit weiteren Aspekten ergänzt.

Die Arbeit ist wie folgt aufgebaut: In Kapitel 2 wird auf die Entstehung des Konfliktfeldes und die jeweiligen Besonderheiten der beiden sozialen Gruppen eingegangen. Außerdem werden die zentralen politischen Akteure vorgestellt, die in der öffentlichen Kommunikation eine Rolle spielen. Kommunikationsprobleme in der öffentlichen Kommunikation werden in der Kommunikationswissenschaft kaum als solche thematisiert. Dennoch existiert eine Reihe von theoretischen Ansätzen und Forschungstraditionen, innerhalb derer einzelne Aspekte von Kommunikationsproblemen untersucht werden. Auf sie wird – inklusive der einschlägigen Forschungsergebnisse – in Kapitel 3 eingegangen. In Kapitel 4 werden die theoretischen Ausführungen zusammengefasst und konkrete Forschungsfragen formuliert. Das methodische Vorgehen wird in Kapitel 5 dargestellt und begründet. Die im darauffolgenden Abschnitt präsentierten Ergebnisse stellen den Hauptteil dieser Arbeit dar und dienen der Darstellung, Beschreibung und Bewertung der verschiedenen Kommunikationsprobleme zwischen Landwirtschaft und Naturschutz sowie deren Ursachen (Kapitel 6). In Kapitel 7 werden sie noch einmal zusammengefasst und mit den zuvor präsentierten theoretischen Ansätzen kontrastiert. Außerdem werden Empfehlungen für künftige Forschungsprojekte sowie die konkrete Kommunikationsarbeit formuliert.

2 Zwischen Landwirtschaft und Naturschutz

In diesem Kapitel erfolgt eine systematische Annäherung an das Spannungsfeld Landwirtschaft – Naturschutz: In Kapitel 2.1 wird auf die Entstehungsgeschichte des Konfliktfeldes eingegangen, denn die Beziehung zwischen den beiden sozialen Gruppen reicht schon Jahrzehnte zurück und war von Beginn an eine schwierige. Die beiden folgenden Kapitel 2.2 und 2.3 beschäftigten sich mit der Frage, was unter den Begriffen Landwirtschaft und Landwirt*in bzw. Naturschutz und Naturschützer*in zu verstehen ist und was die beiden sozialen Gruppen jeweils charakterisiert. In Kapitel 2.4 wird schließlich erläutert, was unter

öffentlicher Kommunikation zu verstehen ist und welche Akteure im öffentlichen Diskurs über Landwirtschaft und Naturschutz eine Rolle spielen.

2.1 Entstehung des Konfliktfeldes

2.1.1 Die Sonderstellung der Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist einer der elementarsten und ältesten Wirtschaftsbereiche der Menschheit. Sie erfüllt durch die Erzeugung von Lebensmitteln „ein elementares ökologisches Bedürfnis, das auf andere Weise nicht mehr befriedigt werden kann“ (Haber 2014: 1). Im Vergleich zum Industrie- und Dienstleistungssektor ist sie jedoch in mehrfacher Hinsicht benachteiligt. *Erstens* hängt der landwirtschaftliche Produktionserfolg maßgeblich von natürlichen Ressourcen und Einflüssen wie Boden, Wasser, Luft, Pflanzen, Tieren oder Sonne ab. Selbst wenn die weiteren, vom Menschen kontrollierbaren Bedingungen – wie Saatgutqualität, Maschineneinsatz, Düngung etc. – gleich bleiben, muss mit teilweise enormen Produktionsschwankungen gerechnet werden. Mittel- und langfristige Vorhersagen bezüglich der Preisentwicklung sind oft nicht möglich. Die Menschen versuchen deshalb seit Jahrtausenden, „die Kontrolle über diese Ressourcen und Prozesse zu erhöhen“ (Feindt 2008: 26). Durch Mechanisierung und Chemisierung der Landwirtschaft sind dabei beachtliche Erfolge zu verzeichnen. Mineralische Düngemittel, Bodenstabilisatoren, Wachstumsregulatoren, Pharmaka, Pflanzenschutz- oder Konservierungsmittel sind aus der konventionellen Landwirtschaft mittlerweile ebenso wenig wegzudenken wie Beregnungsmaschinen, Mähdrescher oder Vollernter. Vollständig kontrolliert werden können die äußeren Einflüsse trotzdem nach wie vor nicht. Hinzu kommt, dass infolge des Klimawandels verstärkt mit Extremwetterereignissen wie Hitzewellen, Spätfröste, Dürreperioden oder Starkregen gerechnet werden muss (Umweltbundesamt 2022). Sie beeinflussen die landwirtschaftliche Produktion unmittelbar und können drastische Auswirkungen auf die Ernteträge haben.

Zweitens kämpfen Landwirt*innen in Industrienationen mit verhältnismäßig geringen Einkommen. In der EU verdienen sie rund 40 Prozent weniger als Menschen, die einer nicht-landwirtschaftlichen Tätigkeit nachgehen (Europäische Union 2020). „Der Grund dafür liegt in einer besonderen Konstellation der Entwicklung von Nachfrage und Angebot an den Agrarmärkten. Die Nachfrage nach Nahrungsmitteln [...] wächst langsamer als das gesamtwirtschaftliche Einkommen, weil Nahrungsmittel Sättigungsgüter sind“ (Tangermann o. D.): Egal wie viel Geld einem Haushalt zur Verfügung steht, Nahrungsmittel sind lebensnotwendig und müssen immer gekauft werden. Wenn das Einkommen dieses Haushalts nun um ein Prozent steigt, steigt die Nachfrage nach Agrarprodukten deshalb nicht zwangsläufig ebenfalls um ein Prozent, sondern unterproportional. Statt noch mehr Lebensmittel zu kaufen, wird das Geld für andere Güter und Dienstleistungen ausgegeben – was zu höheren Einkommen in diesen Bereichen führt, nicht aber in der Landwirtschaft. Produktivitätssteigerungen führen deshalb auch nicht automatisch zu höheren Einkommen für die Landwirt*innen, sondern eher zu sinkenden Preisen. Egal wie groß das Angebot ist – die Nachfrage bleibt stets relativ konstant. Die enormen technischen Fortschritte in den vergangenen Jahrzehnten haben folglich zu einem „Teufelskreis von Konkurrenz, Produktionssteigerung und Einkommensrückstand“ (Pongratz 1992: 11) geführt. Weil die Landwirt*innen unter enormem finanziellem Druck stehen, müssen sie „immer neuere Technologien einsetzen, die ihnen letztlich keine Gewinne sichern, sondern benötigt werden, um überhaupt zu

bestehen“ (Balmann et al. 2016: 166). Ohne staatliche Unterstützung wäre die Produktion an vielen europäischen Standorten längst nicht mehr rentabel.

Drittens ist die Landwirtschaft durch ihre Kleinstrukturiertheit systematisch benachteiligt: „Diese Kleinstrukturiertheit bedeutet nämlich, dass die gesellschaftlichen Leistungen einzelner Betriebe bzw. Unternehmen außerhalb des unmittelbaren lokalen Umfelds wenig sichtbar sind. Wenn die Erbringung der Leistungen dann [...] etwas kostet, befinden sie sich in einem sozialen Dilemma“ (Balmann et al. 2016: 154), denn warum sollten Betriebsleiter*innen gesellschaftliche Verantwortung übernehmen (sich also zum Beispiel für Natur- oder Umweltschutz einsetzen), wenn die zusätzlichen Kosten für sie selbst so gut wie keine unmittelbaren positiven Nebeneffekte mit sich bringen? Wegen der geringen Sichtbarkeit für andere wird er eventuell nicht einmal positives Feedback erhalten. Große Konzerne hingegen, die überregional wahrgenommen werden, profitieren sehr wohl, wenn sie gesellschaftliche Verantwortung übernehmen: Ihr Engagement rückt sie in ein positives Licht und bedeutet einen Wettbewerbsvorteil. Wenn ein Lebensmitteleinzelhändler zum Beispiel eine Kooperation mit einem Umweltverband eingeht, um für mehr Nachhaltigkeit zu werben, ist dies nicht nur Selbstzweck – das Engagement ist gleichzeitig Werbung. Hinzu kommt, dass sowohl in den vorgelagerten Industriebereichen (Chemie, Saatgut, Maschinenbau) als auch im Weiterverarbeitungsgewerbe (Lebens- und Futtermittel, Industrie etc.) und im Handel zunehmende Konzentrationsprozesse zu beobachten sind (Radtke 2021: 12). Die Verhandlungsposition der Landwirt*innen ist gegenüber diesen wenigen, stark zentralisierten Akteuren vergleichsweise ungünstig.

Aufgrund dieser Sonderstellung der Landwirtschaft – strukturelle Benachteiligung bei gleichzeitig hoher Relevanz für die Gesellschaft – wird ihr auf politischer Ebene eine bedeutendere Rolle als anderen Wirtschaftsbereichen beigemessen. So genießt die Landwirtschaft eine ganze Reihe von Privilegien, zum Beispiel in den Bereichen Bau-, Erb-, Sozial- und Steuerrecht (Balmann et al. 2016), aber auch im Umwelt- und Naturschutzrecht (z. B. Ekarth et al. 2008). Überdies ist die „Entwicklung von Landwirtschaft und Agrarpolitik der Industrieländer im 20. Jahrhundert [...] eng aufeinander bezogen“ (Weiland 2011: 599). Das deutsche Landwirtschaftsgesetz weist in § 1 etwa explizit darauf hin, dass Wirtschafts- und Agrarpolitik dafür sorgen sollen, „die [...] bestehenden naturbedingten und wirtschaftlichen Nachteile gegenüber anderen Wirtschaftsbereichen auszugleichen“ (Bundesamt für Justiz o. D.: 1). Welch große Bedeutung auch die Europäische Union der Landwirtschaft beimisst, lässt sich schon allein anhand der jährlichen Ausgaben veranschaulichen: Fast 58 Milliarden Euro, also rund 38 Prozent des Jahresbudgets, wurden 2020 für die Gemeinsame Agrarpolitik ausgegeben (Bundesministerium der Finanzen 2019). Der Anteil am Gesamthaushalt ist in den vergangenen Jahrzehnten zwar enorm gesunken und soll ab 2021 sogar auf unter 30 Prozent gebracht werden, die Ausgaben sind trotzdem nach wie vor enorm und stellen den größten Posten im Gesamthaushalt dar.

2.1.2 Die ökologische Krise und ihre Folgen

Richtungsweisend für den deutschen Agrarsektor war die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Jahr 1957. Deutschland, Italien, Belgien, Frankreich, die Niederlande und Luxemburg legten dabei Ziele für die sogenannte Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) fest: Im Kern ging es darum, die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sicherzustellen – durch Produktivitätssteigerung, Stabilisierung der Märkte und Sicherung

angemessener Einkommen für Landwirt*innen (Maas und Schmitz 2007: 94). Zu lebhaft hatte man die kargen Kriegs- und Nachkriegsjahre in Erinnerung. Enorme Output- und Produktivitätssteigerungen führten allerdings schnell zu Preiseinbrüchen. Der darauffolgende Versuch, die landwirtschaftlichen Betriebe durch protektionistische Maßnahmen zu schützen, war wenig erfolgreich. „So führten die EU-Preispolitiken der 70er Jahre zu gewaltigen Überschüssen, die etwa im Rahmen von Exportsubventionen teuer ‚entsorgt‘ werden mussten“ (Balmann et al. 2016: 152) – die sogenannten „Butterberge“ und „Milchseen“ sorgten in dieser Zeit immer wieder für Kritik und Negativ-Schlagzeilen. Auch Produktionsbegrenzungen in Form von Quoten für Milch, Zucker und Stärke schafften keine Abhilfe, sondern erwiesen sich als teuer und innovationsfeindlich. Zudem wurden bereits damals die ökologischen Folgen der eingeschlagenen Agrarpolitik erkennbar, etwa „die Emission von Treibhausgasen, Pflanzenschutzmitteleinträge, die Versauerung von Böden, Bodenerosion, die Beeinträchtigung der Grundwasserqualität und die Bedrohung der Artenvielfalt“ (Weiland 2011: 606). Zu grundlegenden Verbesserungen kam es seither aber weder auf nationaler noch auf europäischer Ebene – im Gegenteil: Im Jahr 1993 erfolgte eine radikale Umstellung des GAP-Fördersystems, deren Ziel eine stärkere Weltmarktorientierung war: Einfuhrzölle für internationale Agrarprodukte wurden gesenkt, statt Preise zu stützen, gab es nun von der Produktion entkoppelte Fördergelder für die Böden. Der Fokus lag also weiterhin auf Leistungs- und Ertragssteigerung.

Gemeinsam mit der weiter fortschreitenden Industrialisierung und Intensivierung der Landwirtschaft verursacht die europäische Agrarpolitik so seit Jahrzehnten immer mehr soziale, ökonomische und ökologische Probleme: Auch mehrere – durchaus sinnvolle – GAP-Reformen konnten daran nichts ändern (Maas und Schmitz 2007: 100). Bezüglich der verschiedenen Naturschutz- und Umweltziele wird sie nach wie vor als ineffizient und unbefriedigend bewertet (Feindt et al. 2019: 111-112). Die Europäische Umweltagentur erwartet, dass die Landwirtschaft – neben anderen Aktivitäten – weiterhin „zu einem Verlust an Biodiversität, zur Ausbeutung von Ressourcen und zu schädlichen Emissionen“ (Europäische Umweltagentur 2019: 8) führen wird. Die bisherigen Bemühungen, dies zu verhindern bzw. die negativen Auswirkungen wenigstens zu reduzieren, seien gescheitert. Die Hoffnung, dass Deutschland im Gegensatz zu den anderen EU-Mitgliedsstaaten eine Ausnahme bilden könnte, scheint illusorisch: Die nationalen Umweltstandards sind im europäischen Vergleich nämlich keineswegs so hoch wie vielfach angenommen (Taubе 2016: 14-15). Bisherige Maßnahmen, zum Beispiel in den Bereichen Gewässer-, Arten- oder Klimaschutz, zeigen auch bei uns keine Wirkung: Die im Zuge der EU-Agrarreform 2005 beschlossenen Umweltziele etwa wurden nicht nur deutlich verfehlt, „der relative Beitrag der Landwirtschaft zu Umweltproblemen [ist] in nahezu allen Bereichen in den letzten 10 Jahren [sogar] eindeutig gestiegen“ (Taubе 2016: 32). Die Vorgaben im deutschen Umwelt- und Naturschutzrecht werden nach wie vor als unzureichend bewertet (Ekardt et al. 2008: 177).

Gleichwohl ist der Agrarsektor unter Druck geraten. Bedingt durch die vielfältigen sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen im 19. Jahrhundert (Industrialisierung, Urbanisierung, preußische Flurbereinigung) hatten sich innerhalb des städtischen Bürgertums bereits erste Heimat- und Naturschutzbewegungen formiert – verunsichert durch die tiefgreifenden Veränderungen suchten die Menschen nach neuen Werten und Idealen (Zucchi 2014: 2). Vor allem im Zuge der Umweltbewegung der 1970er-Jahre kam es erneut zu einer Sensibilisierung der Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz. Auslöser waren nicht nur die

Probleme in der Landwirtschaft, sondern die Übernutzung der Natur durch den Menschen im Allgemeinen, die zu dieser Zeit unübersehbar wurde. Gleich mehrere Chemie- und Nuklearkatastrophen (u. a. Harrisburg 1979, Bhopal 1984, Tschernobyl 1986) innerhalb weniger Jahre verdeutlichten, welche verheerende Auswirkungen menschliches Handeln auf unsere Umwelt haben kann. Weltweites Aufsehen erregte auch die 1972 vom Club of Rome vorgestellte Studie ‚Die Grenzen des Wachstums‘ (Wehling, 2011, S. 530). Sie zeigte auf, dass das wirtschaftliche Wachstum stets an natürliche Ressourcen gekoppelt ist und nicht unendlich steigen kann. Für den Natur- und Umweltschutz bedeuteten diese Entwicklungen einen enormen Aufschwung: Mit Bündnis 90/Die Grünen konnte sich zu jener Zeit „eine Partei [...] etablieren, die in besonderer Weise mit Umweltschutz in Verbindung gebracht wird“ (Heiland 1999: 1). Bereits bestehende Naturschutzverbände wie der BN und der BfV (heute NABU) erweiterten ihre Zielsetzungen um Themen wie Ressourcenverbrauch, Wasser- oder Luftverschmutzung (Markham 2007: 98f.) und neue Verbände wie der BUND, die DUH und Greenpeace Deutschland wurden gegründet. Auch auf politisch-administrativer Ebene wurden Natur- und Umweltschutz stärker verankert: Es wurden diverse neue Gesetze erlassen (u. a. Fluglärmschutzgesetz 1971; Abfallbeseitigungsgesetz 1972; Bundes-Immissionsschutzgesetz 1974; Bundesnaturschutzgesetz 1976; Abwasserabgabengesetz 1976) und einschlägige Ministerien und Behörden geschaffen (Umweltbundesamt 1974; Bundesumweltministerium 1986; Bundesamt für Naturschutz 1993). Sowohl die staatlichen als auch die verbandlich organisierten Naturschutz-Akteure konnten sich dadurch dauerhaft etablieren und dem Politikfeld einen nicht unbedeutenden gesellschaftlichen Stellenwert sichern.

2.1.3 Zunehmender Machtverlust landwirtschaftlicher Akteure

Dass in agrarpolitischen Diskursen nun auch Akteure aus dem Umwelt- und Naturschutzbereich berücksichtigt werden, führte zu einer Pluralisierung der Interessenlagen und in der Folge zu einem zunehmenden Machtverlust landwirtschaftlicher Akteure. Erschwerend kommen weitere Aspekte hinzu:

(1) Neben den standortbedingten Unterschieden haben Diversifizierung, Spezialisierung und unterschiedliches Größenwachstum zu einer großen strukturellen Bandbreite an Betrieben geführt (Feindt 2008: 34ff.). Selbst innerhalb des landwirtschaftlichen Sektors ist deshalb nicht mehr von einer homogenen Interessenlage auszugehen. So hat der Betreiber eines ökologischen Gemischtbetriebs andere Interessen als ein konventioneller Schweinemastbetreiber; die Nebenerwerbslandwirtin mit Erlebnisbauernhof ist nicht zu vergleichen mit dem Besitzer eines agrarindustriellen Großbetriebs mit 10.000 Stück Geflügel. Bedingt durch diese sozioökonomische Fragmentierung und das damit einhergehende Erstarken diverser Spartenverbände und alternativer landwirtschaftlicher Verbände verliert der Deutsche Bauernverband – der Spitzen- und Einheitsverband der deutschen Landwirtschaft und ehemals wichtigster Verteidiger landwirtschaftlicher Interessen – immer mehr den Rückhalt seiner Mitglieder. Sein Einfluss auf die Politik wird zwar nach wie vor als enorm eingeschätzt (vgl. Aster 2018; Balser et al. 2017; Heinze 2003), mittlerweile schafft der Verband es aber „nicht mehr [...] als organisatorische Klammer die Interessen der gesamten Landwirtschaft in einem zufriedenstellenden Maß zu vertreten“ (Heinze et al. 2021: 366). Die Meinungsvielfalt innerhalb der Landwirtschaft wird seitens des Verbandes nicht hinreichend abgebildet, stattdessen versucht man realitätsferne Feindbilder aufzubauen, wobei

Naturschutz-Akteure und unwissende Verbraucher*innen den Landwirt*innen gegenübergestellt werden (Berkes et al. 2020).

(2) Politische Lobbyarbeit ist heute sehr viel weniger wirkungsvoll als noch in vergangenen Jahrzehnten, denn aufgrund der stärkeren Marktorientierung der GAP verringerten sich auch die unmittelbaren Einflussmöglichkeiten der Politik spürbar: „Marktordnungsregulative stehen als Handlungsfelder nicht mehr wahrnehmbar zur Verfügung. Gesellschaft und Politik fällt es folglich zunehmend schwer, auf Appelle zum Ausgleich unverhältnismäßiger Markt- bzw. Preissituationen tätig reagieren zu können.“ (Langosch 2016: 120). Stattdessen sehen sich Landwirt*innen mit einer steigenden Zahl von Verboten, Auflagen und Restriktionen zugunsten des Natur- und Umweltschutzes konfrontiert.

(3) Agrarpolitische Entscheidungen werden aufgrund der Wechselwirkungen mit anderen Politikbereichen zunehmend komplex: „[Sie] haben zur Folge, dass Wissensbestände politikrelevant werden, die sich in ihren Orientierungen, Voraussetzungen und Denkstilen stark unterscheiden. [...] Die Expertise von beispielsweise Agrarwissenschaftlern, Außenhandelsökonomern, Ökologen und Ernährungswissenschaftlern bezieht sich nicht nur auf unterschiedliche Objekte und Zusammenhänge, sondern orientiert sich auch an unterschiedlichen Zielen und Gütern.“ (Feindt 2008: 39) Das heißt, es müssen nicht nur die Belange von Naturschutz und Landwirtschaft miteinander in Einklang gebracht werden, sondern auch diverse andere Aspekte berücksichtigt werden.

(4) Landwirtschaftliche Betriebe waren es lange Zeit gewohnt, gesellschaftlich akzeptiert, respektiert und in ihrem Tun prinzipiell bestätigt zu werden. „Mit zunehmender technologischer Entwicklung sowie auch den damit einhergegangenen strukturellen Veränderungen hin zu einer immer industrielleren Produktionsweise wurde die bäuerlich-agrarische Sicht [aber] zunehmend zum Mythos, der eine Entfremdung von der Gesellschaft sowie eine Ideologisierung der Diskussion um die Landwirtschaft zur Folge hatte“ (Balmann et al. 2016: 167). Durch die stetig sinkende Zahl an landwirtschaftlichen Betrieben etwa sinkt nicht nur der Anteil von Landwirt*innen an der Gesamtgesellschaft, auch die persönlichen Kontakte mit den Verbraucher*innen werden immer spärlicher. Das Wissen über sowie das Verständnis für Landwirtschaft hat so immer weiter abgenommen.

(5) Verschärft wird die aktuelle Situation dadurch, dass notwendige Anpassungen in der Landwirtschaft über lange Zeit verschleppt wurden (Taube 2016: 36) und nun immer extremere Maßnahmen gefordert werden, um weitere negative Auswirkungen auf Natur und Umwelt zu verhindern. Verständnis für weitere Verzögerungen gibt es immer weniger. Im Ergebnis haben landwirtschaftliche Verbände und Organisationen, die lange Zeit privilegiert in politische Prozesse und Entscheidungen eingebunden worden waren, – allen voran der Deutsche Bauernverband – ihre Einflussmöglichkeiten deutlich eingebüßt (Weiland 2011: 607f.).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass bedingt durch die Sonderstellung der Landwirtschaft (strukturelle Benachteiligung bei gleichzeitig hoher Relevanz für die Gesellschaft), das zunehmende gesellschaftliche Bewusstsein für Umwelt- und Naturschutz sowie weitere strukturelle, gesellschaftliche und politische Veränderungen ein vielschichtiges und komplexes Konfliktfeld entstanden ist. Die Gegensätze zwischen Naturschutz und Landwirtschaften haben sich in den vergangenen fünfzig Jahren „zwar gemildert oder in

einzelnen Bereichen sogar zu einer Zusammenarbeit gewandelt, sind aber grundsätzlich nicht überwunden“ (Haber 2014: 229).

2.2 Landwirtschaft und Landwirt*innen

2.2.1 Zentrale Begriffe

Landwirtschaft wird definiert als „die geplante und gelenkte Nutzung der natürlichen Produktivität von Pflanzen- und Tierbeständen zwecks Versorgung der Menschen mit Nahrungsmitteln und anderen biologisch gebildeten („nachwachsenden“) Rohstoffen“ (Haber 2014: 11). Zusammen mit den Bereichen Gartenbau, Forst- und Fischereiwirtschaft gehört sie damit wirtschaftlich betrachtet zum primären Sektor (auch Urproduktion genannt) und liefert die Rohstoffe für diverse Produkte. Neben Nahrungs-, Futter- und Genussmitteln produziert sie u. a. diverse Ölpflanzen und liefert technische Agrarrohstoffe wie Wolle, Baumwolle oder Kautschuk. Mittlerweile gibt es in der deutschen Landwirtschaft zwar relativ viele ständig Angestellte und Saisonarbeitskräfte, im Zentrum stehen jedoch nach wie vor die einzelnen Landwirt*innen und deren Familienangehörige. Sie bilden zusammen fast die Hälfte aller Arbeitskräfte in diesem Bereich (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft 2019b: 54). Als Landwirt*in wird dabei verstanden, „wer als Unternehmer ein auf Bodenbewirtschaftung beruhendes Unternehmen der Landwirtschaft betreibt“ (Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte 1994: 12), also vereinfacht gesagt einen Hof führt. Ob dies im Voll- oder im Nebenerwerb geschieht, spielt keine Rolle.

2.2.2 Landwirt*in als Beruf

Da sich die Lebens- und Arbeitswirklichkeiten von Landwirt*innen in vielerlei Hinsicht von denen anderer Berufsgruppen unterscheiden und diese Verschiedenartigkeit mitunter eine Ursache für bestehende Konflikte sein könnte, wird im Folgenden auf einige zentrale Aspekte eingegangen. Anzumerken ist zunächst, dass in den vergangenen Jahrzehnten ein deutlicher Strukturwandel in der Landwirtschaft zu beobachten ist: Gab es im Jahr 1975 noch über 900.000 Betriebe, waren es 2020 nur noch rund 260.000 (Statista 2021b) – das entspricht einer Abnahme von rund 70 Prozent. Die verbleibenden Betriebe wurden immer größer, spezialisierter und effizienter. Allerdings nahm dadurch auch der Anteil der Landwirt*innen an der Gesamtbevölkerung massiv ab, was zu einer gewissen Entfremdung führte: Vielen Menschen fehlt heute das Wissen über grundlegende Vorgänge in der Natur und in der Landwirtschaft; persönliche Kontakte zwischen Verbraucher*innen und Landwirt*innen gibt immer seltener. Viele Landwirt*innen kritisieren in diesem Zusammenhang die fehlende Wertschätzung ihrer Arbeit: Der durchschnittliche deutsche Verbraucher erwarte „an 365 Tagen im Jahr frische, hochwertige [...] Lebensmittel“ (Berghorn und Berghorn 2013: 6), sei aber nicht bereit, diese Leistung ausreichend wertzuschätzen – weder finanziell noch in anderer Art. So entstehen immer mehr Konflikte, zum Beispiel wenn neue Ställe oder landwirtschaftliche Anlagen in der näheren Umgebung von Wohngebieten gebaut werden sollen.

Hinzu kommt, dass der Beruf des*der Landwirts*in physisch und psychisch vergleichsweise belastend ist. Mit 48,8 Stunden pro Woche haben Landwirt*innen von allen deutschen Berufsgruppen die längsten Arbeitszeiten (Statistisches Bundesamt 2020). Befragungen zeigen zudem, dass sie oft einen großen Arbeits-, Zeit- und Leistungsdruck verspüren (Meyer-Mansour et al. 1990). Regelmäßig am Wochenende zu arbeiten und auf Freizeit zu

verzichten ist für viele selbstverständlich (Knoop und Theuvsen 2018; Nolten 2010). Die wenige Freizeit, die sie haben, können sie zudem nur selten zur Regeneration nutzen, weil sie erschöpft, müde oder angespannt sind bzw. auch in der freien Zeit stets an den Betrieb denken (Knoop und Theuvsen 2018: 7). So ist es wenig verwunderlich, dass Landwirt*innen überdurchschnittlich oft von Burn-out bzw. schweren Erschöpfungszuständen betroffen sind (Eder 2018; Reissig 2017). Als Belastungsfaktoren werden zunehmende Bürokratie und die sich konstant verändernden gesetzlichen und politischen Rahmenbedingungen genannt, finanzieller und zeitlicher Druck, betriebliche Kontrollen sowie schwere körperliche Arbeit (Knoop und Theuvsen 2018: 7). So erfordert beispielsweise der Einzug neuer Technologien immer neue und höhere Qualifikationen. Überdies schränken die drastisch gestiegenen Kauf- und Pachtpreise landwirtschaftlicher Fläche die Entwicklungsmöglichkeiten von Betrieben immer stärker ein.

Gleichzeitig nehmen Landwirt*innen ihre Einkommenssituation als unbefriedigend wahr (z. B. Nolten 2010). Schon in den 1990er-Jahren waren viele verunsichert und geplagt von Existenzängsten (Meyer-Mansour et al. 1990: 31), daran dürfte sich bis heute wenig geändert haben. Zuletzt – die jüngsten Zahlen liegen für das Wirtschaftsjahr 2017/2018 vor – lag das Einkommen von Landwirt*innen im Haupterwerb zwar nur geringfügig unter dem durchschnittlichen deutschen Bruttolohn, es kann von Jahr zu Jahr aber zu relativ großen Schwankungen kommen: 2016/2017 etwa verdienten sie 13 Prozent weniger als der deutsche Durchschnittsangestellte, 2015/2016 waren es sogar rund 35 Prozent weniger (Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung 2021b). Gegen manche Risiken, wie zum Beispiel Hagel oder Tierseuchen können sich Landwirt*innen zwar absichern, in vielen anderen Fällen müssen sie die Einkommensschwankungen aber durch finanzielle Rücklagen ausgleichen. Für Frustration und Verbitterung sorgt auch die Tatsache, dass der eigene Berufsstand – obwohl so wichtig für die Gesellschaft – massiv subventioniert werden muss (Meyer-Mansour et al. 1990: 35). Landwirt*innen wollen nicht als Almosenempfänger wahrgenommen, sondern für ihre Arbeit wertgeschätzt werden (z. B. Hertel 2018); sie möchten, dass sich ihre Arbeit lohnt. Davon ist man aktuell aber weit entfernt: Im Wirtschaftsjahr 2017/2018 machten staatliche Zuschüsse rund 46 Prozent ihres Einkommens aus, bei den Nebenerwerbsbetrieben betrug der Anteil sogar 92 Prozent (Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung 2021b). Auch die unternehmerische Eigenständigkeit wird durch gesetzliche Vorgaben und ökonomische Zwänge immer weiter eingeschränkt. „Die Betriebe [...] sind den Bedingungen konventioneller Landwirtschaft unterworfen und müssten auf Öko-Betrieb umstellen, wenn sie den systemischen Logiken teilweise entkommen wollten. [...]. Alternative Bedingungen bzw. Änderungen durch direkte Handelsbeziehungen, unabhängiges Marketing und Vertrieb sind zwar möglich, weisen aber eine nahezu vollständige Inkompatibilität mit dem vorherrschenden Modell auf“ (Radtko 2021: 13).

Im Ergebnis ist das Berufsbild Landwirt*in für immer weniger junge Menschen attraktiv. Die Zahl der Auszubildenden ist zwischen 1999 und 2019 um fast 20 Prozent auf 32.331 gesunken (Statista 2021a). Auch die Frage nach der betrieblichen Nachfolge bleibt oft ungeklärt: Fast 70 Prozent der Betriebsleiter*innen über 45 Jahren wissen nicht, ob und von wem ihr Hof später einmal übernommen wird (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft 2019b: 55).

2.2.3 Selbstwahrnehmung von Landwirt*innen

Von Interesse ist nicht nur, welche Gemeinsamkeiten zwischen Landwirt*innen bezüglich ihrer Lebens- und Arbeitssituationen bestehen, sondern auch, welche Werte und Einstellungen sie verbinden. Im Folgenden werden deshalb die zentralen Befunde der agrarsoziologischen Forschung zu diesem Thema im deutschsprachigen Raum zusammengefasst. Den Ausführungen ist zweierlei vorzuschicken: Zum einen sind die empirischen Studien zu diesem Thema teils relativ alt. Da aktuellere Arbeiten fehlen, bleibt unklar, ob und in welchem Ausmaß diese Ergebnisse immer noch Gültigkeit besitzen. Zum anderen darf nicht vergessen werden, dass innerhalb der Gruppe der Landwirt*innen durchaus große Disparitäten bestehen – man denke etwa an unterschiedliche Erwerbsformen, Betriebsgrößen, Betriebs- und Bewirtschaftungsarten. Studien zu den unterschiedlichen „farming styles“ oder auch „farming subcultures“ (z. B. van der Ploeg 1994; Schmitzberger et al. 2005) zeigen, dass Landwirt*innen eine durchaus heterogene Gruppe bilden, deren Einstellungen, Wahrnehmungen und Zielgrößen – auch in Bezug auf Naturschutz – differenziert ausfallen können. Auch wenn die im folgenden präsentierten Ergebnisse also eine gewisse Tendenz aufzeigen, können sie nicht darüber hinwegtäuschen, dass im Einzelfall eine differenziertere Betrachtung notwendig sein kann.

Landwirt*innen sehen sich nach wie vor in erster Linie als Nahrungsmittelproduzenten (Home et al. 2014: 33; Retter et al. 2002: 461f.). „Auch die berufliche Zufriedenheit und die Erhaltung des Berufsstolzes als Landwirt*in gehen einher mit den Aspekten der Produktion von Nahrungsmitteln. So wird beispielsweise der eingebrachte Ertrag als Zeichen für geleistete Arbeit und erbrachte Qualität angesehen und die eigene Umsetzung von guter, fachlicher Praxis auf dem Feld wird wahrgenommen“ (Stotten et al. 2010: 47f.). Andere Aufgaben wie Landschaftspflege oder Naturschutz spielen demgegenüber eine untergeordnete Rolle. Obwohl Landwirt*innen in den vergangenen Jahrzehnten viele naturschutzrelevante Maßnahmen in ihre Handlungsroutinen aufgenommen haben, wird das Thema Natur- und Umweltschutz nach wie vor negativ und sogar als existenzbedrohend wahrgenommen (Kölsch und Dettmer 1989: 120; Retter et al. 2002: 462f.). Zum einen, weil das Aufkommen der öffentlichen Umwelt- und Naturschutzdiskussion zu einem deutlichen Ansehensverlust des eigenen Berufsstandes geführt hat, zum anderen, weil sich Landwirt*innen im Zusammenhang mit Naturschutzmaßnahmen häufig mit Verboten und Auflagen konfrontiert sehen, die die eigenen Handlungsmöglichkeiten einschränken (Retter et al. 2002: 462f.). Dieses restriktive Vorgehen nehmen sie nicht nur als Angriff auf ihre Entscheidungsfreiheit wahr, sondern auch als Angriff auf ihr Hab und Gut (Hebenstreit und Barkmann 2014: 27). Zu erklären mag diese zunächst extrem anmutende Wahrnehmung damit sein, dass das selbstbestimmte und eigenverantwortliche Arbeiten als großer Vorteil des eigenen Berufs bewertet wird (Nolten 2010: 23) und Landwirt*innen mit gewissem Stolz erfüllt (Meyer-Mansour et al. 1990: 37). „Eigentum und Besitz an Land und die Möglichkeiten der „freien“ Verfügung sind [für sie] zentrale, identitätsstiftende Kategorien“ (Hebenstreit und Barkmann 2014: 27). Das geht so weit, dass selbst offensichtliche Fehler seitens landwirtschaftlicher Beratungsdienste nicht kritisiert werden: Es wird als selbstverständlich erachtet, dass Betriebsleiter*innen selbst wissen und entscheiden müssen, was für ihren Betrieb am besten ist (Meyer-Mansour et al. 1990: 37). Statt Vorschriften und Verboten wünschen sich Landwirt*innen deshalb auf Freiwilligkeit beruhende Maßnahmen, sie wollen selbst entscheiden, was auf dem eigenen Betrieb umgesetzt wird und was nicht (z. B. Lettmann 1995; Rau 1989).

Das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und das eigene Wissen scheint bei Landwirt*innen äußerst ausgeprägt zu sein. Sowohl in Bezug auf Düngung als auch beim Thema Pflanzenschutz etwa messen sie ihrer eigenen Erfahrung und Beobachtungsgabe deutlich höhere Bedeutung bei als anderen Maßnahmen wie Bodenuntersuchungen, amtlichen Warndiensten oder Beratung (Jositz-Pritscher 1999: 198). Ähnliches zeigt eine Befragung von Meyer-Mansour et al. (1990): Auch hier gaben Landwirte an, dass Erfahrung, die Meinung von Kolleg*innen und eigene Experimente wichtiger seien als externe Informationen. Besonders in Bezug auf Beratungsangebote kritisierten sie, dass Informationen zu wenig auf den eigenen Betrieb zugeschnitten und deshalb stets eine kritische Überprüfung notwendig sei. Zudem schreiben sich Landwirt*innen selbst ein sehr viel engeres und besseres Verhältnis zur Natur zu als der Stadtbevölkerung (Pongratz 1992: 189f.). Begründet wird dies durch die arbeitsbedingte Nähe – Bauern würden nicht nur mit der Natur, sondern vor allem auch von ihr leben. Die ‚Städter‘ hingegen, die sehr viel weniger und auch seltener Kontakt zur Natur hätten, würden diese romantisieren und stets nur ihre positiven Seiten betonen. Gleichzeitig wüssten sie wenig über die Natur und ihre komplexen Zusammenhänge.

Die Schuld für bestehende Umweltprobleme wird tendenziell eher bei anderen gesucht als bei sich selbst (Pongratz 1992). Landwirt*innen sind der Meinung, dass Landwirtschaft und Naturschutz keinen Widerspruch darstellen, sondern gleichzusetzen sind (Rau 1989; Retter et al. 2002): Da die Umwelt ihre wichtigste Produktionsgrundlage ist, sei der Schutz eben jener selbstverständlich und zwangsläufig notwendig. Das hohe Ertragsniveau der landwirtschaftlichen Produktion bestätigt sie in dieser Vorstellung, denn wäre die Landwirtschaft tatsächlich so schädlich für die Natur, könnten die Erträge nicht so hoch sein. Umweltprobleme, die sich nur auf die Landwirtschaft beziehen – wie Überdüngung, Bodenverdichtung oder ausgeräumte Landschaften – „werden [...] eher als vermeidbare Auswüchse einer fehlerhaften oder übertriebenen Anwendung der modernen landwirtschaftlichen Produktionsverfahren eingestuft denn als deren systematische Folge“ (Pongratz 1992: 201). Je stärker die Umweltprobleme für den Landwirt bzw. die Landwirtin subjektiv erfahrbar sind, desto eher sind allerdings Selbstreflexion und Besorgnis zu beobachten (Pongratz 1992; Vogel 1992).

Kritik an der Landwirtschaft wird von Landwirt*innen häufig als ungerechtfertigt eingeschätzt (Rau 1989). Die mediale Darstellung von Landwirtschaft und durch sie verursachte Umweltprobleme wird als übertrieben, realitätsfern, skandalisierend oder tendenziös wahrgenommen (Nolten 2010). Auffallende Abweichungen ergeben sich hier bei Nebenerwerbslandwirt*innen und Betriebsleiter*innen, die keine landwirtschaftliche Ausbildung durchlaufen haben: Sie schätzen die Landwirtschaft nicht ganz so positiv ein und stehen auch Kritik weniger ablehnend gegenüber (Rau 1989). Es wird vermutet, dass dies „eine Folge der außerbetrieblichen/außerlandwirtschaftlichen Orientierung von Nebenerwerbslandwirten“ [ist]. Gefühlsmäßig haben sich viele [...] teilweise oder sogar ganz von der Landwirtschaft gelöst“ (Rau 1989: 31).

2.3 Natur, Naturschutz und Naturschützer*innen

2.3.1 Zentrale Begriffe

Die Frage nach dem Wesen der Natur beschäftigt die Philosophie seit Jahrhunderten, denn die Unterscheidung zwischen ‚Gewordenem‘ bzw. ‚Natürlichem‘ und (vom Menschen)

‚Gemachten‘ ist „zentral für unsere Orientierung in der Welt“ (Birnbacher 2006: 1). Eine klare Definition liegt dennoch bis heute nicht vor. „Kaum ein anderes Wort zerfällt in so viele verschiedene Bedeutungen“ (Honnefelder 2011: 1571), „vage, unbestimmt“ (Hume 2013: 44) sei es und der Versuch, ihr Wesen zu bestimmen, werde „niemals zu einer zufriedenstellenden Antwort“ (Sieferle 1997: 17) führen. Es wird sogar infrage gestellt, ob die Natur als solche überhaupt existiert oder ob es sich nicht vielmehr um „ein historisch bedingtes, mentales Konzept“ (Fischer 2004: 12) handelt. Die Naturwissenschaften, die sich eigentlich ganz der Erforschung eben jener gewidmet haben, legen vergleichsweise wenig Wert auf eine genauere Definition (Dürnberger 2019: 88). Im Historischen Wörterbuch der Biologie (Toepfer 2011) beispielsweise wird der Begriff zwar wiederholt in verschiedenen Kontexten verwendet, einen eigenen Eintrag dazu gibt es allerdings nicht. Selbiges ist in Naturschutzgesetzen sowie in der naturschutzfachlichen Literatur zu beobachten: Auch hier wird der Natur-Begriff ohne nähere Definition verwendet (Heiland 1999: 9). Festzuhalten ist, dass sein Bedeutungsinhalt individuell und interkulturell sehr unterschiedlich ausfallen und sich im Laufe der Zeit verändern kann (vgl. van den Daele 1992; Heiland 1999; Shepard 2002; Williams 1982). Beispielhaft lassen sich verschiedene alltagssprachliche Redewendungen wie „es liegt in ihrer Natur“, „von Natur aus“ oder „eine Laune der Natur“ anführen. Sie zeugen von den unterschiedlichen Kontexten, in denen der Begriff verwendet werden kann (außerhalb menschlichen Einflusses, Ursprünglichkeit, Unberechenbarkeit).

Die geschilderte definitorische Unschärfe gilt – in der logischen Konsequenz – im selben Maß für die Begriffe *Naturschutz* und *Naturschützer*. Obwohl die Anfänge des Naturschutzes bis ins 19. Jahrhundert zurückreichen, fehlt bis heute eine allgemein anerkannte Begriffsdefinition – nicht einmal im Bundesnaturschutzgesetz ist dies gelungen (Plachter 1995: 198). Einigkeit herrscht lediglich darüber, dass Naturschutz stets handlungsorientiert ist und einen stark normativen Charakter aufweist: Naturschutz „will Arten durch gezielte Maßnahmen erhalten, Landschaften durch bestimmte Eingriffe entwickeln, bei der Nutzung von Flächen steuernd mitwirken und Anderes mehr“ (Zucchi 2014: 3). Welche Normen und Werte dabei handlungsleitend sind, hängt maßgeblich vom gesellschaftlichen Diskurs ab und kann sich – ebenso wie die Interpretation des Naturbegriffs – im Laufe der Zeit verändern.

Schwierigkeiten ergeben sich auch dadurch, dass die Begriffe Ökologie und Umweltschutz in der Öffentlichkeit häufig mit Naturschutz vermischt bzw. sogar gleichgesetzt werden. Streng genommen ist die synonyme Begriffsverwendung nämlich nicht korrekt (Zucchi 2014): Die Ökologie ist eine Naturwissenschaft, die sich zwar mit der Natur in all ihren Facetten beschäftigt, deren Erkenntnisinteresse aber in der wertfreien Beschreibung ihrer Bestandteile, Funktionsweisen und Veränderungen besteht. Sie ist somit eine wichtige Grundlage für Natur- und Umweltschutz, aber weder handlungsorientiert noch normativ. Der Umweltschutz ist im Gegensatz zum Naturschutz charakterisiert durch eine explizit anthropozentrische Sichtweise – im Mittelpunkt der Schutzbemühungen steht die Gesundheit des Menschen. Während also der Naturschutz „die Natur *vor dem Menschen* bewahren will, will Umweltschutz die natürliche Umwelt *für den Menschen* bewahren“ (Hupke 2020: 31). Durch zum Beispiel Luftreinhaltung, Trinkwasserschutz, Lärm- oder Strahlenschutz soll verhindert werden, dass der Mensch in irgendeiner Art Schaden nimmt. Dabei ergeben sich zwar Berührungspunkte bzw. Überschneidungen mit dem Naturschutz, der Selbstwert der Natur spielt aber keine übergeordnete Rolle. Teilweise entstehen sogar

unauflösbare Konflikte: So ist die Nutzung von regenerativen Energien, zum Beispiel Wasserkraft, aus Umweltschutz-Sicht erfreulich (keine Abgase, keine Strahlung etc.), aus Naturschutz-Sicht aber keineswegs (diverse negative Einflüsse auf Tier- und Pflanzenwelt). Dass sich viele einschlägige Verbände in Deutschland sowohl für Umwelt- als auch für Naturschutz einsetzen, macht die Differenzierung nicht einfacher. Hinzu kommt, dass sich nicht alle ausgewiesenen Naturschutzverbände primär für Naturschutz einsetzen: zu unterscheiden sind Verbände, deren Hauptanliegen tatsächlich der Naturschutz ist und solche, die vorrangig Nutzungszwecke verfolgen und sich nur nachrangig mit Naturschutz befassen (zum Beispiel Jagd-, Fischerei- oder Imkerverbände).

Wie aber soll nun der Begriff des *Naturschützers* bzw. der *Naturschützerin* definiert werden? In Anlehnung an Heiland (1999) sollen nachfolgend jene Personen und Institutionen als Naturschützer*innen verstanden werden,

„deren Handeln primär auf den Schutz und die Entwicklung der natürlichen Umwelt gerichtet ist, und die in der Öffentlichkeit und von ihren Adressaten mit Naturschutz in Verbindung gebracht werden. Dies schließt nicht aus, daß auch andere Akteure (z. B. Landwirte, Verbraucher) durch ihr Handeln zum Naturschutz beitragen, da Naturschutzinteressen nicht ausschließlich an bestimmten Stellen in der Gesellschaft konzentriert, sondern auf eine Vielzahl von Akteuren verteilt sind – wenn auch in unterschiedlicher Stärke.“ (Heiland 1999: 26f.)

Statt eine streng formale Begriffs- bzw. Akteurs-Bestimmung vorzunehmen, – was aufgrund der eingangs erläuterten Probleme im Zusammenhang mit dem Natur-Begriff ohnehin wenig zielführend wäre – ist also entscheidend, dass der Schutzgedanke (in welcher Art auch immer) handlungsleitend für die betreffende Person/Institution ist und dies von Außenstehenden auch so wahrgenommen wird. Zu den Akteuren des Naturschutzes gehören somit nicht nur die einschlägigen Behörden, Abteilungen in Fachbehörden, Verbände und Beiräte, sondern zum Beispiel auch Lehrstühle an Hochschulen, Mitarbeiter*innen in Planungs- oder Gutachterbüros sowie Gruppen und Einzelpersonen, die sich privat für den Naturschutz einsetzen. Da die Interessen, Verpflichtungen, Arbeitsschwerpunkte und Wissensstände dieser Akteure sehr unterschiedlich ausfallen können, ist neben der personellen auch eine enorme inhaltliche Heterogenität zu beobachten (Heiland 1999: 26). So gibt es immer noch keine schlüssige und von allen akzeptierte Zieldefinition und Zielbegründung für das naturschutzbezogene Handeln (z. B. Ellenberg 1992; Plachter 1995). In der praktischen Umsetzung führt das immer wieder zu Problemen, denn während hinsichtlich der Hauptziele oft noch weitgehend Einigkeit herrscht, bestehen bezüglich der konkreten „Strategien einschließlich [der] regionalisierte[n] Feinziele sehr unterschiedliche Auffassungen“ (Schumacher 2000: 19). In der Literatur wird deshalb wiederholt darauf hingewiesen, dass zur Durchsetzung von Naturschutzzielen zunächst ein fachinterner Konsens erreicht werden sollte (z. B. Bröring und Wiegleb 2014: 2).

2.3.2 Wahrnehmung und Bewertung von Natur und Naturschutz

Der Natur- und Umweltschutz hat in den vergangenen Jahrzehnten sowohl in Deutschland als auch in vielen anderen Regionen der Welt an Bedeutung gewonnen. Die Notwendigkeit, unsere natürliche Lebensgrundlage vor negativen menschlichen Einflüssen zu schützen, scheint größtenteils erkannt und akzeptiert zu sein. Sobald es um konkrete Lösungskonzepte geht, offenbaren sich dennoch immer wieder Konflikte. Mit ein Grund dafür sind die

„unterschiedlichen und manchmal kaum miteinander zu vereinbarenden Perspektiven“ (Karger 1996: 73) aus denen Natur und Naturschutz betrachtet werden können. Akteure aus dem Bereich Naturschutz etwa propagieren ein sehr einseitiges Verständnis des Wortes: „Die ‚Natur‘ des Naturschutzes – das ist in aller Regel eine sehr fragile, gefährdete, schutzbedürftige, vom Aussterben bedrohte Sache“ (Reusswig 2002: 156). Aus ihrer Perspektive muss sie vor menschlichen Eingriffen geschützt und bewahrt werden, weil sie sonst Schaden nimmt. Dies ist aber weder die einzig richtige, noch die einzig vertretene Sichtweise – die Natur kann ebenso als etwas Gefährliches und Bedrohliches (Naturkatastrophen, Krankheiten, gefährliche Tiere), Starkes (Natur wird den Menschen überdauern, Natur erschafft sich jeden Tag neu), Schönes (unendliche Weiten, schöne Blumen, faszinierende Tiere) oder Religiöses (Natur als heilige Schöpfung) interpretiert werden. Bei Landwirt*innen etwa lässt sich ein Nebeneinander von zwei unterschiedlichen Naturverständnissen festmachen (Pongratz 1992): Einerseits wird die Natur als Produktionsstätte und maßgebend für den wirtschaftlichen Erfolg wahrgenommen. Gleichzeitig wird sie auf emotional-empfindsamer Ebene bewundert und als Arbeitsort sehr positiv wahrgenommen (draußen, frische Luft, vielfältige Tätigkeit). Bezeichnend ist, dass in „den Äußerungen vieler Bauern [...] beide Aspekte mit unterschiedlichen Betonungen nebeneinander [stehen], ohne daß dies subjektiv als Widerspruch empfunden würde“ (Pongratz 1992: 193). Auch in der rein ästhetischen Wahrnehmung von Natur dürften sich Unterschiede ergeben: So nehmen Landwirt*innen Wildpflanzen, die für Naturschutz-Akteure vermutlich ein positiv zu bewertender Bestandteil unserer Landschaft sind, auf landwirtschaftlichen Flächen zum Teil als störendes Unkraut wahr, das entfernt werden sollte. Auch ausgeräumte Landschaften ohne Hecken und Bäume sind für sie nicht zwingend reizlos, sondern haben eben ihren eigenen Reiz (Rau 1989: 58).

Im Zusammenhang mit Naturschutzkonflikten wird immer wieder darüber diskutiert, was als (schädlicher) Eingriff in die Natur zu bewerten ist und was davon vertretbar bzw. notwendig ist. Erschwert werden solche Diskussionen dadurch, dass die Wahrnehmung und Bewertung menschlicher Eingriffe in die Natur nicht nur von wissenschaftlich fundierten Daten abhängt, „sondern immer auch von den individuellen und sozialen Bildern und Vorstellungen über Umwelt, über die Zusammenhänge zwischen Mensch, Gesellschaft, Technik und Umwelt sowie von den Erwartungen, wie eine intakte Umwelt und Natur beschaffen sein sollte“ (Karger 1996: 73). Kölsch und Dettmer (1989) etwa beschreiben im Rahmen ihrer qualitativen Studie, dass Produktion und Naturschutz für Landwirt*innen nicht unbedingt im Widerspruch stehen, sondern (von Teilen des Berufsstandes) als natürliche Einheit wahrgenommen werden – auch wenn dies aufgrund von Industrialisierung und Intensivierung der Landwirtschaft längst nicht mehr bzw. nur noch teilweise zutreffend ist. Gemäß dieser Interpretation profitiert der Mensch von der Natur und die Natur vom Menschen (man denke etwa an die Offenhaltung von Flächen und die dadurch entstehenden Lebensräume für Vögel, Insekten und Amphibien). Der von Außenstehenden vorgenommenen Dichotomisierung zwischen dem positiv zu betrachtenden Naturschutz und der schädlichen Landnutzung begegnen sie in der Folge mit Unverständnis: Entsprechende Maßnahmen – wie zum Beispiel Flächenstilllegungen – gefährden Landwirt*innen „nicht nur ökonomisch, sondern [...] zerstören die Sinnzusammenhänge, mit denen sich der Landwirt sein Leben erklärt“ (Kölsch und Dettmer 1989: 122). Diese Beobachtungen decken sich mit einer Befragung von Rau (1989): Die Mehrheit der von ihm befragten Landwirte (rund 80 Prozent)

war der Meinung, dass Landwirtschaft und Naturschutz gleichzusetzen sind. Landwirt*innen seien, auch wenn ab und an Fehler passieren, die besten Naturschützer.

Studien belegen, dass derartige Unterschiede in der Naturwahrnehmung mitverantwortlich für Einstellungsunterschiede sein können. So zeigte Sawicka (2005), dass „bestimmte Natur-Assoziationen besonders häufig mit einer kritischen Bewertung der grünen Gentechnik einhergingen“ (Sawicka 2005: 492). Kölsch und Dettmer (1989: 125) zeigen, dass die Überzeugung, dass Landwirtschaft und Natur im Einklang stehen, mit dazu geführt hat, dass viele Landwirt*innen die Nitratbelastung des Grundwassers als nicht existent abtun bzw. ignorieren. Den diesbezüglichen Vorwürfen an ihren Berufsstand versuchen sie zu entgehen, indem sie entweder andere Schuldige benennen (etwa kommunale Kläranlagen und Abwassersysteme) oder das Nitratproblem einzelnen landwirtschaftlichen Betrieben zuschreiben, die sich nicht korrekt verhalten. Ein kollektives Schuldeingeständnis wird abgelehnt.

Zu Konflikten kann es auch deshalb kommen, weil die Beteiligten der Natur einen gänzlich unterschiedlichen Stellenwert zugestehen. Hierbei sind zwei einander entgegengesetzte Positionen auszumachen (Karger 1996: 73): Die einen betonen den Selbstwert der Natur, die per se schützenswert ist. Egal, ob nun etwa Menschen vom Aussterben einer bestimmten Delfin-Art betroffen sind oder nicht – es sollte verhindert werden. Die anderen vertreten eine anthropozentrische Sichtweise und definieren die Natur über den Wert, den sie für uns Menschen hat: Natur sollte geschützt werden, weil sie unsere Lebensgrundlage ist, weil sie auch unabhängig von materiellen Aspekten wichtig für uns ist (Erholung, Ästhetik) oder weil Menschen respektvoll und friedlich mit sich und anderen Geschöpfen umgehen sollten. Bienen zum Beispiel sollten gemäß dieser Logik deshalb geschützt werden, weil durch den Wegfall ihrer Bestäuberleistung mit enormen Einbußen in der Landwirtschaft gerechnet werden müsste. Oder weil das Summen und Brummen auf den Wiesen für das Naturerleben des Menschen wichtig ist.

Für den öffentlichen Diskurs haben diese Beobachtungen weitreichende Folgen. Denn bevor über mögliche Maßnahmen diskutiert werden kann, müssten eigentlich zunächst relevante Begriffe definiert und grundlegende Zielkonflikte thematisiert werden: Was soll unter Natur verstanden werden? Geht es darum, die Natur, so wie sie ist, zu erhalten (bzw. einen gewissen ‚Urzustand‘ wieder herzustellen) oder soll sie nur insofern geschützt werden, als dass wir auch künftig unsere eigenen Bedürfnisse befriedigen können (Selbsterhaltung, Erholung, Ästhetik, Moral)? Zu Problemen kann es aber selbst dann kommen, wenn bezüglich dieser Fragen Übereinstimmung herrscht: „Ist man sich beispielsweise über den Eigenwert der Natur einig, kann dennoch Dissens darüber entstehen, ob man allen Lebewesen nur eine Berechtigung auf adäquaten Lebensraum einräumt, wobei die Priorität menschlicher Interessen nicht in Frage gestellt wird, oder ob man die Natur als Hort gleichberechtigter Mitgeschöpfe versteht“ (Karger 1996: 73).

2.4 Öffentliche Kommunikation

Wie eingangs erläutert, bestehen die Kommunikationsprobleme zwischen den Akteuren aus Landwirtschaft und Naturschutz weniger in der direkten und interpersonalen, sondern vielmehr in der öffentlichen Kommunikation. Darunter versteht man Kommunikation über gesellschaftlich relevante Themen, die öffentlich stattfindet und häufig durch Massenmedien vermittelt wird (Bentele et al. 2003: 7). Die Inhalte sind also nicht auf einen

geschlossenen Adressatenkreis begrenzt, sondern können potenziell von allen Interessierten rezipiert werden und erreichen häufig große Publika. Öffentlichkeit kann dementsprechend „als ein im Prinzip allen gleichermassen zugängliches Kommunikationsforum“ (Donges und Imhof 2010: 189) verstanden werden. Um analysieren zu können, warum vor allem in der öffentlichen Kommunikation Probleme auftreten, ist zunächst eine genauere Betrachtung dieses Kommunikationsforums notwendig. Dies geschieht in den folgenden drei Abschnitten. Erst wird im Detail auf die drei Ebenen von Öffentlichkeit eingegangen. Der zweite Abschnitt widmet sich den Rollen, die es im Rahmen der öffentlichen Kommunikation gibt (Sprecher, Vermittler und Publikum). Außerdem wird diskutiert, welche Akteursgruppen im öffentlichen Diskurs über Landwirtschaft und Naturschutz relevant sind. Der dritte Abschnitt widmet sich den verwendeten Informationskanälen, denn es ist nicht nur entscheidend, wer eine Information verbreitet (Quelle), sondern auch wo diese kommuniziert wird (Kanal).

2.4.1 Ebenen von Öffentlichkeit

In der Regel wird in der Literatur zwischen drei Öffentlichkeitsebenen unterschieden (Donges und Imhof 2010): Encounter-Ebene, Themen- oder Veranstaltungsöffentlichkeit und Medienöffentlichkeit (siehe Abb. 1). Auf der untersten Ebene, der *Encounter-Ebene*, geht es um zufällig entstehende öffentliche Kommunikation zum Beispiel am Arbeitsplatz oder auf der Straße. „Auf dieser Ebene ist Öffentlichkeit ein einfaches Interaktionssystem ohne eine Differenzierung in Leistungs- oder Publikumsrolle, d. h., jeder Teilnehmer einer solchen Form von Öffentlichkeit kann zugleich als Sprecher oder als Publikum auftreten“ (Donges und Imhof 2010: 187). Vermittelnde Rollen – also etwa Journalist*innen – gibt es hier nicht und die Übergänge zur nicht-öffentlichen, also privaten Kommunikation sind fließend. Die Kommunikation auf Encounter-Ebene unterliegt zudem meist räumlichen, zeitlichen und sozialen Beschränkungen.

Die zweite Ebene ist die sogenannte *Themen- oder Veranstaltungsöffentlichkeit*. „Darunter sind thematisch zentrierte Interaktions- oder Handlungssysteme zu verstehen [...]. Diese können spontan entstehen [...] oder einen hohen Organisationsgrad aufweisen“ (Donges und Imhof 2010: 188). Als Beispiele sind etwa Demonstrationen oder öffentliche Veranstaltungen zu nennen. Aber auch die Kommunikation im Internet ist oft auf der Ebene der Themenöffentlichkeit zu verorten, etwa wenn es um reichweitenstarke Blogs oder die Onlineauftritte fachjournalistischer Medien geht. Gegenüber der Encounter-Ebene ist hier eine stärkere Differenzierung zwischen leistungserbringenden Akteuren und Publikum zu beobachten, das heißt, die beteiligten Personen wechseln seltener ihre Rollen als Sprecher, Vermittler oder Publikum. Die diskutierten Themen erhalten zudem tendenziell größere Aufmerksamkeit als die der Encounter-Ebene.

Die *Medienöffentlichkeit* bildet schließlich die dritte Ebene. Die Kommunikation ist hier hochgradig institutionalisiert und vollzieht sich mit Abstand am folgenreichsten – denn erst durch die von den Journalist*innen der Massenmedien vorgenommene Selektion erhalten Themen „eine Chance auf gesamtgesellschaftliche Wahrnehmung und somit Relevanz“ (Jarren 2008: 331). Außerdem verfügt die Medienöffentlichkeit über ein mehr oder weniger dauerhaft vorhandenes Publikum. Ein Wechsel vom Publikum zu den Sprechern oder Vermittlern ist kaum bzw. nicht möglich, da die „Differenzierung von Leistungs- und Publikumsrollen [...] hier am meisten ausgeprägt“ (Donges und Imhof 2010: 188) ist. Innerhalb der

Medienöffentlichkeit wird unterschieden zwischen Leit- und Folgemedien. Leitmedien – wie etwa Der Spiegel, Bild, Handelsblatt, Süddeutsche Zeitung oder ZDF (Bartl 2022) – nehmen eine führende Stellung ein und beeinflussen maßgeblich, welche Themen gesamtgesellschaftlich debattiert werden. Die Journalist*innen der Folgemedien – zum Beispiel die verschiedenen Lokalzeitungen – nutzen sie besonders häufig zur Recherche und orientieren sich bei ihrer eigenen Arbeit an ihnen.

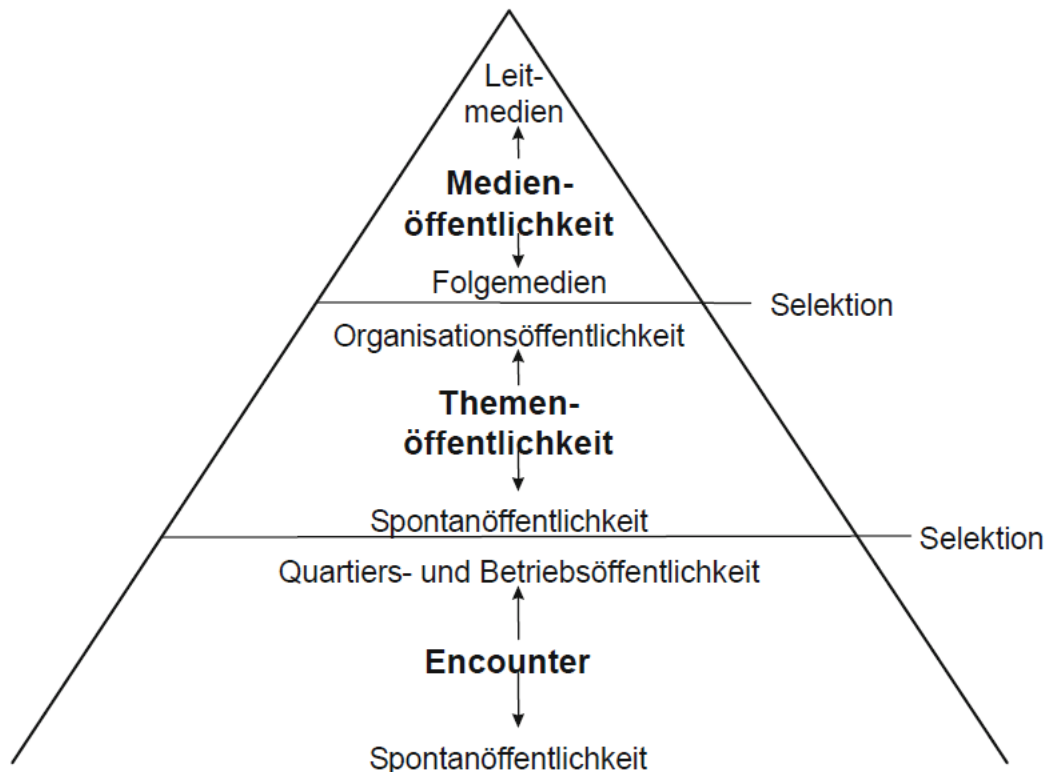


Abb. 1: Ebenen von Öffentlichkeit (Quelle: Jarren und Donges, 2011, in Anlehnung an Neidhardt, 1989)

Anzumerken bleibt, dass die Grenzen zwischen den genannten Öffentlichkeits-Ebenen nicht immer klar zu ziehen sind, gerade in der Online-Kommunikation verschwimmen sie zunehmend (Pappert und Roth 2019: 223). Nicht-öffentliche Kommunikation (zum Beispiel Telefonate, persönliche Gespräche etc.) wird dort abgelöst von verschiedenen Formen der öffentlichen Kommunikation (Veröffentlichen von eigenen Beiträgen, Schreiben von Lesercommentaren etc.). Dadurch kommt es vielfach zu „einer Erweiterung der Öffentlichkeit auf der Ebene der Encounter- und der Themenebene“ (Jarren 2008: 331). Dies gilt verstärkt für die sozialen Medien, immer häufiger wird der Einzelne hier „aus seiner Rolle als Teilnehmer einer Individualkommunikation herausgelöst“ (Runkehl 2014: 242).

2.4.2 Akteure und Rollen

In der Öffentlichkeit sind drei verschiedene Rolleninhaber zu unterscheiden: Sprecher, Vermittler und Publikum. *Sprecher* „sind Angehörige kollektiver oder korporativer Akteure, die sich in der Öffentlichkeit zu bestimmten Themen zu Wort melden“ (Donges und Imhof 2010: 190), also zum Beispiel Repräsentant von gesellschaftlichen Gruppierungen oder Organisationen (Parteien, Verbände, Stiftungen etc.), Intellektuelle oder Wissenschaftler. Mit

Vermittlern sind vor allem Journalist*innen gemeint – im Rahmen ihrer Tätigkeit in Medienunternehmen „beobachten sie die soziale Entwicklung auf allen Öffentlichkeitsebenen, wenden sich an Sprecher, greifen Themen auf und kommentieren diese“ (Donges und Imhof 2010: 190). Sie schaffen so die Grundlage für die sogenannte Medienöffentlichkeit. Ihre Arbeit ist insofern relevant, als dass es in einer modernen und funktional derart ausdifferenzierten Gesellschaft wie der unseren „kaum mehr möglich [ist], dass sich öffentliche Kommunikation allein unter Anwesenden vollzieht. Es passiert zu viel, das den einzelnen Bürger betrifft, jedoch nicht direkt von ihm erfahrbar ist“ (Springer 2014: 15). Die (Massen)Medien sorgen deshalb für die notwendige Informationsverbreitung und ermöglichen es, dass die Gesellschaft für sich selbst beobachtbar bleibt. Das *Publikum* ist schließlich der „Adressat der Äusserungen von Sprechern und Vermittlern, die Aufmerksamkeit erhalten wollen“ (Donges und Imhof 2010: 190). Erst durch die Anwesenheit des Publikums wird Öffentlichkeit hergestellt. Es zeichnet sich durch einen hohen Anteil an Laien, große soziale Heterogenität sowie einen geringen Organisationsgrad aus. Da es „nicht organisiert ist, kann es auch nicht als Akteur handeln: Es kann weder Ziele formulieren noch diese strategisch verfolgen“ (Donges und Imhof 2010: 191).

Wie im vorhergehenden Abschnitt bereits erwähnt wurde, können einzelne Personen – je nachdem um welche kommunikative Situation es sich handelt – ihre Rollen auch wechseln. So können Journalist*innen, die normal als Vermittler tätig sind, zeitweise auch Sprecher sein, zum Beispiel, wenn sie in Form eines Kommentars, eines Leitartikels oder einer Rezension öffentlich und persönlich Stellung nehmen. Die Besucherin einer Diskussionsveranstaltung kann von ihrer Publikumsrolle in eine Sprecherrolle wechseln, indem sie sich aktiv zu Wort meldet und an der Diskussion beteiligt. Ob und wie leicht ein solcher Rollenwechsel möglich ist, hängt davon ab, auf welcher Ebene von Öffentlichkeit man sich bewegt: auf der Encounterebene, der Themen- oder Versammlungsöffentlichkeit oder der Medienöffentlichkeit. Während es auf der Encounterebene keine Vermittler gibt und die Teilnehmer jederzeit sowohl als Sprecher als auch Publikum sein können, wird die Differenzierung zwischen den Rollen auf den folgenden Ebenen immer ausgeprägter – vor allem diejenige zwischen den aktiven, leistungserbringenden Rollen (Sprecher, Vermittler) und dem Publikum. So haben Personen, die dem Publikum angehören, in der Medienöffentlichkeit keine bzw. kaum Möglichkeiten, als Sprecher oder Vermittler aufzutreten.

Für die Analyse der bestehenden Kommunikationsprobleme sind in erster Linie die leistungserbringenden Akteure der Themen- und Veranstaltungsöffentlichkeit sowie der Medienöffentlichkeit von Interesse. Zum einen sind nur Sprecher und Vermittler aktiv an der Informationsherstellung und -verbreitung beteiligt (und können dabei Kommunikationsprobleme verursachen), zum anderen vollzieht sich Kommunikation in den beiden genannten Ebenen der Öffentlichkeit deutlich folgenreicher als auf Encounter-Ebene. Sie haben größere Reichweite und erreichen deutlich mehr alle Mitglieder der Gesellschaft. Im genannten Themenfeld gibt es eine ganze Reihe an Akteuren, die als Sprecher oder Vermittler eine Rolle spielen.

In den Abschnitten 2.2 und 2.3 wurde bereits definiert, was unter den Begriffen Landwirt*in und Naturschützer*in zu verstehen ist. Am Diskurs sind jedoch deutlich mehr Akteure bzw. Akteursgruppen beteiligt als diese beiden. Zum einen ist die Definition von Landwirt*innen relativ eng: Der Begriff umfasst lediglich jene Personen, die den Beruf des*der Landwirts*in ausüben. Alle anderen Akteure, die sich auf irgendeine Weise für Land-

wirtschaft einsetzen, sind nicht inbegriffen. Zum anderen gibt es neben den Sprechern, die sich im öffentlichen Diskurs für ihre Interessen einsetzen, noch die Gruppe der Vermittler. Im Folgenden wird deshalb auf die wichtigsten Sprecher und Vermittler in der Themen- und Medienöffentlichkeit eingegangen. Abbildung 2 zeigt einen entsprechenden Überblick und nennt exemplarisch einige Beispiele.

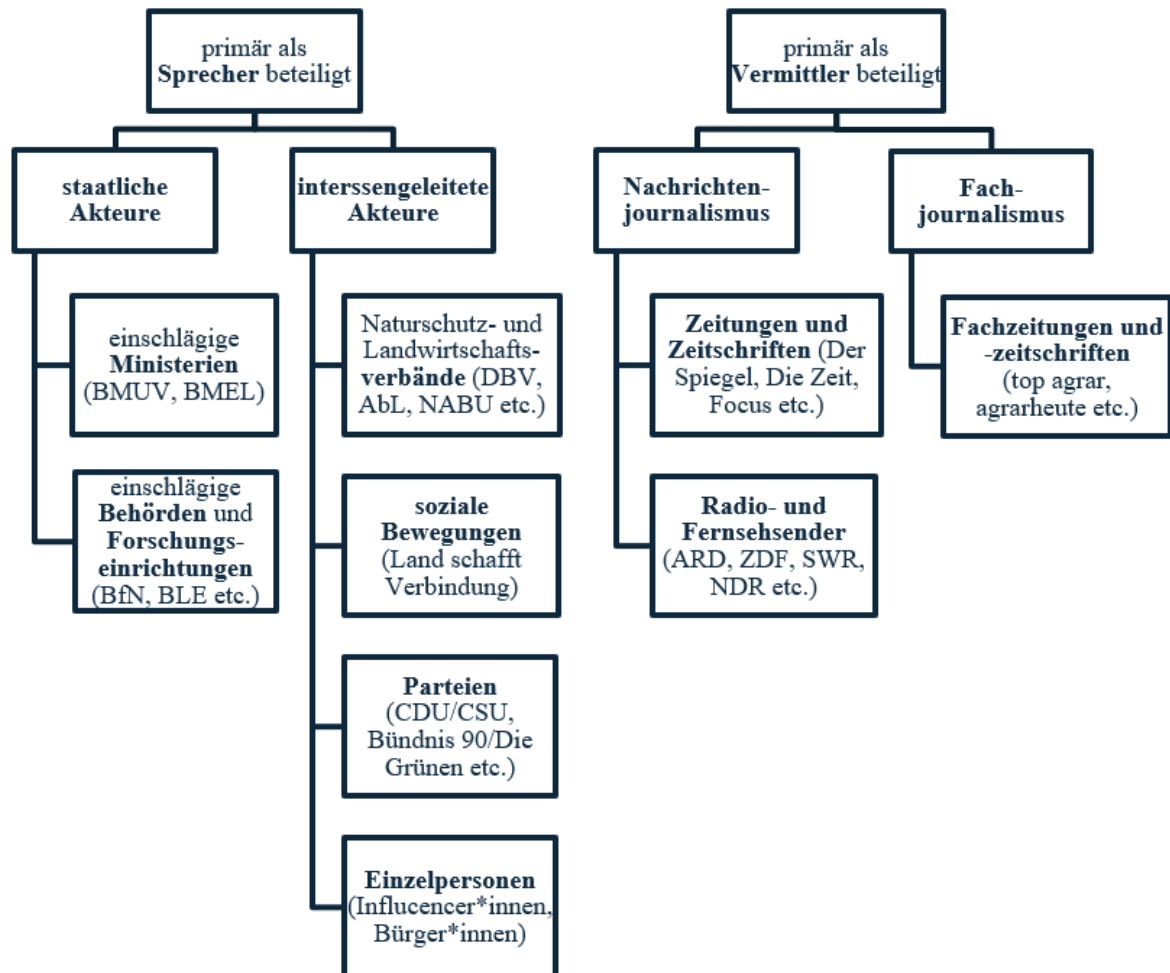


Abb. 2: Die wichtigsten Sprecher und Vermittler im Themenfeld Landwirtschaft und Naturschutz. (Quelle: Eigene Darstellung)

Bei den Sprechern lassen sich im Wesentlichen zwei Gruppen unterscheiden: *staatliche Akteure* wie Ministerien oder Behörden und *interessengeleitete Akteure* wie Verbände, soziale Bewegungen, Parteien oder relevante Einzelpersonen¹. Bei den Vermittlern kann zwischen *Nachrichtenjournalismus* mit weitgehend unabhängigen, redaktionell betreuten Informationsmedien für eine breite Öffentlichkeit sowie *Fachjournalismus* mit ebenfalls weitgehend unabhängigen, redaktionell betreuten Informationsangeboten für Publika, die sich aus beruflichen oder sonstigen Gründen für Naturschutz und Landwirtschaft interessieren, unterschieden werden. Sie repräsentieren das relevante Spektrum öffentlicher Kommunikation über das Themenfeld Landwirtschaft und Naturschutz. Im Folgenden werden die zentralen Akteure der genannten Bereiche kurz vorgestellt.

2.4.2.1 Staatliche Akteure

A. einschlägige (Bundes-)Ministerien

Ministerien nehmen im Zusammenspiel von Verbänden, Politik und weiteren Akteuren eine wichtige Position ein, denn es gehört zu ihren originären Aufgaben, Gesetze und Verordnungen vorzubereiten. Sie sind deshalb die „wichtigste[n] Anlaufstelle[n] für betroffene Interessengruppen“ (Pehle 1998: 172). Im Idealfall ermöglichen sie dann einen aktiven Interessenausgleich zwischen den einzelnen Akteuren (Voigt 1995: 33). Im Fall des Konfliktfeldes Landwirtschaft – Naturschutz ergibt sich bereits hier eine Schwierigkeit: Seit der Gründung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit im Jahr 1986 gibt zwei zuständige Bundesministerien: das für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) und das für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV). In der Folge werden die sich widerstrebenden Interessen der Akteure nicht an ein Ministerium herangetragen, sondern an zwei: die landwirtschaftlichen Akteure sehen eher das BMEL als Ansprechpartner, die Naturschutzverbände fokussieren sich auf das BMUV. Die Konfliktlinien zwischen Naturschutz und Landwirtschaft werden so auf ministerialer Ebene nicht aufgelöst, sondern fortgeführt.

¹ Wenngleich *Unternehmen* aus ökonomischer Perspektive betrachtet eine zentrale Rolle im gesellschaftlichen Gefüge einnehmen, spielen sie – zumindest in Deutschland – in öffentlichen Diskursen selten eine größere Rolle (z. B. Müller 2019; Schäfer 2019). Dies trifft auch auf das Spannungsfeld Landwirtschaft und Naturschutz zu. Selbst milliardenschwere Unternehmen wie Aldi, BayWa oder Agravis Raiffeisen treten in der öffentlichen Debatte nicht als relevante Sprecher in Erscheinung. Vermutlich bevorzugen sie andere, nicht-öffentliche Formen der Einflussnahme wie Lobbyismus. Im Vergleich zu den Vertretern von Allgemeininteressen verfügen sie hierbei ohnehin über deutlich mehr finanzielle und rechtliche Möglichkeiten, um ihre Interessen durchzusetzen (Riss 2007, S. 125). Aufgrund ihrer mangelnden Relevanz sind Industrie und Handel im Schaubild (Abbildung 2) nicht separat aufgeführt.

*Wissenschaftler*innen* werden in der Abbildung ebenfalls nicht separat aufgeführt. Zum einen zeigt die im Rahmen dieser Studie durchgeführte qualitative Inhaltsanalyse, dass diese nur vereinzelt am öffentlichen Diskurs teilnehmen und auch dann meist nur auf Ebene der Themenöffentlichkeit. Es ist zwar bekannt, dass zum Beispiel in agrarpolitischen Entscheidungsprozessen durchaus ein Austausch zwischen Wissenschaft und Politik stattfindet, meistens geschieht dies allerdings nicht-öffentlich (Kropp und Wagner 2008, S. 175). Zu den wichtigsten Sprechern im öffentlichen Diskurs werden sie deshalb an dieser Stelle nicht gezählt. Davon abgesehen sind Wissenschaftler*innen zum Teil in staatlichen Forschungseinrichtungen tätig, welche im Schaubild bereits unter den staatlichen Akteuren berücksichtigt wurden.

Das *Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft* mit Sitz in Bonn nahm nur wenige Monate nach der Gründung der Bundesrepublik im Jahr 1949 seine Arbeit auf. Die Behörde wurde seitdem mehrmals umbenannt und auch die Zuständigkeitsbereiche variierten. In den Anfangsjahren stand vor allem die zuverlässige Versorgung der Bürger*innen mit Lebensmitteln im Fokus, im Laufe der Zeit gewannen weitere Themen wie Lebensmittelsicherheit, Entwicklung ländlicher Räume oder Tierwohl an Relevanz. Der zuständige Bundesminister und Behördenleiter ist seit Dezember 2021 Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen), zuvor war es Julia Klöckner (CDU).

Das *Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz* wurde am 6. Juni 1986 gegründet und ist damit im Vergleich zu vielen anderen Bundesbehörden noch relativ jung. Der Gründung waren verschiedene staatliche Aktivitäten im Umwelt- und Naturschutz vorausgegangen, den Ausschlag gab jedoch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im April 1986. In Reaktion darauf beschloss die damalige Bundesregierung unter Helmut Kohl die Zuständigkeiten, die zuvor auf Innen-, Landwirtschafts- und Gesundheitsministerium verteilt gewesen waren, in einem neuen Ministerium zu bündeln. Ziel war es, umweltpolitische Herausforderungen künftig besser meistern zu können. Zu den Aufgabenbereichen des BMUV gehört unter anderem der Schutz von Wasser, Boden, Klima und Natur sowie der Schutz von Menschen und Umwelt vor schädlichen Immissionen wie Lärm, Schmutz oder Strahlung (Ministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz 2021). Gleitet wird das Haus seit Dezember 2021 von Bundesministerin Steffi Lemke (Bündnis 90/Die Grünen), zuvor war es Svenja Schulze (SPD).

B. Behörden und Forschungseinrichtungen

In die Geschäftsbereiche von BMEL und BMUV fallen verschiedene Behörden, Anstalten und Forschungseinrichtungen, die je nach thematischem Fokus ebenfalls eine Rolle im Diskurs über Landwirtschaft und Naturschutz spielen. Im Folgenden werden exemplarisch jeweils zwei beider Ministerien vorgestellt. Die *Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung* (BLE) fällt in den Geschäftsbereich des BMEL. Im Bereich Landwirtschaft übernimmt die BLE verschiedene Aufgaben, unter anderem „in der Marktorganisation, als Projektträger und als Informationsdienstleister“ (Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung 2022a). Das an der BLE angesiedelte Bundesinformationszentrum Landwirtschaft stellt zum Beispiel vielfältige Informationen rund um das Thema Landwirtschaft bereit, etwa was neueste Forschungsergebnisse, gesetzliche Änderungen und statistische Daten angeht. Das *Johann Heinrich von Thünen-Institut* ist das Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei und fällt ebenfalls in den Zuständigkeitsbereich des BMEL. Ziel des Institutes ist es, als wissenschaftlich unabhängige Forschungseinrichtung Wege „für eine nachhaltige Nutzung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die vitale Entwicklung ländlicher Räume“ (Johann Heinrich von Thünen-Institut 2022) zu finden. 15 verschiedene Fachinstitute beschäftigen sich hierbei mit insgesamt 19 Themenfeldern, darunter die Themen biologische Vielfalt, ökologischer Landbau und langfristige Politikkonzepte. Berührungspunkte mit dem Naturschutz ergeben sich dabei in vielfältiger Weise.

Das *Bundesamt für Naturschutz* (BfN) ist die wissenschaftliche Behörde des Bundes für nationalen und internationalen Naturschutz und fällt in den Geschäftsbereich des BMUV. Es erarbeitet Entscheidungsgrundlagen für Politik und Verwaltung, betreut Forschungsvorhaben und setzt Förderprogramme um. Zudem übernimmt es „wichtige Aufgaben beim Vollzug des internationalen Artenschutzes, des Meeresnaturschutzes, des Antarktisch-

Abkommens und des Gentechnikgesetzes und bei der Umsetzung des Nagoya-Protokolls“ (Bundesamt für Naturschutz o. D.). Aufgrund der vielfältigen Auswirkungen der Landwirtschaft auf Natur und Umwelt gibt es zahlreiche Arbeitsbereiche des BfN, die sich direkt oder indirekt mit Landwirtschaft befassen. Das BfN erarbeitete beispielsweise Vorschläge zur Ökologisierung der GAP und einen um naturschutzrelevante Aspekte erweiterten Kriterienkatalog für die sogenannte gute fachliche Praxis in der Landwirtschaft. Im Rahmen des Bundesprogramms Biologische Vielfalt ist das BfN für die Bewilligung von Projektanträgen zuständig. Darüber hinaus verantwortet das BfN die Veröffentlichung der in Naturschutzkreisen relevanten Zeitschrift ‚Natur und Landschaft‘.

Das *Umweltbundesamt* (UBA) gehört ebenso wie das BfN zum Geschäftsbereich des BMUV. Als wissenschaftliche Behörde beobachtet und bewertet sie den Zustand unserer Umwelt, berät die Bundesregierung und arbeitet an Gesetzesentwürfen mit. Überdies verantwortet sie den Vollzug von Umweltgesetzen und die Information der Öffentlichkeit zum Thema Umweltschutz. Da die Landwirtschaft die Umwelt als größter Flächennutzer auf vielfältige Art und Weise beeinflusst, spielt der Themenbereich auch im Umweltbundesamt an vielen Stellen eine Rolle. Die Behörde berichtet beispielsweise regelmäßig über die Nitrat-Belastung des Grundwassers in Deutschland (Umweltbundesamt 2020).

2.4.2.2 Interessengeleitete Akteure

A. Verbände

Verbände lassen sich – ebenso wie soziale Bewegungen und Parteien – „als Systeme politischer Interessenvermittlung begreifen“ (Rucht 1993: 251) – ihr Handeln ist stets auf die Organisation und Durchsetzung von bestimmten Interessen ausgerichtet. Ziel der Verbände ist dabei „die Bündelung von Mitgliederinteressen zur laufenden direkten Einflußnahme auf politische und gesellschaftliche Gestaltungsprozesse“ (Rucht 1993: 266). Darüber hinaus erfüllen sie in demokratischen Gesellschaftssystemen weitere wichtige Funktionen: Sie ermöglichen die politische Integration und Partizipation von Bürger*innen, legitimieren staatliches Handeln und entlasten der Staat – etwa durch die Bereitstellung von Fachinformationen und bereits aggregierten, mehrheitsfähigen Positionen (Sebaldt und Straßner 2004). Zu den zentralen Erfolgsfaktoren der Verbandsarbeit zählen der „Zugang zum Entscheidungssystem, Geld und Expertenwissen, [...] aber auch Leistungsverweigerung oder die [...] Mobilisierung der Mitglieder“ (Rucht 1993: 267). Weiter konkretisieren lassen sich das Wesen von Verbänden und ihr Verhältnis zum Staat nur schwer, zu unterschiedlich sind ihre sektorspezifischen Strukturen und Formen der Interessenvermittlung (Reutter 2018: 913). Zu den definitorischen Schwierigkeiten zählen unter anderem (Sebaldt und Straßner 2004: 97f.): (1) Die Größe eines Verbandes muss nicht automatisch mit politischem Einfluss einhergehen. Gerade Nischenverbände erreichen häufig einen hohen Mobilisierungsgrad, was ihnen bei relativ geringen Mitgliederzahlen bedeutenden Einfluss sichert (Beispiele: Pilotenvereinigung Cockpit, Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer). (2) Der Begriff des Mitglieds kann unterschiedliche Bedeutungsinhalte haben – manchmal sind ganze Unternehmen oder Betriebe Mitglied in einem Verband, manchmal sind es natürliche Personen. Teils bringen sich die Mitglieder mehr oder weniger aktiv ins Verbandsleben ein (oder haben zumindest die Möglichkeit dazu), manchmal bezeichnet der Begriff lediglich die finanziellen Unterstützer*innen eines Verbandes. (3) Die vertretenen Interessen können höchst heterogen ausfallen. Vor allem kleine Verbände vertreten oft sehr spezielle, teils exotische Interessen, die für die Gesamtgesellschaft wenig bedeutsam sind, während andere, wie die

Gewerkschaften, „sich selbst als umfassende Interessenrepräsentanten in sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Fragen“ (Sebaldt und Straßner 2004: 98) verstehen. Manche Verbände lassen sich aufgrund ihrer vielfältigen Tätigkeitsbereiche auch gar nicht mehr eindeutig einem Bereich zuordnen. Der ADAC beispielsweise ist „zwar ein Verbraucherverband der Autofahrer, doch zugleich auch ein Motorsportverein, Pannendienst, Reiseunternehmen und eine Lobby für die Automobilbranche“ (Sebaldt und Straßner 2004: 98).

Im Spannungsfeld Landwirtschaft – Naturschutz ist der *Deutsche Bauernverband* (DBV), der Spitzenverband der deutschen Landwirtschaft, als einer der wichtigsten Verbände zu nennen. Zu seinen Mitgliedern zählen nicht nur die 18 Landesverbände, sondern 46 weitere Verbände und Organisationen rund um das Thema Landwirtschaft – etwa der Deutsche Raiffeisenverband, der Bundesverband Deutscher Saatguterzeuger e. V. und der Bundesverband der Maschinenringe e. V. (Deutscher Bauernverband e. V. 2019b). Der DBV betont zwar parteipolitisch unabhängig zu sein (Deutscher Bauernverband e. V. 2019a), traditionell ist jedoch eine große Nähe zur CDU/CSU zu beobachten (Heinze 2003: 32). Bemerkenswert ist, dass der Verband trotz abnehmender gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Relevanz (Wolf 2001: 183) in den vergangenen Jahrzehnten deutlich weniger an Bedeutung eingebüßt hat, als zu erwarten war. Sein Einfluss auf die Politik wird nach wie vor als enorm eingeschätzt (vgl. Aster 2018; Balsler et al. 2017; Heinze 2003). Ein Grund dafür ist vermutlich „die enge Verbindung mit der Agrarverwaltung, insbesondere der Kammerorganisation und der von ihr getragenen Landwirtschaftsberatung“ (Rieger 2007: 296). Denn dadurch ist die Politik bei der Umsetzung von agrarpolitischen Maßnahmen in großem Maße von der Unterstützung des Bauernverbandes abhängig. Doch nicht nur gegenüber der Politik konnte sich der DBV so seine Machtposition sichern, sondern auch gegenüber den Landwirt*innen: Angesichts „der hochgradigen Staats- und Verwaltungsabhängigkeit des Großteils der Landwirte“ (Rieger 2007: 303) spielen die attraktiven Beratungs- und Informationsleistungen des DBV, zum Beispiel im Bereich der Subventionsverwaltung, eine zentrale Rolle. Die komplexen, sich häufig verändernden gesetzlichen Vorgaben wären ohne die Hilfe des DBV für Landwirt*innen kaum mehr überschaubar. Dies ist vermutlich der Grund, weshalb die Organisationsdichte des Verbandes nach wie vor extrem hoch ist (Wolf 2001: 184), sie „dürfte eine der höchsten aller organisierten Berufsgruppen in [Deutschland] sein“ (Heinze 2003: 32): Eigenen Angaben zufolge sind von den knapp 300.000 Betrieben in Deutschland über 90 Prozent Mitglied in einem der 18 Landesverbände (Deutscher Bauernverband e. V. 2019a). Zumindest inhaltlich betrachtet verliert der DBV bedingt durch die sozioökonomische Fragmentierung der Landwirtschaft und das damit einhergehende Erstarken diverser Spartenverbände und alternativer landwirtschaftlicher Verbände nämlich zunehmend den Rückhalt seiner Mitglieder: Mittlerweile schafft er es „nicht mehr [...], als organisatorische Klammer die Interessen der gesamten Landwirtschaft in einem zufriedenstellenden Maß zu vertreten“ (Heinze et al. 2021: 366).

Neben dem DBV gibt es diverse weitere Verbände, die allgemeine oder spezielle Interessen der Landwirt*innen und anderer landwirtschaftlicher Akteure vertreten. Da aus forschungsökonomischen Gründen nicht auf alle im Detail eingegangen werden kann und ohnehin nur ein Teil davon größere öffentliche Aufmerksamkeit erfährt, werden an dieser Stelle lediglich vier weitere Verbände thematisiert: Die *Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft* (AbL), in der sich vor allem kleinere und mittlere Betriebe

zusammengeschlossen haben, die sich bewusst von der industriellen Landwirtschaft abgrenzen wollen; *Bioland* und *Demeter*, die zu den wichtigsten und größten Interessenvertretungen ökologisch wirtschaftender Landwirt*innen zählen sowie die *Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft* – die Fachvereinigung der Agrar- und Ernährungswirtschaft.

Die *Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft* (AbL) gilt als interessenpolitischer Hauptkonkurrent des Deutschen Bauernverbandes (Rieger 2007: 295). Vor allem kleinere und mittelgroße Betriebe der bäuerlichen Landwirtschaft, aber auch Verbraucher*innen sind es, die sich in dem 1980 gegründeten Verein zusammengeschlossen haben. In ihren Reihen finden sich sowohl ökologisch als auch konventionell geführte Betriebe. Ziel der AbL ist es, sich „für eine zukunftsfähige sozial- und umweltverträgliche Landwirtschaft, sowie für entsprechende politische Rahmenbedingungen“ (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e. V. 2022b) einzusetzen. Betont wird dabei vor allem die stärkere Fokussierung auf soziale Aspekte – so tritt die AbL für Demokratie und Menschenrechte ein, außerdem ist sie Mitglied der Kampagne ‚Wir haben es satt!‘ und der internationalen Bewegung ‚La Via Campesina‘. Gefordert werden von der Vereinigung unter anderem „faire Erzeugerpreise, einen Umbau in der Tierhaltung, der bäuerliche Betriebe mitnimmt, Agrarzahlungen, die eine soziale, ökologische und tiergerechte Landwirtschaft fördern [...] [sowie] Qualitätserzeug, statt Exportdumping“ (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e. V. 2022a).

Bioland ist mit über 8.100 Betrieben und 451.048 Hektar Anbaufläche der mit Abstand größte ökologische Anbauverband in Deutschland (Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft e.V. 2020: 12). Ziel des Verbandes ist es, die Menschheit langfristig zu ernähren und gleichzeitig die natürliche Lebensgrundlage zu erhalten (Bioland e. V.). Bioland hat dazu sieben Prinzipien festgelegt, an denen sich Landwirt*innen orientieren müssen. Unter anderem sollen Tiere artgerecht gehalten werden, die Bodenfruchtbarkeit soll erhalten und die Biodiversität gefördert werden. Die daraus resultierenden Richtlinien sind deutlich strenger als die der Europäischen Öko-Verordnung. *Demeter* ist der älteste deutsche Bio-Verband in Deutschland, seine Wurzeln reichen bis ins Jahr 1924 zurück (Demeter e. V. 2022). Seine Vorgaben gehen weit über die der Europäischen Öko-Verordnung hinaus, der Verband gilt deshalb als „einer der strengsten Bio-Anbauverbände“ (Utopia GmbH 2019). Neben Bioland und Naturland ist Demeter – gemessen an der Zahl der Betriebe – der drittgrößte deutsche Bio-Verband (Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft e.V. 2020: 12): 1.695 Betriebe waren zum 1. Januar 2020 Mitglied.

Die *Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft* (DLG) ist ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Frankfurt und rund 30.000 Mitgliedern (Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft 2019: 8). Ihr Ziel ist es, durch „Wissens-, Qualitäts- und Technologietransfer den Fortschritt in der Land-, Agrar- und Lebensmittelwirtschaft weltweit [zu fördern und] [...] die globalen Lebensgrundlagen nachhaltig zu sichern“ (Deutsche Lebensmittel-Gesellschaft 2020). Zu diesem Zweck organisiert die Gesellschaft unter anderem Messen und Veranstaltungen (auch auf internationaler Ebene) und entwickelt Qualitätsprüfungsverfahren für Lebensmittel, technische Geräte und Betriebsmittel. Allein im DLG-Fachzentrum Landwirtschaft sind rund 900 ehrenamtliche Expert*innen aus verschiedenen Ländern miteinander vernetzt (DLG e. V. 2022).

Ebenso wie in der Landwirtschaft gibt es auch im Naturschutz-Bereich eine Vielzahl an Verbänden, die sich im Hinblick auf ihre Ziele, Strukturen und Aktionsradien teils deutlich

voneinander unterscheiden. Zu den vier wichtigsten gehören der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Naturschutzbund Deutschland (NABU), Greenpeace sowie der World Wide Fund for Nature (WWF) (Mez 2013). Die Wurzeln des *Naturschutzbundes Deutschland* (NABU) reichen bis ins Jahr 1899 zurück. Gemeinsam mit seinen rund 2000 Orts-, Kreis- und Fachgruppen setzt sich der Verband für Natur- und Umweltschutz in jeglicher Form ein – zum Beispiel in Rahmen von Umweltbildungsangeboten, Artenschutzprojekten und Unternehmenskooperationen. Zusammen mit seinem bayerischen Partner, dem Landesbund für Vogelschutz, zählt er mittlerweile rund 664.000 Mitglieder und 47.000 Fördermitglieder; insgesamt verfügt der Verband über ein Budget von fast 46 Millionen Euro (Naturschutzbund Deutschland e.V. 2019: 42). Der *Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland* (BUND) wurde 1975 gegründet und ist thematisch ähnlich breit aufgestellt wie der NABU. Mit rund 441.000 Mitgliedern und einem Budget von 32,2 Millionen Euro verfügt der Verband ebenfalls über beachtliche organisatorische und finanzielle Kapazitäten (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. 2019). Wie der NABU ist der BUND föderativ strukturiert, verfügt also über „einen relativ eigenständig operierenden vertikalen Unterbau an Landesverbänden, Regional- und Ortsgruppen sowie über eigene Jugendverbände“ (Amm 2007: 369).

Die Schweizer Naturschutzorganisation *WWF* gründete ihren deutschen Ableger im Jahr 1963. Im Vergleich mit NABU und BUND ergeben sich zwei Besonderheiten: Zum einen ist der WWF nicht als Verein organisiert, sondern als Stiftung, zum anderen gibt es keine echte Mitgliedschaft, die verbandsinterne Mitbestimmungsrechte mit sich bringt. Wer den WWF unterstützen möchte, kann dies nur indirekt tun, zum Beispiel durch Geldspenden oder das Unterzeichnen von Petitionen. Davon abgesehen bietet die Stiftung interessierten Bürger*innen lediglich die Möglichkeit, sich im Rahmen von verschiedenen Veranstaltungen weiterzubilden, zum Beispiel bei Natur- und Erlebniscamps oder Kursen der WWF-Akademie – einer digitalen Lernplattform. In den vergangenen zehn Jahren konnte der WWF die Zahl seiner Fördermitglieder fast verdoppeln: Rund 804.000 Menschen jährlich unterstützen die Stiftung zuletzt (Statista 2022a).

Greenpeace gehört ebenfalls zu den international tätigen Naturschutzorganisationen: In Kanada gegründet, wurde sie zunächst durch Aktionen gegen Walfang und gegen Kernwaffentests bekannt. Noch heute setzt sie sich neben dem Schutz unserer Lebensgrundlage für den Frieden ein (Greenpeace e. V. 2022). Greenpeace besteht dabei aus Greenpeace International, einer Stiftung nach niederländischem Recht, sowie 45 Länderbüros und 28 regionalen Büros. Der deutsche Ableger, Greenpeace Deutschland, wurde 1980 gegründet, ist als Verein organisiert und verfügt aktuell über gut 630.000 Fördermitglieder (Greenpeace e. V. 2021). Die Organisationsstruktur ist nicht basisdemokratisch, sondern streng hierarchisch: Es gibt zwar etwa 10.000 Mitglieder, die in rund 100 Ortsgruppen organisiert sind, sie können allerdings „keinen bestimmenden Einfluss auf die Verbandspolitik“ (Amm 2007: 370) nehmen. Das oberste Beschlussgremium besteht aus nur 40 stimmberechtigten Mitgliedern, von denen 20 Greenpeace-Mitarbeiter*innen aus dem In- und Ausland sind, zehn Personen aus dem öffentlichen Leben und nur zehn weitere ehrenamtliche Mitglieder aus den bestehenden Ortsgruppen.

B. Soziale Bewegungen

Ziel von sozialen Bewegungen ist das Verhindern oder Durchsetzen von grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen (Rucht und Neidhardt 2007). Um die dazu notwendige

öffentliche Aufmerksamkeit und Zustimmung bei weiteren Bevölkerungsgruppen zu erlangen, werden verschiedene Formen des Protestes genutzt. Organisatorische und strategische Aspekte spielen im Vergleich zu Verbänden bzw. Parteien eine nachgeordnete Rolle, ihr Vorgehen ist kaum formalisiert und institutionalisiert. Soziale Bewegungen sind deshalb eher als Netzwerke zu verstehen, mit deren Hilfe die Proteste organisiert werden, als dass die Bewegungen selbst Organisationen sind. Eine formale Mitgliedschaft ist in der Regel nicht möglich, ein geregeltes Vorgehen zur Bestimmung von Repräsentant*innen oder Sprecher*innen gibt es oft nicht. Bewegungen zeichnen sich so durch „ein hohes Maß an Flexibilität, aber auch an Instabilität“ (Rucht 1993: 264) aus.

Im Spannungsfeld Landwirtschaft – Naturschutz gibt es eine Bewegung, die von Bedeutung ist: die Graswurzelbewegung *Land schafft Verbindung* (LsV). Nachdem die Bundesregierung im Herbst 2019 ein weiteres Agrarpaket angekündigt hatte, wurde am 1. Oktober desselben Jahres eine gleichnamige Facebook-Gruppe gegründet, „die als Ausgangspunkt der deutschlandweiten Bauernproteste festgemacht werden“ (Heinze et al. 2021: 361) kann. Die Landwirt*innen, die sich im Rahmen von LsV zusammengeschlossen haben, demonstrieren wiederholt gegen neue gesetzliche Auflagen, für faire Preise und mehr gesellschaftliche Anerkennung. Besondere Aufmerksamkeit erregten sie dabei durch teils tagelange Mahnwachen in verschiedenen deutschen Städten und Traktorblockaden von Discounter-Zentrallagern. Innerhalb kürzester Zeit erhielt die Bewegung enormen Zulauf. Die Facebook-Gruppe hat aktuell rund 34.000 Mitglieder (Facebook 2022), in verschiedenen LsV-WhatsApp-Gruppen sollen etwa 100.000 Menschen im Austausch miteinander stehen (Land schafft Verbindung – Das Original 2022). Die Bewegung betont, „vollkommen verbandsübergreifend und parteineutral“ (Land schafft Verbindung – Das Original 2022) zu agieren. Mittlerweile ist zwar eine gewisse Institutionalisierung zu beobachten – es wurden mehrere Vereine auf Bundes- und Landesebene gegründet, darunter ‚Land schafft Verbindung e. V.‘ und ‚Landwirtschaft verbindet Deutschland e. V.‘ – im Folgenden soll Land schafft Verbindung dennoch weiterhin als soziale Bewegung betrachtet werden. Zum einen gibt es eben nicht nur einen Verband, der die Ideen und Ziele der Bewegung aufgreift und verfolgt, sondern mehrere, zum anderen ist davon auszugehen, dass nur ein Bruchteil der Unterstützer*innen tatsächlich Mitglied in einem der neu gegründeten Vereine ist.

C. Parteien

Ziel von Parteien ist die „Besetzung politischer Ämter auf der Grundlage von Wählerstimmen, die es zu maximieren gilt. Der Imperativ der Stimmenmaximierung als Quelle des Machterwerbs ist die entscheidende Determinante für nahezu alle weiteren Fragen der Organisation, Führungsauslese, Programmatik und Strategie“ (Rucht 1993: 266). Die Anliegen und Meinungen der Mitglieder werden zwar unter Umständen auf einer nachgeordneten Ebene berücksichtigt, die bedeutendste Ressource sind dennoch die Wählerstimmen. Sie sichern sowohl den politischen Einfluss als auch das Fortbestehen einer Partei.

Im Spannungsfeld Landwirtschaft – Naturschutz spielen drei Parteien eine herausragende Rolle: Die Union aus CDU und CSU sowie die Partei Bündnis 90/Die Grünen. *CDU* und *CSU* sind grundsätzlich als landwirtschaftsnah einzustufen. Obwohl die Zahl der Landwirt*innen und der landwirtschaftlichen Betriebe seit Jahrzehnten sinkt, nehmen sie die Landwirtschaft weiterhin als zentralen Politikbereich wahr – vor allem die CSU (Hinterberger 2010: 116). Entscheidungsträger beider Parteien arbeiten dabei traditionell eng mit Funktionären des Deutschen Bauernverbandes zusammen (Heinze 2003: 32). In Bayern ist allerdings zu

beobachten, dass der dortige Landesbauernverband keine exklusive Sonderstellung mehr genießt – auch andere landwirtschaftliche Berufsvertretungen wie der Bundesverband Deutscher Milchviehalter oder die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft werden mittlerweile anerkannt und gehört (Hinterberger 2010: 116). Ähnliches scheint für die Bundespolitik zu gelten: So waren in der Zukunftskommission Landwirtschaft² auch Vertreter*inne der Bewegung ‚Land schafft Verbindung‘, des Bundes Ökologischer Lebensmittelwirtschaft, der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft sowie des Bundesverbandes Deutscher Milchviehalter (Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung 2022b). Trotz großer Verluste in den vergangenen Jahren sind CDU und CSU immer noch die von Landwirt*innen am häufigsten gewählten Parteien (agrarheute 2021).

Die Partei *Bündnis 90/Die Grünen* zeichnet sich durch einen starken Fokus auf Umweltpolitik aus. Trotz aller Bemühungen, das Parteiprogramm zu erweitern, ist die Ökologie nach wie vor die „für Wähler klar identifizierbare Konstante unter den grünen Programmpunkten“ (Probst 2013: 526). Der Grund hierfür liegt vermutlich in der Entstehungsgeschichte der Partei: Im Zuge der Umweltbewegung der 1970er-Jahre (siehe Abschnitt 2.1.2) kam es zu einer deutlichen Sensibilisierung der Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz. Diese Entwicklung bildete den Nährboden für die Entstehung einer neuen politischen Kraft: Getragen von der Ökologie- und Anti-Atomkraftbewegung aber auch von der Frauen- und Friedensbewegung wurde am 30. September 1979 in Sindelfingen bei Stuttgart der erste Landesverband gegründet. Ein Vierteljahr später, im Januar 1980, folgte in Karlsruhe die Gründung der Bundespartei. Ziel der jungen Partei war es, sich für eine „soziale, ökologische, gewaltfreie und basisdemokratische Politik stark zu machen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg 2022). Von Landwirt*innen erhält die Partei bis heute so gut wie keine Unterstützung: Nicht nur CDU/CSU werden ihr vorgezogen, sondern auch FDP, AfD und SPD (agrarheute 2021).

D. Einzelpersonen

Neben Verbänden, sozialen Bewegungen und Parteien zählen auch verschiedene Einzelpersonen zu den relevanten interessengeleiteten Akteuren. Zu nennen sind zum einen Influencer*innen, zum anderen Bürger*innen, die in irgendeiner Form aktiv am öffentlichen Diskurs teilnehmen. Als *Influencer*innen* werden Personen bezeichnet, „die aufgrund ihres digitalen Netzwerks, ihrer Persönlichkeitsstärke, einer bestimmten Themenkompetenz und kommunikativen Aktivität eine zugesprochene Glaubwürdigkeit für bestimmte Themen besitzen und diese einer breiten Personengruppe über digitale Kanäle zugänglich machen können“ (Schach 2018: 31). Auf welchem Weg Influencer*innen ihre digitalen Inhalte verbreiten, spielt keine Rolle: Sie können eigene Blogs betreiben oder bestehende Social-Media-Kanäle wie Facebook, Instagram oder YouTube nutzen. Nicht selten werden mehrere Kanäle parallel genutzt. Beispielhaft werden im Folgenden die beiden Landwirtschafts-Influencer Wilhelm Kremer-Schillings und Ralf Pauelsen vorgestellt. Zwar gibt es weitaus mehr Landwirt*innen, die sich erfolgreich in den sozialen Medien präsentieren, die beiden

² Nachdem Landwirt*innen im Herbst 2019 wiederholt gegen ein von der Bundesregierung geplantes Agrarpaket demonstriert hatten, initiierte die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) die Zukunftskommission Landwirtschaft. Das Gremium – bestehend aus Akteuren aus Praxis, Wissenschaft und Gesellschaft – sollte Empfehlungen für eine praxistaugliche Transformation der Landwirtschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit erarbeiten.

genannten spielen jedoch aufgrund ihrer hohen Abonnentenzahlen bzw. ihrer relativen Bekanntheit eine herausragende Rolle. Im Gegensatz zu anderen Influencer*innen in diesem Bereich – wie Julia Nissens oder Skadi Petermann – nehmen sie zudem häufig Bezug auf das (agrar)politische Tagesgeschehen. Ähnlich erfolgreiche Influencer*innen aus dem Naturschutzbereich gibt es an dieser Stelle nicht.

Wilhelm Kremer-Schillings aus Rommerskirchen (Nordrhein-Westfalen) betreibt seit seinem Vorruhestand Ende 2014 den Blog ‚Bauer Willi‘. Zuvor arbeitete der promovierte Nebenerwerbslandwirt in verschiedenen Unternehmen der Agrarbranche, unter anderem beim Zuckerhersteller Pfeifer & Langen und der Schering Aktiengesellschaft – ein Vorgängerunternehmen von Bayer Pharma. Größere Bekanntheit erlangte Kremer-Schilling durch seinen offenen Brief ‚Liebe Verbraucher‘ (Kremer-Schillings 2015), in dem er Konsument*innen vorwarf immer die billigsten Lebensmittel zu kaufen, statt Wert auf Regionalität und Qualität zu legen. Sie forderten zwar höhere Umwelt- und Tierschutzaufgaben, seien aber nicht bereit dafür mehr Geld auszugeben. Ende 2019 rückte er erneut in den Fokus der Öffentlichkeit: Als Reaktion auf das von der Bundesregierung beschlossene Agrarumwelpaket rief er Landwirt*innen dazu auf, an stark frequentierten Straßen oder Wegen grüne Kreuze als „Mahn-Kreuze“ aufzustellen, denn das Paket gefährde die Existenz von Betrieben und die Versorgung der Bevölkerung mit regionalen Lebensmitteln (Kremer-Schillings 2019). Die Aktion erregte bundesweit Aufmerksamkeit, schätzungsweise 10.000 dieser Kreuze sollen aufgestellt worden sein (Der Tagesspiegel 2019). Es kam in der Folge sogar zu einem persönlichen Treffen von Kremer-Schillings mit der damaligen Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (Klawitter 2019). Auf seiner Facebook-Seite, wo er neben eigenen Blogbeiträgen auch weitere, externe Inhalte teilt, hat Kremer-Schillings rund 27.000 Abonnenten (Kremer-Schillings 2020). In der Öffentlichkeit präsent ist er überdies als Buchautor, als Referent bei verschiedenen Veranstaltungen und als Gast bei Diskussions- und Gesprächsrunden zum Thema Landwirtschaft. Thema des Blogs bzw. seiner Facebook-Seite ist die Landwirtschaft in all ihren Facetten (Politik, Ackerbau, Tierhaltung, Lebensmittelproduktion, Forschung etc.). Neben leicht verständlichen, für Laien geeigneten Themen spricht Kremer-Schilling auch einschlägige Fachthemen an. So ruft er Landwirte auf, an Bürgerbeteiligungsverfahren zu partizipieren, informiert über Möglichkeiten der mechanischen Unkrautbekämpfung oder empfiehlt Fachartikel zum Thema Ernte- und Ertragsprognosen. Die Leserkommentare lassen allerdings vermuten, dass vor allem der Blog verstärkt von Landwirt*innen rezipiert wird.

Ralf Pauelsen aus Krefeld (Nordrhein-Westfalen) ist Landwirt und Agrarblogger. Auf seiner gleichnamigen Facebookseite veröffentlicht er beinahe täglich Beiträge rund um das Thema Landwirtschaft, gut 8.000 Menschen folgen ihm. Neben dem Teilen von anderen Beiträgen setzt er vor allem auf kurze, selbstgedrehte Videos, in denen er als „Bauer aus der Nachbarschaft“ Stellung zu aktuellen Themen nimmt. Sein Ziel ist es, die Verbraucher*innen über die moderne Landwirtschaft aufzuklären, denn die bisherige Öffentlichkeitsarbeit der Agrarbranche reiche dafür nicht aus (DLG e. V. 2018). Als Zielgruppe nennt er explizit städtische Verbraucher*innen der unteren und mittleren Einkommensschichten (DLG e. V. 2018). Bei politisch brisanten Themen adressiert Pauelsen auch immer wieder einzelne Parteien oder Politiker*innen wie die frühere Bundesumweltministerin Svenja Schulze oder die frühere Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner. Ein Blick auf die

Leser-Kommentare lässt – wie schon bei Wilhelm Kremer-Schillings – vermuten, dass die Rezipient*innen zu einem großen Teil aus der Landwirtschaft stammen.

Darüber hinaus können sich auch einfache *Bürger*innen* als Sprecher am Diskurs beteiligen: In Form von Redebeiträgen bei Veranstaltungen, Leserbriefen und Online-Nutzerkommentaren können sie Stellung nehmen und so öffentlich ihre Interessen vertreten. Durch die vielfältigen Möglichkeiten der Online-Kommunikation ist die Partizipation nicht nur einfacher geworden, sondern findet auch deutlich häufiger statt. Online-Nutzerkommentare sind dabei zwar – ebenso die Inhalte von Influencer*innen – eher auf Ebene der Themenöffentlichkeit anzusiedeln und haben dadurch tendenziell geringere Reichweite und Relevanz als zum Beispiel nachrichtenjournalistische Medien, dennoch sind sie Teil des Diskurses und können diesen beeinflussen (z. B. Lee und Jang 2010).

2.4.2.3 Nachrichtenjournalismus

Nachrichten werden definiert als Informationen, die (1) *wahr* sind (oder zumindest in dem Glauben verbreitet werden, wahr zu sein), die (2) für die Rezipient*innen einen gewissen *Neuigkeitswert* besitzen und (3) eine *politisch-gesellschaftliche Relevanz* aufweisen (Schweiger 2017: 27ff.). Nachrichtenjournalistische Medien sind in der Folge alle jene Medien, die über diese Art von Informationen berichten – dazu zählen Printmedien ebenso wie Rundfunk- und Onlinemedien. Als Beispiele können überregionale Zeitungen und Zeitschriften wie die Zeit, die Süddeutsche Zeitung oder der Spiegel genannt werden, die diversen Lokalzeitungen (zum Beispiel Münchner Merkur oder Kölner Stadtanzeiger) sowie die privaten und öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (etwa ARD, BR, RTL). Feste Ressorts oder Formate, die regelmäßig über Landwirtschaft oder Naturschutz berichten, existieren zwar oft nicht, sofern es aber Informationen aus dem Spannungsfeld gibt, die die nachrichtenjournalistischen Kriterien (wahr, aktuell und relevant) erfüllen, wird dennoch über Themen aus diesem Bereich berichtet. Besonders relevant in diesem Bereich sind die sogenannten Leitmedien: Sie nehmen innerhalb der nachrichtenjournalistischen Medien eine führende Stellung ein und beeinflussen maßgeblich, welche Themen gesamtgesellschaftlich debattiert werden. Die Journalist*innen der restlichen Medien (Folgemedien) nutzen sie besonders häufig zur Recherche und orientieren sich bei ihrer eigenen Arbeit an ihnen. Zu nennen sind unter anderem die Medien Der Spiegel, Bild, Handelsblatt, Süddeutsche Zeitung und ZDF (Bartl 2022).

2.4.2.4 Fachjournalismus

Fachjournalistische Medien berichten zwar ebenfalls über wahre, aktuelle Informationen, der thematische Fokus ist allerdings deutlich enger: Statt Informationen auszuwählen, die von allgemeiner politisch-gesellschaftlicher Relevanz sind, werden jene gewählt, die für eine ganz bestimmte Zielgruppe von Interesse sind (Dernbach 2010: 43). Fachjournalistische Texte müssen deshalb auch nicht allgemeinverständlich sein, sondern orientieren sich am Wissensstand und an den Erfahrungen der Rezipient*innen. Ihre Reichweite ist tendenziell geringer als die der nachrichtenjournalistischen Medien: In der Regel sind sie nicht auf der Ebene der Medienöffentlichkeit zu verorten, sondern auf der der Themenöffentlichkeit.

Im Spannungsfeld Landwirtschaft – Naturschutz gibt es verschiedene relevante Medien. Im Bereich Landwirtschaft sind unter anderem die beiden reichweitenstarken Fachmagazine *top agrar* (Landwirtschaftsverlag Münster) und *agrarheute* (Deutscher

Landwirtschaftsverlag) zu nennen. Sie erscheinen jeweils monatlich als Print-Zeitschrift und verfügen über Onlineauftritte, auf denen tagesaktuelle Nachrichten veröffentlicht werden. Darüber hinaus existieren verschiedene wöchentlich erscheinende Zeitschriften wie *LAND&FORST*, das *Bayerische Landwirtschaftliche Wochenblatt* (beide Deutscher Landwirtschaftsverlag) oder das *Wochenblatt für Landwirtschaft & Landleben* (Landwirtschaftsverlag Münster)³. Im Bereich Naturschutz gibt es deutlich weniger fachjournalistische Medien mit großer Reichweite – es fehlt vor allem an tagesaktuellen Onlinemedien. Zu nennen sind lediglich die beiden Fachzeitschriften *Ökologie & Landbau* (oekom-Verlag) und *Naturschutz und Landschaftsplanung* (Verlag Eugen Ulmer). *Ökologie & Landbau* erscheint vierteljährlich, der thematische Fokus liegt auf ökologischer Agrar- und Ernährungskultur. Die Zeitschrift *Naturschutz und Landschaftsplanung* erscheint monatlich und berichtet über wissenschaftliche und praktische Erkenntnisse und Entwicklungen im Bereich der Ökologie.

2.4.3 Informationsquellen und -kanäle

In der Vergangenheit konnte bei Medienangeboten Inhalt und Technik in der Regel gleichgesetzt werden, das bedeutet: Hatte jemand einen Text aus der Wochenzeitung *Die Zeit* gelesen, hatte der- oder diejenige die Papierausgabe der Zeitung genutzt. Durch die neuen Möglichkeiten der Informationsverbreitung – man denke etwa an die sozialen Medien – hat diese Logik ihre Allgemeingültigkeit verloren. Texte der *Zeit*, oder Teile davon, können ebenso gut auf der *Zeit*-Website oder auf Facebook gelesen worden sein. Um begriffliche Unschärfen zu vermeiden, wird in Anlehnung an Schweiger et al. (2019) deshalb zwischen Informationsquellen und -kanälen unterschieden. *Quellen* „sind alle individuellen und institutionellen Kommunikatoren, die Nachrichten und andere gesellschaftlich relevante Informationen – zu welchem Zweck und welcher Absicht auch immer – erstellen und verbreiten“ (Schweiger et al. 2019: 13). Gemäß der im vorangegangenen Abschnitt vorgenommenen Differenzierung können also sowohl Sprecher als auch Vermittler Informationsquellen sein. Kanäle hingegen sind „die technischen Medien oder Plattformen, über welche die Botschaften der [Quellen] verbreitet werden“ (Schweiger et al. 2019: 13). Dabei kann es sich entweder um Kanäle handeln, die den Informationsquellen selbst gehören (z. B. Websites oder Blogs) oder fremde Kanäle wie Facebook, Instagram oder YouTube. In der Regel nutzen die Quellen verschiedene Kanäle, um ihre Informationen zu verbreiten.

Die Kanäle können darüber hinaus nach der Art des Mediums unterschieden werden (siehe Abb. 3): Print, Hörfunk, Fernsehen und Internet. Die Variabilität der Print- und Internet-Kanäle ist dabei mit Abstand am größten. Im Print-Bereich kommen etwa Zeitungen, Zeitschriften, Flyer, Broschüren oder Bücher zum Einsatz. Bei den Internet-Kanälen ist zwischen nicht-personalisierten Kanälen (Website, Blogs etc.), nutzergesteuert personalisierten Kanälen (RSS-Feeds, Newsletter etc.) sowie algorithmisch personalisierten Kanälen (Facebook, Twitter, Google etc.) zu unterscheiden (Schweiger et al. 2019).

Wichtig ist die Unterscheidung zwischen Quellen und Kanälen auch deshalb, weil sie noch einmal in Erinnerung ruft, auf wie viele Arten sich Sprecher und Vermittler am Diskurs beteiligen können: Klassische Zeitungsverlage können beispielsweise über reichweitenstarke

³ Einige andere reichweitenstarke Zeitungen und Zeitschriften wie *BWagrar* oder die *Deutsche Bauern Korrespondenz* sind zwar ebenfalls frei verkäuflich, aber nicht unabhängig. *BWagrar* etwa ist das Presseorgan des Landesbauernverbandes Baden-Württemberg, die *Deutsche Bauern Korrespondenz* ist die Verbandszeitung des Deutschen Bauernverbandes.

Onlinepräsenzen verfügen; Verbände können nicht nur Pressemitteilungen veröffentlichen, sondern auch durch Nutzung sozialer Medien oder die Publikation eigener Mitgliederzeitschriften Aufmerksamkeit erzeugen.

PRINT <ul style="list-style-type: none">• Zeitungen/Zeitschriften• Bücher• Flyer• Plakate• Kalender• Kataloge• Broschüren• etc.	INTERNET <ul style="list-style-type: none">• nicht-personalisierte Nachrichtenkanäle (Website, Blogs)• nutzergesteuert personalisierte Nachrichtenkanäle (RSS-Feeds, Newsletter)• algorithmisch personalisierte Nachrichtenkanäle (Facebook, Twitter, Google)
HÖRFUNK	FERNSEHEN

Abb. 3: Kanäle, über die Informationen verbreitet werden können, unterschieden nach Medium. (Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Schweiger et al. 2019)

3 Theoretische Grundlagen

Kommunikationsprobleme werden in der Kommunikationswissenschaft kaum als solche thematisiert. Wird der Begriff dennoch verwendet, erfolgt in der Regel keine systematische Auseinandersetzung damit (z. B. Berkes et al. 2020). Gleichwohl existiert eine Reihe von theoretischen Ansätzen und Forschungstraditionen, die einzelne Aspekte von Kommunikationsproblemen untersuchen oder sich komplementär dazu mit den Bedingungen für erfolgreiche Kommunikation auseinandersetzen. Sie werden im folgenden Abschnitt präsentiert: Von herausragender Bedeutung ist dabei die Forschung zu öffentlichen Diskursen (Kapitel 3.1), denn grundlegend für die gesamte Diskurstheorie ist ein bestimmtes Verständnis von Sprache und Verständigung. Im Rahmen der Forschungsaktivitäten in diesem Bereich erfolgte deshalb eine intensive Auseinandersetzung mit der Frage, unter welchen Bedingungen Kommunikation gelingt bzw. als erfolgreich bezeichnet werden kann. Als relevant erscheinen darüber hinaus Studien zur journalistischen Nachrichtenauswahl (Kapitel 3.2), Ansätze zu strategischer Kommunikation (Kapitel 3.2) sowie die Forschung zu Gruppendidentitäten (Kapitel 3.4). Sie beschäftigen sich jeweils mit einzelnen Teilaspekten von Kommunikationsproblemen und liefern darüber hinaus erste Erklärungsansätze für die möglichen Ursachen. Die vier genannten Forschungsfelder werden inklusive relevanter empirischer Befunde in den folgenden Abschnitten skizziert.

3.1 Forschung zu öffentlichen Diskursen

Im vorgehenden Kapitel wurde Öffentlichkeit allgemein „als ein im Prinzip allen gleichermaßen zugängliches Kommunikationsforum“ (Donges und Imhof 2010: 189) definiert. Die

Forschung zu öffentlichen Diskursen, maßgeblich basierend auf den Arbeiten von Jürgen Habermas, beschäftigt sich mit der Frage, welche gesellschaftlichen Funktionen diesem Kommunikationsforum in modernen Demokratien zukommt, welche normativen Anforderungen die dort geführten Diskurse erfüllen sollten und wie die Erfüllung eben jener empirisch überprüft werden kann. Habermas (1994) argumentiert, dass Entscheidungen über öffentliche Angelegenheiten normalerweise im politischen Zentrum getroffen werden können – von Regierungsbehörden, Parlamenten, Gerichten und politischen Parteien. Wenn es jedoch um wichtige normative Fragen geht, sei es entscheidend, dass der Diskurs nicht auf diese Akteure beschränkt bleibt, sondern auch jene der Peripherie einbezogen werden – also diejenigen Akteure, die im engeren Sinn keine politische Entscheidungsgewalt besitzen. Dazu zählen etwa Interessenverbände, kulturelle und karitative Einrichtungen oder Kirchen. Nur so können aus seiner Sicht legitime politische Entscheidungen getroffen werden. Um diesen Prozess, in dem die individuellen Geltungsansprüche der verschiedenen Akteure öffentlich ausgehandelt werden, überhaupt erst zu ermöglichen, bedarf es der Öffentlichkeit: Sie bildet „ein intermediäres System“ (Gerhards und Neidhardt 1990: 6), das die verschiedenen Themen und Meinungen aufnimmt (Input-Ebene), verarbeitet (Throughput-Ebene) und die dadurch entstehende öffentliche Meinung an die Beteiligten vermittelt (Output-Ebene). Die Öffentlichkeit ist also der Ort, an dem die beteiligten Interessenträger ihre Forderungen, Argumente und Fakten austauschen, bis ein Konsens bzw. zumindest ein begründeter Dissens gefunden wurde. Die Massenmedien spielen dabei eine zentrale Rolle – massenmedial vermittelte Kommunikation bildet zwar nur ein Teil der öffentlichen Kommunikation, trägt aber maßgeblich zu deren Herstellung bei und beeinflusst diese in hohem Maße.

Grundlegend für die gesamte Diskurstheorie ist ein bestimmtes Verständnis von Sprache und Verständigung. Eines von Habermas' Hauptwerken, die „Theorie des kommunikativen Handelns“ (1981), widmet sich deshalb den Grundbedingungen menschlicher Verständigung. Damit Kommunikation erfolgreich ist, müssen demnach vier Bedingungen erfüllt sein:

- Verständlichkeit – der Sprecher muss sich an grammatikalische Regeln halten und sich insgesamt so artikulieren, dass er von allen verstanden wird;
- Wahrheit – es kann nur über etwas gesprochen werden, das von allen Diskursteilnehmern als existent begriffen wird;
- Richtigkeit – Aussagen müssen im Hinblick auf gesellschaftlich anerkannte Normen bzw. Werte als wahr akzeptiert werden;
- Wahrhaftigkeit – der Sprecher darf seine wahren Absichten nicht verbergen.

Solange diese Bedingungen erfüllt sind, können sich die beteiligten Gesprächsteilnehmer*innen erfolgreich miteinander verständigen. Sobald jedoch bezüglich eines oder mehrerer Aspekte Zweifel bestehen, kommt es zu Problemen. Am unproblematischsten ist die erste Bedingung, Verständlichkeit: Drückt sich ein Sprecher unklar aus, kann er dazu aufgefordert werden, das Gesagte besser zu erklären oder umzuformulieren. Im Anschluss ist die Kommunikation wieder erfolgreich und Verständigung gelingt. Am problematischsten ist die letzte Bedingung, Wahrhaftigkeit: Wird daran gezweifelt, ob ein Sprecher seine wahren Absichten preisgibt, kann – selbst im Rahmen eines Diskurses – keine Verständigung mehr erreicht werden, denn gegen die vermeintliche Unehrllichkeit hilft kaum eine Art der

Kommunikation. Wird an Bedingung zwei oder drei, also an der Wahrheit oder Richtigkeit einer Aussage, gezweifelt, wird das Gespräch auf einer anderen Ebene fortgeführt: der des Diskurses. Jetzt „wird versucht, ein in der Alltagskommunikation (naiv) vorausgesetztes, nun aber problematisch gewordenes Einverständnis durch Begründung (d.h. durch das Anführen überzeugender Argumente) wiederherzustellen“ (Burkart und Lang 2012: 42f.). Ein Beispiel soll diesen Wechsel des Kommunikations-Modus veranschaulichen:

Zwei Landwirte unterhalten sich über eine kürzlich erschienene Studie. Diese belegt, dass die Insektenbiomasse im Land trotz verschiedener Projekte und Schutzmaßnahmen weiter abgenommen hat. Die Landwirte sind sich einig, dass dies sehr zu bedauern ist. Einer von ihnen vermutet, dass die konventionelle, intensive Landwirtschaft maßgeblich zu dem Verlust beiträgt. Der andere widerspricht, die Landwirtschaft spiele in Bezug auf das Insektensterben keine allzu große Rolle. An dieser Stelle begeben sich die Beiden kommunikativ auf die Diskursebene: Weil der Wahrheitsgehalt der getätigten Aussage angezweifelt wird, muss eben jener Aspekt ausgehandelt werden. Im Idealfall versuchen nun beide den jeweils anderen durch stichhaltige, rationale Argumente von der eigenen Meinung zu überzeugen, bis ein Konsens oder zumindest ein begründeter Dissens erreicht wird – Habermas spricht in diesem Fall von *verständigungsorientierter Kommunikation*. Um dies zu erreichen, müssen bestimmte Bedingungen erfüllt werden (1984):

- Die Sprechenden müssen in Bezug auf Diskurseröffnung und –beteiligung die *gleichen Teilhabechancen* haben.
- Sie müssen die gleichen Chancen haben, ihre wahren *Gefühle, Einstellungen und Intentionen bzw. Kritik zu äußern* und *weitere Themenaspekte* anzusprechen.
- Außerdem muss der Diskurs *herrschaftsfrei* sein (keine Vorteile durch Ansehen oder Reichtum, Ausübung von Gewalt etc.).

In der Realität ist kaum von solch idealen Sprechsituationen auszugehen, Habermas weist jedoch darauf hin, dass die genannten Ansprüche normativ zu verstehen sind. Sie bilden „den kritischen Maßstab, an dem nicht-verständigungsorientierte Kommunikation als defizitäre Form menschlicher Kommunikation gemessen werden kann“ (Burkart und Lang 2012: 45). Bringen die Gesprächsteilnehmer beim Eintreten in den Diskurs gar nicht erst den notwendigen Willen mit, eine rational motivierte Einigung zu erreichen, spricht Habermas von strategischer Kommunikation. Ihr Ziel ist im Gegensatz zur verständigungsorientierten Kommunikation die „erfolgskalkulierte Einflußnahme auf die Einstellungen des Gegenübers“ (Habermas 1984: 574). Statt Verständigung zielt die Kommunikation also auf die Manipulation des Gegenübers – durch Drohungen, Lockungen, bewusste oder unbewusste Täuschung – ab.

Basierend auf diesen grundlegenden Ausführungen zur allgemeinen Diskurstheorie wurde eine Reihe normativer Anforderungen an konstruktive, deliberative öffentliche Diskurse entwickelt (siehe Abb. 4). Sie lassen sich auf den drei zuvor genannten Diskurs-Ebenen verorten: Input-, Throughput- und Output-Ebene. Auf die *Ebene des Inputs* bezogen geht es um die Frage, wer in welchem Maße am Diskurs teilhaben sollte. Denkbar wäre etwa, alle zu berücksichtigen, die etwas äußern möchten, was allerdings im Hinblick auf die begrenzten Übertragungskapazitäten der Massenmedien und die zeitlich begrenzten Rezeptionsmöglichkeiten der Öffentlichkeit (auch im Hinblick auf die Vielzahl an politisch relevanten Themen) mehr als unrealistisch scheint. Auch der Vorschlag, alle wichtigen sozialen

Gruppen teilhaben zu lassen, bleibt unbefriedigend. Zu klären wäre dann nämlich, welche Akteure in welchem Maß berücksichtigt werden sollen und von wem dies entschieden wird. In Anlehnung an Peters (2001) spricht sich Wessler (2008) deshalb für die Abkehr von einer akteurszentrierten Sichtweise aus; entscheidend sei vielmehr die Offenheit und Chancengleichheit für Themen, Perspektiven, Interpretationen, Ideen und Argumente – egal von wem sie vorgebracht werden.

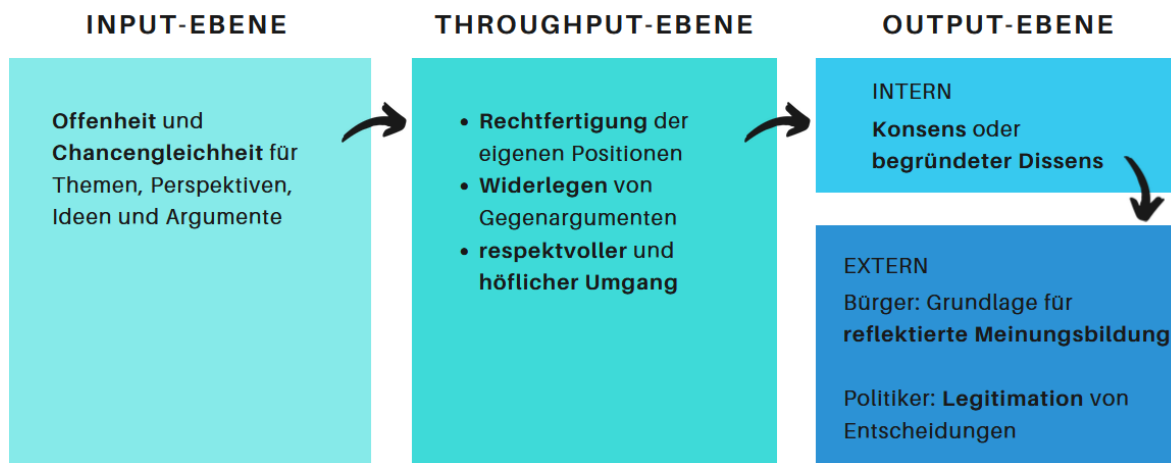


Abb. 4: Normative Anforderungen an konstruktive, deliberative Politikdiskussionen. (Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Wessler, 2008)

Auf der *Ebene des Throughputs* geht es um die Frage, auf welche Art Informationen geäußert werden sollten. Um eine möglichst hohe Diskurs-Qualität zu erreichen, sollten demnach drei Kriterien erfüllt werden (Wessler 2008): Die Rechtfertigung der eigenen Positionen (Nennung von Argumenten), das Widerlegen von Argumenten der Gegenseite (was einen konkreten Themenbezug und eine gewisse Dialoghaftigkeit voraussetzt) sowie ein respektvoller und höflicher Umgang.

Auf der *Ebene des Outputs* geht es darum, zu welchen Ergebnissen deliberative Politikdiskussionen führen (sollen). Statt lediglich einen Konsens als Zielgröße zu formulieren, spricht Wessler (2008) sich hier – erneut in Anlehnung an Peters (2005) – dafür aus, auch einen begründeten Dissens als positiv zu bewerten. Denn selbst wenn im Rahmen des Diskurses keine für alle akzeptable Lösung gefunden werden kann, so wird dennoch die Vielschichtigkeit eines Themas sichtbar gemacht. Außerdem können unzureichende Argumente widerlegt und Unklarheiten beseitigt werden. Der Diskurs führt so bei allen Beteiligten zu einem Wissenszuwachs. Auf die Gesamtgesellschaft bezogen wirken sich deliberative Medieninhalte in zweifacher Hinsicht positiv aus: Einerseits bieten sie Bürgern – auch jenen, die zunächst keine oder nur wenige Berührungspunkte mit einem bestimmten Thema hatten – die notwendigen Informationen, um sich eine reflektierte, durchdachte Meinung bilden zu können. Andererseits bilden deliberative Medieninhalte die Grundlage für legitime politische Entscheidungen und haben eine gewisse Kontrollfunktion:

„The normative idea is that this communicative pressure will exert an influence on the deliberation of decisions makers and prevent them from making decisions that are difficult to justify publicly and can be expected to find widespread disapproval in media discourse. This, in turn, will help to keep decision makers from making

egregious mistakes and will tend to raise the overall quality of political decisions.”
(Wessler 2008: 6)

Fraglich ist, wie die Erfüllung dieser normativen Anforderungen an die Diskursqualität empirisch überprüft werden kann. Befunde zur Qualität des Diskurses zwischen Landwirtschaft und Naturschutz fehlen zwar bislang, aktuelle Arbeiten – zum Beispiel zur Diskursqualität im Internet – zeigen jedoch, dass sich verschiedene Variablen anbieten, um das Maß an Deliberation zu bewerten (z. B. Brückner und Schweiger 2017; Schweiger 2014; Überblick bei Rackow 2019). Welche im Detail zum Einsatz kommen, hängt unter anderem von der gewählten Ebene ab, auf der die Diskursqualität untersucht werden soll: Werden etwa einzelne Meinungen oder Aussagen von Akteuren untersucht, kann analysiert werden, ob die geäußerten Positionen sachlich und stichhaltig begründet werden. Auch die aktive Bezugnahme auf gegnerische Argumente sowie Höflichkeit sind positiv zu bewerten. Wird die Diskursqualität auf der Ebene von Medienbeiträgen untersucht, kann unter anderem untersucht werden, inwiefern diese ausgewogen sind und ob sich die Sprecher*innn aufeinander beziehen.

3.2 Ansätze zu strategischer Kommunikation

Strategische Kommunikation wird in der kommunikationswissenschaftlichen Forschung in der Regel als eine intentional-zweckgebundene Form der Kommunikation verstanden. Sie zeichnet sich dadurch aus, „dass der Versuch unternommen wird, sie mit Blick auf spezifische Wirkungsziele zu steuern bzw. zu managen“ (Röttger et al. 2013: 11). Im Gegensatz zur idealtypischen verständigungsorientierten Kommunikation geht es also keineswegs darum, ergebnisoffen in einen Diskurs einzutreten, um einen für alle akzeptablen Konsens zu erzielen (siehe Abb. 5). Sie dient vielmehr dazu, konkrete Ziele (z. B. Steigerung der Verkaufszahlen, Steigerung des Bekanntheitsgrades, Erhöhung der Reputation) mit Hilfe absichtsvoller kommunikativer Maßnahmen zu erreichen. Zielgruppe der strategischen Kommunikation können sowohl externe Anspruchsgruppen wie Journalist*innen, Kund*innen oder Lieferant*innen als auch interne Anspruchsgruppen sein (Mitarbeitende, einzelne Abteilungen etc.). Je nach Ziel und Zielgruppe können verschiedene Ausprägungen der strategischen Kommunikation zum Einsatz kommen, darunter Werbung, Lobbying, interne Kommunikation oder Öffentlichkeitsarbeit.

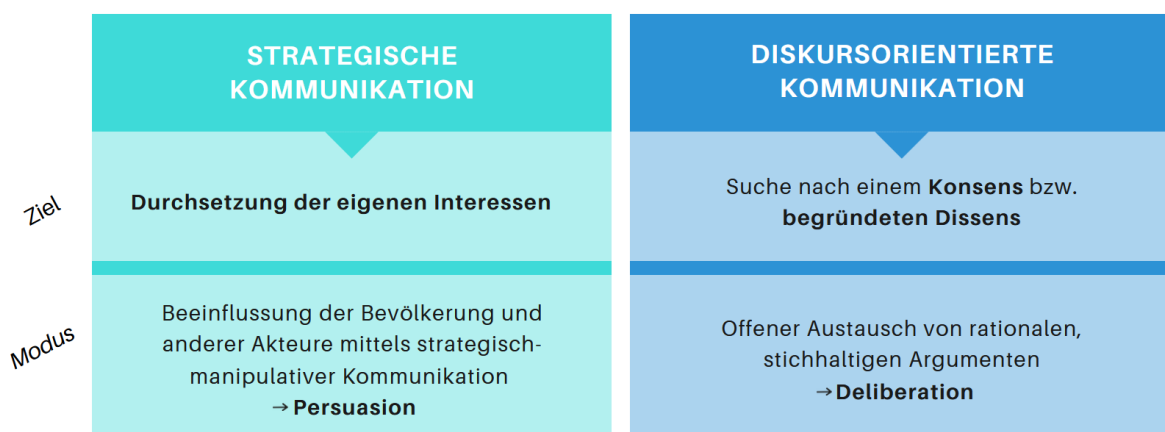


Abb. 5: Unterschiede zwischen strategischer und diskursorientierter Kommunikation (Quelle: Eigene Darstellung)

Um strategisch kommunizieren zu können, muss zunächst ein entsprechendes Kommunikationskonzept erarbeitet werden. Da Konzepte – egal welcher Natur – stets darauf ausgerichtet sind, ein konkretes Problem gezielt und geplant zu lösen, ist es nicht verwunderlich, dass sich die in der Literatur beschriebenen Vorgehensweisen zur Entwicklung eines Kommunikationskonzeptes trotz teils großer Unterschiede (was etwa Begrifflichkeiten oder das Maß an Detailliertheit angeht), grundlegend ähneln (Bentele und Nothhaft 2014: 609): Erstens wird ein Problem identifiziert, das es zu lösen gilt. Zweitens wird eine Strategie, also ein konkretes Vorgehen entwickelt, das dazu geeignet scheint, das Problem zu lösen. Diese Strategie wird drittens durchgeführt und schließlich, viertens, evaluiert. Von besonderem Interesse ist dabei der zweite Schritt, denn die Strategie ist das Kernstück eines Konzeptes (Grupe 2011: 33). Im Rahmen der Strategie-Entwicklung wird zunächst die Ausgangssituation analysiert. Hierbei können verschiedene Instrumente und Vorgehensweisen zum Einsatz kommen, etwa eine Desk Research (Sammlung von relevanten Daten zum Thema) oder eine SWOT-Analyse (eine Analyse der Chancen, Risiken, Stärken und Schwächen eines Produktes oder einer Dienstleistung). Darauf aufbauend werden

- die zu erreichenden *Kommunikationsziele* definiert,
- die relevanten *Zielgruppen* identifiziert,
- die zu vermittelnden *Botschaften und Inhalte* festgelegt sowie
- passende *Kommunikationskanäle* ausgewählt.

Für die Demokratie bzw. für die Gesellschaft kann strategische Kommunikation zwar auf verschiedene Arten dysfunktional sein, aufgrund ihres Erfolgs ist sie allerdings häufig anzutreffen. Probleme treten zum Beispiel dann auf, wenn die ergriffenen Kommunikationsmaßnahmen willentlich einen emotionalen, unsachlichen Diskurs provozieren. Besonders NGOs wählen oft Strategien, deren Ziel es ist, politische Entscheidungen durch die Mobilisierung der Öffentlichkeit zu beeinflussen (Spiller 2018). Statt einen Konsens anzustreben und sachlich zu argumentieren, schlagen sie dabei einen bewusst konfrontativen Kurs ein – etwa indem „David gegen Goliath-Bilder inszeniert [werden], um Emotionalität zu schaffen und Befürworter zu gewinnen“ (Spiller 2018: 102). Doch auch bei anderen Akteuren sind derartige, auf Konfrontation ausgerichtete Strategien keine Seltenheit. Vor allem in der politischen Kommunikation wird häufig das sogenannte Negative Campaigning betrieben – eine Form der Öffentlichkeitsarbeit, bei der konkurrierende oder gegnerische Akteure bewusst in ein schlechtes Licht gerückt werden, um das eigene Ansehen zu erhöhen (z. B. Dolezal et al. 2015 oder Haselmayer und Jenny 2018). Dass sich diese Strategien tendenziell negativ auf die Konsensbildung auswirken können, wird zugunsten der eigenen Zielerreichung in Kauf genommen.

Kritisch zu bewerten ist auch die gezielte Anpassung der Inhalte an einzelne Zielgruppen und Kommunikationskanäle. Gemäß Habermas (1981) kann Verständigung nur gelingen, wenn die Diskursteilnehmer sich gegenseitig als wahrhaftig wahrnehmen, also davon überzeugt sind, dass die anderen ihre wahren Absichten zum Ausdruck bringen. Wenn sich aber Inhalt und Tonalität der Kommunikation eines Akteurs je nach Zielgruppe und Kanal teils stark voneinander unterscheiden, gilt dies in den Augen der weiteren Diskursteilnehmer vermutlich nicht als Zeichen der Wahrhaftigkeit. In der Praxis ist ein solches Verhalten allerdings durchaus zu beobachten. So nutzen Akteure teilweise zu ein- und demselben Thema sowohl konfrontative als auch kooperative Strategie (z. B. Hall und Taplin 2007) –

manchmal zeitgleich, manchmal über einen längeren Zeitraum. Es ist davon auszugehen, dass vergleichbare Elemente auch in der öffentlichen Kommunikation über Landwirtschaft und Naturschutz eine Rolle spielen und so zu Kommunikationsproblemen führen.

3.3 Studien zur journalistischen Nachrichtenauswahl

In der Kommunikationsforschung wird seit längerem die Frage behandelt, wie Medieninhalte entstehen und welche Einflussfaktoren dabei eine Rolle spielen. So ist eine breite Palette an Theorien und Modellen entstanden, die an verschiedenen Stellen der Medienproduktion ansetzen. Gemeinsam ist diesen Studien zur journalistischen Nachrichtenauswahl, dass hier Verzerrungen bei der Themenauswahl, -gewichtung und -darstellung in Nachrichtenmedien gegenüber ‚realen‘ Ereignis- oder Problemlagen in der Gesellschaft analysiert werden. Insofern sind sie für die vorliegende Arbeit von besonderer Bedeutung: Wenn Ereignisse oder Sachverhalte in den Medien anders dargestellt werden, als sie sich tatsächlich verhalten haben, kann dies zu massiven Kommunikationsproblemen führen. Im vorliegenden Abschnitt werden deshalb zwei Theorien bzw. Forschungsbereiche vorgestellt, die für die Beantwortung der Forschungsfrage gewinnbringend scheinen: In der Nachrichtenwerttheorie wird untersucht, welche Merkmale ein Ereignis mitbringen muss, damit es in der Medienöffentlichkeit Aufmerksamkeit erhält; in der Framing-Forschung findet eine Auseinandersetzung mit der Frage statt, auf welche Weise Themen öffentlich präsentiert werden.

3.3.1 Nachrichtenwerttheorie

Journalist*innen werden jeden Tag mit Hunderten von Agenturmeldungen, Pressemitteilungen, Medienberichten und weiteren Informationen konfrontiert. Doch zum einen sind nicht alle Ereignisse relevant genug, um veröffentlicht zu werden, und zum anderen kann bereits aufgrund von Platz- und Zeitmangel nicht über jedes Ereignis berichtet werden. Zu den Aufgaben von Journalist*innen gehört es deshalb, aus der Vielzahl an Informationen einige wenige auszuwählen, die sie für berichtenswert halten. Aber wie gehen sie dabei vor? In der Kommunikationswissenschaft herrscht Einigkeit darüber, dass eine breite Palette an Faktoren existiert, die diesen Selektionsprozess beeinflussen, etwa die persönlichen Eigenschaften von Journalist*innen (Wertvorstellungen, Interessen, politische Einstellung etc.), ihre Arbeitsbedingungen (zur Verfügung stehende Zeit, Verfügbarkeit von Agenturmeldungen etc.) sowie redaktionelle Vorgaben oder gesamtgesellschaftliche Tendenzen (Maier 2010). Doch auch das Ereignis selbst spielt eine Rolle: „Die Nachrichtenwerttheorie geht davon aus, dass die für die Publikation ausgewählten Ereignisse bestimmte Merkmale aufweisen, die ihren Nachrichtenwert und ihre Publikationswürdigkeit bestimmen. Diese Merkmale nennt man Nachrichtenfaktoren“ (Maier 2010: 18). Folglich können bestimmte Eigenschaften dazu beitragen, dass gewissen Ereignissen mediale Aufmerksamkeit geschenkt wird, während über andere nicht berichtet wird. Dabei gilt: Je mehr Nachrichtenfaktoren ein Ereignis aufweist und je höher deren Intensität ist, umso größer fällt ihr Nachrichtenwert aus (Kepplinger 2008: 3245). Østgaard (1965: 45ff.) formulierte erstmals drei solcher Faktoren: Vereinfachung, Identifikation und Sensationalismus. Je einfacher und klarer strukturiert sich also zum Beispiel ein Thema medial darstellen lässt, desto eher werde darüber berichtet. Danach folgte eine ganze Reihe weiterer Studien (u. a. Eilders 1997; Galtung und Ruge 1965; Ruhrmann et al. 2003; Sande 1971; Schulz 1976; Staab 1990), im Rahmen derer die Faktoren weiter ausdifferenziert und empirisch

überprüft wurden. Eilders (1997) etwa nennt Ortsstatus, Etablierung des Themas, Einfluss, Prominenz, Personalisierung, Faktizität, Reichweite, Überraschung, Nutzen, Schaden, Kontroverse, Emotionen und Sex/Erotik. Benennung und Anzahl der Faktoren sowie die konkreten Forschungsfragen variieren in den genannten Arbeiten zwar, doch „[i]nsgesamt konnte die in der Nachrichtenwerttheorie formulierte Annahme, dass Journalisten sich bei der Auswahl von Ereignissen für die Berichterstattung auf allgemeingültige Nachrichtenfaktoren stützen, bestätigt werden. Dies scheint insbesondere für die Beteiligung von Prominenten oder Elitepersonen zu gelten, für negative und konfliktbehaftete Ereignisse, sowie für Themen, die bereits in der Berichterstattung etabliert sind.“ (Maier und Marschall 2010: 79)

Die Nachrichtenwerttheorie beschäftigt sich allerdings nicht nur mit dem Selektionsverhalten von Journalist*innen, sondern auch mit der Frage, ob bzw. wie Nachrichtenfaktoren die Rezeption von Medienberichten beeinflussen. Bereits Østgaard (1965) sowie Galtung und Ruge (1965) weisen darauf hin, dass der Prozess der Informationsverarbeitung bei Journalist*innen im Grunde analog zu dem der Rezipient*innen ist. Wenn die Nachrichtenfaktoren also für Journalist*innen von Bedeutung sind, müsste dasselbe für die Leser*innen, Zuhörer*innen und Zuschauer*inne gelten. Basierend auf dieser Annahme untersuchen verschiedene empirische Studien (1) den Einfluss der Nachrichtenfaktoren auf das Selektionsverhalten der Rezipient*innen (Donsbach 1991; Eilders 1997) und (2) den Einfluss auf die selektive Beitragserinnerung (Eilders 1997; Eilders und Wirth 1999; Merten 1985; Ruhrmann 1989). Vermutet wurde, dass Rezipient*innen Beiträgen, in denen (mehrere) Nachrichtenfaktoren vorkommen, verstärkt Aufmerksamkeit schenken und sich später auch besser an diese erinnern können. Tatsächlich konnte hinsichtlich beider Aspekte ein Zusammenhang festgestellt werden, vor allem was die Erinnerung von Nachrichtenmeldungen betrifft (Maier und Marschall 2010). Ruhrmann (1989) etwa stellt fest, dass sich die Nachrichtenfaktoren Konflikt, Personalisierung und Ortsstatus positiv auf die Erinnerung von Rezipient*innen auswirken.

Auf das Spannungsfeld Landwirtschaft – Naturschutz bezogene empirische Daten für Deutschland gibt es bislang nicht. Zwei Studien aus den USA bzw. der Schweiz deuten allerdings darauf hin, dass die Nachrichtenfaktoren auch im Rahmen der landwirtschaftlichen Berichterstattung eine Rolle spielen. Alföldi und Tutkun-Tikir (2007) untersuchten inhaltsanalytisch, über welche landwirtschaftlichen Themen schweizerische Zeitungen und Fernsehsender berichten und wie sich die Berichterstattung zwischen 1996 und 2006 verändert hat. Konflikt und Schaden gehörten im Untersuchungszeitraum zu den am häufigsten identifizierten Nachrichtenfaktoren. Whitaker und Dyer (2000: 127) untersuchten die US-amerikanische Berichterstattung über Landwirtschaft in einem Zeitraum von zehn Jahren (1987-1996). Als theoretischen Rahmen für ihre Arbeit wählten sie zwar nicht die Nachrichtenwerttheorie, ihre Ergebnisse zeigen aber gleichwohl, dass fast ausschließlich über negativ behaftete Themen wie E.-coli-Bakterien, Salmonellen, BSE, Pestizide oder den Ozonabbau berichtet wurde.

3.3.2 Framing

Politische Themen und Fragestellungen sind oft komplex und können aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet werden. Die Meinungen darüber, was richtig und was falsch ist, können deshalb weit auseinandergehen. Konventionelle Landwirt*innen etwa betrachten Pestizide tendenziell als Pflanzenschutzmittel, deren Einsatz wirtschaftlich notwendig ist.

Naturschutz-Akteure hingegen thematisieren vor allem deren unerwünschte Nebenwirkungen und umschreiben sie mit Adjektiven wie toxisch, gefährlich oder chemisch. Ihre Forderung: Ihr Einsatz muss verboten bzw. drastisch reduziert werden. Diese „Blickwinkel auf politische Themen, die gewisse Informationen in den Vordergrund rücken und andere außen vor lassen“ (Matthes 2014: 12) werden ‚Frames‘ genannt und stehen im Wettstreit zueinander. Ziel der am Diskurs beteiligten Akteure (Parteien, Politiker*innen, Verbände etc.) ist es, sich mit der eigenen Betrachtungsweise durchzusetzen. Jeder möchte bestimmen, welche Aspekte und Interpretationen eines Themas in der Öffentlichkeit als relevant wahrgenommen werden. Das heißt, jeder möchte die Deutungshoheit über ein Thema erlangen. Frames finden sich allerdings nicht nur in der strategischen Kommunikation (*strategische Frames*). Journalist*innen greifen die von den beteiligten Akteuren formulierten Frames auf und entscheiden, welche davon wie stark in der Berichterstattung berücksichtigt werden. Ergänzt werden sie durch die eigenen Vorstellungen, Perspektiven und Argumente der Journalist*innen (*journalistische Frames*). Die massenmediale Berichterstattung und die dort präsentierten Frames (*Medien-Frames*) wiederum beeinflussen die allgemeine Öffentlichkeit, denn „[die] Art der Präsentation eines Themas und die Betonung bestimmter Aspekte lenken die Aufmerksamkeit (und damit auch die Meinungsbildung) des Medienpublikums“ (Stengel und Marschall 2010: 127).

Nach Entman (1993) besteht ein Frame aus vier Bestandteilen. Im Rahmen der *Problemdefinition* wird festgelegt, über welchen Aspekt eines Themas gesprochen wird und welche Argumente und Informationen hervorgehoben werden. So kann man beim Thema Insektensterben zum Beispiel über Pestizideinsatz in der Landwirtschaft, Flächenversiegelung oder Lichtverschmutzung sprechen. Obwohl der Begriff dies nahelegt, muss es sich bei der Problemdefinition aber nicht immer um etwas Negatives handeln, ein Frame kann auch dazu dienen, etwas Positives hervorzuheben („Landwirt*innen setzen sich immer stärker für Biodiversität ein“) oder ein Problem zu negieren („Landwirt*innen tragen kaum zur Nitratbelastung des Grundwassers bei“). Im Rahmen der *Ursachenzuschreibung* geht es um die Frage, wer die politische Verantwortung trägt. Das heißt, einer Situation („die Corona-Pandemie ist schuld“) oder Person bzw. Gruppierung („die Regierung ist schuld“) wird die Verantwortung für den in der Problemdefinition formulierten Sachverhalt zugeschrieben. Auch die Nennung mehrerer Verantwortlicher innerhalb eines Frames ist möglich. Dasselbe gilt für die *Lösungszuschreibung* bzw. *Handlungsaufforderung*: Hier werden eine oder mehrere konkrete „Maßnahmen zur Behebung des Problems sowie die für die Lösung des Problems fähigen Akteure“ (Matthes 2014: 12) benannt. Nicht selten schreiben sich die Akteure dabei selbst die notwendige Lösungskompetenz zu, während sie anderen abgesprochen wird („Landwirt*innen müssen stärker subventioniert werden. Sie sind es, die Naturschutzmaßnahmen in der Fläche umsetzen, nicht Naturschützer.“). Vierter und letzter Bestandteil eines Frames ist die *explizite Bewertung*. Sie ist nicht immer kategorischer Natur (gut oder schlecht), sondern kann auch gradueller Natur sein. Dies wäre zum Beispiel der Fall, wenn Naturschutz-Akteure den Einsatz chemisch-synthetischer Düngemittel nicht per se verurteilen, aber eine deutliche Reduktion fordern. In Kombination ergeben diese vier Elemente „eine logische Argumentationskette“ (Matthes 2014: 21), das heißt, alle Elemente legen die gleiche Bewertung des Themas nahe. Alföldi (2009) etwa identifizierte in der schweizerischen Berichterstattung über Landwirtschaft unter anderem folgenden Frame: Die Landwirtschaft schädigt Umwelt und Tiere, das ist negativ zu bewerten. Schuld daran sind die

Landwirt*innen, die unverantwortlich handeln, sie müssen deshalb stärker zur Rechenschaft gezogen werden.

Trotz dieser relativ konkreten Beschreibung von Entmann darf allerdings nicht davon ausgegangen werden, dass Frames manifest und direkt in Texten erkennbar sind. Als „mehr oder weniger latente Deutungsmuster [sind sie] in Texten bzw. im Bewusstsein von Individuen verborgen [...] und [müssen] zuerst durch entsprechende Verfahren identifiziert werden“ (Dahinden 2018: 202). Das heißt, dass „Frames oft nicht wörtlich und explizit im Text entfaltet, sondern nur implizit oder mit Hilfe [von] rhetorischen Figuren und Stilen angedeutet“ (Dahinden 2018: 204) werden. Um Frames zu erfassen, darf also nicht nur darauf geachtet werden, was gesagt bzw. geschrieben wird, sondern auch auf welche Art dies geschieht.

Gewinnbringend für die vorliegende Arbeit ist der Ansatz in zweierlei Hinsicht: Erstens liefert die Analyse der strategischen Frames einen Überblick, welche „Interpretationen der Realität“ (Oswald 2019: 28) von den zentralen Kommunikatoren angestrebt werden. Daraus lassen sich erste Rückschlüsse auf die Ursachen von Kommunikationsproblemen ziehen. Zweitens kann der Vergleich von strategischen Frames und Medien-Frames eventuell bestehende Verzerrungen bzw. Tendenzen in der öffentlichen Darstellung von Ereignissen, Themen und Gruppen offenbaren.

Empirische Studien zum Thema Framing gibt es zwar zahllose, Arbeiten mit Bezug zum Spannungsfeld Landwirtschaft – Naturschutz finden sich in der bisherigen, deutschsprachigen Forschungsliteratur aber nur vereinzelt. Im Fokus stehen stets landwirtschaftliche Themen, wobei sich teilweise Überschneidungen mit anderen Bereichen wie Tierschutz, Umweltschutz oder Ernährungswirtschaft ergeben: Mergenthaler et al. (2021) identifizierten im Rahmen einer Clusteranalyse neun Frames, die in der öffentlichen Kommunikation über landwirtschaftliche Tierhaltung in Deutschland eine Rolle spielen. Die Analyse zeigt, dass über landwirtschaftliche Tierhaltung in vielfältigen Zusammenhängen berichtet wird. Obwohl sich die einzelnen Medien oft auf einige wenige Darstellungsperspektiven fokussieren, kann der öffentliche Diskurs insgesamt „keineswegs als ‚einseitig‘ bezeichnet werden“ (Mergenthaler et al. 2021: 41). Kritisch anzumerken ist allerdings, dass im Rahmen der Analyse keine systematische Trennung zwischen strategischen Frames und Medien-Frames erfolgte – bei der Stichprobenbildung wurden sowohl nachrichten- und fachjournalistische Medien berücksichtigt als auch Publikationen von Nichtregierungsorganisationen.

Kothe et al. (2020) beschäftigten sich mit der Frage, welche Faktoren bei der Entstehung von journalistischen Frames in Bezug auf landwirtschaftliche Tierhaltung eine Rolle spielen. Dazu führten sie Experteninterviews mit 19 Journalist*innen von deutschen fach- und nachrichtenjournalistischen Medien. Die Ergebnisse zeigen, dass bei der Entstehung von journalistischen Frames mehrere Faktoren relevant sind, unter anderem die soziale Herkunft der Journalist*innen, ihre persönliche Meinung zum Thema sowie ihre Nähe zur Landwirtschaft. Eine zentrale Rolle spielt auch die Art des Mediums, bei der ein*e Journalist*in arbeitet. „Großstädtisch lebende Journalisten der Allgemeinen Medien haben einen eher umfassend generalistischen Bezug zur landwirtschaftlichen Tierhaltung. Journalisten von Fachmedien sind hingegen stark in der landwirtschaftlichen Lebenswelt verwurzelt, verstehen sich als Ratgeber auf Augenhöhe und befinden sich in einem impliziten Bewertungskonsens mit ihrer Leserschaft“ (Kothe et al. 2020: 28).

Kayser et al. (2011) untersuchten die Entwicklung der deutschen Qualitätspresse von 2007 bis 2009 in Bezug auf landwirtschaftliche und ernährungswirtschaftliche Themen. Unter Berufung auf Lang und Heasman (2004) und Kovacs et al. (2011) berücksichtigen sie im Rahmen ihrer quantitativen Inhaltsanalyse zwei Frames: Produktivität und Natürlichkeit. Sie stellen fest, dass die Ausrichtung an produktivitätsbezogenen Maßstäben meist negativ bewertet wird, während natürliche Lebensmittelproduktion in ein positives Licht gerückt wird. Auffallend ist, dass in den meisten Berichten (70 Prozent) nicht nur einer der beiden Frames verwendet wird, sondern beide: Dabei wird „die Ablehnung der Produktivität mit positiven Aspekten von Natürlichkeit untermauert“ (Kayser et al. 2011: 79).

Alföldi und Tutkun-Tikir (2007) untersuchen inhaltsanalytisch, über welche landwirtschaftliche Themen Zeitungen und Fernsehsender in der Schweiz berichten und wie sich die Berichterstattung zwischen 1996 und 2006 verändert hat. Ihre Untersuchung zeigt, dass positiv konnotierte Frames (Landwirtschaft ist innovativ und konsumentenorientiert, Landwirtschaft pflegt Natur und Umwelt, Anteilnahme für schwierige Situation der Landwirt*innen) tendenziell zugenommen haben. Sie führen diese Entwicklung allerdings auf die zunehmende Regionalisierung der Berichterstattung zurück, denn vor allem über Themen mit regionalem Bezug wurde positiv berichtet.

3.4 Forschung zu Gruppenidentitäten

Menschen werden bei der Interaktion mit anderen nicht nur als Einzelpersonen wahrgenommen, sondern auch als Vertreter*innen der sozialen Gruppen, denen sie angehören. Und nicht nur „das Fremdbild, auch das Selbstbild ist von gruppenbezogenen Normen, Erwartungen und Stereotypen beeinflusst“ (Thimm 2002: 178). Insofern scheint es relevant, auf soziologische und sozialpsychologische Ansätze einzugehen, die die Bedeutung von Gruppenidentitäten betonen. Damit sind in Gruppen verbreitete Werte, Eigenschaften und Verhaltensweisen gemeint, die Individuen an den Tag legen (müssen), um diesen Gruppen anzugehören. Gleichzeitig grenzen sich Individuen durch die Übernahme von Gruppenidentitäten und dort üblichen Stereotypen von anderen/gegnerischen Gruppen bzw. Individuen ab (z. B. Hogg und Reid 2006). Als besonders relevant für die vorliegende Arbeit scheinen zwei Ansätze aus diesem Bereich: die Theorie der sozialen Identität und der Hostile-Media-Effect (HME). Sie werden in den folgenden Abschnitten skizziert.

3.4.1 Theorie der sozialen Identität

Die sozialpsychologische Theorie der sozialen Identität (SIT) von Henri Tajfel und John Turner (1979, 1986) untersucht Intergruppenbeziehungen und versucht, „Differenzierungsprozesse, die vor allem durch Konflikte zwischen Gruppen gekennzeichnet sind, zu erklären“ (Zick 2003: 409). Im Fokus steht dabei das Individuum: Es wird untersucht, warum Individuen Fremdgruppen abwerten und von der eigenen Bezugsgruppe abgrenzen. Empirische Grundlage der Theorie waren mehrere Wahrnehmungsstudien, Analysen und Experimente von Tajfel, bekannt geworden als die sogenannten „minimal group studies“. Dabei konnte gezeigt werden, dass die willkürliche Einteilung von Menschen in verschiedene Gruppen ausreicht, um zu erreichen, dass Mitglieder der eigenen Gruppe favorisiert und die einer Fremdgruppe diskriminiert werden – obwohl die Teilnehmer*innen per Los zufällig einer von zwei Gruppen zugeordnet wurden und keine darüber hinausgehende Bindung zur bzw. Identifikation mit der eigenen Gruppe bestand (Tajfel et al. 1971).

Die Grundannahmen der SIT sind: (1) Menschen streben stets danach, ihre positive Selbstwahrnehmung zu erhalten bzw. diese zu verbessern. (2) Neben der persönlichen Identität spielt dabei die Mitgliedschaft in verschiedenen sozialen Gruppen und die Bewertung eben jener eine zentrale Rolle (soziale Identität). Durch den Vergleich mit anderen relevanten sozialen Gruppen wird entschieden, ob die eigene Gruppe und die Zugehörigkeit zu dieser positiv zu bewerten ist oder nicht. Da Menschen ihr Selbstwertgefühl nicht gefährden möchten, wird angenommen, dass sie stets versuchen werden, die eigene Gruppe (Ingroup) positiv von der Fremdgruppe (Outgroup) abzuheben, also verschiedene Formen positiver Distinktheit zu schaffen, um dadurch einen möglichst hohen sozialen Status zu erreichen. (3) Wenn die Bewertung der eigenen sozialen Identität dennoch unbefriedigend ausfällt, versuchen die Individuen entweder in eine andere, statushöhere Gruppe zu gelangen (*soziale Mobilität*), es entsteht ein mehr oder weniger offener Konflikt zwischen den beteiligten Gruppen (*sozialer Wettbewerb*), in dem die sozialen Identitäten neu ausgehandelt werden oder es kommt zu *sozialer Kreativität*. Dabei „zeigen Personen kognitive Umbewertungsprozesse. Der Fokus wird also umgelenkt, sodass nicht mehr die negativen Aspekte der Eigengruppe im Vordergrund stehen (wegen derer ein Gruppenwechsel erwünscht war), sondern positive Merkmale gesucht und besonders herausgestellt werden.“ (Fischer et al. 2013: 124). Die Betroffenen können zum Beispiel versuchen, die *Vergleichsdimension*, die für den Intergruppenvergleich herangezogen werden, *zu verändern*: Wenn etwa der Deutsche Bauernverband sich im Gegensatz zu Naturschutzverbänden auf politischer Ebene wenig für Biodiversitätsschutz einsetzt, könnte dieser betonen, dass nicht das politische Engagement zählt, sondern die tatsächliche Leistungserbringung. Denn in der Fläche werden die Naturschutzmaßnahmen häufig nicht von Naturschutzverbänden, sondern von Landwirt*innen umgesetzt. In der Praxis sind also sie diejenigen, die aktiv Naturschutz betreiben. Eine andere Möglichkeit besteht darin, vorhandene *Vergleichsdimensionen neu zu interpretieren*. Wenn zum Beispiel die Leistungsorientierung der Landwirtschaft von Outgroups negativ bewertet wird, könnten Landwirt*innen auf ihre Aufgabe als Nahrungsmittelproduzenten verweisen: Um den Hunger auf der Welt zu reduzieren und auch ärmeren Menschen den Zugang zu erschwinglichen Lebensmitteln zu ermöglichen, streben sie nach mehr Effizienz und Leistungssteigerung. Die hohe Produktivität wäre gemäß dieser Interpretation nicht negativ, sondern positiv zu bewerten. Eine dritte Möglichkeit ist der *Wechsel der Vergleichsgruppe* – negative Eigenschaften werden dabei durch einen für die Ingroup vorteilhafteren Vergleich relativiert. Wenn deutschen Landwirt*innen beispielsweise der Einsatz von Pestiziden angekreidet wird, könnten sie auf asiatische oder südamerikanische Länder verweisen, in denen deutlich mehr und gefährlichere Pestizide eingesetzt werden. Im Gegensatz dazu kann das eigene Handeln als vorbildlich dargestellt und gerechtfertigt werden.

Wie ausgeprägt die Abgrenzungsversuche zwischen sozialen Gruppen ausfallen, hängt davon ab, „(a) ob [Individuen] die Statushierarchie zwischen der Ingroup und Outgroup als stabil oder instabil und legitim oder illegitim wahrnehmen, (b) ob die individuelle Mobilität zwischen den Gruppen als Möglichkeit der sozialen Veränderung wahrgenommen wird und (c) ob die Gruppengrenzen als durchlässig beurteilt werden“ (Zick 2003: 410f.). Zu intensiven Auseinandersetzungen kommt es zudem dann, wenn sich Menschen besonders stark mit ihrer sozialen Gruppe identifizieren (Ellemers et al. 1999).

Als wie bedeutend die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe wahrgenommen wird, ist situationsabhängig (Turner et al. 1987). So können in manchen Situationen die individuellen Eigenschaften einer Person („Du bist der Mann meiner Arbeitskollegin“, „Du bist höflich“, „Du bist 40 Jahre alt“) salienter sein, als die gruppenspezifischen Eigenschaften („Du bist Landwirt“, „Du bist aus Bayern“, „Du bist Fan der Fernsehsendung Alf“). Eine Gruppe von Landwirt*innen zum Beispiel, die auf dem Weg zu einer vom NABU organisierten Diskussionsveranstaltung ist, ist zunächst eine Ansammlung von Menschen mit individuellen Eigenschaften (Alter, Geschlecht, Familienstand, unterschiedliche Betriebe, unterschiedliche Wissensstände). Sobald sie am Ort der Veranstaltung angekommen sind, werden sie von den NABU-Vertreter*innen als deutlich homogener wahrgenommen. Auch die Landwirt*innen nehmen sich in ihrer Gegenwart eher als Einheit wahr. Das verändert sowohl das Verhalten der beteiligten Personen, als auch ihre Wahrnehmung: „Nun werden auf einmal die Unterschiede *innerhalb* der Gruppen subjektiv kleiner und die Unterschiede *zwischen* den Gruppen werden besonders deutlich, manchmal auch übertrieben“ (van Dick 2015: 12f.).

Betrachtet man die Akteure aus dem Bereich Landwirtschaft und die des Naturschutzes jeweils als miteinander konkurrierende soziale Gruppen, kann die SIT wertvolle Ansätze für die Erklärung von Kommunikationsproblemen liefern. Zwar weisen die beiden Gruppen keinen streng formalen Charakter auf – orientiert man sich zum Beispiel an der Definition von Schäfers (2016), fehlen u. a. kontinuierliche Kommunikations- und Interaktionsprozesse sowie Rollendifferenzierungen innerhalb der Gruppe –, im Hinblick auf die SIT und die bisherigen Forschungsergebnisse dazu ist dieser Aspekt jedoch vernachlässigbar. Tajfel und Turner weisen sogar explizit darauf hin, dass viele klassische Definitionen von sozialen Gruppen in Bezug auf Intergruppen-Beziehung (wie sie auch im Rahmen der vorliegenden Arbeit untersucht werden) übermäßig restriktiv sind:

„The ‚groups‘ to which the interactants belong need not depend upon the frequency of intermember interaction, systems of role relationships, or interdependent goals. From the social-psychological perspective, the essential criteria for group membership, as they apply to large-scale social categories, are that the individuals concerned define themselves and are defined by others as members of a group.“ (Tajfel und Turner 1979: 40)

Aus der sozial-psychologischen Perspektive, die die SIT einnimmt, ist also vielmehr entscheidend, dass Menschen sich selbst einer bestimmten Gruppe zugehörig fühlen und dies von anderen auch so wahrgenommen wird. Soziale Gruppen werden demnach definiert, als

„a collection of individuals who perceive themselves to be members of the same social category, share some emotional involvement in this common definition of themselves, and achieve some degree of social consensus about the evaluation of their group and of their membership of it.“ (Tajfel und Turner 1979: 40)

Bezugnehmend auf die vorhergehenden Ausführungen zu Akteuren aus Naturschutz und Landschaft (siehe Kapitel 2) können diese Bedingungen als gegeben betrachtet werden.

3.4.2 Hostile-Media-Effect

Der Hostile-Media-Effect (Vallone et al. 1985) ist ein empirisch vielfach bestätigtes Wahrnehmungsphänomen, das ebenfalls mit Gruppenidentitäten zusammenhängt: Er besagt, dass Individuen mit einer ausgeprägten Meinung zu einem politischen Thema einen Nachrichtenbeitrag, der völlig neutral und ausgewogen über das Thema berichtet, dennoch als ‚feindlich‘ in dem Sinn wahrnehmen, dass die eigene Position weniger zum Ausdruck kommt als die gegnerische. Entsprechend stößt eine vollkommen ausgewogene Darstellung von Sachverhalten, wie sie in journalistischen Medien angestrebt wird, nahezu zwangsläufig bei allen Anspruchsgruppen oder Meinungslagern auf Skepsis. Das gilt verstärkt dann, wenn sich die Rezipient*innen stark für die Thematik interessieren (Hansen und Kim 2011), was bei Akteuren aus Landwirtschaft und Naturschutz sicherlich meist der Fall ist. Studien deuten zudem darauf hin, dass der Effekt vor allem im Zusammenhang mit Massenmedien auftritt. Vermutlich nehmen Menschen an, dass die Massenmedien aufgrund ihrer Reichweite potenziell großen Einfluss auf andere haben und bewerten die dort verbreiteten Informationen deshalb besonders kritisch (Gunther und Liebhart 2006; Gunther und Schmitt 2004). Auch die Bewertung der Nachrichtenquelle spielt eine Rolle: Mehrere Studien zeigen, dass der Hostile-Media-Effekt tendenziell stärker ausfällt, wenn eine Nachrichtenquelle als unsympathisch oder gegnerisch wahrgenommen wird und vice versa. So fanden etwa Arpan und Raney (2003) heraus, dass Sportfans eine ausgewogene Berichterstattung über die Sportmannschaft ihrer Stadt als weniger feindselig empfanden, wenn diese von der Zeitung ihrer Heimatstadt stammte, als wenn sie von einer Zeitung einer neutralen oder rivalisierenden Stadt kam.

Erklärt werden kann der Hostile-Media-Effect zudem mit einer Reihe psychologischer Mechanismen (Feldman 2018): Erstens wird angenommen, dass unerwünschte Inhalte verstärkt wahrgenommen werden und besser in Erinnerung bleiben (selective recall). Zweitens wird davon ausgegangen, dass Personen mit hohem Involvement eine große Bandbreite an Informationen kritischer oder ablehnend betrachten (selective categorization). Der Spielraum dessen, was als positiv gilt, ist bei ihnen deutlich kleiner als bei Personen mit niedrigem Involvement. Drittens haben die an einem Konflikt beteiligten Personen vermutlich unterschiedliche Vorstellungen davon, welche Kriterien bei dessen Bewertung eine Rolle spielen (different standards). So kann eine Nachricht bezüglich ihres Inhalts und ihrer Wertigkeit auf die gleiche Weise wahrgenommen, aber trotzdem als fair/unfair beurteilt werden, weil aus Sicht eines Akteurs relevante Informationen fehlen. Inwiefern der Hostile-Media-Effect im Zusammenhang mit Konflikten zwischen Landwirtschaft und Naturschutz eine Rolle spielt, wurde bislang nicht untersucht. Dennoch kann der Ansatz womöglich Erklärungsansätze für bestehende Kommunikationsprobleme liefern.

4 Zusammenfassung und Forschungsfragen

Kommunikation gilt als zentrale Voraussetzung, um Naturschutz langfristig in der Landwirtschaft zu verankern. Bislang kommt es jedoch vor allem in der öffentlichen Kommunikation zu Problemen. Statt Lösungen und Kompromisse zu finden, verhärten sich die Fronten an vielen Stellen. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, die verschiedenen Kommunikationsprobleme zwischen den beteiligten Akteuren sowie die möglichen Ursachen systematisch zu untersuchen. Dafür wurde in Kapitel 2 zunächst auf die beteiligten Akteure und ihre

Beziehung zueinander eingegangen. Es zeigte sich, dass zwischen Landwirt*innen und Naturschützer*innen einige grundlegende Unterschiede bestehen: Während sich Landwirt*innen durch ihr spezifisches Berufsbild eindeutig von anderen sozialen Gruppen abgrenzen lassen, ist bei Naturschützer*innen das Gegenteil der Fall. Kennzeichnend ist hier eine enorme personelle und inhaltliche Heterogenität. Hinzu kommt, dass sich die Lebens- und Arbeitswirklichkeiten von Landwirt*innen in vielerlei Hinsicht von denen anderer Berufsgruppen unterscheiden – große körperliche und psychische Belastungen gehen einher mit vergleichsweise geringen Einkommen und niedrigem gesellschaftlichem Ansehen. Dass das eigene Überleben nur mithilfe massiver staatlicher Subventionierung möglich ist, sorgt zusätzlich für Frustration. Ein Blick auf die Entstehung und Entwicklung des Konfliktfeldes zwischen Landwirtschaft und Naturschutz hat zudem gezeigt, dass in den vergangenen Jahrzehnten zwar eine Annäherung stattgefunden hat, die grundsätzlichen Zielkonflikte und Gegensätze aber nach wie vor nicht überwunden sind. Durch eine Analyse der an der öffentlichen Kommunikation beteiligten Sprecher und Vermittler konnte aufgezeigt werden, welche Akteursgruppen besonders relevant und im Rahmen der Analyse zu berücksichtigen sind: (a) *staatliche Akteure* wie Ministerien oder Behörden, (b) *interessengeleitete Akteure* wie Parteien, Verbände oder relevante Einzelpersonen, (c) *Nachrichtenjournalismus* mit weitgehend unabhängigen, redaktionell betreuten Informationsmedien für eine breite Öffentlichkeit sowie (4) *Fachjournalismus* mit ebenfalls weitgehend unabhängigen, redaktionell betreuten Informationsangeboten für Publika, die sich aus beruflichen oder sonstigen Gründen für Naturschutz und Landwirtschaft interessieren. Sie repräsentieren das relevante Spektrum öffentlicher Kommunikation über das Themenfeld.

Probleme in der öffentlichen Kommunikation waren bislang kaum Gegenstand klassischer kommunikationswissenschaftlicher Forschung, dementsprechend existiert diesbezüglich kein kohärentes Rahmenkonzept. Die vier in Kapitel 3 skizzierten Ansätze und Forschungsfelder ermöglichen in Kombination dennoch eine systematische und theoriebasierte Analyse. Im Mittelpunkt steht dabei die Forschung zu öffentlichen Diskursen: Die normativen Anforderungen an deliberative Politikdiskussionen und deren Verortung auf drei Diskurs-Ebenen (Input, Throughput, Output) bilden in der vorliegenden Studie die Basis für die Analyse von Kommunikationsproblemen. Anhand der Ansätze zu strategischer Kommunikation, der Studien zur journalistischen Nachrichtenauswahl sowie der Forschung zu Gruppenidentitäten werden weitere Aspekte von Kommunikationsproblemen sowie deren Ursachen beleuchtet.

Vor diesem Hintergrund lässt sich für die Studie eine Reihe von Forschungsfragen ableiten. In Bezug auf die Identifikation und Beschreibung von Kommunikationsproblemen im Spannungsfeld Landwirtschaft – Naturschutz stellen sich die folgenden Fragen:

- Wie ist die Qualität des Diskurses über Landwirtschaft und Naturschutz im Sinne der Diskurstheorie zu bewerten? Welche Aspekte tragen gegebenenfalls zur Verringerung der Diskursqualität bei?
- Welche themenspezifischen Frames lassen sich in der öffentlichen Kommunikation identifizieren? Welche Nachrichtenfaktoren spielen eine Rolle?
- Welche Elemente strategischer Kommunikation sind zu beobachten?
- Wie äußern sich die beteiligten Sprecher in den verschiedenen Kanälen jeweils über die eigene Gruppe und die Fremdgruppe? Wie berichten nachrichten- und fachjournalisti-

sche Medien über das Themenfeld?

- Welche Rückschlüsse sind auf die Ursachen der beobachteten Kommunikationsprobleme möglich?

Darüber hinaus ist von Relevanz, wie die betroffenen Akteure die Situation subjektiv wahrnehmen und bewerten:

- Wie nehmen die betroffenen Akteure die öffentliche Kommunikation über die jeweils eigene und andere Gruppe wahr?
- Welche Kommunikationsprobleme sind aus ihrer Sicht von besonderer Bedeutung?
- Welche Ursachen spielen eine Rolle?
- Wie könnten bestehende Kommunikationsprobleme künftig vermieden werden?

5 Methode

In diesem Kapitel wird das methodische Vorgehen dargestellt und begründet: Im ersten Abschnitt (Kapitel 5.1) wird dargelegt, warum für die Beantwortung der Forschungsfragen ein qualitativer Ansatz gewählt wurde. Im zweiten Abschnitt (Kapitel 5.2) wird das Untersuchungsdesign der durchgeführten Inhaltsanalyse beschrieben und die Methodenwahl begründet. Im dritten Abschnitt (Kapitel 5.3) erfolgt Selbiges für die Gruppendiskussionen. Aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit und der Verständlichkeit wird das Vorgehen bei den einzelnen Methoden jeweils weitgehend linear dargestellt, auch wenn qualitative Forschung eher einem zirkulären Prozess entspricht. Auf etwaige Änderungen bzw. Anpassungen, die im Laufe des Forschungsprozesses vorgenommen wurden, wird an geeigneter Stelle eingegangen.

5.1 Begründung der qualitativen Methodenwahl

Zur Bestimmung der angemessenen Erhebungs- und Auswertungstechnik musste zunächst der Bezug zu den theoretischen Prämissen, zum aktuellen Stand der Forschung sowie zu den Erkenntnisinteressen hergestellt werden. Wie eingangs erläutert, ist das Ziel der vorliegenden Arbeit, Kommunikationsprobleme in der öffentlichen Kommunikation zwischen Landwirtschaft und Naturschutz zu erkennen und zu beschreiben. Kommunikationsprobleme in der öffentlichen Kommunikation werden in der Kommunikationswissenschaft allerdings kaum als solche thematisiert und wurden bisher nicht systematisch untersucht. Die theoretischen Ausführungen unter Bezugnahme auf die Forschung zu öffentlichen Diskursen und soziale Identitäten, die Studien zur journalistischen Nachrichtenauswahl sowie die Ansätze zu strategischer Kommunikation zeigen auf, dass bislang nur einzelne Aspekte von Kommunikationsproblemen Gegenstand der Forschung waren. Selbiges gilt für die Wahrnehmung und Wirkung von Kommunikationsproblemen. Gesicherte Erkenntnisse, vor allem in Bezug auf das Spannungsfeld Landwirtschaft – Naturschutz, gibt es kaum. Daraus resultierend erschien für das Erreichen der oben genannten Forschungsziele ein qualitativer Ansatz angemessen. Durch den Einsatz qualitativer Methoden kann überhaupt erst exploriert werden, welche Themenaspekte von Bedeutung sind. Zudem ermöglicht der Verzicht auf eine vorherige Hypothesenbildung Offenheit gegenüber dem Forschungsfeld und begrenzt den möglichen Erkenntnisgewinn nicht durch etwaige Vorannahmen. So wird eine

detaillierte und umfassende Analyse des beschriebenen Problemfeldes möglich. Um dabei die „(immer begrenzten) Erkenntnismöglichkeiten der Einzelmethoden“ (Flick 2007: 520) zu überschreiten, wurde ein Mixed-Methods-Ansatz gewählt: Mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse wurden zunächst bestehende öffentliche Kommunikationsprobleme zwischen den relevanten Akteuren identifiziert, klassifiziert und detailliert beschrieben. Im Anschluss wurden ausgewählte Befunde der Inhaltsanalyse sowie der Literaturrecherche im Rahmen von Gruppendiskussionen vorgestellt und diskutiert.

5.2 Qualitative Inhaltsanalyse

Um die bestehenden Probleme in der öffentlichen Kommunikation identifizieren, klassifizieren und detailliert beschreiben zu können, wurde eine qualitative Inhaltsanalyse durchgeführt. Dabei handelt es sich um eine systematische, theorie- und regelgeleitete Analyse von fixierter Kommunikation mit dem Ziel, „Rückschlüsse auf bestimmte Aspekte der Kommunikation zu ziehen“ (Mayring 2015: 13). Die Methode bot sich an, weil sich öffentliche Kommunikation in weiten Teilen technischer Verbreitungsmittel bedient und deshalb in irgendeiner Art archiviert zur Verfügung steht. Anders als die quantitative Inhaltsanalyse zielt das qualitative Vorgehen dabei nicht darauf ab, zahlenmäßige Zusammenhänge zu entdecken oder repräsentative Ergebnisse zu liefern. Vielmehr geht es um das Strukturieren und Beschreiben des zu untersuchenden Materials. Vor allem bei bislang wenig untersuchten Fragestellungen, wie dies im Rahmen der vorliegenden Arbeit der Fall ist, ist eine derartige Herangehensweise notwendig. Denn bevor quantifiziert werden kann, muss klar sein, welche Aspekte eines Themas überhaupt relevant sind und später als Kategorien operationalisiert werden können. Eben diese Erarbeitung eines Kategoriensystems und die damit verbundene Klassifizierung des Materials stehen im Zentrum der Analyse.

5.2.1 Bestimmung des Untersuchungsmaterials

Die Auswahl des zu analysierenden Materials gliederte sich in mehrere Arbeitsschritte. Zunächst wurde unter Berücksichtigung der vorliegenden Fragestellungen die Grundgesamtheit bestimmt (Kapitel 5.2.1.1). Dabei spielten zwei Faktoren eine Rolle: zum einen die Bestimmung der forschungsrelevanten Quellen (im Diskurs zentrale Sprecher und Vermittler), Kanäle und Themenfelder, zum anderen die Festlegung eines geeigneten Untersuchungszeitraums. Im nächsten Schritt wurde die Stichprobe bestimmt (Kapitel 5.2.1.2). Dafür wurden zunächst erste Texte gesichtet, ausgewählt und analysiert. Im Anschluss wurde – gemäß dem Prinzip des Theoretical Samplings – solange weiteres Material hinzugezogen, bis eine theoretische Sättigung erreicht wurde, also keine neuen Kategorien bzw. Merkmalsausprägungen mehr hinzukamen. Diese Schritte werden im Folgenden detailliert dargestellt.

5.2.1.1 Grundgesamtheit

Botschaften öffentlicher Kommunikation stammen von unterschiedlichsten Quellen bzw. Akteuren und werden über eine Vielzahl von Kanälen verbreitet bzw. ausgetauscht (vgl. Schweiger et al. 2019). Für die Analyse von Kommunikationsproblemen zwischen Naturschutz und Landwirtschaft lassen sich vier zentrale Akteursgruppen identifizieren (siehe Kapitel 2.4.2):

- *Staatliche Akteure* wie Ministerien oder Behörden;

- *Interessengeleitete Akteure* wie überregionale Parteien, Umwelt- oder Bauernverbänden sowie Einzelakteure;
- *Nachrichtenjournalismus* mit weitgehend unabhängigen, redaktionell betreuten Informationsmedien für eine breite Öffentlichkeit;
- *Fachjournalismus* mit ebenfalls weitgehend unabhängigen, redaktionell betreuten Informationsangeboten für Publika, die sich aus beruflichen oder sonstigen Gründen für Naturschutz und Landwirtschaft interessieren.

Sie repräsentieren das relevante Spektrum öffentlicher Kommunikation über das Themenfeld Landwirtschaft und Naturschutz. Innerhalb dieser vier Typen gibt es jeweils eine Vielzahl an Nachrichtenquellen und -kanälen. Im Rahmen des Samplingprozesses war es notwendig, die Relevantesten zu bestimmen. Die Auswahl erfolgte auf Basis einer entsprechenden Literaturrecherche. Ziel war es, wie von Meyen et al. (2019: 142) gefordert, die Relevantesten zu identifizieren und möglichst das gesamte Meinungsspektrum abzudecken. Bei den *interessengeleiteten Akteuren* (Parteien, Verbände, soziale Bewegungen, Influencer*innen) wurden jene als besonders relevant eingestuft, die besonders große finanzielle Ressourcen und/oder besonders viele Mitglieder/Abonnenten/Untrstützer vorweisen können. Von den existierenden Natur- und Umweltschutzverbänden wurden überdies ausschließlich jene berücksichtigt, (1) deren Hauptanliegen der Naturschutz ist (davon abzugrenzen sind Verbände, die vorrangig Nutzungszwecke verfolgen und sich nur nachrangig mit Naturschutz befassen – etwa Jagd- oder Fischereiverbände), (2) deren Tätigkeitsfeld sich auch auf das Themenfeld Landwirtschaft/Ackerbau erstreckt (reine Tier- oder Waldschutzverbände waren für die vorliegende Arbeit nicht von Interesse), (3) deren Fokus auf der nationalen Naturschutzpolitik liegt – international ausgerichtete NGOs bleiben außen vor. Bei den Parteien erfolgte eine Konzentration auf CDU/CSU – als traditionell landwirtschaftsnahe Partei – und Bündnis 90/Die Grünen, die sich explizit der Umweltpolitik verschrieben hat. Punktuell wurden auch Veröffentlichungen anderer Parteien gesichtet, diese erwiesen sich jedoch als wenig relevant.

Bei der Auswahl der *staatlichen Akteure* erfolgte eine Konzentration auf die beiden zuständigen Ministerien: das für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) und das für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUV). Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) als wissenschaftliche Behörde des Bundes für nationalen und internationalen Naturschutz, wurde ebenfalls berücksichtigt. Im Bereich *Nachrichtenjournalismus* wurde in Bezug auf inhaltliche Kriterien (Qualitätsjournalismus vs. Boulevard), Verbreitungsgebiet (überregional vs. regional) und politische Ausrichtung (konservativ, Mitte, liberal) auf möglichst große Vielfalt geachtet. Im Bereich *Fachjournalismus*, in dem es vergleichsweise wenige Akteure gibt, wurden die Zeitungen, Zeitschriften und Internetportale mit der größten Reichweite ausgewählt.

Von den verfügbaren Kanälen wurde jene berücksichtigt, mittels derer überwiegend bzw. ausschließlich schriftlich kommuniziert wird. Zum einen sind Texte in der Regel leichter zugänglich bzw. überhaupt archiviert, zum anderen wird dadurch die Vergleichbarkeit erhöht – denn während im Bereich Nachrichtenjournalismus diverse Mediengattungen (Video, Audio, Text, interaktive Anwendungen) anzutreffen sind, kommunizieren fachjournalistische Verlage, interessengeleitete und staatliche Akteure fast immer in schriftlicher Form. Bewegtbildbeiträge wurden nur in begründeten Ausnahmefällen berücksichtigt. Zu nennen

ist beispielsweise der Landwirtschaftsinfluencer Ralf Pauelsen, dessen Videobotschaften in den sozialen Medien große Reichweite haben.

Berücksichtigt wurden zudem nur Beiträge mit vollständigem und explizitem Themenbezug. Im Bereich *Nachrichtenjournalismus* war ein solcher gegeben, wenn bereits in der Überschrift, Unterüberschrift oder in einer Bildunterschrift eines Beitrags erkennbar war, dass sowohl Bezüge zu (a) Landwirtschaft/Ackerbau und (b) Naturschutz/Biodiversitätsschutz vorhanden sind. Im Bereich *Fachjournalismus* bzw. bei *Medienangeboten interessegeleiteter und staatlicher Akteure* war es ausreichend, wenn über das jeweils andere Feld berichtet wird – wenn also beispielsweise die landwirtschaftliche Fachzeitschrift TopAgrar über den NABU berichtete oder das Bundesumweltministerium Stellung zur Agrarpolitik nahm. Im Laufe des Forschungsprozesses erwiesen sich dabei neben den zuvor genannten die folgenden Schlagworte als hilfreich bei der Recherche: ‚Bauerndemo‘, ‚Bauernprotest‘, ‚Düngeverordnung‘, ‚Ackerbaustrategie‘ und ‚Insektenschutz‘. Grund waren die politischen Entwicklungen im Untersuchungszeitraum, die unten stehend ausführlicher erläutert werden.

Bei der Festlegung des Untersuchungszeitraumes mussten mehrere Aspekte bedacht werden. Einerseits soll die Analyse den aktuellen Stand der Dinge widerspiegeln, weshalb die Texte nicht zu alt sein durften. Andererseits musste der Zeitraum groß genug sein, um verschiedene Themen bzw. Berichterstattungsanlässe berücksichtigen zu können. Für eine längere Zeitspanne sprach auch die Tatsache, dass mehrere relevante Fach- und Mitglieder-Zeitschriften nur monatlich bzw. vierteljährlich erscheinen. Die Entscheidung fiel schließlich auf einen Untersuchungszeitraum von zwei Jahren, der 2019 und 2020 umfasst. Nach vergleichsweise berichterstattungsarmen Monaten zu Beginn des Zeitraumes folgte ab Oktober 2019 eine konflikt- und ereignisreiche Zeit, in der verschiedene den Ackerbau betreffende Themen intensiv öffentlich diskutiert wurden:

- Ab Oktober 2019 kam es zu diversen Protesten von Landwirt*innen gegen die Landwirtschaftspolitik der Bundesregierung. Im Zentrum der Kritik stand eine ganze Reihe von Themen: das Anfang September 2019 beschlossene Agrarpaket zu Insektenschutz, Tierwohl und Direktzahlungen, die anstehende Novelle der Düngeverordnung (zur Senkung der Nitratbelastung des Grundwassers) sowie Beschlüsse zum Thema Klimaschutz. Überdies wollten die Demonstrierenden auf den ihrer Meinung nach herablassenden und respektlosen Umgang mit Landwirt*innen aufmerksam machen. Maßgeblich initiiert wurden die Proteste von der Bewegung ‚Land schafft Verbindung‘, die Anfang Oktober aus einer Facebook-Gruppe hervorgegangen war und eigenen Angaben zufolge aus „Landwirten, Landbewohnern und Landnutzern“ (Land schafft Verbindung – Das Original 2020) besteht. Besondere Aufmerksamkeit erregte am 26. November 2019 eine Großkundgebung in Berlin, bei der sich mehrere Tausend Landwirt*innen aus ganz Deutschland mit ihren Traktoren am Brandenburger Tor versammelten. Im Untersuchungszeitraum fanden diverse weitere Demonstrationen in verschiedenen deutschen Städten statt.
- Am 12. Dezember 2019 veröffentlichte die damalige Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Svenja Schulze, das Expertenpapier „Eckpunkte für eine Ackerbaustrategie“. Es sollte aufzeigen, wie die Ziele, die sich die „Bundesregierung, die Europäische Union und die Vereinten Nationen [...] zum Schutz von Boden, Wasser, Luft, Klima und Biodiversität gesetzt [haben]“ (Bloch et al. 2019: 1) in Zukunft

erreicht werden können. Denn bislang seien diese verfehlt worden – auch im Bereich Landwirtschaft. Dabei spiele gerade die Landwirtschaft als einer der größten Flächennutzer eine zentrale Rolle. Exakt eine Woche später, am 19. Dezember veröffentlichte die damalige Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, Julia Klöckner, ein eigenes Diskussionspapier mit dem Titel „Ackerbaustrategie 2035“. Auch dieses Papier thematisiert die Weiterentwicklung des Ackerbaus, denn es gebe „Zielkonflikte zwischen wirtschaftlichem Ackerbau und den Zielen des Umwelt-, Natur- und Klimaschutzes“ (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft 2019a: 8), die benannt und gelöst werden müssten. Sowohl die Papiere selbst als auch die Tatsache, dass die Ministerien getrennt voneinander Vorschläge erarbeitet hatten, führten in den folgenden Tagen und Wochen zu öffentlicher Aufmerksamkeit und Berichterstattung.

- Am 27. März 2020 verabschiedete der Bundesrat eine verschärfte und unter Landwirt*innen heftig umstrittene Düngeverordnung, die wenige Wochen später, am 1. Mai, in Kraft trat. Das Ausbringen von Gülle und anderen Düngemitteln wird dadurch deutlich strenger reglementiert als zuvor. Der Schritt war notwendig geworden, weil sonst Strafzahlungen von knapp einer Milliarde Euro an die EU gedroht hätten. Bereits 2018 hatte der Europäische Gerichtshof festgestellt, dass Deutschland mit seinen laxen Vorgaben gegen EU-Recht verstößt, und die Bundesregierung zum Handeln aufgefordert. „Der Verstoß liege darin, dass die Bundesrepublik [...] keine weiteren ‚zusätzlichen Maßnahmen oder verstärkte Aktionen‘ zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus der Landwirtschaft ergriffen habe, obwohl deutlich gewesen sei, dass die bis dahin ergriffenen Maßnahmen nicht ausreichen“ (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit 2019).
- *Auf europäischer Ebene gab es zwei Themen, die 2020 immer wieder intensiv diskutiert wurden: die künftige Ausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik und der European Green Deal. Kommission, Rat und Europaparlament hatten sich eigentlich verpflichtet, noch 2020 eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik zu beschließen, die ab 1. Januar 2021 gelten sollte. Doch die Verhandlungen scheiterten wiederholt, weshalb zunächst nur eine Verordnung mit Übergangsbestimmungen für zwei Jahre beschlossen wurde. Strittig waren bis zuletzt diverse Aspekte, unter anderem wie viel Geld zur Förderung von Öko-Maßnahmen zur Verfügung stehen und unter welchen Bedingungen Landwirt*innen entsprechende Zuschüsse erhalten (Kockerols 2021). Beim European Green Deal handelt es sich um ein im Dezember 2019 vorgestelltes Konzept für mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz, das u. a. „erhebliche Auswirkungen auf das europäische Agrar- und Lebensmittelsystem haben wird“ (Massot 2021). Geplant ist zum Beispiel, den Einsatz von Antibiotika und Pflanzenschutzmittel zu reduzieren und den Anteil ökologischer Anbauflächen deutlich zu steigern. Diskutiert wurde nicht nur das Konzept an sich, sondern auch, ob und wie die Ziele mit der GAP in Einklang gebracht werden können. Denn beim Green Deal und der damit in Verbindung stehenden „Farm to Fork“-Strategie handelt es sich „formal betrachtet lediglich [um] unverbindliche Strategiepapiere allein aus der Feder der EU-Kommission“ (Lehmann 2021).*

Mithilfe der zuvor genannten Schlagwörter und unter Berücksichtigung des festgelegten Untersuchungszeitraumes erfolgte eine erste Recherchewelle. Dabei wurden zunächst auf Basis einer entsprechenden Literaturrecherche die relevantesten Akteure und Kanäle ausgewählt und systematisch durchsucht. Konkret berücksichtigt wurden:

- *Nachrichtenjournalismus*: Die Zeit, Der Spiegel, Focus, Bild, Süddeutsche Zeitung
- *Fachjournalismus*: Agrarheute, TopAgrar, Ökologie + Landbau
- *Interessengeleitete Akteure*: Deutscher Bauernverband, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Bioland, Demeter, Influencer Willi Kremer-Schillings, Influencer Ralph Pauelsen, Naturschutzbund Deutschland, Bund für Umwelt und Naturschutz, Greenpeace
- *Staatliche Akteure*: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV), Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), Bundesamt für Naturschutz (BfN)
- die jeweils dazu verfügbaren *Nutzerkommentare*.

Meist wurden die website-internen Suchmaschinen der verschiedenen Quellen genutzt, teilweise war eine manuelle Suche notwendig (etwa, weil Mitgliedszeitschriften nur als Gesamtausgaben im PDF-Format verfügbar waren). Für den Bereich Nachrichtenjournalismus wurde außerdem eine suchwortgestützte Datenbankrecherche via LexisNexis und sz LibraryNet durchgeführt. Im Laufe des Forschungsprozesses wurden im Schneeballverfahren weitere Akteure und deren Beiträge recherchiert und in die Analyse einbezogen.

5.2.1.2 Stichprobe

Nach der Bestimmung der Grundgesamtheit galt es, eine zur Beantwortung der Forschungsfragen geeignete Stichprobe zu ziehen. Da qualitative Forschung nicht auf die Generierung repräsentativer und generalisierbarer Ergebnisse ausgerichtet ist, war es nicht notwendig, „dass die Stichprobe ein möglichst genaues Abbild der zu untersuchenden Grundgesamtheit im Hinblick auf bestimmte Phänomene“ (Misoich 2014: 185) darstellte. Bei der Auswahl des zu untersuchenden Materials wurde vielmehr versucht, maximale Varianz zu erreichen. Durch die Berücksichtigung von möglichst heterogenem und kontrastreichem Material wurde der Versuch unternommen, alle relevanten Kommunikationsprobleme identifizieren und beschreiben zu können. Konkret kam dabei die von Glaser und Strauss (2008) beschriebene Strategie des Theoretical Samplings zum Einsatz. Anstatt die Stichprobe bereits vor der Analyse anhand festgelegter Kriterien zu ziehen, ergab sich die Auswahl des zu untersuchenden Materials erst im Laufe des Forschungsprozesses: „Theoretische Kategorien, die auf der Basis der ersten Untersuchungseinheiten entwickelt werden, leiten die Auswahl weiterer Untersuchungsgruppen an“ (Kelle und Kluge 1999: 45). Sampling und Analyse erfolgten also parallel und beeinflussten einander. Die gezielte Suche nach Texten führte etwa dazu, dass im Laufe der Analyse zunächst nicht berücksichtigte Nachrichtenquellen und -kanäle in die Stichprobe aufgenommen wurden. Sobald beim Hinzuziehen neuen Materials keine weiteren, relevanten Unterschiede mehr festgestellt werden konnten, also der Punkt der sogenannten theoretischen Sättigung erreicht war, wurde die Analyse abgeschlossen. Tabelle 1 gibt einen Überblick, welche Quellen schlussendlich in welchem Ausmaß berücksichtigt wurden, eine detaillierte Artikelübersicht kann dem Anhang entnommen werden (siehe Anhang 1). Insgesamt wurden 160 Beiträge sowie die dazu verfügbaren Leserkommentare analysiert und ausgewertet.

Tab. 1: Stichprobe Inhaltsanalyse

Kommunikationsquelle	Anzahl der analysierten Beiträge
Nachrichtenjournalismus	
Bild	7
Die Zeit	5
Focus	1
Spiegel	6
Süddeutsche Zeitung	9
Wochenspiegel	1
Fachjournalismus	
Agrarheute	10
Ökologie + Landbau	2
Top Agrar	5
Medienangebote staatlicher Akteure	
Bundesamt für Naturschutz	2
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	9
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	4
Medienangebote interessengeleiteter Akteure	
Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft	17
Bayerischer Bauernverband	1
Bauernverband Bremen	1
Bauernverband Schleswig-Holstein	1
Bioland	4
BUND	15
BUND Baden-Württemberg	1
Bündnis 90/Die Grünen	3
CSU	1
Demeter	7
DLG	4
Deutsche Umwelthilfe	3
Deutscher Bauernverband	14

Kommunikationsquelle	Anzahl der analysierten Beiträge
Greenpeace	4
Land schafft Verbindung	4
NABU	9
Ralf Pauelsen (Influencer)	4
Willi Kremer-Schillings (Influencer)	6

5.2.2 Auswertung und Entwicklung des Kategoriensystems

Die Auswertung erfolgte unter Zuhilfenahme der Daten- und Textanalysesoftware MAXQDA und orientierte sich an dem von Nawratil und Schönhagen (2009) beschriebenen Ablauf der Materialbearbeitung: Dabei erfolgt „einerseits die Strukturierung und Zusammenfassung des Materials anhand vorgegebener Kriterien, andererseits die Erarbeitung zusätzlicher Kriterien aus dem Material heraus“ (2009: 320). Wie bei qualitativer Forschung üblich, wurde das Untersuchungsinstrument also nur partiell im Vorfeld erarbeitet, indem relevant erscheinende Kategorien „(deduktiv) aus Theorie und Forschungsstand abgeleitet“ (Fürst et al. 2015: 217) wurden. Die vollständige Ausarbeitung und Fertigstellung des Kategoriensystems war Teil des Forschungsprozesses und erfolgte induktiv, also „aus der Beschäftigung mit dem konkreten Untersuchungsmaterial“ (Nawratil und Schönhagen 2009: 334) heraus. Aus der Theorie abgeleitet wurde etwa die Grundstruktur für die Klassifizierung der beobachteten Kommunikationsprobleme: In Anlehnung an Wesslers (2008) Ausführungen zu den Grundbedingungen konstruktiver, deliberativer Politikdiskussionen wurde differenziert zwischen Kommunikationsproblemen auf der Input-Ebene und solchen auf der Throughput-Ebene. Auf der Input-Ebene geht es um die Frage, ob alle Themen, Perspektiven, Interpretationen, Ideen und Argumente vorgebracht und in ausreichendem Maß diskutiert werden (können), auf der Ebene des Throughputs geht es um die Frage, ob Informationen und Meinungen in angemessener Art geäußert werden. Berücksichtigt wurden zudem die in Kapitel 3.3 thematisierten Studien zur Nachrichtenwerttheorie und zum Framing: Sowohl die in der journalistischen Berichterstattung verwendeten Nachrichtenfaktoren als auch die in der öffentlichen Kommunikation beobachtbaren themenspezifischen Frames wurden inhaltsanalytisch erfasst. Die Nachrichtenfaktoren wurden dabei dichotom erfasst. Das heißt, es wurde überprüft, ob die Nachrichtenfaktoren für das thematisierte Ereignis zutreffen oder nicht. Die Identifikation der Frames gestaltete sich insofern schwierig, als dass sie „als Deutungsmuster nicht direkt und manifest erkennbar sind, sondern als mehr oder weniger latente Deutungsmuster in Texten bzw. im Bewusstsein von Individuen verborgen sind“ (Dahinden 2006: 202). Um die relativ abstrakten Objekte dennoch bestimm- und überprüfbar zu machen, wurde dem Ansatz dieser Arbeit entsprechend der von Matthes (2014: 39) beschriebene, qualitative Zugang gewählt. Die Frames und seine Elemente wurden dabei anhand des zu analysierenden Materials ausführlich und ohne eine anschließende Auszählung beschrieben. Zur weiteren, induktiven Ausarbeitung des Kategoriensystems wurde das Material in mehreren Runden immer wieder durchgearbeitet „um [...] weitere Aspekte, Regelmäßigkeiten oder Auffälligkeiten auffindig zu machen, die für die Beantwortung der Forschungsfrage relevant erscheinen“ (Nawratil und Schönhagen

2009: 322). Die entsprechenden Textstellen wurden markiert und zusammengefasst, um schließlich weitere Kategorien abzuleiten.

5.3 Gruppendiskussionen

Im Rahmen der Inhaltsanalyse werden die bestehenden Kommunikationsprobleme zwischen den relevanten Akteuren identifiziert, klassifiziert und detailliert beschrieben. Doch wie jeder Methode sind auch der Inhaltsanalyse Grenzen gesetzt: Erstens bleibt unklar, ob tatsächlich alle relevanten Probleme identifiziert wurden, zweitens kann nicht verifiziert werden, ob die vermuteten Ursachen tatsächlich zutreffend sind und drittens können keine Aussagen darüber getroffen werden, ob die beteiligten Akteursgruppen die Kommunikationsprobleme auf dieselbe Art wahrnehmen und wie sie diese bewerten. Um diesen methodischen Schwächen bzw. Grenzen zu begegnen, wurden in einem zweiten Schritt Gruppendiskussionen durchgeführt. Unter einer Gruppendiskussion versteht man ein „Gespräch einer Gruppe von Untersuchungspersonen zu einem bestimmten Thema unter Laborbedingungen“ (Lamnek und Krell 2016: 288). Die Gesprächssituation entsteht also künstlich, auf Initiative der Forscherin und wird maßgeblich durch sie bestimmt – unter anderem indem sie die Teilnehmenden auswählt, sie verschiedenen Gruppen zuteilt und den Gegenstand des Gesprächs vorgibt. Die Methode ist nicht nur besonders geeignet, wenn es um die Rekonstruktion „gruppenübergreifender Orientierungsmarken und -muster oder die Denkstile [...] sozialer Großgruppen“ (Wagner und Schönhagen 2009: 269) geht, sie ermöglicht es auch, die Äußerungen der Teilnehmer*innen stärker kontextualisieren zu können, als dies zum Beispiel bei einem Einzelinterview möglich wäre: Themen und Argumente werden durch die Teilnehmenden wechselseitig aufgegriffen und diskutiert, sodass sie sich gegenseitig stimulieren und im Idealfall eine gewisse Dynamik entsteht. Die Interaktionssituation kommt zudem eher einem alltäglichen Gespräch nahe als einer standardisierten Erhebungssituation (Flick 2014: 248f.). Die Gruppendiskussionen erlauben es so, die Ergebnisse der Inhaltsanalyse in geeigneter Weise zu überprüfen und zu ergänzen.

5.3.1 Aufbau Leitfaden

Da das Forschungsfeld kaum untersucht ist und auf wenig wissenschaftliche Erkenntnisse zurückgegriffen werden kann, bot es sich an, bei den Diskussionen einen teilstandardisierten Leitfaden zu verwenden (Lamnek 1998: 88). So wird eine gewisse Vergleichbarkeit zwischen den verschiedenen Diskussionsgruppen sichergestellt, während die Moderatorin trotzdem die Möglichkeit hat, spontan auf interessante Themen oder Wendungen einzugehen und bei Bedarf genauer nachzufragen. Zudem besteht weniger die Tendenz, vorformulierte Fragen abzulesen und sich sprachlich nicht ausreichend den Teilnehmenden anzupassen. Mehr Spielraum haben aber nicht nur die Interviewerin: Die Befragten können bei Verwendung eines teilstandardisierten Leitfadens deutlich mehr Kontextinformationen übermitteln als bei einem vollstandardisierten Vorgehen (Springer et al. 2015: 56).

Die Diskussionen wurden in drei Teile gegliedert: Eine Vorstellungsrunde, eine Projektbeschreibung durch die Forscherin sowie die eigentliche Diskussion. Im Rahmen der Vorstellungsrunde wurden die Teilnehmenden gebeten, sich vorzustellen (Wohnort, Beruf, u. U. Art des landwirtschaftlichen Betriebs) und die eigenen Mediennutzungsgewohnheiten darzulegen. Diese Aufwärmphase diente dazu, eine gewisse Vertrautheit innerhalb der Gruppe zu erzeugen und zum eigentlichen Thema hinzuführen. Überdies konnten die Informationen bezüglich der Mediennutzung bei der Auswertung der Diskussionen berücksichtigt

werden. Die eigentliche Diskussion gliederte sich in einen ersten Teil, in dem die Teilnehmenden relativ offen über das Thema debattieren konnte, und in einen zweiten Teil, bei dem die Ergebnisse der Inhaltsanalyse im Fokus standen. Die Forscherin präsentierte dazu nach und nach die beobachteten Kommunikationsprobleme inklusive verschiedener Textbeispiele (siehe Abb. 6 und Abb. 7) sowie eine Übersicht über die vermuteten Ursachen (die vollständigen Präsentationen sind in Anhang 4 einzusehen). Nach jedem Aspekt erhielten die Teilnehmenden die Möglichkeit zu diskutieren. Von Interesse war dabei u. a., ob sie die Befunde in dieser Form bestätigen können, welche Relevanz sie den einzelnen Problemen zuschreiben und welche Lösungsmöglichkeiten gesehen werden.

Beobachtete Kommunikationsprobleme

UNIVERSITÄT HOHENHEIM

TRAKTOR-PROTESTE IN GANZ DEUTSCHLAND

Bauern-Aufstand gegen die Groko


Widerstand gegen verschärfte Natur- und Tierschutz-Regeln in der Landwirtschaft ++ Klöckner: „Ich weiß, dass ich Ihnen als Agrarministerin einiges abverlange“

Vorstellung | Projektbeschreibung | **Inhaltsanalyse** | Weiteres Vorgehen

22

Abb. 6: Beispiel für das Kommunikationsproblem ‚mangelnde Chancengleichheit‘ – Medien berichten im Zusammenhang mit Themen aus Landwirtschaft und Naturschutz nämlich fast ausschließlich über negative, konfliktbehaftete Themen. (Quelle: Eigene Darstellung)

Beobachtete Kommunikationsprobleme



UNIVERSITÄT HOHENHEIM

◆ Top-Fan |
[Bil Stan](#)
Liefen statt Labern!!!

- Ein Privatier sagt
- [9. Juli 2020](#)

Politische SM-Party – Aus der Demokratie in die Tyrannis der Massen

Hallo...

gehts noch ??? ich wusste noch gar nicht das dieser BUND überhaupt eine gesetzgeberische gewalt darstellt. Spendengeldhascher und Hetzkampagnen Verursacher haben auch etwas zu Fordern ??? dann sollten sie sich wohl eher

Vorstellung | **Projektbeschreibung** | Diskussion
25

Abb. 7: Textbeispiele für das Kommunikationsproblem ‚mangelnde Höflichkeit‘. (Quelle: Eigene Darstellung)

5.3.2 Stichprobe und Zugang zum Feld

Da es „in keinem Fall zielführend [ist], Gruppen von Personen mit sehr unterschiedlichen Interessen [...] zu bilden“ (Przyborski und Wohlrab-Sahr 2009: 108), wurden die Diskussionsgruppen homogen zusammengesetzt. Ausschlaggebendes Kriterium war dabei die Frame-Analyse aus der Inhaltsanalyse. Sie hatte gezeigt, dass sich drei Gruppierungen identifizieren lassen, die sich hinsichtlich ihrer Betrachtung des Spannungsfeldes Naturschutz – Landwirtschaft maßgeblich voneinander unterscheiden: *konventionelle Landwirtschaft*, *bäuerliche/ökologische Landwirtschaft* und *Naturschutz* (siehe Kapitel 6.1.2.2). Die Frames der bäuerlichen und der ökologischen Landwirtschaft sind zwar nicht vollkommen deckungsgleich, weisen aber sehr große Ähnlichkeiten auf. Ihre Vertreter*innen wurden deshalb im Rahmen der Diskussionen zusammengefasst. In der Folge galt es also, drei Diskussionsgruppen mit einschlägigen Akteuren zu bilden. Da der zu untersuchende Gegenstand komplex ist und relativ detailliert erfasst werden sollte, empfahlen sich eher kleinere Diskussionsgruppen (Lamnek 1998: 103). Hinzu kam, dass die Diskussionen aufgrund der COVID-Pandemie online stattfinden mussten, was ebenfalls für eher wenige Teilnehmer*innen sprach. Pro Diskussion wurden deshalb vier bis fünf Personen rekrutiert.

Bei der Zusammenstellung wurde – mit einer Ausnahme – auf Ad-hoc-Gruppen gesetzt, also auf künstliche, von der Forscherin zusammengestellte Gruppen, deren Mitglieder einander nicht kennen. So konnte innerhalb der homogenen Gruppen ein möglichst breites Spektrum an Akteuren erreicht werden (Praktiker*innen, Verbandsvertreter*innen, landwirtschaftliche Berater*innen etc.). Einzige Ausnahme bildete die Gruppe 1b (siehe Tab. 2): Die teilnehmenden Landwirte stammten alle aus dem Umfeld von LsV Baden-Württemberg, wurden durch ein Vorstandsmitglied des Vereins rekrutiert und kannten sich schon vorher. Grund für diese Ausnahme war die aufwendige und zunächst relativ erfolglose Suche nach Teilnehmenden aus der landwirtschaftlichen Praxis: Von den anfänglich

angefragten konventionellen Landwirt*innen kam entweder gar keine oder eine negative Rückmeldung. Erfolgte die Absage unter Angabe eines Grundes, wurde fehlende Zeit genannt, vor allem tagsüber. Vermutlich spielte hier der ungünstige Untersuchungszeitpunkt Ende Mai/Anfang Juni eine Rolle – für Landwirt*innen ist diese Zeit ohnehin sehr arbeitsintensiv. Um dennoch genügend Teilnehmende aus diesem Bereich rekrutieren zu können, wurde ein entsprechendes Angebot der LsV angenommen. So wurden zwei Diskussionsgruppen für den Bereich konventionelle Landwirtschaft gebildet: Die Veranstaltung für Gruppe 1a fand tagsüber statt, die Teilnehmer*innen wurden von der Forscherin rekrutiert; die Veranstaltung für Gruppe 1b startete erst abends um 21 Uhr und richtete sich speziell an die von LsV rekrutierten Landwirt*innen. Die Teilnehmenden der restlichen Gruppen wurden nach einer entsprechenden Online-Recherche bzw. auf Empfehlungen von Dr. Moritz Nabel (BfN) und Prof. Dr. Andrea Knierim (Universität Hohenheim) ausgewählt und kontaktiert. Bei der Auswahl spielten folgende Kriterien eine Rolle: (1) Unter den Teilnehmenden sollten neben Landwirt*innen Vertreter*innen der wichtigsten Verbände bzw. Akteursgruppen sein. (2) Die ausgewählten Landwirt*innen sollten das große Spektrum an verschiedenen Betriebs- und Erwerbsformen widerspiegeln. (3) Eine regionale Schwerpunktsetzung sollte nach Möglichkeit vermieden werden; die Teilnehmenden sollten aus verschiedenen Teilen Deutschlands kommen. (4) Die Gruppen sollten das Geschlecht betreffend möglichst paritätisch gebildet werden, sodass ebenso viele Männer wie Frauen teilnehmen. Aufgrund des teils schwierigen Rekrutierungsprozesses konnten die genannten Kriterien allerdings nicht vollständig erfüllt werden (siehe Tab. 2).

So kommen mit einer Ausnahme alle Teilnehmenden aus West-Deutschland, mehr als die Hälfte davon aus Baden-Württemberg. Außerdem lag der Anteil der Männer mit rund 83 Prozent deutlich höher als der der Frauen. Dies lässt sich vor allem damit erklären, dass Frauen in der deutschen Landwirtschaft deutlich unterrepräsentiert sind, vor allem was Führungspositionen angeht (Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung 2021a). Als Vertreter der landwirtschaftlichen Praxis konnten so ausschließlich Männer für die Diskussionsrunden gewonnen werden.

Die Kontaktaufnahme zu den potenziellen Teilnehmer*innen erfolgte je nach Möglichkeit telefonisch und/oder per E-Mail. Wie eingangs bereits erläutert, waren vor allem die konventionellen Landwirte sehr reserviert. Sie melden sich gar nicht zurück, gaben an, keine Zeit zu haben oder wollten genaue Auskünfte über Ziel und Inhalt der Studie sowie den zeitlichen Aufwand. Auf das Thema der Arbeit bezogen, äußerten einige Skepsis – man sei sich nicht sicher, der*die richtige Ansprechpartner*in dafür zu sein. Gleichzeitig schienen sie sehr gesprächsbereit und bestrebt, ihre Meinung kundzutun. Nach einem entsprechenden Vorgespräch konnten sie meist schnell überzeugt und zur Teilnahme bewogen werden. Bei den angefragten Verbänden schien es hingegen eher, als handle es sich um ein Problem der Priorisierung: Fast alle gaben im ersten Moment eine positive Rückmeldung, meldeten sich dann aber nicht mehr. Erst auf wiederholte Nachfrage hin wurden geeignete Ansprechpartner*innen vermittelt oder genannt. Als weiteres, wenn auch erwartbares, Problem erwies sich die Suche nach einem für alle geeigneten Termin. Obwohl jeweils mehrere Termine an verschiedenen Wochentagen und zu verschiedenen Uhrzeiten angeboten wurden, schied rund ein Drittel der Interessierten aufgrund von Disponibilität aus. Zwei Personen sagten überdies kurzfristig ab und nahmen nicht teil. Abschließend ergab sich die in

dargestellte Stichprobe. Die Angaben zu den einzelnen Personen wurden den Vorgesprächen bzw. den Vorstellungsrunden entnommen und anonymisiert.

Tab. 2: Stichprobe Gruppendiskussion

Gruppe	Pro-band	Ge-schlecht	Berufsbezeichnung/Tätigkeit	Beschäftigungsverhältnis/Tätigkeit bei	Bundesland
Konventionelle Landwirtschaft					
1a	KL1	männlich	Geschäftsführer	Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft	Sachsen-Anhalt
1a	KL2	männlich	Landwirt (Haupterwerb; Futterbau) + Influencer	Selbständig	Nordrhein-Westfalen
1a	KL3	weiblich	Umweltreferentin	Landesbauernverband Baden-Württemberg	Baden-Württemberg
1a	KL4	männlich	Landwirt (Haupterwerb; Ackerbau)	Selbständig	Baden-Württemberg
1b	KL5	männlich	Landwirt (Haupterwerb, Gemischtbetrieb)	Selbstständig + Vorstand bei LsV	Baden-Württemberg
1b	KL6	männlich	Landwirt (Nebenerwerb, Gemischtbetrieb)	Selbstständig	Baden-Württemberg
1b	KL7	männlich	Landwirt (Haupterwerb, Sonderkulturen)	Selbstständig	Baden-Württemberg
1b	KL8	männlich	Landwirt (Haupterwerb, Ackerbau)	Selbstständig	Baden-Württemberg
1b	KL9	männlich	Landwirt (Haupterwerb; Gemischtbetrieb)	Selbstständig	Baden-Württemberg
Bäuerliche/ökologische Landwirtschaft					
2	BÖL1	weiblich	Naturschutzberaterin*	Kompetenzzentrum Ökolandbau Niedersachsen	Niedersachsen
2	BÖL2	männlich	Geschäftsführer	Arbeitsgemeinschaft bäuerliche LW BW	Baden-Württemberg
2	BÖL3	weiblich	Naturschutzberaterin*	Bioland Bayern	Bayern
2	BÖL4	männlich	Landwirt (Haupterwerb; Gemischtbetrieb)	Selbständig + Referent bei Demeter	Niedersachsen
2	BÖL5	männlich	Landwirt (Haupterwerb; Dauerkulturen)	Selbständig	Niedersachsen

Gruppe	Pro-band	Ge-schlecht	Berufsbezeichnung/Tätigkeit	Beschäftigungsverhältnis/Tä-tigkeit bei	Bundesland
Naturschutz					
3	N1	männ-lich	Naturschutzberater	Biologische Station Rhein-Sieg-Kreis	Nordrhein-Westfalen
3	N2	männ-lich	Naturschutzberater	Biologische Station Rhein-Erft-Kreis	Nordrhein-Westfalen
3	N3	männ-lich	Referent für Landwirtschaft und Wald	BUND BW	Baden-Württemberg
3	N4	männ-lich	Referent Landwirtschaft und Naturschutz	NABU BW	Baden-Württemberg

*Die Teilnehmerinnen tragen zwar die Berufsbezeichnung „Naturschutzberaterin“, entscheidend für die Gruppeneinteilung waren an dieser Stelle allerdings die bestehenden Beschäftigungsverhältnisse: Als Mitarbeiterinnen bei Bioland bzw. dem Kompetenzzentrum Ökolandbau vertreten sie nicht die Perspektive des Naturschutzes, sondern die des ökologischen Landbaus.

5.3.3 Durchführung

Die vier Diskussionsrunden fanden zwischen 27. Mai und 16. Juni 2021 online, mithilfe der Videokonferenzsoftware Zoom statt und dauerten zwischen 54 und 81 Minuten. Moderiert wurden sie von der Forscherin selbst. Sie teilte während der Veranstaltungen ihren Bildschirm, sodass linksseitig eine Präsentation und rechtsseitig die Teilnehmenden zu sehen waren. Die Präsentation diente dabei als visuelles Hilfsmittel zum einen bei der formalen Leitung der Diskussionen (Gliederung in Vorstellungsrunde, Projektbeschreibung, Diskussion), zum anderen bei der thematischen Steuerung (Zeigen von verschiedenen Textbeispielen, konkreten Fragestellungen etc.). Bei einer Diskussionsrunde gab es kleinere technische Schwierigkeiten: Bei der Gruppe 1b waren die Internetverbindungen zweier Teilnehmenden nicht optimal, weshalb es zu kurzen Unterbrechungen der Audio- und/oder Videoübertragung kam. Einige Landwirte befanden sich zudem während der ersten Minuten der Diskussion noch im Freien, weshalb zwei Mal kurze Störgeräusche entstanden. Die Teilnehmenden wirkten durchweg offen und motiviert und nahmen in der Regel ohne gezieltes Ansprechen durch die Leiterin aktiv am Gespräch teil.

5.3.4 Dokumentation, Transkription und Auswertung

Zur vollständigen Dokumentation und intersubjektiven Überprüfbarkeit der Daten wurden die Gruppendiskussionen mithilfe des Programms OBS Studio als Video aufgezeichnet und im Anschluss transkribiert. Dies ermöglicht die beliebige Reproduzierbarkeit der Gesprächssituationen. Die entstehende schriftliche Dokumentation der Gespräche unterscheidet sich zwar unweigerlich von der gesprochenen Sprache – so können Aspekte wie nonverbale Kommunikation, Geschwindigkeit und Lautstärke nie so abgebildet werden, dass sie vollständig der realen Gesprächssituation entsprechen – (Przyborski und Wohlrab-Sahr 2009: 162), das Transkript ist jedoch als Basis für die weitere Analyse unerlässlich (Dittmar 2004: 29). Bei der Transkription erfolgte in weiten Teilen eine Orientierung an den Vorschlägen von Kuckartz (2010): Die gesprochene Sprache wurde in die Standard- beziehungsweise Schriftsprache überführt, Dialekte werden ins Hochdeutsche übertragen. Die Interpunktion orientiert sich an der deutschen Rechtschreibung, Satzbaufehler wurden beibehalten. Um die Transkripte übersichtlicher zu gestalten, wurde überdies jeder Sprecherwechsel durch eine Leerzeile kenntlich gemacht. Zur Anonymisierung der Teilnehmenden wurde jedem ein individuelles Kürzel zugewiesen, das zu Beginn seiner Äußerungen genannt wird (z. B. B3), die Aussagen der Moderatorin werden mit einem ‚M‘ gekennzeichnet. Längere Pausen, die besondere Betonung von Begriffen sowie nicht-sprachliche Lautäußerungen (Lachen, Seufzen, Stöhnen etc.) werden entgegen der Empfehlung von Kuckartz nicht weiter berücksichtigt. Da der Fokus der Analyse auf der inhaltlichen und nicht etwa auf linguistischer oder soziologischer Ebene liegt, ist diese Art der Transkription ausreichend (Fuß und Karbach 2014: 29). Abgebrochene Wörter oder Sätze werden mit einem Unterstrich gekennzeichnet (Beispiel: „Der Begriff an sich, ‚Massentierhaltung‘, ist ja nichts_, der sagt ja erstmal nichts Schlechtes aus.“). Unverständliche Passagen werden durch eingeklammerte Punkte markiert (Beispiel: „Der Wichtigste bei Naturschutzorganisationen ist der, der das [...] studiert hat“).

Schwierigkeiten bei der Dokumentation und Transkription ergaben sich lediglich bei Gruppe 2: Aufgrund von technischen Komplikationen konnte das Gespräch während der Vorstellungsrunde drei Minuten lang nicht aufgezeichnet und somit auch nicht transkribiert

werden. Da die relevanten personenbezogenen Daten wie Berufsbezeichnung und Beschäftigungsverhältnis bereits im Vorfeld abgefragt worden waren und die Begrüßung primär dem Kennenlernen der Teilnehmer*innen untereinander diente, gingen allerdings keine für die Auswertung relevanten Informationen verloren.

Bei der Auswertung der Transkripte kam wie schon bei der vorangegangenen qualitativen Medieninhaltsanalyse die Analysesoftware MAXQDA zum Einsatz. Dabei wurden zum einen die Grundsätze von Bohnsacks (2014) dokumentarischer Methode berücksichtigt, zum anderen jene der von Mayring (2015) beschriebenen Methode der qualitativen Inhaltsanalyse. So konnten nicht nur die konkreten Inhalte der Gespräche analysiert werden, sondern auch relevante Diskursstrukturen. Denn es kann beispielsweise von Interesse sein, wie die Diskussionsteilnehmer*innen auf ein bestimmtes Thema zu sprechen kommen oder wie sie aufeinander reagieren.

6 Ergebnisse

Nachfolgend werden die zentralen Befunde dieser Studie präsentiert. In Kapitel 6.1 werden zunächst die im Diskurs beobachteten Kommunikationsprobleme und die Bewertung eben jener durch die betroffenen Akteure thematisiert. In Kapitel 6.2 wird auf die Ursachen für diese Kommunikationsprobleme eingegangen. Da sich die Gruppendiskussionen inhaltlich stark an den Ergebnissen der Inhaltsanalyse orientierten und die Teilnehmenden häufig unmittelbar Bezug auf diese nahmen, werden die Befunde beider Methoden in diesen beiden Kapiteln integriert dargestellt. Die von den Gruppendiskussionsteilnehmern genannten Vorschläge zur Verbesserung der Diskursqualität werden in Kapitel 6.3 präsentiert.

Werden im Folgenden Ankerbeispiele aus dem Material der Inhaltsanalyse zitiert, erfolgt dies dem Wortlaut des Originaltextes getreu. Das heißt, Fehler, etwa die Rechtschreibung, Interpunktion oder Grammatik betreffend, werden nicht korrigiert. Der Quellennachweis erfolgt nach dem Schema Akteursgruppe_Quelle_Nummer (z. B. NJ_Zeit_2), wobei für die Akteursgruppen folgende Abkürzungen verwendet werden:

- NJ: Nachrichtenjournalismus,
- FJ: Fachjournalismus,
- IA: Interessengeleitete Akteure,
- StA: Staatliche Akteure und
- K: Leserkommentare.

Werden Teilnehmer*innen der Gruppendiskussion zitiert, werden als Quellennachweise die in Kapitel 5.3.2, Tabelle 2 aufgelisteten Probandennummern verwendet.

6.1 Beobachtete Kommunikationsprobleme

Der folgende Abschnitt ist in drei Teile gegliedert: *Erstens* wird auf Probleme eingegangen, die schon vor dem bzw. beim Eintreten in den Diskurs bestehen (Kapitel 6.1.1), *zweitens* werden die Probleme auf Input-Ebene (Kapitel 6.1.2) und *drittens* diejenigen auf Throughput-Ebene (Kapitel 6.1.3) skizziert.

6.1.1 Diskursbereitschaft

Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Diskurs ist der Wille der beteiligten Gesprächsteilnehmer*innen, eine rational motivierte Einigung zu erreichen. Die Inhaltsanalyse zeigt, dass sich bereits an diesem Punkt teilweise Probleme ergeben: Die beteiligten Akteure sind nicht immer gewillt, sich mit anderen auseinanderzusetzen. Teilweise wird die mangelnde Gesprächsbereitschaft offen zugegeben. Die betroffenen Akteure – meist Einzelpersonen aus dem landwirtschaftlichen Bereich – äußern dann mehr oder weniger direkt, dass sie nicht (mehr) mit bestimmten Diskursteilnehmenden sprechen möchten (IA_LBV_1). Teilweise wird sogar in Frage gestellt, ob spezifische Akteure wie Ministerien, Naturschutzverbände oder die EU das Recht haben, am Diskurs beteiligt zu werden (K_BUND_1; K_BUND_2; K_BauerWilli_4; K_NABU_3; K_TopAgrar_4). Nahezu immer sind es Landwirt*innen in Leserkommentaren oder Blogs, die anderen Akteuren dieses Recht absprechen. Ihrer Meinung nach ist die Einmischung von außen in landwirtschaftliche Belange ungerechtfertigt – egal ob von Akteuren aus Natur- und Umweltschutz, Politik oder von Verbraucher*innen. Als Gründe werden mangelnde Kompromissbereitschaft (K_BauerWilli_4), mangelnde Betroffenheit (K_NABU_3) und vor allem fehlendes Fachwissen genannt. Außenstehende wüssten zu wenig über die Landwirtschaft, als dass sie das Recht hätten, sich in den Diskurs einzubringen. Die Kritik wird nicht selten emotional oder in Verbindung mit beleidigenden, abwertenden Äußerungen vorgebracht. So kommentiert eine Landwirtin einen Facebook-Post des BUND zum Thema ‚Zukunftskommission Landwirtschaft‘ mit folgenden Worten:

„Lustig! Da kommt der BUND und meint, er hat Ahnung von Landwirtschaft und Tierhaltung. Ihr habt in dieser Kommission nun wirklich nichts zu suchen. Welche fachlichen Kenntnisse bringt denn Eure BUNDjugend mit? Haben die das im Internet gelernt oder haben die eine fachbezogene Ausbildung?“ (K_BUND_2)

Eine andere Person vergleicht die BUNDjugend mit der Hitlerjugend und wirft den Naturschützern Unwissenheit, Naivität und Überheblichkeit vor:

„Ich nehme die nur nicht Ernst. BUNDjugend vergleiche ich mit FDJ oder...noch schlimmer...mit der Hitlerjugend. Auch da sind Kiddies verlogenen Parolen ahnungslos hinter her gelaufen. Aber die setzen sogar noch einen oben drauf, denn die haben zwar keine Ahnung, aber ‚haben klar gemacht‘. OMG, schon so viel Arroganz in der Jugend.“ (K_BUND_1)

Das BMEL wird offen kritisiert, weil es versucht, die divergierenden Interessen in Einklang zu bringen, statt sich nur an den Bedürfnissen der Landwirtschaft zu orientieren:

„Das Ministerium interessiert sich für die Meinung von JEDEM. Egal ob mit Ahnung oder ohne. Egal ob betroffen oder nicht. Egal ob unbefangen, oder von den NGO-Thesen geimpft.“ (K_AgrarHeute_4).

Die Ablehnung der Landwirt*innen geht so weit, dass sogar rechtsstaatliche Prinzipien und die Verteilung politischer Zuständigkeiten infrage gestellt werden: Die Umweltverbände etwa würden vor „irgendwelchen Gerichtshöfen auch immer“ (K_TopAgrar_4) klagen, um ihre Interessen durchzusetzen und die EU dürfe sich nicht in landwirtschaftliche Belange einmischen, weil dies Ländersache sei (K_TopAgrar_4). Doch auch die gemäßigeren und sachlicheren Äußerungen zu diesem Thema zeigen: Viele Landwirt*innen sind der Meinung, es selbst am besten zu wissen; sie möchten in ihrem Handeln nicht eingeschränkt

werden, sondern auf ihrem Grund und Boden tun, was sie für richtig halten. Sie möchten ihren Betrieb führen, „ohne dass [...] irgendwelche Bienenschützer [...] ständig Ratschläge geben oder [...] gar mit Vorschriften kommen“ (K_BauerWilli_2). Dass Außenstehende in der öffentlichen Diskussion dennoch in diesem Ausmaß Gehör finden und an der Entscheidungsfindung beteiligt werden, empfinden sie als ungerechtfertigt und frustrierend. In der Wochenzeitung *Die Zeit* wird die Initiative ‚Land schafft Verbindung‘ beispielsweise wie folgt zitiert:

„Die Initiative ‚Land schafft Verbindung‘ kritisierte die Landwirtschaftspolitik als praxisfern und zu bürokratisch‘. Die Gesetzgebung komme einer Entmündigung gleich. Sie betont: ‚Auch wir möchten die Natur und Umwelt schützen, das Tierwohl weiter ausbauen, die Landwirtschaft zeitgemäß weiterentwickeln.‘ Die Branche wolle aber ‚alltagstaugliche Vorgaben mitentwickeln‘ – und nicht, dass Vorgaben maßgeblich von Umwelt- und Naturschutzorganisationen ‚bestimmt werden.‘“
(NJ_ZEIT_1)

Die Landwirt*innen, die sich im Rahmen der Initiative zusammengeschlossen haben, stellen sich also nicht grundsätzlich gegen die Ziele der NGOs, sie verweigern aber deren konkrete Beteiligung am Diskurs. Auch hier wird deutlich, dass Landwirt*innen sich selbst mehr Expertise zuschreiben und auf ihre unternehmerische Selbstbestimmtheit bestehen, Einflussnahme von außen wird abgelehnt. Auch die positive Einflussnahme in Form von Subventionen wird oft kritisch bewertet: Landwirt*innen möchten mit ihrer Arbeit ‚ehrliches Geld‘ verdienen und nicht auf Beihilfen von außen angewiesen sein (z. B. IA_Pauelsen_4 oder K_NABU_4). Diese Beobachtungen decken sich mit diversen Studien zur Selbstwahrnehmung von Landwirt*innen (siehe Kapitel 2.2.3), wonach diese in großem Maß von ihrem eigenen Wissen und Tun überzeugt sind. Sie sehen sich in einem engen Verhältnis zur Natur und sind der Meinung, am besten zu wissen, was gut für ihren Betrieb und ihr Land ist. Zudem legen sie großen Wert auf ihre unternehmerischen Freiheiten und nehmen verpflichtende Natur- und Umweltschutzmaßnahmen als Angriff auf eben jene wahr. Insofern erscheint es naheliegend, dass sie Meinungsäußerungen von Außenstehenden zu landwirtschaftlichen Themen und den damit verbundenen Forderungen zunächst mit Ablehnung begegnen und als illegitim betrachten.

Doch nicht immer geben die beteiligten Akteure so offen zu, dass sie nicht gewillt sind, eine rational motivierte Einigung zu erreichen. Vor allem bei Naturschutz-Akteuren ist dies eher selten der Fall. Mangelnde Gesprächsbereitschaft kann – zumindest indirekt – dennoch beobachtet werden: Naturschutzverbände verweigern die Kommunikation zwar nicht, sie geben sich aber auch wenig Mühe, sich öffentlich mit Vertretern der (konventionellen) Landwirtschaft zu verständigen. Statt ein offenes Gespräch mit eben diesen Akteuren zu suchen, kommunizieren sie strategisch: Ihre Kommunikationskanäle nutzen sie vornehmlich, um eigene Mitglieder und potenzielle Unterstützer*innen zu erreichen. Konventionelle bzw. industrielle Landwirtschaft und ihre Vertreter werden dabei offen kritisiert und zum Feindbild stilisiert. Der BUND zeigt dies offensichtlich: Viele seiner Facebook-Posts beginnen mit der Begrüßung „liebe Freund*innen der Erde“. Beim Lesen der Texte wird schnell deutlich, dass Landwirt*innen nicht zu dieser Gruppe gezählt werden. Ende Oktober 2020 veröffentlichte der Verein beispielsweise folgenden Text:

*„Pilze? Lieben wohl alle Freund*innen der Erde. Aber Pilze lieben keine Gülle. Die riesigen Mengen, die in der industriellen Tierhaltung entstehen und viel zu*

umfangreich ausgebracht werden, belasten nicht nur das Grundwasser, sondern bedrohen auch diese schmackhaften Regulatoren und Stoffwandler der Nährstoffkreisläufe. Ungedüngte Wiesen und Weiden in der Agrarlandschaft sind immer weniger zu finden. Und mit ihnen verschwinden die Pilze wie der Kirschrote Saftling oder der Wiesenchampignon. Kurzum: Wer Pilze liebt, sollte auf Fleisch aus industrieller Tierhaltung verzichten.“ (IA_BUND_16)

Im Text werden nicht nur die konventionelle bzw. industrielle Landwirtschaft und das Ausbringen von Gülle kritisiert – was an sich legitim wäre, zumal später im Text wissenschaftliche Quellen zu diesem Thema genannt werden. Die direkte Ansprache der eigenen Unterstützer*innen als „Freund*innen der Erde“ impliziert, dass Landwirt*innen (ebenso wie Menschen, die Fleisch aus konventioneller Tierhaltung konsumieren) das Gegenteil darstellen, nämlich Feinde der Erde. Denn wenn Freunde der Erde Pilze lieben und diese vor Gülle schützen möchten, sind alle, die das Gegenteil bewirken, Feinde. In einem anderen Post, der sich ebenfalls an die „Freund*innen der Erde“ richtet, geht es um die Pestizidbelastung der Luft (IA_BUND_17): Pestizide seien „extrem mobil und greifen auch außerhalb ihrer Einsatzorte in Ökosysteme ein“, selbst der Kauf von Bio-Produkten schütze Verbraucher*innen nicht. Das Fazit: „Eine Landwirtschaft, die mit hohem Pestizideinsatz zu Lasten von Mensch, Natur und Wirtschaft geht“ dürfe nicht länger unterstützt werden. Das Bild zum Post ist mit einem sich übergebenden Smiley versehen (siehe Abb. 8) – in diesem Fall wird die Landwirtschaft folglich offensiv abgewertet. Die Bildsprache ist unmissverständlich: Landwirt*innen, die Pestizide einsetzen, sind verabscheuungswürdig. Sie schädigen die Natur nicht nur auf dem eigenen Feld, sondern auch darüber hinaus.



Abb. 8: Facebook-Post des BUND vom 29. September 2020 zum Thema Pestizide. (Quelle: IA_BUND_17)

Ähnliches ist bei anderen Natur- und Umweltschutzverbänden zu beobachten. Greenpeace etwa betitelt den Text zum Thema Pestizide auf seiner Homepage mit den Worten „Wie die Natur vergiftet wird“ und „Pestizide außer Kontrolle“ (IA_Greenpeace_4). Der BUND-Landesverband Baden-Württemberg kritisiert auf seiner Internetseite – gleich zu Beginn des Textes über Landwirtschaft –, dass Tiere in „Agrarfabriken [...] ein Dasein unter unsäglichen Bedingungen“ fristen und der „Einsatz von Pestiziden und Dünger [...] zur Vernichtung des Lebensraumes zahlreicher Tier- und Pflanzenarten“ führt (IA_BUNDBW_1). Auch hier zeigt sich deutlich, dass die Kommunikation nicht darauf abzielt, Akteure aus der Landwirtschaft zu erreichen und einen konstruktiven Dialog mit ihnen zu führen. Stattdessen sollen Mitglieder und mögliche Unterstützer*innen angesprochen und mobilisiert werden. Verstärkt wird dieser Eindruck durch die Website-Gestaltung der betroffenen Akteure: Auf den Startseiten wird meist prominent für Mitmachaktionen, finanzielle Unterstützung oder eine Mitgliedschaft geworben. Informationen, die sich explizit an landwirtschaftliche Akteure richten, sind kaum vorhanden.

Auffällig ist bei der öffentlichen Kommunikation vieler Naturschutz-Akteure auch die Verwendung tendenziöser und emotionsgeladener Begriffe. So schreibt beispielsweise die Partei Bündnis 90/Die Grünen auf ihrer Homepage:

„Wir beenden Kükentöten, Amputationen und Qualzucht. [...] Statt agrarindustriellen Fleischfabriken fördern wir eine bäuerlich-ökologische Landwirtschaft ohne Ackergifte, Tierleid und Gentechnik. [...] Glyphosat ist ein Ackergift, mit dem heute Unkraut bekämpft wird. Es ist gesundheitsgefährdend und es ist heute einer der größten Killer der Artenvielfalt im ländlichen Raum.“ (IA_Grüne_3)

Ähnlich einzuordnen ist folgendes Zitat aus einer NGO-Mitgliederzeitschrift:

„In Massen eingepfercht, oft verstümmelt, mit Kraftfutter und (häufig) Medikamenten vollgestopft, fristen sie ihr erbärmliches Dasein als Fleisch-, Eier- oder Milchlieferanten der Agrarindustrie. Während sich in immer größeren Ställen Millionen von Tieren drängen, verödet draußen die Kulturlandschaft. Auf weiter Fläche erwartet uns in einigen Wochen ein stummer Frühling. Wildpflanzen, Insekten und Vögel haben das Feld geräumt, ihr Lebensraum ist vielerorts verschwunden.“ (IA_BUND_11)

Statt einen sachlichen Diskurs anzustreben, werden emotionale, wertende oder gesellschaftlich konnotativ aufgeladene Begriffe wie *Verstümmelung*, *Fleischfabriken*, *Güllefluten*, *Ackergift*, *Killer* oder Ähnliches verwendet. Zwar mögen diese tatsächlich die Sichtweise der einzelnen Akteure ausdrücken, im Sinne einer verständigungsorientierten Kommunikation sind sie allerdings inadäquat – ein konstruktives Gespräch mit landwirtschaftlichen Akteuren ist nach derartigen Äußerungen nicht mehr zu erwarten. Ob es sich bei den Formulierungen um eine bewusste Emotionalisierung (mit dem Ziel der Überzeugung bzw. Überredung einzelner gesellschaftlicher Gruppen) handelt oder lediglich den unbewusst emotionalen Ausdruck der eigenen Meinung, kann im Rahmen der Analyse nicht zweifelsfrei geklärt werden. Die sich teils wiederholende, explizite Wortwahl und der hohe Professionalisierungsgrad der betroffenen Akteursgruppen legen jedoch den Verdacht nahe, dass es sich sehr wohl um strategische Kommunikation zur Mobilisierung der eigenen Anhänger*innen handelt.

Außerdem liegt ein weiterer Hinweis darauf vor, dass NGOs ihre Interessen nicht bzw. nur teilweise durch diskursiven Austausch mit anderen Akteuren durchsetzen möchten. In

einem Interview zum Thema Tierhaltung erklärt Martin Hofstetter, Landwirtschaftsexperte bei Greenpeace, warum seine Organisation verstärkt mit dem Lebensmitteleinzelhandel zusammenarbeitet:

„Eigentlich ist es die Aufgabe der Politik, klare Regeln und Standards festzulegen. Aber da passiert nichts. Die höheren Standards über die Lebensmitteleinzelhändler zu erreichen, ist ein alternativer Weg, der eigentlich zu einer unbefriedigenden Lösung führt. Besser wäre es, der Staat würde eine verpflichtende vollständige Haltungskennzeichnung einführen, gerne auch über den LEH hinaus bei der Außerhausverpflegung etc. [...] Viele Kunden möchten Lebensmittel kaufen, ohne sich jedes Mal mit einer Vielzahl von Standards auseinandersetzen zu müssen. Damit wären die Verbraucher auch überfordert. Eigentlich ergibt sich hieraus ein direkter Auftrag an die Politik und die Kontrollbehörden. Aber die übernehmen diese Aufgabe nicht.“
(IA_AbL_1)

Weil die Organisation es also nicht schafft, landwirtschaftliche Akteure sowie die Politik von den gewünschten Standards in der Tierhaltung zu überzeugen, wird ein anderer Weg eingeschlagen: Durch Zusammenarbeit mit dem Lebensmitteleinzelhandel sollen die Verbraucher*innen erreicht werden. Sie sollen durch ihre Kaufentscheidung – folglich auf Umwegen – für bessere Standards sorgen. Zwar bezieht sich diese Aussage lediglich auf das Thema Tierhaltung und die Organisation Greenpeace, sie scheint jedoch symptomatisch für die Einstellung vieler Naturschutzorganisationen zu sein: Ziel der öffentlichen Kommunikation ist nicht der Dialog mit Landwirt*innen oder anderen landwirtschaftlichen Akteuren, sondern vor allem die Mobilisierung der Verbraucher*innen. Paradoxe Weise wird auf anderen Ebenen versucht, konstruktiv zusammenzuarbeiten – ob im Rahmen von Arbeitskreisen, Forschungs- oder Kooperationsprojekten.

Dieses Nebeneinander von Kooperation und Konfrontation sowie das Einsetzen zielgruppenspezifischer Kommunikation werden von den Gruppendiskussionsteilnehmern bestätigt (z. B. KL1, KL2, KL3, N2). Eine Teilnehmerin kritisiert in diesem Zusammenhang den teils widersprüchlichen Umgang mancher Naturschutzbehörden mit Landwirt*innen. Dieser funktioniere nach dem Motto „Zuckerbrot und Peitsche“ (BÖL3): „Also, wir knallen euch eine mit den Gesetzen und wir locken euch mit den Förderprogrammen und dazwischen seid ihr mündiger Teilnehmer am Naturschutz“. Landwirt*innen würden „gedrängelt und geführt wie ein nicht verantwortungsfähiges Kind“. Ein anderer Teilnehmer merkt an, dass zielgruppenspezifische Kommunikation bei landwirtschaftlichen Akteuren ebenso zum Einsatz komme wie bei jenen aus dem Naturschutz. Vor allem bei Vorträgen sei auffällig, wie sehr Referent*innen Sprache und Inhalte ihrem Publikum anpassen: „Je näher man in so einen Stadtkern reinkommt, nach Berlin Mitte und Ähnliches, desto polarisierender werden die Aussagen [...]“ (KL1). Bei Fachtagungen hingegen, bei denen auch Naturschutz-Akteure anwesend sind, seien die Vorträge derselben Personen ausgewogener. „Und das ärgert dann vor allem“ (KL1), auch wenn es nachvollziehbar sei.

In Bezug auf die theoretischen Ausführungen in Kapitel 3 sind diese Befunde nicht verwunderlich. So ist aus der Forschung zu strategischer Kommunikation bereits bekannt, dass NGOs häufig Strategien wählen, deren Ziel es ist, politische Entscheidungen durch die Mobilisierung der Öffentlichkeit zu beeinflussen (Spiller 2018). Statt einen Konsens anzustreben und sachlich zu argumentieren, schlagen sie dabei einen bewusst konfrontativen Kurs ein. Auch das Nebeneinander von konfrontativen und kooperativen Strategien (z. B. Hall

und Taplin 2007) und Negative Campaigning sind keine Seltenheit (z. B. Dolezal et al. 2015 oder Haselmayer und Jenny 2018).

6.1.2 Input-Ebene

Auf der Ebene des Inputs geht es um den Zugang zum Diskurs – im Idealfall sollte dieser geprägt sein von Offenheit und Chancengleichheit. Denn um einen rationalen Diskurs zu ermöglichen, ist es entscheidend, dass bei allen Themen, Perspektiven, Interpretationen, Ideen und Argumenten die gleichen Chancen vorliegen, vorgebracht und im selben Maß diskutiert zu werden (Peters 2001; Wessler 2008). Den Massenmedien kommt hierbei eine entscheidende Rolle zu, denn sie bieten die einzige kommunikative Umgebung, die öffentliche Deliberation dauerhaft in einem solchen Umfang ermöglichen kann (Wessler 2008: 1). In der Berichterstattung sollten deshalb kein Thema und keine Betrachtungsweise marginalisiert oder gar ausgeschlossen werden. Dass die Realität zuweilen anders aussieht, zeigen sowohl die Analyse der vorkommenden Nachrichtenfaktoren als auch die im Rahmen der Inhaltsanalyse durchgeführte Frame-Analyse.

6.1.2.1 Medien bevorzugen negative und konfliktbehaftete Ereignisse

Die Inhaltsanalyse zeigt, dass in Medien – sowohl Nachrichten- als auch landwirtschaftliche Fachmedien – im Zusammenhang mit Landwirtschaft und Naturschutz häufig über Negatives berichtet wird: Die Nachrichtenfaktoren ‚Kontroverse‘ und ‚Schaden/Misserfolg‘ spielen (allein oder in Kombination) in nahezu allen untersuchten Beiträgen eine zentrale Rolle. Bereits die Schlagzeilen zeigen häufig eine entsprechende Tendenz auf. So werden die Texte betitelt mit Worten wie „Naturschützer kritisieren »falsche Agrarpolitik«“ (NJ_SZ_4), „Bauern-Aufstand gegen die Groko“ (NJ_Bild_1), „Protest: LSV Deutschland fordert Rücktritt von Schulze und Flasbarth“ (FJ_AgrarHeute_5), „Rüge für Deutschland wegen unzureichender Schutzgebietsausweisung“ (FJ_TopAgrar_1) oder „Vogelschutzbericht: Landwirtschaft macht Vögeln das Leben schwer“ (NJ_Zeit_5). Positive Ereignisse hingegen sind selten Anlass für massenmediale Aufmerksamkeit (z. B. FJ_AgrarHeute_2).

Im Sinne der von Habermas und Wessler geforderten Chancengleichheit (siehe Kapitel 3.1) stellt zumindest die Bevorzugung konfliktbehafteter Ereignisse im öffentlichen Diskurs zunächst kein Problem dar. Gemäß Habermas (1981) begeben sich Kommunikationspartner erst auf die Ebene des Diskurses, wenn ein Konflikt vorliegt, z. B. weil am Wahrheitsgehalt oder der Richtigkeit einer Aussage gezweifelt wird. Das heißt: Die Kontroverse ist die Grundvoraussetzung für den Diskurs. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass die Medien verstärkt darüber berichten. Als eben jene Instanzen, die die Öffentlichkeit mit konstruieren, müssen sich in den Medien „alle relevanten Positionen und Interessen artikulieren können müssen“ (Burkart und Lang 2012: 44). Es ist im Hinblick auf den Diskurs also grundsätzlich positiv zu bewerten, dass in den Medien über strittige Themen im Bereich Landwirtschaft und Naturschutz berichtet und so den beteiligten Akteuren die Möglichkeit gegeben wird, Stellung zu nehmen – zumal die verschiedenen Themen eine hohe gesamtgesellschaftliche Relevanz besitzen. Dennoch kann die verstärkte Berichterstattung über konfliktbehaftete und negative Themen zu Problemen führen. So tragen die Medien aus Sicht der Betroffenen zu einer negativen Grundstimmung bei (KL8; N2). Dieser Effekt werde dadurch verstärkt, dass die Schlagzeilen oft negativer formuliert seien als der dazugehörige Artikel (KL8). Insgesamt wird dieser Aspekt aber nicht als zentrales Problem eingestuft, denn die Negativität betreffe nicht nur das Thema Landwirtschaft und Naturschutz,

sondern die Berichterstattung im Allgemeinen (KL1; KL3; KL4). Zeitungen und Zeitschriften müssten sich verkaufen und mittlerweile sei es der Fall, dass „die Bevölkerung nur auf negative Schlagzeilen reagiert“ (KL8). Außerdem wird darauf verwiesen, dass zumindest auf regionaler und lokaler Ebene gelegentlich über Positives berichtet wird (N2; N3; N4).

6.1.2.2 Medien bevorzugen bestimmte Darstellungsperspektiven

Frames sind, wie eingangs erläutert (siehe Kapitel 3.3.2), „Blickwinkel auf politische Themen, die gewisse Informationen in den Vordergrund rücken und andere außen vor lassen“ (Matthes 2014: 12). Nach Entman (1993) bestehen sie aus vier Bestandteilen: Problemdefinition, Ursachenzuschreibung, Lösungszuschreibung bzw. Handlungsaufforderung und Bewertung. In Kombination ergeben sie „eine logische Argumentationskette“ (Matthes 2014: 21) – das heißt, alle Elemente legen die gleiche Bewertung des Themas nahe. Ziel der am Diskurs beteiligten Akteure ist es, sich mit ihren eigenen Frames durchzusetzen – jeder möchte bestimmen, welche Aspekte eines Themas in der Öffentlichkeit als relevant wahrgenommen werden. Im folgenden Abschnitt werden zunächst die strategischen Frames der einzelnen Akteure im Detail nachgezeichnet, dann wird auf ihre Repräsentation in den Medien eingegangen (Medien-Frames). Bei der Analyse musste berücksichtigt werden, dass Frames „als mehr oder weniger latente Deutungsmuster [...] oft nicht wörtlich und explizit im Text [enthalten sind], sondern nur implizit oder mit Hilfe [von] rhetorischen Figuren und Stilen angedeutet“ (Dahinden 2018: 202ff.) werden. Das heißt, dass die reine Beschreibung bzw. Wiedergabe der angesprochenen Themen und Aussagen nicht ausreicht. Notwendig war, auch die „tiefer liegenden Bedeutungsebenen“ (Dahinden 2018: 202) zu erfassen. Anhand der Analyse wird gezeigt, dass sich die beteiligten Akteure meist auf einige wenige strategische Frames beschränken, die kontinuierlich wiederholt und untermauert werden (siehe Tabelle 3).

Tab. 3: Die zentralen strategischen Frames im Spannungsfeld Landwirtschaft – Naturschutz.

	Ökologie	Ökonomie	Soziales
Konventionelle Landwirtschaft	<p>Relativierung Landwirt*innen werden zu Unrecht als Sündenbock vorgeführt. Zum einen gibt es noch weitere Bereiche bzw. Akteure, die Umweltprobleme verursachen, zum anderen sind nicht alle Vorwürfe wissenschaftlich belegt. Naturschützer*innen fokussieren sich dennoch auf die Landwirtschaft. Die Debatte muss erweitert werden.</p> <p><i>Beispiel:</i> „Klar ist: Die Ursachen des Insektenrückgangs sind vielfältig und insgesamt komplex. Sie betreffen auch, aber bei weitem nicht nur, die Landwirtschaft. Es geht ebenso um die Siedlungsentwicklung, um Lichtverschmutzung in den Städten, die Versiegelung von Flächen, zugepflasterten Gärten vor den Haustüren sowie den Verkehr und die Verkehrsinfrastruktur. Da müssen wir alle ran.“ (StA_BMEL_4)</p>	<p>Wirtschaftliche Zwänge Landwirt*innen müssen mit ihrem Betrieb ihren Lebensunterhalt verdienen, durch immer mehr Auflagen und fehlende Zukunftsperspektiven wird dies zunehmend schwierig. Schuld daran sind diverse gesellschaftliche Akteure. Dieser Aspekt muss in der öffentlichen Debatte stärker berücksichtigt werden als bisher.</p> <p><i>Beispiel:</i> „Die Vielzahl an Verordnungen, Einschränkungen und Auflagen, die derzeit diskutiert werden, verbauen den landwirtschaftlichen Betrieben die Zukunftsperspektiven [...] „Es ist einfach zu viel, was die Politik den Bauernfamilien zumutet.“ (NJ_Bild_1)</p>	<p>Fehlende Wertschätzung Weder die Arbeit von Landwirt*innen noch ihre Expertise werden ausreichend wertgeschätzt. Schuld daran sind diverse gesellschaftliche Akteure. Landwirt*innen müssen respektiert und fair entlohnt werden und verdienen mehr unternehmerische Freiheiten.</p> <p><i>Beispiel:</i> „Ich bin nicht einen Tag lang auf die Straße gegangen, um [...] noch mehr Subventionen haben zu wollen. Ganz im Gegenteil: Ich will weniger Subventionen. Ich will einfach nur, dass die Arbeit, die wir leisten [...] vernünftig entlohnt wird. Mehr nicht.“ (IA_Pauelsen_4)</p>
Ökologische/bäuerliche Landwirtschaft	<p style="text-align: center;">Nachhaltigkeit</p> <p>Die Landwirtschaft ist nicht nachhaltig genug, schuld daran ist vor allem die fehlgeleitete Agrarpolitik. Jetzt sind weitreichende Veränderungen notwendig – der Ökolandbau bzw. die bäuerliche Landwirtschaft können dabei als Vorbild dienen. Fördermittel müssen stärker an ökologische Kriterien geknüpft werden, zudem benötigen Landwirt*innen langfristige und verbindliche politische Entscheidungen.</p> <p><i>Beispiel:</i> „Wir Bäuerinnen und Bauern sind bereit für mehr Grundwasserschutz. Dass dieser dringend notwendig ist, zeigt abermals der heute veröffentlichte ‚Nitratbericht 2020‘. Die Bundesregierung [...] muss hierfür nun endlich einen entsprechenden politischen Rahmen setzen, der die landwirtschaftliche Praxis mitdenkt. [...]. Damit wir die Ursachen der Nitratbelastung in den Griff bekommen, braucht es eine Abkehr von der auf Export und Import basierenden Weltmarktorientierung.“ (IA_AbL_14)</p>		
Naturschutz	<p>Naturzerstörung Die Landwirtschaft trägt maßgeblich zum Artensterben bei. Schuld daran ist zum einen die fehlgeleitete Agrarpolitik, zum anderen der Deutsche Bauernverband. Die Lösung ist eine</p>		

Ökologie

Ökonomie

Soziales

radikale Agrarwende, durch die nachhaltiges Handeln in den Vordergrund rückt.

Beispiel: „Unbestritten sind Insekten eine wichtige Grundlage der Landwirtschaft und unserer Lebensmittelproduktion. Dennoch zerstört die intensive Landwirtschaft mit ihren Folgen die Lebensgrundlage von Insekten in immer größerem Ausmaß: Große, monotone Felder ohne Hecken oder Grüninseln sowie Kunstdünger und Pestizide vernichten Rückzugsgebiete von Nützlingen und fördern die Ausbreitung von Schädlingen.“
(IA_BUND_7)

Die Frames der konventionellen Landwirtschaft lassen sich zusammenfassen mit den Schlagworten *Relativierung*, *fehlende Wertschätzung* und *wirtschaftliche Zwänge*. Der Frame *Relativierung* bezieht sich auf die ökologischen Auswirkungen der Landwirtschaft. Gemäß dieser Interpretation tragen Landwirt*innen nur eine Teilschuld an den öffentlich diskutierten Problemen. Zum einen gebe es diverse andere Gründe für die beobachteten Umweltprobleme – zum Beispiel Flächenversiegelung, Verkehr, Kläranlagen oder Lichtverschmutzung (u. a. IA_LsV_3; IA_Pauelsen_1; K_BUND_3; K_NABU_1; K_Nabu_3; K_TopAgrar_3; StA_BMEL_5; StA_BMEL_9). Zum anderen seien nicht alle Vorwürfe ausreichend wissenschaftlich belegt (z. B. IA_LBV_3; IA_LsV_2; IA_LsV_4; IA_Pauelsen_3). Der Bericht zur Lage der Natur des BMUV etwa sei „stümperhaft und nichtwissenschaftlich“ und bilde keine vernünftige Basis für eine weitere Diskussion (IA_LBV_3); die enthaltenen Schuldzuweisungen seien „einseitig“ und nicht zielführend (IA_DBV_4). Verschiedene Akteure, allen voran Naturschützer, reduzierten trotzdem alle Probleme auf die Landwirtschaft. Doch statt „nur einen Sündenbock“ zu suchen (K_Nabu_3) und das Thema Umwelt „mit medial, brachaliger Gewalt in der Öffentlichkeit zu plazieren“ (K_TopAgrar_5), müsse die Debatte breiter geführt und die wissenschaftliche Datenbasis ausgebaut werden. In Studien darf nicht wie bisher monothematisch die Landwirtschaft thematisiert werden, sondern es sollte ergebnisoffen und „ideologiefrei“ nach den Ursachen geforscht werden (IA_LsV_2).

Der Frame *fehlende Wertschätzung* bezieht sich auf die sozialen Aspekte der Debatte: Die Landwirt*innen sind der Meinung, dass sowohl ihr Fachwissen als auch ihre Arbeit nicht ausreichend wertgeschätzt werden. Verantwortlich seien verschiedene Akteure: Verbraucher*innen, die zu selten hochwertige und regionale Produkte kaufen würden (K_BauerWilli_2; K_BauerWilli_6); Naturschützer, die die Rolle der Landwirt*innen als Versorger sowie deren Expertise nicht ausreichend anerkennen, sondern sie stattdessen herabwürdigen würden (IA_Pauelsen_2; K_TopAgrar_4; K_TopAgrar_5); der Lebensmitteleinzelhandel, der sich nur an ökonomischen Zielgrößen orientiere und trotzdem den Profit für nachhaltige Produkte ernten wolle (IA_BauerWilli_3) sowie die Politik, die heimische Märkte nicht genug schütze, den Landwirt*innen unnötige Vorgaben mache und sie bei politischen Entscheidungen nicht ausreichend einbinde (u. a. IA_LsV_1; IA_LsV_2; IA_Pauelsen_2; K_TopAgrar_3; K_TopAgrar_5). Als Lösung wird vorgeschlagen: Die Landwirt*innen müssten stärker in politische Entscheidungsprozesse eingebunden und fair entlohnt werden. Zudem würden sie aufgrund ihres Fachwissens mehr unternehmerische Freiheiten verdienen. Strengere Auflagen seien nicht notwendig, da jeder Landwirt bzw. jede Landwirtin selbst wisse, was für sein Land am besten sei (K_BauerWilli_2) – man sei nämlich nicht nur „Produzent“ oder „Erzeuger“, sondern „Landwirt“ (IA_BauerWilli_3), und zwar „staatlich geprüfter Landwirt“ (IA_Pauelsen_3). Die Forderung nach fairer Bezahlung erklärt auch, warum höhere Subventionszahlungen nicht immer begrüßt werden: Landwirt*innen möchten nicht von staatlichen Zuschüssen abhängig sein, sondern dass sich ihre Arbeit tatsächlich lohnt. „Ich bin nicht [...] auf die Straße gegangen, um [...] noch mehr Subventionen haben zu wollen“, klagt etwa Landwirtschaftsinfluencer Ralf Pauelsen Anfang 2019, nachdem die Bundesregierung verkündet hatte, dass Landwirt*innen für die Jahre 2021 bis 2024 eine Milliarde zusätzlich an Fördergeldern erhalten sollen. „Ganz im Gegenteil: Ich will weniger Subventionen. Ich will einfach nur, dass die Arbeit, die wir leisten, oder ich hier leiste, vernünftig entlohnt wird. Mehr nicht.“ (IA_Pauelsen_4).

Der dritte Frame, *wirtschaftliche Zwänge*, bezieht sich auf die finanzielle Situation der Landwirt*innen: Es soll hervorgehoben werden, dass diese Unternehmer*innen sind, die durch ihre Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen müssen. Das Problem sei, dass die geforderten Umweltstandards zu immer höheren Produktionskosten führen, während die Erträge stagnieren bzw. sogar sinken würden. Am Ende blieben die Landwirt*innen „meist allein auf den Kosten des Naturschutzes sitzen“ (IA_DBV_4). Sie arbeiteten zwar „so gut es geht ökologisch“, aber „von irgendwas“ müsse man schließlich „auch Handfest leben“ (K_TopAgrar_5). Die Akteure der konventionellen Landwirtschaft befürchten, dass sich der negative „Strukturwandel in der Landwirtschaft dadurch weiter beschleunigen wird“ (IA_LsV_2). Ähnlich wie beim Frame *fehlende Wertschätzung* werden auch hier verschiedene Schuldige genannt, u. a. die Verbraucher*innen, die nicht bereit seien, mehr Geld für faire, nachhaltig produzierte Lebensmittel auszugeben (K_BauerWilli_2; K_BauerWilli_6), die Lebensmitteleinzelhändler, die auf dem Rücken der Landwirtschaft unerbittliche Preiskämpfe führen würden (K_BauerWilli_4; K_NABU_6) sowie Politik und Naturschutz, die zu wenig Rücksicht auf die oftmals bereits prekäre Situation der landwirtschaftlichen Betriebe nähmen (IA_LsV_1; IA_LsV_2). Ihr Appell lautet deshalb: Wer Naturschutz fordert, der müsse auch an die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe denken (IA_DBV_2; IA_DBV_3; K_BauerWilli_4). Denn Natur- und Umweltschutz gebe es „nicht zum Nulltarif“ (StA_BMEL_5), wo „Landwirten Einkommen am Markt entgeht, weil sie Umweltdienstleistungen erbringen, müssen sie dafür entlohnt werden“ (StA_BMEL_6).

Auffällig ist bei allen drei Frames die passive, ablehnende Grundhaltung: Aus Sicht der (konventionellen) Landwirt*innen werden die diskutierten Probleme vor allem von anderen verursacht und müssen auch von anderen gelöst werden. Landwirt*innen sind nicht bereit, die Verantwortung zu übernehmen und schreiben sich bei keinem der genannten Aspekte die notwendige Lösungskompetenz zu. Welchen positiven Beitrag die Landwirtschaft leisten könnte, bleibt offen. Konkrete Lösungsvorschläge, auch die weiteren Akteure betreffend, werden kaum formuliert. Sie präsentieren sich damit zwar als fachkundige Ansprechpartner und Ernährer unserer Gesellschaft, zugleich aber als visionslose und den Umständen ausgelieferte ‚Opfer‘ sozialer und wirtschaftlicher Missstände.

Der von den Bio-Landwirte*innen verwendete Frame *Nachhaltigkeit* hebt sich davon deutlich ab. Gemäß ihrer Problemdefinition ist das System der konventionellen Landwirtschaft am Scheitern. Die bisherige Agrarpolitik sei zu wachstums- und exportorientiert, was sowohl der Natur als auch dem Menschen schade (IA_Bioland_4). Die Politik verfolge „weder eine Strategie gegen das Höfe- und Artensterben, noch lege sie ambitionierte Programme auf, die den Bäuerinnen und Bauern den Umbau hin zu einer klimafreundlicheren Landwirtschaft finanzieren“ (IA_Demeter_6). Wenn auch „zukünftige Generationen [...] in den Genuss von gutem Essen und einer belebten Landschaft kommen“ sollen, sei deshalb ein konsequentes Umdenken erforderlich (IA_Demeter_7). Die Agrarpolitik müsse so gestaltet werden, dass langfristig „hochwertige Lebensmittel erzeugt, unsere Lebensgrundlagen geschützt und den Landwirten ein auskömmliches Einkommen gesichert werden kann“ (IA_Bioland_2). Um dies zu erreichen, müssten alle gesellschaftlichen Akteure ihren Beitrag leisten: Politik, Wirtschaft, Verbraucher*innen, aber auch die Landwirt*innen. Im Gegensatz zu den konventionellen Landwirt*innen präsentieren sich die Bio-Landwirt*innen an dieser Stelle als Teil der Lösung: Der ökologische Landbau biete die notwendigen „Prinzipien, Grundlagen und Regeln“, um die zuvor genannten Ziele zu erreichen (IA_Bioland_2).

Bio- Landwirt*innen würden z. B. längst aufzeigen, „wie Boden so beackert werden kann, dass er fruchtbar und lebendig bleibt: mit vielseitigen Fruchtfolgen, ohne Pestizide, mit wasserschonendem Düngen und vielem mehr“ (IA_Demeter_5). Jetzt sei vor allem die Politik in der Pflicht, weitere Veränderungen anzustoßen, u. a. durch entsprechende finanzielle Anreize. Fördermittel dürfe es nur noch bzw. müsse es vor allem für Leistungen geben, die nachhaltige Landwirtschaft fördern (z. B. IA_Bioland_1; IA_Bioland_3; IA_Demeter_1; IA_Demeter_2; IA_Demeter_3). In Zukunft müsse gelten: „Nicht was sich rechnet ist richtig, sondern was richtig ist, muss sich rechnen“ (IA_Bioland_2). Die Akteure aus dem Bereich der biologischen Landwirtschaft nehmen damit – im Gegensatz zu den Vertreter*innen der konventionellen Landwirtschaft – eine ganzheitliche Perspektive ein: Damit das System Landwirtschaft zukunftsfähig werden könne, müssten soziale, ökonomische und ökologische Aspekte gleichermaßen und aufeinander bezogen bedacht werden. Es sei eine Agrarpolitik gefragt, die die notwendige Produktion von Lebensmitteln ermögliche, aber gleichzeitig „Umwelt und Tiere schützt, und dabei den Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, ein faires Einkommen gewährt“ (IA_Demeter_1). Aus diesem Grund findet sich in den analysierten Texten dieser Akteursgruppe nur ein ganzheitlicher Frame: Aus ihrer Sicht löse die stärkere Berücksichtigung des Nachhaltigkeitsprinzips alle bestehenden Probleme. Anders als ihre konventionellen Berufskolleg*innen stellen sich die Vertreter*innen des biologischen Landbaus zudem als einsichtig, proaktiv und positiv dar: Sie erkennen an, dass Landwirtschaft eine Teilschuld an den bestehenden Umweltproblemen trägt, sie formulieren konkrete Lösungsvorschläge und zeigen auf, inwiefern sie selbst zur Problemlösung beitragen können.

In der bäuerlichen Landwirtschaft, zu der sowohl konventionelle als auch ökologische Betriebe zählen, wird für nahezu dieselbe Betrachtungsweise plädiert: Auch hier wird das aktuelle System Landwirtschaft als Problem definiert. Die „auf Intensivierung und Export“ ausgerichtete europäische Agrarpolitik habe zur „Überschreitung der ökonomischen Belastbarkeit landwirtschaftlicher Betriebe“ sowie zur Überschreitung „ökologischer und tierethischer Grenzen“ geführt (IA_AbL_15), deshalb sei eine nachhaltige Neuausrichtung der Landwirtschaft notwendig (IA_AbL_13). Die Landwirt*innen seien gewillt, ihren Beitrag dazu zu leisten, aber nicht „zu solch ruinösen Erzeugerpreisen, in solch instabilen Wertschöpfungsketten und innerhalb einer so einseitig auf Export und Intensivierung ausgerichteten EU-Agrarpolitik“ (IA_AbL_17). Im Gegensatz zu den Vertreter*innen der biologischen Landwirtschaft fordern sie allerdings nicht, die Grundsätze des Ökolandbaus zum Vorbild zu nehmen, denn „auch bei 100 % Ökolandbau“ seien „die Probleme nicht automatisch gelöst“ (IA_AbL_4). „Ein strukturreicher konventioneller Betrieb“ könne mehr für die Artenvielfalt leisten „als ein intensiv geführter Ökobetrieb mit großen Schlägen und wenig Struktur“ (IA_AbL_4). Statt nach einem „Königsweg“ zu suchen und nur an „die großen Projekte“ zu denken, sollten Landwirt*innen so viele Maßnahmen wie möglich umsetzen, auch jene, „die ohne viel Aufwand bei der Bewirtschaftung mit erledigt werden können, z. B. mal eine Ecke stehen lassen und erst beim nächsten Schnitt mähen“ (IA_AbL_4). Um die notwendigen Veränderungen herbeizuführen, sei trotzdem ein grundsätzliches Umdenken in der Politik erforderlich: Fördermittel müssten stärker als bisher an ökologische Kriterien gebunden werden (z. B. IA_AbL_4; IA_AbL_5; IA_AbL_12; IA_AbL_13). Unabhängig von den konkreten Maßnahmen fordern die Vertreter*innen der bäuerlichen Landwirtschaft zudem „belastbare Aussagen der Bundesregierung darüber, wohin [...] Bäuerinnen und Bauern die landwirtschaftliche Praxis im Stall und auf dem Feld entwickeln sollen“ (IA_AbL_10), denn

ohne verbindliche politische Entscheidungen und langfristige Planungssicherheit werde die Agrarwende scheitern (IA_AbL_14; IA_AbL_15). Die Vertreter*innen der bäuerlichen Landwirtschaft plädieren damit ebenso wie die der biologischen für eine Neuausrichtung der Agrarpolitik, berücksichtigen dabei aber stärker die Interessen und Möglichkeiten der konventionellen Betriebe.

Die Akteure aus dem Naturschutzbereich konzentrieren sich im Gegensatz dazu fast ausschließlich auf die ökologischen Aspekte der Debatte (Frame *Naturzerstörung*). Aus ihrer Sicht trägt die konventionelle Landwirtschaft massiv zum Artensterben und zur Umweltverschmutzung bei (z. B. IA_BUND_1; IA_BUND_2; IA_DUH_2; IA_NABU_3). Es wird zwar immer wieder Verständnis für die von den Landwirt*innen geäußerten Sorgen bekundet, es bringe aber nichts, „den Kopf in den Sand zu stecken“, denn die Probleme seien zu groß, um sie zu ignorieren: „Bestäuber verschwinden in Rekordtempo, die typischen Feldvogelarten sind dramatisch eingebrochen. Unser Grundwasser ist mit Nitrat belastet und die Klimabilanz der Landwirtschaft unverändert schlecht“ (IA_NABU_1). Schuld daran sei zum einen die fehlgeleitete Agrarpolitik. Hier liege der Fokus zu sehr auf Ertragssteigerung, Intensivierung und Weltmarktorientierung (z. B. IA_BUND_9; IA_BUND_10; IA_Greenpeace_1; IA_NABU_3;) und über Gebühr liege ein zu hoher Einfluss der Agrarlobby vor (z. B. IA_BUND_12; K_BUND_1; K_NABU_4; K_NABU_6). Außerdem steht der Deutsche Bauernverband in der Kritik – er blockiere seit Jahren notwendige Reformen und schade dadurch vor allem bäuerlichen Betrieben (z. B. IA_BUND_2; IA_BUND_4; IA_Greenpeace_2; K_NABU_3). Kein anderer Verband stehe „so sehr für eine rückwärtsgewandte Agrarpolitik“ wie der Deutsche Bauernverband (DBV); seinen großen Einfluss nutze er, um „an einem Landwirtschaftsmodell [festzuhalten], von dem nur Großbetriebe profitieren und das Umwelt- und Klimaschutz vernachlässigt“ (IA_DUH_3). Die Naturschutz-Akteure fordern deshalb eine radikale Agrarwende zugunsten nachhaltiger Bewirtschaftung und kleinbäuerlicher Strukturen. Ökologische Gesichtspunkte dürften nicht länger unten auf der Prioritätenliste stehen. Die Weichen dafür müsse die Agrarpolitik stellen: „Sie muss denen, die unsere Lebensmittel erzeugen, helfen, ihre Wirtschaftsweise nachhaltig und grundlegend zu verändern“ (IA_BUND_12). Die Bundesregierung müsse sich etwa für faire Preise und Wettbewerbsbedingungen, regionale Vermarktung und ausreichend Platz für die Artenvielfalt einsetzen und zwar „in jedem Betrieb“ (IA_NABU_1), zudem müsse der Einsatz von Pestiziden, Wachstumsreglern und Mineraldüngern massiv reduziert werden (IA_DUH_1). Aber auch die Gesellschaft sei in der Pflicht: Sie müsse den Landwirt*innen den Rücken stärken und verantwortungsvolle Kaufentscheidungen treffen (z. B. IA_BUND_4; IA_DUH_2; IA_DUH_3).

Wenngleich also Ähnlichkeiten zu den Nachhaltigkeits-Frames der bäuerlichen und ökologischen Landwirtschaft bestehen (alle drei Akteursgruppen sind sich einig, dass eine Agrarwende notwendig ist, um die Landwirtschaft zukunftsfähig zu machen; im Zuge dieser Neuausrichtung müssen ökologische, soziale und ökonomische Belange bedacht werden), hebt sich der Frame der Naturschutz-Akteure doch deutlich davon ab: Im Zentrum ihrer Argumentation steht stets die massive Bedrohung der Natur durch die Landwirtschaft. Kritisiert wird das aktuelle System nicht deshalb, weil es viele Landwirt*innen in ökonomisch und sozial prekäre Lebensverhältnisse geführt hat, sondern weil die ökologischen Auswirkungen nicht länger hinnehmbar sind. Es wird zwar nicht bestritten, dass auch die sozialen und

finanziellen Probleme existieren und angegangen werden müssen, geschehen soll dies aber vor allem, um das übergeordnete Ziel – nämlich mehr Naturschutz – zu erreichen.

Um zum Gelingen eines rationalen Diskurses beizutragen, sollten die Massenmedien gleichberechtigt über diese Perspektiven berichten, denn sie bieten die einzige kommunikative Umgebung, die öffentliche Deliberation dauerhaft in einem solchen Umfang ermöglichen kann (Wessler 2008: 1). Kein Lager sollte so dominant sein, dass andere Sichtweisen marginalisiert oder ausgeschlossen werden. In der Realität ist jedoch zuweilen ein anderer Status quo anzutreffen. Es gibt immer wieder Medien, in denen eine Dominanz einzelner Frames zu beobachten ist. Besonders negativ fällt die Bild-Zeitung auf: Im Rahmen ihrer Berichterstattung spielen die Frames der konventionellen Landwirtschaft durchweg eine größere Rolle als die der restlichen Akteure. Entweder werden innerhalb eines Beitrags keine anderen Frames zugelassen (NJ_Bild_6; NJ_Bild_7) oder ihnen wird deutlich weniger Aufmerksamkeit geschenkt (NJ_Bild_1; NJ_Bild_2; NJ_Bild_3; NJ_Bild_5). In mehreren Artikeln über die Bauerndemonstrationen Ende 2019 bzw. Anfang 2020 etwa erhalten die landwirtschaftlichen Akteure die Gelegenheit, ausführlich Stellung zu nehmen, zitiert werden vor allem die Demonstrierenden, aber auch DBV-Präsident Joachim Rukwied sowie diverse Politiker, die die Position der Landwirt*innen unterstützen. Alle drei Frames – *Relativierung*, *wirtschaftliche Zwänge* und *fehlende Wertschätzung* – werden thematisiert. „Es fehlt der Respekt für unsere wertvolle Arbeit. Die Politik folgt der Utopie eines fiktiven Verbrauchers und lässt den Landwirt in der bitteren Realität zurück“, wird zum Beispiel ein 38-jähriger Nebenerwerbslandwirt zitiert (NJ_Bild_3). Weiter heißt es:

„Ich baue z. B. Zuckerrüben an. Jahrzehnte war der Markt über eigene Verordnungen gut geregelt, alles hat funktioniert. Jetzt sind die Regelungen weggefallen. Man war der Meinung, die Bauern könnten auch mal ein paar Jahre mit geringeren Erträgen verkraften. Realität: Die Erträge sinken immer weiter. Immer niedrigere Preise tun ihr Übriges dazu. Für uns ist das ein Teufelskreislauf.“

Drei weitere Landwirte werden in ähnlicher Länge zitiert. Aussagen, die sich auf andere Frames beziehen, erhalten hingegen weniger Platz und stehen oft erst am Ende eines Artikels (NJ_Bild_1; NJ_Bild_2; NJ_Bild_3; NJ_Bild_5). Besonders sichtbar wird die Bevorzugung – und vor allem die positivere Beurteilung – landwirtschaftlicher Frames in der Bild-Zeitung in einem Interview mit Dirk Toepffer, dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag. Toepffer erhält durch die journalistische Darstellungsform des Interviews die Möglichkeit, seine Meinung (pro konventionelle Landwirtschaft) ausführlich kundzutun. Zudem ist durch den Autorisierungsprozess (der bei Wortlaut-Interviews in der deutschen Medienlandschaft gängige Praxis ist) sichergestellt, dass nichts abgedruckt wird, was dem Interviewten im Nachhinein unvorteilhaft scheint. Dies wäre noch nicht verwerflich, wenn im Rahmen des Interviews dennoch kritische Fragen gestellt würden, die zu einer differenzierteren, multiperspektivischen Betrachtung des Themas beitragen. Das ist allerdings nicht der Fall. Stattdessen zeigen die Interviewfragen unmissverständlich auf, dass die Bild-Zeitung hinter den Landwirt*innen steht. Nachdem eingangs erwähnt wird, dass Toepffer „mit Hühnern, Hund und Galloway-Rindern“ am Stadtrand von Hannover lebt, findet sich im Artikel u. a. folgender Dialog (NJ_Bild_7):

BILD: Herr Toepffer, mit dem „Niedersächsischen Weg“ soll der Naturschutz im Land verbessert werden. Der Bündnispartner Nabu zieht gleichzeitig ein Volksbegehren durch. Ist das nicht heuchlerisch?

Toepffer: „Ich halte das für brandgefährlich. Der Nabu spaltet die Gesellschaft aus einem Interesse heraus, das mit Umwelt nichts zu tun hat. Das ist ganz schlechter Stil, enttäuschend und verantwortungslos.“

BILD: An den Info-Ständen der Initiative „Artenvielfalt“ kommt es zu Konflikten zwischen Nabu-Leuten und Landwirten ...

Toepffer: „Da treffen ehrenamtliche Mitglieder des Nabu auf professionelle Landwirte, die natürlich fundierte Kenntnisse über ihre Arbeit haben. Insgesamt hat die Gesellschaft das Bewusstsein für Landwirtschaft verloren.“

BILD: Warum stehen Landwirte so oft am Pranger, als würden sie der Umwelt schaden?

Toepffer: „Weil viele Menschen, vor allem in den Städten, gar nicht mehr wissen, wie in landwirtschaftlichen Betrieben produziert wird. Der ‚Niedersächsische Weg‘ ist eine Möglichkeit, diesen Knoten zu durchschlagen und Einigung zwischen Naturschützern und Landwirten herbeizuführen.“

In jedem der drei Absätze wird aufgezeigt, dass die Bild-Zeitung die von Toepffer vorgebrachte Position unterstützt. Statt kritisch zu hinterfragen, warum der NABU sich entschieden hat, ein Volksbegehren zu initiieren, wird das Vorgehen vom Medium selbst als „heuchlerisch“ bezeichnet. Toepffers abschätzige Gegenüberstellung von „professionellen Landwirten“ und ehrenamtlichen NABU-Mitgliedern – deren Expertise er offensichtlich nicht als sachdienlich bewertet – wird nicht kommentiert oder in Zweifel gezogen. Als darüber hinaus gefragt wird, warum die Landwirt*innen so oft am Pranger stehen (es wird nicht gefragt, ob dies tatsächlich der Fall ist oder warum die Landwirt*innen dies so wahrnehmen), folgt der Nachsatz „als würden sie der Umwelt schaden“ – dies suggeriert, dass es keinerlei wissenschaftliche Belege dafür gäbe, dass die konventionelle Landwirtschaft Natur und Umwelt schädigt. Statt sich also um eine möglichst wertfreie Interviewführung zu bemühen, scheint im Text eine Wertung vorzuliegen. Die Frames *Relativierung* (Landwirt*innen schädigen Natur und Umwelt nicht; Stadtmenschen können Situation ohnehin nicht einschätzen) und *fehlende Wertschätzung* (Naturschutz-Akteure schätzen das Fachwissen der Landwirt*innen nicht genug, sondern beginnen mit dem Volksbegehren stattdessen einen Alleingang) werden so nicht nur durch den Interviewten vermittelt, sondern durch die Präsentation verstärkt und als alleingültig dargestellt.

Doch auch andere Texte bzw. Medien fallen hinsichtlich ihrer Diskursqualität negativ auf, weil strategische Frames von Akteuren nur bruchstückhaft wiedergegeben werden. Statt die jeweilige Problemdefinition inklusive der dahinterstehenden Begründungsstrukturen und Forderungen zu kommunizieren, werden einzelne Aspekte herausgegriffen. Die Akteure haben so keine Möglichkeit, einen kohärenten und konsistenten Interpretationsrahmen zu präsentieren. Anlässlich einer Bauerndemonstration in Berlin im November 2019 wurde etwa im Spiegel ein Text veröffentlicht, mit dem die wichtigsten Fragen zum Thema beantwortet werden sollten: Wie ist es zu den Protesten gekommen und wer trägt sie? Was sagen die Bauern? Was sagen die Naturschützer? Doch statt im Detail auf die Position der Bauern einzugehen, liegt der Fokus des Artikels vor allem auf den Vorbehalten der Landwirt*innen gegen mehr Naturschutz (Frame *Relativierung*) – außerdem werden diese kritisiert (NJ_Spiegel_2): Die Landwirte seien mit ihrer Einstellung „politisch isoliert“, die AfD sei „die einzige Partei“, die sämtliche ihrer Forderungen unterstütze. Zudem gebe es

entgegen der Behauptungen der Landwirt*innen „diverse Studien“, die „leicht nachzulesen sind“, die „die industrielle Landwirtschaft als entscheidenden Verursacher sehen“. Die weiteren Frames, die von den Initiator*innen der Demo kommuniziert worden waren (IA_LsV_2), werden im Artikel nicht berücksichtigt. Stattdessen wird auf wissenschaftliche Studien verwiesen, anhand derer die Notwendigkeit einer Agrarwende unbestreitbar belegt wird (NJ_Spiegel_2). Werden Vertreter*innen von Naturschutzverbänden zitiert, dann nur, um die politischen Gegner als unreflektiert und ignorant darzustellen: Laut Sascha Müller-Kraenner, dem Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe (DUH), betreibe die CDU reinen Populismus (NJ_Spiegel_3); Martin Hofstetter von Greenpeace urteilt, dass die demonstrierenden Bauern mit ihren „kruden Verschwörungstheorien [...] kaum auf das Verständnis der Bevölkerung hoffen“ können (NJ_Spiegel_2). Die präsentierten Medien-Frames sind somit pro Naturschutz.

Es bleibt zu konstatieren, dass auf die Gesamtberichterstattung bezogen Offenheit und Chancengleichheit für die unterschiedlichen Darstellungsperspektiven bestehen – die Frames der verschiedenen Akteursgruppen werden massenmedial alle berücksichtigt und wiedergegeben. Dabei lässt sich, zumindest im Rahmen der durchgeführten qualitativen Inhaltsanalyse, keine klare Dominanz einzelner Frames feststellen. Auf einzelne Medien bzw. Artikel bezogen ist dies allerdings dennoch der Fall, hier erfolgt regelmäßig eine Fokussierung auf einzelne Darstellungsperspektiven. Opponierende Sichtweisen werden entweder nicht oder nur stark verkürzt wiedergegeben.

Von den Gruppendiskussionsteilnehmenden wird diese Beobachtung mehrheitlich bestätigt. Vor allem in der Berichterstattung nachrichtenjournalistischer Medien würden strittige Themen „undifferenziert“ (N2), „sehr einseitig“ und „sehr einfach“ (KL3) dargestellt. Es wirke, als wolle man „gezielt polarisieren“ (KL1). Statt mehrere Personen mit verschiedenen Sichtweisen zu befragen, würden Journalist*innen einfach „ein, zwei Leute [...] egal aus welcher Richtung“ auswählen und darauf aufbauend einen Artikel schreiben (N4). Auffällig ist, dass sich nur bei den wenigsten Gruppendiskussionsteilnehmer*innen Hinweise auf den Hostile-Media-Effekt (siehe Kapitel 3.4.2) ergeben. Nur einzelne Teilnehmer*innen waren der Meinung, dass die Berichterstattung pauschal zu Ungunsten ihrer eigenen Meinung verzerrt ist. Zwei Landwirte kritisieren, dass die Landwirtschaft tendenziell negativ dargestellt werde, immer hieße es „Landwirtschaft ist böse, Mais ist böse, konventionell ist ganz böse“ (KL4). Dadurch, dass „55 Prozent der Journalisten [bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten] parteinah zu den Grünen“ seien, sei auch die Berichterstattung entsprechend gefärbt (KL6). Ein Naturschutz-Akteur hingegen ist der Auffassung, dass die Berichterstattung vor allem dann unausgewogen ist, wenn Landwirt*innen zu Wort kommen (N4): Bei den „Bauernzeitungen“ sei das noch verständlich, weil Landwirt*innen zu deren Hauptzielgruppe gehören. Bei Tageszeitungen aber sei dies nicht der Fall, hier wird die Unausgewogenheit als „schon extrem manchmal“ empfunden.

6.1.2.3 Medien vernachlässigen einzelne Themen(aspekte)

Ein Diskussionsteilnehmer kritisierte, dass in den Medien über bestimmte Themen(aspekte) nicht berichtet wird. „Verschiedene Themen“ würden „totgeschwiegen, wie die Geschichte mit dem Wolf“ (KL6). Viele Weidetierhalter*innen fürchten angesichts der immer stärkeren und schneller werdenden Ausbreitung des Beutegreifers um ihre Kühe, Schafe und Ziegen. In der Öffentlichkeit werde diesem Themenaspekt keine Aufmerksamkeit geschenkt. Dieser Verdacht lässt sich anhand der verfügbaren Daten weder erhärten noch

dementieren – weder in Bezug auf das konkrete Beispiel, noch in Bezug auf andere Themen. Zum einen äußerte sich kein*e weitere*r Gruppendiskussionsteilnehmer*in in diese Richtung, zum anderen wäre eher eine quantitative Inhaltsanalyse notwendig gewesen, um dieser Frage auf den Grund zu gehen (z. B. durch einen Abgleich der Themen von Pressemitteilungen mit jenen der Medienberichterstattung). Im Rahmen der durchgeführten qualitativen Inhaltsanalyse ergaben sich zumindest keine Hinweise darauf, dass relevante Themen(aspekte), die von den betroffenen Akteuren angesprochen werden, massenmedial keine Berücksichtigung finden.

6.1.3 Throughput-Ebene

Auf der Ebene des Throughputs geht es um die diskursive Struktur der öffentlichen Kommunikation, also die Art und Weise wie Akteure kommunizieren. Relevant ist dabei, (1) ob die eigene Position ausreichend argumentativ untermauert wird, (2) ob auf die Argumente der Gegenseite Bezug genommen wird und (3) ob die Akteure angemessen sprechen. Das folgende Kapitel behandelt die drei genannten Aspekte und zeigt auf, inwiefern diesbezüglich Kommunikationsprobleme zu beobachten sind.

6.1.3.1 Mangelnde Rechtfertigung der eigenen Position

A. Keine klare Position

Um einen Konsens bzw. begründeten Dissens zu erreichen, ist es notwendig, dass die Diskursteilnehmenden eine klare Position formulieren und diese sachlich fundiert begründen. Die Inhaltsanalyse zeigt jedoch, dass dies nicht immer der Fall ist. Das Problem ist über alle Akteursgruppen hinweg zu beobachten, tritt jedoch verstärkt bei politischen und landwirtschaftlichen Akteuren auf – sie bleiben wiederholt vage oder beschränken sich auf ablehnende, negierende Stellungnahmen, ohne eine Handlungsalternative zu bieten. So veröffentlichte der Deutsche Bauernverband anlässlich einer geplanten Großdemonstration in Berlin eine Pressemitteilung, in der es heißt:

„Notwendig ist eine grundlegende Überarbeitung des Aktionsprogramms Insektenschutz. Es ist nicht die Frage, ob wir Insektenschutz machen, sondern nur wie: Kooperativer Naturschutz muss der Weg sein. Das heißt Landwirte, Politik und Gesellschaft müssen gemeinsam Lösungen finden, wie sich Natur- und Artenschutz weiter verbessern lassen, unter Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe. Wir wollen den Dialog und wir benötigen konkrete, praxistaugliche Ergebnisse.“ (IA_DBV_3)

Es werden zwar strittige Aspekte aufgelistet, konkrete Vorschläge fehlen jedoch. Inwiefern sollte das Insektenschutzprogramm überarbeitet werden? Wie könnte der Dialog zwischen Landwirtschaft, Politik und Gesellschaft verbessert werden? Wie soll der Zielkonflikt zwischen Ökonomie und Ökologie aufgelöst werden? Inhaltlich betrachtet, bietet der Text wenig Diskussionsgrundlage. Einzig die Forderung, dass mögliche Maßnahmen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage der Betriebe diskutiert und im Rahmen des kooperativen Naturschutzes realisiert werden sollten, kann als grundsätzliche, wenn auch unkonkrete Positionierung interpretiert werden. Denn auch hierzu werden keine Details oder konkreten Lösungsvorschläge geäußert. In einer anderen Pressemitteilung zur Vorstellung des ‚Berichts zur Lage der Natur‘ von BMUV und BfN im Mai 2020 schreibt der DBV:

„Viele Landwirte in Deutschland sind bereit, noch mehr im Vertragsnaturschutz zu tun. Allgemeine und vor allem eindimensionale Schuldzuweisungen aus dem Bundesumwelt-

ministerium helfen der Artenvielfalt nicht. Der Bericht blendet wichtige Ursachen für den Verlust von Biodiversität aus. Vor allem bleibt er die Antwort schuldig, warum die zahlreichen, mit enormen Mittelaufwand von Bund und Ländern betriebenen Naturschutzprogramme, die dem Verlust an Artenvielfalt entgegenwirken sollen, offenbar wirkungslos bleiben. Auch die vielen freiwilligen Blühstreifen- und Umweltprojekte der deutschen Landwirte bleiben völlig unerwähnt. Es ist zu einfach und auch nicht hilfreich, mit dem Finger ausschließlich auf die Landwirtschaft zu zeigen. Eine effektive Verbesserung bei der Artenvielfalt wird nur mit den Bauern gelingen, nicht mit immer rigideren Bewirtschaftungsaufgaben. Die Landwirte bleiben meist allein auf den Kosten des Naturschutzes sitzen, das muss sich endlich ändern.“ (IA_DBV_4)

Der DBV kritisiert die angeblich einseitigen Schuldzuweisungen aus dem BMUV, bleibt aber selbst konkrete Vorschläge und Argumente schuldig und fokussiert sich auf das Üben von Kritik: Wichtige Ursachen des Biodiversitätsverlusts würden von BMUV und BfN ausgeblendet, die Naturschutzprogramme von Bund und Ländern seien mangelhaft, restriktive Maßnahmen seien der falsche Weg, die positiven Leistungen der Landwirt*innen würden übergangen und ökonomisch nicht hinreichend gewürdigt. Auf die relevanten Fragen – nämlich wie der Biodiversitätsverlust aufgehalten werden kann und was die Landwirtschaft dazu beitragen kann – wird nicht eingegangen. Unklar bleibt auch, welche weiteren Ursachen des Biodiversitätsverlustes aus DBV-Sicht thematisiert werden sollten oder wie Naturschutzmaßnahmen angemessen entlohnt werden könnten.

Mangelnde inhaltliche Tiefe ist auch bei Einzelakteuren aus dem Landwirtschaftsbereich zu beobachten. Im Januar 2020 etwa veröffentlichte Influencer Ralf Pauelsen ein Video, in dem er Stellung zur sogenannten ‚Bauernmilliarde‘ nahm: Um die Landwirt*innen bei den verschärften Düngevorschriften zu unterstützen, hatte die Bundesregierung kurz zuvor ein Förderprogramm in Höhe von rund einer Milliarde Euro beschlossen. Pauelsen erklärte dazu, dass er keine Subventionen haben wolle. Er wolle einfach nur, dass seine Arbeit „vernünftig entlohnt wird. Mehr nicht.“ (IA_Pauelsen_4). Konkrete Vorschläge, wie die Landwirtschaft künftig ohne (zusätzliche) staatliche Unterstützung rentabel werden könnte, liefert er nicht. Ähnlich unkonkrete Äußerungen sind bei politischen Akteuren wie dem BMEL zu beobachten. In einer Pressemitteilung zur Europäischen Agrarpolitik heißt es etwa (StA_BMEL_1):

„Deshalb hat Bundesministerin Julia Klöckner vielfach deutlich gemacht, dass sie ein höheres Umweltambitionsniveau der GAP anstrebt. Von Beginn an und mehrfach hat sie auch im EU-Agrarrat die in den Vorschlägen der EU-Kommission für die GAP nach 2020‘ vorgesehene stärkere Ausrichtung an Belangen des Umwelt-, Klima- und Naturschutzes sowie des Tierwohls begrüßt und konstruktiv unterstützt. Hier sind praktikable Maßnahmen erforderlich.“

Oder auch:

„Das Bundesministerium [...] setzt sich [...] dafür ein, die Interessen des Tier-, Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutzes, der Landwirtschaft, der Ländlichen Räume, sowie der Verbraucherinnen und Verbraucher zu einem fairen Ausgleich zu bringen.“

Wie aber soll ein höheres Umweltniveau der GAP erreicht werden? Welche Vorschläge hat die Ministerin in den Diskurs eingebracht? Wie soll der umstrittene Interessenausgleich realisiert werden? Zu eben jenen Fragen wird keine klare Stellung bezogen. Die Akteure

äußern zwar eine Meinung, von einer sinnvollen Diskussionsgrundlage kann allerdings nicht gesprochen werden. Kein Akteur wird beispielsweise bestreiten, dass die Ergebnisse des Diskurses praxistauglich sein sollten. Außerdem ist auch nicht strittig, dass verschiedene Interessen berücksichtigt werden sollen, sondern vielmehr, wie dies im Detail ablaufen soll. Darüber wird aber nur bedingt gesprochen, sodass zusammenfassend eine mangelnde Klarheit in Bezug auf die eigene Position konstatiert werden muss.

B. Fehlende Argumente und mangelnde Quellentransparenz

Idealerweise sollten Akteure ihre Positionen mit sachlichen, stichhaltigen Argumenten und geeigneten Beispielen untermauern und Quellen für die von ihnen vorgebrachten Daten und Fakten liefern. Nur so wird klar, aus welchen Gründen und auf Grundlage welcher Informationen jemand eine bestimmte Sichtweise einnimmt. Im öffentlichen Diskurs ist dies jedoch nicht immer der Fall. Besonders eindrücklich offenbart sich dieses Problem, wenn die Akteure über die Nitratbelastung des Grundwassers sprechen: In der EU gilt für Nitrat eine einheitliche Qualitätsnorm von 50 Milligramm je Liter. Weil dieser Grenzwert in vielen Gebieten Deutschlands aber über Jahrzehnte hinweg überschritten wurde und eine Klage der EU drohte, verschärfte die Bundesregierung im Frühjahr 2020 die Düngeverordnung – denn Dünger aus der Landwirtschaft gelten weithin als eine wichtige Ursache für die hohen Nitratwerte. Von Seiten der Landwirtschaft wurde dieser Schritt massiv kritisiert. Die Stationen des von den Bundesländern betriebenen Messstellennetzes seien „willkürlich“ platziert worden (NJ_Wochenspiegel_1), die gemessenen Werte oft fehlerhaft (IA_Pauelsen_3; FJ_TopAgrar_4). Zudem fehle es an wissenschaftlichen Daten, durch die belegt wird, dass die Landwirtschaft tatsächlich die schlechte Wasserqualität verursache (IA_Pauelsen_4). Ein Sprecher der Graswurzelbewegung ‚Land schafft Verbindung‘ äußerte den Verdacht, Kläranlagen könnten verantwortlich sein (NJ_Spiegel_3). In einer Pressemitteilung behauptet die Bewegung zudem, dass die Verschärfung der Düngeverordnung zu einer Unterdüngung der Böden führen werde. Der Deutsche Bauernverband fordert nach der Veröffentlichung des Nitratberichts 2020,

„[...] dass die Grundwassermessstellen kontinuierlich auf ihre Eignung und Tauglichkeit zur Bewertung des Grundwasserzustandes überprüft werden. ‚Grundlage für die Bewertung der Grundwasserqualität müssen technisch einwandfrei und geografisch sowie hydrogeologisch geeignete Messstellen sein. Die im Nitratbericht 2020 verwendeten Messstellen bleiben diesbezüglich noch hinter den Anforderungen zurück“ (IA_DBV_7).

Landwirt*innen begannen sogar, die Messstationen vor Ort selbst zu überprüfen – mithilfe von Checklisten, deren Herkunft unklar blieb (FJ_AgrarHeute_8). Gemeinsam ist all diesen Äußerungen, dass keine stichhaltigen Argumente oder Quellen genannt werden, mit denen die vorgebrachten Vorwürfe belegt werden könnten. Weder in der Medienberichterstattung noch in den eigenen Veröffentlichungen erklären die entsprechenden Akteure, auf welcher Grundlage sie ihre Meinung vertreten. Was spricht dafür, dass die gemessenen Werte tatsächlich ein falsches Bild von der Nitratbelastung des Grundwassers liefern? Wie kommt der DBV zu dem Schluss, dass die Messstellen technische Mängel aufweisen und schlecht positioniert sind? Was könnte den Verdacht erhärten, dass Kläranlagen eine zentrale Rolle spielen? Gibt es wissenschaftliche Studien oder Erfahrungen aus anderen Ländern, durch die belegt wird, dass die reduzierte Düngung tatsächlich zu einer Schädigung des Bodens führen kann? Ein anschauliches Beispiel für diese argumentativen Schwächen liefert auch ein lokales Anzeigenblatt in Rheinland-Pfalz. In einem Artikel über eine

Informationsveranstaltung für Landwirt*innen kommt ein nicht näher beschriebener „Abwassermeister“ namens Armin Hunsicker zu Wort, der sich eine der Messstationen genauer angesehen habe:

„Der Fachmann zweifelt die Korrektheit der dort genommenen Proben an. ‚Die Probe muss kühl gelagert werden und innerhalb von drei Stunden ausgewertet werden, damit das Ergebnis repräsentativ ist‘, erklärt Hunsicker. ‚Ich glaube nicht, das dies dort geschehen ist. So eine Probe muss korrekt entnommen und behandelt werden, dann kommen auch ganz andere Ergebnisse dabei heraus‘, sagt Hunsicker.“
(NJ_Wochenspiegel_1)

Wie der Zitierte zu diesem Schluss kommt, bleibt unklar. Wie kann er vermuten, dass die Proben nicht kühl gelagert oder zu spät ausgewertet wurden, vor allem, nachdem er sich die Station nur „genauer angesehen“ hat? Inwiefern hat er etwas mit der Probenentnahme zu tun? Fallen diese Tätigkeiten in seinen Aufgabenbereich als Abwassermeister? Diese Fragen bleiben unbeantwortet.

Es finden sich in der öffentlichen Diskussion durchaus Informationen, die die von den landwirtschaftlichen Akteuren geäußerten Zweifel – zumindest in Teilen – erhärten könnten. So gab Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner zu, dass es „da Messungen in der Nähe von Mülldeponien, angeblich sogar eine unter einem Friedhof“ gegeben habe (NJ_SZ_7). In der Süddeutschen Zeitung wurden Zahlen des Umweltbundesamtes visualisiert und damit wurde gezeigt, dass nicht nur landwirtschaftliche Flächen von zu hohen Nitratwerten betroffen sind – auch Flächen, die im Einzugsgebiet von Siedlungen liegen, wiesen erhöhte bzw. zu hohe Werte auf (NJ_SZ_1). Außerdem weist die Graswurzelbewegung ‚Land schafft Verbindung‘ auf ihrer Homepage darauf hin, dass andere europäische Länder ein repräsentatives Messstellennetz haben, Deutschland aber nicht (IA_LsV_4) – mit entsprechenden Beispielen bzw. Belegen wäre auch dies ein schlagkräftiges Argument. Zudem zeigen Erfahrungen aus Dänemark, dass die Getreidequalität darunter leidet, wenn die Nährstoffeinträge zu stark reduziert werden – dies schwächte die Wettbewerbsfähigkeit von dänischen Landwirt*innen auf dem Weltmarkt, führte zu geringeren Erlösen und hat schlussendlich zu einem Umdenken in der Politik beigetragen (Agra Europe 2015). Obwohl also Argumente und geeignete Informationen zu diesem Thema vorliegen, werden sie von den betroffenen Akteuren nicht bzw. nur bedingt aufgegriffen.

Das beschriebene Defizit ist auch in Bezug auf andere Themen zu beobachten. Nach dem zweiten Treffen des Runden Tisches ‚Aktionsprogramm Insektenschutz‘ im März 2019 wird beispielsweise im Onlineportal ‚Agrarheute‘ der Generalsekretär des DBV, Bernhard Krüsken, wie folgt zitiert:

„Wir sind nicht weiter als im November.‘ Das Bundesumweltministerium würde nun ein Gesetz machen, bei dem viele aus landwirtschaftlicher Sicht kritischen Punkte schlicht ungeklärt seien. Krüsken zeigte sich besorgt: Das Aktionsprogramm Insektenschutz würde in aktueller Form zahlreichen Leistungen der Landwirtschaft für die Artenvielfalt die Förderfähigkeit entziehen. Pauschale Anwendungsverbote von Pflanzenschutzmitteln machten fachlich keinen Sinn. Die Unterschutzstellung im Rahmen des Bundesnaturschutzgesetzes sei ‚eine Einladung zum Landgrabbing durch den Naturschutz‘.“ (FJ_AgrarHeute_3)

Diese Stellungnahme beinhaltet zwar Krüskens Position (das geplante Gesetz ist zu unkonkret und wirkt sich negativ auf Landwirt*innen aus), Argumente, Beispiele oder Belege fehlen jedoch. Lesende erfahren nicht, welche kritischen Punkte bislang ungeklärt sind, welche Leistungen künftig nicht mehr förderfähig wären und welche Anwendungsverbote von Pflanzenschutzmitteln aus seiner Sicht keinen Sinn ergeben. Statt die Aussage kritisch zu hinterfragen und kommunikative Defizite zu beheben, wird sie unreflektiert wiedergegeben.

Eine besonders niedrige Diskursqualität offenbart sich diesbezüglich auch in den untersuchten Online-Kommentaren. Nur wenige Leserkommentare – unabhängig davon, auf welcher Plattform und von welcher Akteursgruppe diese veröffentlicht wurden – weisen eine argumentative Struktur auf. Selbst bei den sachlichen und themenbezogenen Kommentaren handelt es sich oft nur um Behauptungen ohne jegliche Begründung (z. B. K_BUND_2; K_NABU_2; K_NABU_3). Nachdem etwa TopAgrar darüber berichtet hatte, dass Deutschland wegen unzureichender Schutzgebietsausweisung von der Europäischen Kommission gerügt worden war, kommentiert ein Nutzer:

„Unsere Umweltverwaltung arbeitet viel zu kompliziert und daher langsam. Die Rüge aus Brüssel stört die Beamten wenig, sie fordern dann mehr Geld und Personal. Und die Kritik wird dann eher auf die Landwirtschaft umgeleitet obwohl die gar nichts damit zu tun hat. Die Frage ist doch eher ob das Ganze irgend etwas für die Umwelt bringt, was ich schwer bezweifle. Ein ziemlich perfides System bei dem die Bauern immer die Dummen sind.“ (K_TopAgrar_1)

Der zitierte Kommentar ist eine Aneinanderreihung verschiedener Thesen, die weder mit weiteren Sachinformationen noch mit konkreten Beispielen untermauert bzw. belegt werden.

6.1.3.2 Mangelndes Widerlegen der Argumente der Gegenseite

A. Mangelnder Themenbezug

Vor allem in Online-Leserkommentaren ist wiederholt ein mangelnder Themenbezug zu beobachten: Zwischen dem Thema eines Beitrags und den Themen der dazugehörigen Leserkommentare besteht entweder kein oder nur ein geringer inhaltlicher Zusammenhang. Der Influencer Bauer Willi kommentierte beispielsweise im Frühjahr 2019 eine Talkshow-Folge von Sandra Maischberger zum Thema Naturschutz, bei der unter anderem die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bayerischen Landtag, Katharina Schulze, zu Gast war. Statt sich mit dem Inhalt des Blogbeitrags oder der Talkshow auseinanderzusetzen, verlinkte ein Nutzer namens ‚Ehemaliger Landwirt‘ lediglich einen Focus-Artikel, in dem es um einen USA-Urlaub von Schulze geht (K_BauerWilli_1). Dazu schrieb er „Hurra, und wie Frau Katharina Schulze Urlaub macht“. Diese Kritik an Schulzes Person ist losgelöst von den von Bauer Willi thematisierten Aspekten und steht in keinem Zusammenhang mit dem Blogbeitrag.

Auch in den sozialen Medien lässt sich der mangelnde Themenbezug regelmäßig beobachten. Nachdem etwa der BUND einen Post zum Thema Insektensterben auf Facebook veröffentlicht hatte, beschwerte sich eine Nutzerin über das im Beitrag verwendete Gendersternchen: Sie werde sich erst wieder mit den Positionen des Verbandes auseinandersetzen, wenn dieser mit seiner „gestörte[n] Sprache“ aufhöre (K_BUND_3). Je mehr Personen

einen Beitrag kommentieren, desto größer scheint dabei die Gefahr, sich vom behandelten Thema zu entfernen. Als beispielsweise der NABU im Juli 2020 im Rahmen eines Facebook-Posts die Verabschiedung des neuen EU-Haushalts kritisierte, weil dieser zu wenig Geld für Klima- und Naturschutz vorsehe, entspann sich in den Leserkommentaren eine Diskussion über Menschen mit Behinderung. Den Ausschlag dazu gab eine Nutzerin, die die EU sinnbildlich mit einem „Wasserkopf“ verglichen hatte (K_NABU_2). Diesen Sprachgebrauch kritisierten diverse Nutzerinnen, die in der Folge von ihren Familienangehörigen mit Hydrozephalus, im Volksmund ‚Wasserkopf‘, berichteten.

B. Mangelnde Dialoghaftigkeit

Mangelnder Themenbezug, wie er im vorgehenden Abschnitt geschildert wurde, ist in der massenmedialen Berichterstattung selten ein Problem. Es gehört zu den grundlegenden Aufgaben von Journalist*innen, einen Artikel einem bestimmten Thema zu widmen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die im Text zu Wort kommenden Akteure sich tatsächlich aufeinander beziehen. Vor allem bei komplexen, vielschichtigen Themen zeigt sich, dass vielmehr das Gegenteil der Fall ist: Die Akteure sprechen zwar über dasselbe Thema, gehen aber in keiner Form auf die Argumente der jeweils anderen ein (z. B. NJ_Zeit_1, NJ_Focus_1; NJ_Spiegel_1; NJ_Spiegel_2). Vielmehr werden dieselben Argumente wiederholt unverändert gegenübergestellt. In der Wochenzeitung ‚Die Zeit‘ wurde etwa Ende Oktober 2019 über Bauernproteste in verschiedenen deutschen Städten berichtet (NJ_Zeit_1): Die im Text zitierten Vertreter*innens der Initiative ‚Land schafft Verbindung‘ und des Deutschen Bauernverbandes kritisieren, dass die neuen Auflagen nicht alltagstauglich seien, dass sie sich entmündigt und übergangen fühlen. Die damalige Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner hingegen verweist darauf, dass Landwirt*innen im Zusammenhang mit den neuen Auflagen finanziell stärker unterstützt werden. Was aber die Politik zu den Vorwürfen der Landwirt*innen sagt, bleibt ebenso offen wie die Meinung der Landwirt*innen zu den zusätzlichen finanziellen Mitteln. Ähnliches zeigt sich in einem Bericht von Focus Online, in dem die Demonstrationen verschiedener Gruppierungen Anfang 2020 thematisiert werden (NJ_Focus_1). Im Text werden zwar die Positionen der beteiligten Akteure wiedergegeben, ein Dialog entsteht aber nicht: Ein Bündnis aus Bauern, Klima- und Tierschützer*innen forderte eine radikale Neuausrichtung der Agrarpolitik. „Die Klimakrise, zu viel Nitrat im Grundwasser und ein dramatisches Artensterben zeigten, dass es so nicht weitergehe“. Die Initiative ‚Land schafft Verbindung‘ kritisiert indessen die wachsende Zahl an Auflagen und die ehemalige Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner verweist darauf, dass es ein „Menschenrecht auf Nahrung“ gebe. Da aber viele Länder nicht die notwendigen Ressourcen hätten, um ausreichend Lebensmittel produzieren zu können, stehe Deutschland hier in der Verantwortung. Ein Dialog, das heißt eine diskursive Auseinandersetzung zwischen den beteiligten Akteuren, entsteht nicht.

Dass eine derartige Dialoghaftigkeit in den eigenen Veröffentlichungen der betroffenen Akteure (also z. B. Pressemitteilungen) nicht gegeben ist, ist zu erwarten. In Bezug auf die Theorie der sozialen Identität ist es nachvollziehbar, dass Menschen sich stets auf jene Themen(-aspekte) fokussieren, die für die Ingroup – also die eigene soziale Gruppe – besonders vorteilhaft sind. Ungünstige Themen(-aspekte) werden so weit wie möglich vermieden. Dass die mangelnde Dialoghaftigkeit aber wiederholt auch in nachrichten- und fachjournalistischen Texten zu beobachten ist, erscheint umso kritischer. Denn wo, wenn nicht hier, soll der öffentliche Diskurs stattfinden? Die Bedingungen für die gegenseitige Bezugnahme

sind in der öffentlichen Kommunikation, die meist technisch vermittelt, asynchron und häufig unter Einfluss der (Massen-)Medien stattfindet, zwar erschwert, doch deshalb gehört die Konfrontation der beteiligten Akteure mit den Positionen der jeweils anderen zu den zentralen Aufgaben von Journalist*innen.

6.1.3.3 Unangemessenes Verhalten oder unangemessene Sprache

A. Ironie, Sarkasmus, Beleidigungen, Provokationen

Während die Kommunikation verbandlich und politisch organisierter Akteure weitgehend als höflich bezeichnet werden kann, zeichnet sich bei Einzelpersonen ein anderes Bild ab. In Leserkommentaren, aber auch auf Blogs kommt es immer wieder zu ironischen oder sarkastischen Bemerkungen, zu persönlichen Angriffen und Beleidigungen – vor allem von Seiten der landwirtschaftlichen Akteure. Nach einer Rede von Umweltministerin Svenja Schulze erzürnte sich Influencer Ralf Pauelsen etwa darüber, dass sie „das Geld dem NABU in den Rachen schmeißen“ wolle, obwohl dieser die Bevölkerung nicht ernähren könne; er sei „es leid, die Scheiße“ (IA_Pauelsen_2). Ein Landwirt bezeichnet Schulzes Äußerungen bei einer Fernsehstkshow als „lächerliches Geschwätz“, sie sei als Ministerin „nur noch peinlich“ (K_BauerWilli_1). Der Bremische Landwirtschaftsverband wirft dem dortigen NABU-Landesverband „Verlogenheit und Erbärmlichkeit“ sowie „Arroganz und Selbstherrlichkeit“ vor (IA_LBV_1). Ein Landwirt bezeichnet die BUND-Jugend abwertend als „die Kiddies aus dem Großstadt-Dschungel“ (K_BUND_1), ein weiterer fordert vom BUND „Liefern statt Labern“ (K_BUND_1). Nachdem außerdem die Supermarktkette Penny seinen Kund*innen in einem Werbeprospekt empfohlen hatte, Licht zu reduzieren, weil Bienen magisch davon angezogen würden und es ihren Orientierungssinn beeinträchtige, fragte Bauer Willi auf seinem Blog abfällig, ob da wohl „die Praktikantin der Marketing-Abteilung von Rewe/Penny am Werk“ war (IA_BauerWilli_3). Im selben Artikel finden sich Textpassagen wie:

„Ach so: ...was es sonst noch im Prospekt zu lesen gibt? Avocado aus Kenia, Peru oder Marokko, Pfirsiche aus Spanien, Äpfel aus Italien, Kiwi aus Neuseeland, Frühkartoffeln aus Ägypten und Bananen für 1,49 €/kg (Zusatz: „nirgendwo günstiger!“)

Na, dann ist doch alles in Ordnung. DANN GEH DOCH ZU PENNY!!

Oder war das jetzt Netto? Egal, die kommen sicher auch bald mit einem Insekten-Rettungs-Programm. Gemeinsam mit dem BUND, denn der NABU hat seine Seele ja schon an REWE verkauft.“ (IA_BauerWilli_3)

Andere Landwirte äußern sich nicht minder sarkastisch: Nachdem Influencer Bauer Willi Zusammenstellung und Größe der Zukunftskommission Landwirtschaft kritisiert hatte (eine Expertenrunde, die u. a. Empfehlungen für mehr Ressourcenschutz und Wirtschaftlichkeit erarbeiten soll), schlägt ein Kommentierender vor, dass „die Sitzungen dieser Schwatzrunde [...] mindestens 3 Wochen am Stück dauern sollten, hermetisch abgeriegelt und mindestens 20 Tage ohne Brot“ (K_BauerWilli_4, siehe Abb. 9). Eine andere Nutzerin ergänzt, die Teilnehmenden sollten „nebenher Rüben vereinzeln oder Unkraut jäten“, so würden sie „mehr Bezug zur Praxis bekommen“ und „konkretere Vorschläge“ erarbeiten können (K_BauerWilli_4).

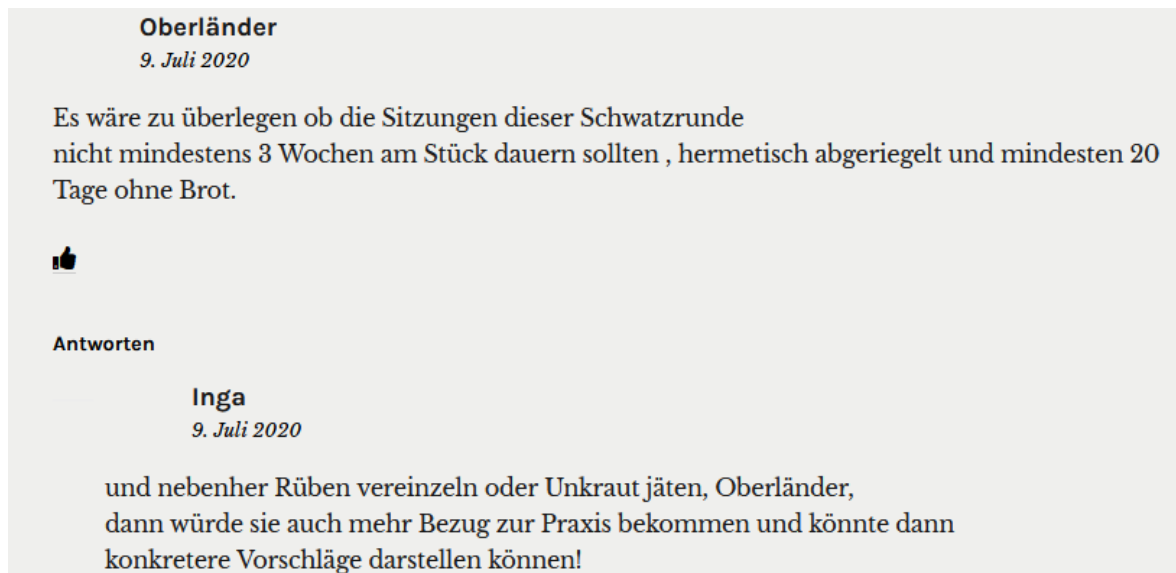


Abb. 9: Sarkastische Nutzerkommentar zu einem Blogbeitrag von Willi Kremer-Schillings (Quelle: <https://www.bauerwilli.com/der-berg-kreisste-und-gebar-eine-maus/>)

Doch auch Menschen, die den Naturschutzorganisationen nahestehen, äußern sich in den sozialen Medien unangemessen. Ein Nutzer erklärt herablassend, dass Landwirte, sofern sie „mit einem Taschenrechner umgehen“ können, „selbst technisch aufwendige Indoor Farming Concepts, z. B. Vertical Farming“ problemlos umsetzen könnten – dafür müssten derartige Technologien nur „bis zu unserer Landwirtschaftsministerin und zur EU“ durchdringen. Wenn dies dann aber geschehen sei, gebe es sicher „Geschenke von der EU“ (K_BUND_3).

B. Unverständliche Sprache

Ein Konsens beziehungsweise ein begründeter Dissens kann nur erreicht werden, wenn die Akteure sich so äußern, dass sie von anderen auch verstanden werden. Verwendet ein Akteur beispielsweise zu viele Fachbegriffe, Fremdwörter oder eine förmliche Ausdrucksweise (etwa das umgangssprachlich bezeichnete Beamtendeutsch), kann dies zu Problemen führen. Der Gesprächspartner versteht nicht, was sein Gegenüber ausdrücken möchte, und kann in der Folge keine Stellung dazu nehmen. Eine Rückkoppelung, also eine entsprechende Nachfrage, ist je nach Kommunikationssituation nicht immer möglich – vor allem in der öffentlichen Kommunikation. Die Folge: Es kann kein Dialog stattfinden. Im Rahmen der Inhaltsanalyse wurden derartige Probleme eher selten beobachtet. Nur vereinzelt finden sich Begriffe, die – zumindest für Journalist*innen und die allgemeine Öffentlichkeit – unklar sein könnten. In einer Pressemitteilung ist z. B. die Rede von „Extensivgetreide mit blühender Untersaat“, „Erbsenfenster[n]“ oder „mehrjährige[n] Blühstreifen“ (IA_DBV_1). In der öffentlichen Kommunikation werden zudem wiederholt die beiden Säulen der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik erwähnt. Die erste besteht aus Direktzahlungen an Landwirt*innen, die – bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen – je Hektar landwirtschaftlicher Fläche gewährt werden. Die zweite Säule umfasst Förderprogramme für die ländliche Entwicklung sowie nachhaltige, umweltschonende Bewirtschaftung. In den untersuchten Texten wird dies allerdings nicht immer erläutert – auch dann, wenn sie sich an die Presse bzw. die allgemeine Öffentlichkeit richten (z. B. IA_Bioland_3;

StA_BMEL_9). Insgesamt scheint dieser Aspekt im Spannungsfeld Naturschutz – Landwirtschaft allerdings keine größere Rolle zu spielen.

6.2 Ursachen

Es lassen sich sechs zentrale Ursachen für die bestehenden Kommunikationsprobleme ausmachen: (1) Misstrauen vor allem der Landwirt*innen gegenüber anderen Akteuren, (2) emotionale und finanzielle Betroffenheit der Landwirt*innen, (3) fehlendes Wissen bei quasi allen beteiligten Akteuren, (4) Pfadabhängigkeiten und organisationsinterne Zwänge, (5) ungeklärte Zielkonflikte sowie (6) gruppenspezifische Verhaltens- und Bewertungsmuster. Die genannten Aspekte werden in den folgenden Abschnitten eingehend erläutert. Erste Hinweise auf die Ursachen hatten sich bereits im Rahmen der Inhaltsanalyse ergeben. Die Teilnehmenden der Gruppendiskussionen bestätigten diese Befunde weitgehend und ergänzten sie um weitere Aspekte (darunter die Ursachen fehlendes Wissen, Pfadabhängigkeiten und ungeklärte Zielkonflikte).

6.2.1 Mangelndes Vertrauen

Ein zentraler Grund für bestehende Kommunikationsprobleme ist offenbar die fehlende Vertrauensbasis zwischen den beteiligten Akteuren. Nachdem etwa im Juli 2020 die Teilnehmerliste der ‚Zukunftskommission Landwirtschaft‘ bekanntgegeben wurde (32 Personen aus Wissenschaft, Landwirtschaft, Wirtschaft, Verbraucherschaft und Umweltschutz), äußerten Landwirt*innen Zweifel am Sinn einer solchen Gesprächsrunde. Sie kritisierten, dass die Kommission zu groß sei und es aufgrund der unterschiedlichen Interessen ohnehin zu keinem Ergebnis kommen werde – als Gründe für ihre negative Einstellung wurden unter anderem vergleichbare, ebenfalls erfolglose Arbeitskreise genannt. Der Influencer Bauer Willi etwa schreibt:

„Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, wie bei einer solch riesigen Besetzung ein konkretes Ergebnis herauskommen kann. Aber vielleicht liegt das ja auch an meinem mangelndem Vorstellungsvermögen. Die Einladungsliste erinnert mich stark an den Agrargipfel im Dezember 2019. Welche konkreten Ergebnisse hat es damals gegeben?“ (IA_BauerWilli_5)

Anstatt das Gesprächsangebot offen anzunehmen, ist eine ablehnende, kritische Grundhaltung zu beobachten. Frühere Gespräche hätten schließlich auch nicht zu befriedigenden Ergebnissen geführt. Auch das Fehlverhalten einzelner Personen erschwert das Entstehen der notwendigen Vertrauensbasis. Im Oktober 2019 etwa soll der Geschäftsführer des NABU Bremen, Sönke Hofmann, Funktionäre des Bauernverbandes als „Verbrecher“ und Landwirt*innen als „Brunnenvergifter, Käfertöter und Vogelschlächter“ bezeichnet haben. Daraufhin kündigten die Bauernverbände Bremen und Schleswig-Holstein öffentlich ihre Gesprächsbereitschaft auf. Der Bremer Bauernverband schrieb auf seiner Facebook-Seite, dass man „in keiner Weise mehr in Richtung des NABU Bremen gesprächsbereit sein“ werde, es seien „rote Linien überschritten worden“ (IA_LBV_1). Ausgenommen wurden lediglich einzelne Personen, mit denen bereits viele Jahre konstruktive Zusammenarbeit stattgefunden habe. Ähnliche Abwehrreaktionen sind aufseiten des Naturschutzes zu beobachten: Als Bundesumweltministerin Svenja Schulze bei Protesten im November 2019 eine Rede vor Landwirt*innen halten sollte, kehrten ihr viele Zuhörer*innen demonstrativ den Rücken zu. Nach wenigen Minuten brach sie ihre Rede ab und verließ unter Pfiffen die

Bühne (NJ_Bild_2). Aufgrund der langen Konfliktgeschichte zwischen Landwirtschaft und Naturschutz (siehe Kapitel 2.1) ist davon auszugehen, dass mittlerweile eine lange Liste derartiger Vorbehalte zwischen den beteiligten Akteuren existiert. Erschwerend kommt hinzu, dass vermutlich vor allem die besonders gravierenden Verfehlungen in Erinnerung bleiben und weitererzählt werden. Die betreffenden Ereignisse ziehen so immer weitere Kreise. Eine Teilnehmerin der Gruppendiskussionen äußerte sich zu diesem Aspekt wie folgt:

„Problematisch daran ist, dass das häufig Sachen sind, die die einzelnen Akteure gar nicht persönlich erlebt haben [...]. Also die Bauern erzählen sich die Fehlverhalten der unteren Naturschutzbehörde oder des LBVs, obwohl sie es gar nicht selbst erlebt haben, aber ihr Nachbar oder ihr Cousin, oder wer auch immer. Das ist so eine ... wie so eine Story, eine Erzählung, die man immer weitergibt, so. Und der Naturschutz macht das auch so. Der erzählt auch vom schlimmsten Bauer in der ganzen Gemarkung, der immer Sauereien betreibt. Das ist dann der, über den man spricht. [...] Das trägt auch dazu bei, dass Dinge, die schon uralte sind und vielleicht auch passé und auch nicht den aktuellen Erfahrungen entsprechen, so in der Gruppe, so weitergetragen werden.“ (BÖL3)

Statt sich bei der Beurteilung einer Situation oder eines Themas also auf den eigenen Erfahrung- und Wissensschatz zu verlassen, spielt die Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen offenbar eine zentrale Rolle: Durch die Weiterverbreitung von bestimmten Informationen innerhalb der Eigengruppe wird die Wahrnehmung maßgeblich beeinflusst. Gleichzeitig dient der Aufbau eines „Feindbildes“ der Identifikation mit der Eigen- und der Abgrenzung von der Fremdgruppe (BÖL3): Deswegen würden „Abweichler [...] auch ganz gerne einkassiert.“ Wer „zu gut und zu freundlich mit der als Gegenpartei identifizierten Gruppen zusammenarbeitet“, habe es „auch in den eigenen Reihen oft schwer“.

Darüber hinaus zeigt sich, dass Landwirt*innen teils massiv an der Wahrhaftigkeit anderer Akteure zweifeln: Naturschutzorganisationen wird vorgeworfen, „Halbwahrheiten“ zu verbreiten (K_NABU_1) und eher finanzielle Interessen zu verfolgen, als tatsächlich Verbesserungen für Umwelt und Natur anzustreben. So beschimpft ein Landwirt den BUND als „Spendengeldhascher und Hetzkampagnen Verursacher“ [sic!], der für seine „Verschlimmbesserungen [...] sattes Geld kassiert“ (K_TopAgrar_4). Ein anderer wirft dem NABU vor, verheimlichen zu wollen, europäische Agrarsubventionen zu erhalten. Der Verband tauche in der Liste der Subventionsempfänger nur deshalb nicht an prominenter Stelle auf, weil er die Gelder bewusst „von den über 80 Ortsgruppen und Stiftungen beantragen“ lasse (K_NABU_2). Wenn die EU Deutschland für das mangelhafte Management von FFH-Gebieten rügt (spezielle europäische Schutzgebiete, die nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie ausgewiesen wurden), geht es nach Ansicht mancher Landwirt*innen ebenfalls nur um Geld:

„Die Kassen in Bruessel sind leer! Also muss die ergiebigste Kuh gemolken werden. Und da dies nicht auf normalem Wege zu gewährleisten ist, macht man es eben durch Strafabgaben. Die betroffenen Landwirte sind uninteressant und werden als "Kollateralschaden" in Kauf genommen.“ (K_TopAgrar_2)

Politische Parteien bzw. die Regierung interessierte sich nur für Wahlerfolge und Machterhalt (z. B. K_BauerWilli_3, K_BauerWilli_4, K_AgrarHeute_1). Die Vergangenheit habe

gezeigt, dass auf ihre Äußerungen kein Verlass sei. So erinnert ein Landwirt zynisch an eine Stellungnahme des früheren bayerischen Umweltministers Werner Schnappauf (CSU), wonach die Ausweisung von FFH-Gebieten keine negativen Folgen für Betriebsleiter*innen haben werde, die sich letztendlich aber als unwahr herausgestellt habe (K_TopAgrar_2). Ämter und Behörden wie BMUV und BMEL seien längst von grünen Ideologen infiltriert (z. B. K_BauerWilli_5 oder K_TopAgrar_5) und die angebliche Beteiligung der Landwirtschaft an politischen Entscheidungen sei nichts anderes als ein geschickter Schachzug. Als das BMEL ein öffentliches Beteiligungsverfahren für die Ackerbaustrategie 2035 startete, fragte ein Landwirt provokativ:

„Ist unsere Meinung wieder so gefragt ist, wie bei der Anhörung zur Verschärfung der Düngeverordnung? Oder interessiert sich das Ministerium diesmal ganz echt für uns?“ (K_AgrarHeute_4)

Ein anderer ist sich sicher, dass die Beteiligung letztlich nur eine Farce ist:

„Dass man vorrangig die Wünsche der ungebildeten Nichtlandwirte in die Strategie (also Gesetze) packen will, zeigt sich durch den Beteiligungszeitraum: JULI ! Die Bauern haben mit Ernte zu tun und der Rest der Nation hat Ferien/Urlaub, kann aber nicht wie sonst in die Ferne, hat also reichlich Zeit, die Ideologie tausendfach unterzubringen.“ (K_AgrarHeute_4)

Auch in den Verbraucher*innen werden selten verlässliche Verbündete gesehen. Sie würden „beim Einkauf nur auf den Preis“ schauen und einen „mit dem hochwertigen, heimischen Produkt hängen“ lassen (NJ_Bild_3). Wenn sie die Wahl hätten, machten sie „lieber eine Kreuzfahrt“ oder „Kurzurlaube nach Malle“ (IA_BauerWilli_2). Desgleichen wird die eigene Berufsvertretung kritisch beäugt: Der Deutsche Bauernverband wird verdächtigt, sich nicht genügend für seine Mitglieder einzusetzen, sondern nach den Bauernprotesten 2019 und 2020 nur „wieder Ruhe im Laden“ haben zu wollen (K_BauerWilli_4). Präsident Joachim Rukwied sei nichts anderes als „ein zahnloser Tiger“ (K_TopAgrar_5). Im Vorfeld der jährlichen Mitgliederversammlung und der anstehenden Vorstandswahlen im Oktober 2020 sollen Landwirte ihn sogar als „Henker des Deutschen Bauernverbandes“ beschimpft und zum Wahlboykott aufgerufen haben (FJ_AgrarHeute_7). Auch in den Gruppendiskussionen bestätigen die Landwirte – zumindest jene, die bei ‚Land schafft Verbindung‘ aktiv sind –, dass sie sich vom Bauernverband nicht mehr angemessen vertreten fühlen. Die Kommunikation zwischen der Basis (also den Mitgliedern und den einzelnen Ortsverbänden) und der Verbandsspitze sei „irgendwo unterbrochen“ bzw. „gestört“ (KL8). Die Exportorientierung des Verbandes auf Bundesebene führe dazu, dass der*die einzelne Landwirt*in immer abhängiger von staatlicher Unterstützung werde – und das wolle man nicht. Außerdem sei der Verband zu eng mit Politik und Industrie vernetzt, um wirklich noch im Sinne der einfachen Mitglieder agieren zu können (KL5).

Teilweise ist ein solches Misstrauen auch bei Akteuren aus dem Naturschutzbereich zu beobachten. Ihre Skepsis bezieht sich allerdings weniger auf die einzelnen Landwirt*innen als vielmehr auf die politische Führung, Industrie und Gesellschaft. Der Vorwurf: Anstatt für alle Meinungen und Positionen offen zu sein und sich für die beste Lösung zu entscheiden, lasse sich die Regierung von manipulativen Lobbyverbänden beeinflussen (z. B. K_NABU_5 oder K_NABU_6). Lebensmitteleinzelhandel, chemische Industrie oder auch Landwirtschaft würden so verhindern, dass sinnvolle Maßnahmen umgesetzt werden. Landwirtschafts-

ministerin Julia Klöckner etwa werde nie echte Veränderungen erreichen, dafür würde sie „einfach zu gut gesponsert“ werden (K_BUND_1). Außerdem würden große industrielle Betriebe durch das bestehende Subventionssystem auf unfaire Art übervorteilt (K_NABU_4). Auch die Gesellschaft als Ganzes wird kritisiert: Fruchtbare Böden würden für industrielle Zwecke versiegelt (K_NABU_1), die Menschen äßen zu viel Fleisch (K_NABU_2) und setzten sich privat zu selten für Naturschutz ein (K_NABU_3).

6.2.2 Emotionale und finanzielle Betroffenheit

Eine weitere Ursache für Kommunikationsprobleme scheint das unterschiedliche Maß an Betroffenheit von Naturschützer*innen und Landwirt*innen zu sein. Es steht außer Frage, dass die Akteure des Naturschutzes von ihrem Tun überzeugt sind und ihre Ziele engagiert verfolgen. Zudem sind auch sie langfristig vom drohenden Biodiversitätsverlust betroffen. Dennoch haben agrarpolitische Entscheidungen selten einen großen unmittelbaren Einfluss auf ihr Berufs- oder ihr Privatleben. Landwirt*innen hingegen befinden sich – obwohl sie häufig selbständig sind – in einem unmittelbaren Abhängigkeitsverhältnis: Staatliche Zuschüsse machen mittlerweile einen großen Teil ihres Einkommens aus, ihre unternehmerische Eigenständigkeit wird durch gesetzliche Vorgaben und ökonomische Zwänge immer stärker eingeschränkt. Diese Abhängigkeit führt – vor allem in Kombination mit dem bestehenden Ungleichgewicht zu den Naturschutz-Akteuren – bei Landwirt*innen zu enormer Frustration, zu Furcht und Unverständnis. Immer wieder äußern sie, dass sie sich Sorgen um die Zukunft ihrer Betriebe machen (NJ_Bild_1). Sie kritisieren, dass die Politik ihnen keine Planungssicherheit gibt (NJ_SZ_6) – jeden Morgen müsse man sich zunächst informieren, „ob es nicht wieder eine neue Verordnung gibt, bevor man aufs Feld fährt“ (NJ_Bild_2). Dabei seien die hohen Umwelt- und Sozialstandards nicht mit dem hohen Wettbewerbsdruck in Einklang zu bringen (IA_DBV_3). Die Landwirt*innen befürchten, dass die zunehmende Zahl an Auflagen „den negativen Strukturwandel in der Landwirtschaft weiter anheizen wird“ (IA_LsV_4). Dafür, dass auch Naturschutz-Akteure Fördermittel beantragen und erhalten können, haben sie wenig Verständnis (K_BUND_1): Diese Mittel sollten „nur für die Landwirtschaft sein“. Zudem wird immer wieder betont, dass bei der Entscheidungsfindung vor allem die Betroffenen – nämlich sie selbst – berücksichtigt werden sollten (IA_LsV_2; K_Agrarheute_4; K_TopAgrar_2).

Von den Gruppendiskussionsteilnehmer*innen wird diese Vermutung mehrfach bestätigt. Landwirt*innen würden oft „sehr harsch [...] reagieren, weil [...] es ja auch um das eigene Land geht“ (BÖL5). Außerdem seien sie – im Gegensatz zu den Naturschutz-Akteuren – von Veränderungen unmittelbar finanziell betroffen (BÖL3): Wenn man in seiner Freizeit Fußball, spiele sei man „auch entspannter, als wenn man da irgendwie beruflich unterwegs ist“. Und wenn man „emotional aufgewühlt ist“, lasse man sich eben „auch mal zu was verleiten“, das man normalerweise nicht tun oder sagen würde (KL8). Dass Naturschutzverbände Agrarsubventionen beziehen können, wird auch hier scharf kritisiert: Sie würden „aus dem gleichen Topf“ Geld saugen wie die Landwirt*innen und sie so „mit ihren Ideologien“ [sic!] bekämpfen (KL6).

6.2.3 Fehlendes Wissen

Mehrere Teilnehmende der Gruppendiskussionen sehen im mangelnden Wissen über Landwirtschaft und Naturschutz eine weitere wesentliche Ursache für Kommunikationsprobleme. Dies betreffe die Akteure aus Landwirtschaft und Naturschutz (die zu wenig über

das jeweils andere Feld wissen) ebenso wie jene aus Journalismus, Wissenschaft und Gesellschaft. Der Landwirtschaftsreferent eines Naturschutzverbandes berichtet etwa, er müsse Landwirt*inne häufig erklären, „warum der Boden wichtig ist, wie Humusaufbau funktioniert, was für eine Bedeutung Biodiversität hat, wie das mit Nitrat im Boden funktioniert“ (N3). Kritisiert wird überdies, dass Landwirt*innen im Rahmen ihrer Ausbildung „nur technische Dinge“ lernen, „die bei der Führung des Betriebes eben wichtig sind“, während naturschutzrelevantes Wissen kaum berücksichtigt wird (N2). Ein anderer Teilnehmer urteilt, dass Naturschutz-Akteure ebenso wenig über die Prozesse in der Landwirtschaft wüssten wie andersherum (KL1). Schon in der Ausbildung fehle es auf beiden Seiten an den Grundlagen: „die Sensibilisierung [...], das gleiche Wording, das Voneinanderlernen, das gemeinsame Diskutieren“ fehlen schlicht und ergreifend (BÖL1). Dies führe mit dazu, dass die beteiligten Personen unterschiedliche Betrachtungsweisen einnehmen: „Wenn man fragt, was die Rolle des Bibers in der Landschaft ist, kriegt man ganz andere Antworten von einem Naturschützer [als von einem] Landwirt“ (BÖL3). Selbst an Hochschulen und Universitäten würden die jeweiligen „Fakultäten nebeneinandersitzen und auch die gleichen Vorlesungssäle nutzen“, aber nicht miteinander sprechen oder gar kooperieren – „auch die Professoren nicht“ (KL1). Problematisch sei zudem, dass die Erkenntnisse der Wissenschaft von den Medien nicht ausreichend weiterverbreitet bzw. thematisiert und diskutiert werden (BÖL2). Gleichzeitig wird eine gemeinsame, fundierte Wissensbasis aber als zentral für den Diskurs wahrgenommen. So berichtet ein Teilnehmer, dass bei einer Diskussionsveranstaltung erst sinnvolle Debatten in Gang gekommen seien, nachdem Fachinformationen zum strittigen Thema bereitgestellt wurden – „weil einfach das Verständnis für den Anderen gestiegen ist und [...] ein Austausch möglich war“ (N2).

Doch auch im Umgang mit Journalist*innen und Verbraucher*innen ist mangelndes Wissen aus Sicht der Diskutierenden ein Problem – auch über basale Kenntnisse bezüglich Landwirtschaft und Naturschutz würden sie oft nicht verfügen: Sie stünden vor einer Fläche und könnten „noch nicht mal unterscheiden, ist das eine Wiese oder ein Acker“ (N1). Kritisiert wird in diesem Zusammenhang auch, dass Journalist*innen sich teilweise nicht ausreichend in die Themen, über die sie berichten, einarbeiten – sie gingen stattdessen „den Weg des geringsten Widerstandes“ oder schrieben, „was allgemeiner Konsens zu sein scheint“ (KL3). In den Berichten über Landwirtschaft sei zwar immer „was Wahres dabei“, aber die notwendigen Hintergründe und Zusammenhänge würden nicht erläutert (KL8). Stattdessen würden große bzw. konventionelle Betriebe per se negativ dargestellt und kleine bzw. biologisch wirtschaftende positiv. Andere Teilnehmende vermuten hingegen, dass die mangelnde Ausgewogenheit der medialen Berichterstattung in keinem Zusammenhang mit der Einarbeitung der Journalist*innen stehe, sondern vielmehr mit der Komplexität der Themen an sich: „sowohl die Welt des Naturschutzes, als auch die Welt der Landwirtschaft“ sei „für den Ottonormalverbraucher so weit weg“, dass Journalisten nicht zu sehr in die Tiefe gehen dürften (BÖL3) – Laien verstünden sonst nicht mehr, worum es geht. Schon einem Journalisten zu erklären, wie die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik oder Direktzahlungen funktionieren, könne „stundenlang“ dauern, schließlich blicke da „ja keine Sau“ wirklich durch (N4).

Ein Landwirt ist der Meinung, dass sein Berufsstand mit daran schuld ist, dass Außenstehende so wenig über ihre Arbeit wissen. Landwirt*innen würden oft – ob nun absichtlich oder unabsichtlich – ein unrealistisches Bild von der Landwirtschaft vermitteln (KL2). Er

selbst habe früher eine kleine Zahl an Freilandhühnern gehalten und Besucher*innen regelmäßig die Eier und Hühner gezeigt. Als er dann zum ersten Mal einen Bodenhaltungsstall mit etwa 20 000 Hühnern betreten habe, sei er „geschockt“ gewesen von dem Anblick. Auch als Landwirt wisse man nicht alles, sondern in erster Linie, wie es auf dem eigenen Betrieb abläuft. Hinzu komme, dass es meistens verschwiegen werde, wenn auf dem eigenen Hof etwas Unangenehmes oder gesellschaftlich wenig Akzeptiertes passiere:

„Ich weiß, wie ein Schweinestall aussieht und ich weiß auch, wenn ich morgens in den Schweinestall reinkomme, dieses Bild kannst du auch nicht immer jedem zeigen. [...] Bei den Schweinen gibt es schon mal ein totes Schwein. Wir haben vergessen, den Leuten zu sagen, dass Verluste normal sind. Das kennt keiner. Jeder, der ein Schnitzel ist, meint, das kommt von einem glücklichen Schwein. Dass aber von hundert Schweinen drei sterben und die [...] entsorgt werden [müssen] – und die muss man tot aus dem Stall ziehen –, das muss ja keiner sehen, ich muss die Bilder keinem zeigen. Aber ich muss es kommunizieren. Das haben wir nie gemacht.“

Statt also ein realistisches Bild der Landwirtschaft zu vermitteln, versuchten viele Landwirt*innen, den Verbraucher*innen eine ‚intakte Welt‘ zu präsentieren. Hinzu komme, dass auch in der Werbung für Nahrungsmittel selten realistische Bilder gezeigt werden. Überraschend ist an dieser Stelle vor allem das Eingeständnis, dass selbst Landwirt*innen teils wenig über andere landwirtschaftliche Betriebe und Betriebsformen wissen.

6.2.4 Pfadabhängigkeiten und organisationsinterne Zwänge

Aus Sicht mehrerer Diskussionsteilnehmer*innen entstehen Kommunikationsprobleme auch dadurch, dass institutionelle Akteure in der Vergangenheit eingeschlagene Entwicklungslinien nicht ohne Komplikationen wieder verlassen können. Wenn ein Verband schon „seit sehr langer Zeit eine bestimmte Richtung“ vertrete, ist eine Abweichung davon nicht einfach möglich – die Historie sei deshalb „ein ganz großer Teilbereich, der die Kommunikation absolut beeinflusst“ (BÖL1). Im Fall des Deutschen Bauernverbandes habe dies dazu geführt, dass die zum Naturschutz entstandenen Gräben nicht ohne Weiteres überwunden werden können (BÖL1). Es werde zu sehr „an Traditionen fest[gehalten]“ (BÖL5). Eine andere Teilnehmerin führt als Beispiel das Verhalten des Bayerischen Bauernverbandes in Bezug auf das 2018 initiierte Volksbegehren ‚Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern – Rettet die Bienen!‘ an (BÖL3): Erst sei versucht worden, das Vorhaben lächerlich zu machen, dann sei „Geld ohne Ende in eine sehr aggressive [...] Gegenkampagne gesteckt“ worden, die allerdings gescheitert sei. Nachdem das Volksbegehren Anfang 2019 das bisher erfolgreichste in Bayern geworden war, habe der Verband kommunikativ in einer Sackgasse gesteckt – man habe schlecht zugeben können, dass die eigene Lobbyarbeit der vergangenen 20 Jahre fehlgeleitet war. Selbiges gelte für die Politik (BÖL3): „Das BMEL kann sich irgendwie schlecht hinstellen und sagen, ‚ja, die Agrarpolitik aller Regierungen der letzten zwanzig Jahre waren eine Katastrophe und das muss alles ganz anders werden.‘ Das geht ja nicht, das ist einfach kein Weg.“ Daraus resultierend können Probleme aus Sicht der Teilnehmenden nicht immer ehrlich und rein rational diskutiert werden.

Darüber hinaus bestehen aus Sicht einiger Gruppendiskussionsteilnehmer*innen innerhalb jeder Organisation weitere Zwänge, die die Kommunikation beeinflussen und einschränken können. Medien etwa seien „auf Klicks angewiesen“ (KL3) und würden deshalb stets „nach möglichst hohen Auflagenzahlen“ (KL1) bzw. hohen Einschaltquoten (KL8) streben. Stets

seien sie auf der Suche nach einer neuen „Sensation“ (KL8). Natur- und Umweltschutzverbände hätten Mitglieder, „deren Interessen sie vertreten müssen“ (KL3) und auf deren Spenden sie angewiesen seien (KL2). Ein Landwirt berichtet in diesem Zusammenhang von einer Begegnung mit einem Naturschutz-Vertreter, der diesen Zwiespalt offen bestätigte:

„Ein Geschäftsführer von einem Naturschutzverband, wo wir im Gespräch waren, dem habe ich so gesagt: ‚Wenn wir jetzt in den Weinbergterrassen die Herbizide verbieten, dann verändert sich die Artenvielfalt. Dann werden die Arten, die dort sind, nicht mehr da sein, weil die sind nur dort‘. Dann sagt er ‚Ja, da gebe ich Ihnen recht‘, aber das kann er gegenüber seinen Mitgliedern nicht vertreten. Das war quasi für mich so: Klar, ja da hilft alles nichts, auch wenn derjenige, wo jetzt da vorne dran ist, zwar Ahnung hat vom Ganzen, wenn dann aber seine 600.000 Mitglieder eben da anderer Meinung sind, dann klappt das nicht, dann kann er die_, dann wird er halt vielleicht abgesetzt und dann ist es gut. Dann ist sein Job in Gefahr, sozusagen.“ (KL5).

6.2.5 Ungeklärte Zielkonflikte

Mehrere Diskutanten bemängeln, dass es schwierig sei, den Anforderungen des Naturschutzes gerecht zu werden, weil sich sowohl die verschiedenen Akteure als auch die existierenden Förderprogramme zum Teil widersprechen. Bei den betroffenen Landwirt*innen entsteht deshalb der Eindruck, dass man es – egal was man sage oder tue – niemandem recht machen könne. Ein Teilnehmer thematisiert in diesem Zusammenhang die Regeln zur Umsetzung von Kompensationsmaßnahmen beim Neu- oder Ausbau von Autobahnen:

„[Wir] müssen hier Grünland umwandeln in ganz extensives Grünland und ich habe immer vorgeschlagen, wenn wir beispielsweise zur Landwirtschaft von 1970 zurückgehen würden – mit gewissen Mähdaten und relativ geringem Besatz – dann könnten wir den Kiebitz, der hier praktisch verschwunden ist, wieder herholen. Aber da soll der Wackelkönig kommen, der Kiebitz soll kommen, alles soll auf einmal passieren. Und zum Schluss hat man das Gefühl, es passiert gar nichts, weil die Programme sich gegenseitig widersprechen. Und da ist man als Landwirt, auch als ökologisch schaffender Landwirt irgendwo an einem Punkt angelangt, wo man die Hände hebt [Anm. d. Verf.: im Sinne einer Abwehrhaltung], wenn das nächste Naturschutzprojekt hier in der Gegend durchgeführt werden soll.“ (BÖL4)

Ein anderer Landwirt kritisiert, dass sich nicht nur einzelne Förderprogramme widersprechen, sondern auch die beteiligten Naturschutzakteure (KL9). Bei einer Gewässerschau, an der er beteiligt gewesen sei, seien verschiedene Naturschutzverbände vor Ort gewesen. Statt einheitliche Empfehlungen auszusprechen, hätten diese sich in ihren Forderungen aber deutlich unterschieden: „Die Einen haben gesagt, ‚man muss die Hecken wieder zurückschneiden, dass Bodenbrüter wieder Platz haben‘. Die Anderen haben gesagt ‚nein, man darf gar nichts machen.‘“ Für den Landwirt sei es dann schwierig zu entscheiden, welche Maßnahmen umgesetzt werden sollen und welche nicht.

Ähnliche Probleme gibt es aus Sicht der an der Diskussion beteiligten Landwirt*innen allerdings auch in anderen Bereichen. Ein Teilnehmer kritisiert, dass die Politik einerseits daran interessiert sei, dass Lebensmittel weiterhin günstig seien, und gleichzeitig wolle man „die Messlatte immer höher hängen“ (KL8). Die Landwirte säßen deshalb in einer Zwickmühle, aus der man nicht herauskomme. Innerhalb der Landwirtschaft gebe es ebenfalls derartige Zielkonflikte:

„[Der] Landwirt [...], der Tiere hält, ist natürlich [...] an einem günstigen Kraftfutter interessiert. Das widerspricht natürlich aber dem Weizenpreis, den man haben möchte. Also da sind schon in der Landwirtschaft auch sehr tiefe Gräben, die es zu überwinden gibt [...]. Der Milchpreis soll hoch sein, der Fleischpreis soll hoch sein, aber das Getreide soll wenig kosten für den Tierhalter. Aber der Ackerbauer, der möchte natürlich hohe Preise im Weizen, ist ja logisch.“ (KL5)

Für den Deutschen Bauernverband, der als Einheitsverband der deutschen Landwirtschaft alle landwirtschaftlichen Akteure vertreten soll, sei es vermutlich schwierig, damit umzugehen. Da der Verband so viele verschiedene Bauern und andere landwirtschaftliche Akteure vertreten müsse, könne er nicht für alle sprechen (KL2): „Alle unter einen Hut bringen geht nicht“.

6.2.6 Gruppenspezifische Verhaltens- und Wahrnehmungsunterschiede

Eine weitere Ursache für die beobachteten Kommunikationsprobleme sind vermutlich gruppenspezifische Verhaltens- und Bewertungsunterschiede. Wie in Kapitel 3.4.1 erläutert wurde, werden die Akteure aus Landwirtschaft und Naturschutz in der vorliegenden Arbeit als miteinander konkurrierende soziale Gruppen betrachtet. Zwar weisen beide keinen streng formalen Charakter auf – z. B. im Hinblick auf die Definition von Schäfers (2016), fehlen u. a. kontinuierliche Kommunikations- und Interaktionsprozesse sowie Rollendifferenzierungen innerhalb der Gruppe –, bezüglich der SIT und der bisherigen Forschungsergebnisse dazu ist dieser Aspekt jedoch vernachlässigbar. Denn aus der sozial-psychologischen Perspektive, die die SIT einnimmt, ist vielmehr entscheidend, dass Menschen sich selbst einer bestimmten Gruppe zugehörig fühlen und dies von anderen auch so wahrgenommen wird. Bei Betrachtung der Ergebnisse dieser Arbeit im Hinblick auf die SIT lassen sich zahlreiche Beobachtungen erklären. So ist sowohl bei Landwirt*innen als auch bei Naturschutz-Akteuren regelmäßig eine positive Darstellung der Eigengruppe bei gleichzeitiger Abwertung der Fremdgruppe zu beobachten. Landwirt*innen betonen, dass sie wüssten, wie mit der Natur umgegangen werden sollte (FJ_TopAgrar_4; IA_Pauelsen_3; NJ_Bild_3). Sie trügen maßgeblich zum Naturschutz bei (IA_LsV_2; IA_LsV_4), würden hochwertige Lebensmittel produzieren (IA_DBV_6; IA_DLG_4; IA_LsV_1; NJ_Bild_3) und wollten damit ehrliches Geld verdienen, statt Subventionsempfänger zu sein (IA_Bioland_3; IA_Pauelsen_4; NS_SZ_4). Naturschutz-Akteure hingegen seien unkooperativ (IA_AbL_4; K_BauerWilli_4), unwissend (FJ_TopAgrar_4; K_BUND_1; K_BUND_2) und profitorientiert (IA_Pauelsen_1; K_TopAgrar_4). Die Naturschutz-Akteure wiederum betonen, dass sie Verständnis für die Landwirt*innen hätten (IA_NABU_1) und sich für eine faire, nachhaltige Agrarpolitik einsetzen würden (IA_BUND_1; IA_BUND_2; IA_BUND_4; IA_Greenpeace_1). Die Landwirt*innen seien bzw. deren Spitzenverband sei allerdings zu oft rückwärtsgewandt und nicht bereit für Veränderungen. Immer noch zu häufig würden Pestizide und andere schädliche Stoffe ein- bzw. freigesetzt (IA_BUND_2; IA_BUND_7; IA_DUH_1). Außerdem fehle die notwendige Unterstützung aus Gesellschaft und Politik (IA_BUND_1; IA_DUH_3).

Im sozialen Wettbewerb zwischen Landwirt*innen und Naturschützer*innen sind überdies wiederholt kognitive Umbewertungsprozesse zu beobachten. Das heißt, es wird versucht, von negativen Eigenschaften der Eigengruppe abzulenken, indem die positiven betont werden. Da beispielsweise der Einsatz chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel sowie die hohen Stickstoffeinträge in der Landwirtschaft häufig kritisiert werden (z. B. IA_BUND_1;

IA_BUND_2; IA_DUH_1), verweisen Landwirt*innen immer wieder auf ihre Aufgabe als Nahrungsmittelproduzenten (z. B. IA_Pauelsen_2; NJ_Bild_3; KL8). Die durch die Pflanzenschutzmittel ermöglichte hohe Produktivität ist gemäß dieser Interpretation nicht negativ, sondern positiv zu bewerten. Durch einen Vergleichsgruppenwechsel wird zudem wiederholt versucht, negative Eigenschaften durch einen für die Ingroup vorteilhafteren Vergleich zu relativieren. So führen Landwirt*innen immer wieder an, dass in asiatischen oder südamerikanischen Ländern die ökologischen Standards niedriger seien als in Deutschland. Sie würden nicht akzeptieren wollen, „dass aus der ganzen Welt, beispielsweise aus Südamerika wo der Regenwald brennt Lebensmittel importiert werden“ und die Preise für diese Produkte dann auch noch die „Richtwerte“ für den deutschen Markt seien (NJ_Wochenspiegel_1). „Ernst gemeinter Arten- und Tierschutz in der Lebensmittelproduktion“ könne „nur hier vor Ort und nicht in Übersee geleistet werden“ (IA_LsV_4). Die heimischen Lebensmittel seien demgegenüber regional, sicher und gesund (z. B. IA_LsV_2; NJ_Bild_3; NZ_Zeit_4), es gebe „nichts Besseres“ als deutsche Lebensmittel (KL7). Davon abgesehen dürfe nicht vergessen werden, dass auch andere Akteure (Kommunen, Unternehmen, Gesellschaft) bzw. Handlungsweisen (Lichtverschmutzung, Flächenversiegelung) massiv zu Natur- und Umweltschäden beitragen (IA_LsV_3; IA_Pauelsen_1; NJ_Wochenspiegel_1; NJ_ZEIT_2).

6.3 Vorschläge zur Verbesserung der Diskursqualität

Im Rahmen der Gruppendiskussionen wurden die Teilnehmenden gebeten, Vorschläge zur Verbesserung zur Diskursqualität zu formulieren. Ein Befragter schlug vor, schon in der Ausbildung auf eine Intensivierung des gegenseitigen Austausches und bessere Wissensvermittlung zu setzen (KL1): Studierende und Auszubildende sollten mehr über den jeweils anderen Bereich lernen und persönliche Kontakte knüpfen. Als Vorbild nannte er die Kooperation zwischen der DLG und einer deutschen Hochschule: Die DLG bietet dort jährlich eine Lehrveranstaltung an, bei der Naturschutz-Studierende die Grundlagen der Landwirtschaft nähergebracht werden.

Aus Sicht eines weiteren Befragten (N1) wäre es überdies sinnvoll, wenn Ministerien und Verbände – statt wie bislang vor allem auf Konfrontation zu setzen – verstärkt über Erfolge in der Zusammenarbeit berichten würden. Denn auch wenn durch einzelne Projekte oder Maßnahmen nicht alle Probleme verschwinden, dürfe man „nicht unter den Tisch fallen lassen“, dass Landwirt*innen durchaus aktiv zum Naturschutz beitragen. Sofern derartige Pressemitteilungen bereits veröffentlicht werden, würden sie nicht in der Berichterstattung berücksichtigt und somit auch nicht wahrgenommen. Ein anderer Befragter (N2) regte an, dass Landwirt*innen und deren Verbände insgesamt eine positivere Selbstdarstellung anstreben sollten. Statt sich in der öffentlichen Kommunikation auf Negatives zu konzentrieren, sollten sie den Fokus auf den positiven Zusammenhang zwischen Landwirtschaft und Biodiversität richten – viele Arten wie Kiebitz und Feldlerchen gebe es schließlich nur bei uns, „weil Landwirte seit Jahrhunderten oder Jahrtausenden hier wirtschaften“. Landwirt*innen sollten ihre Arbeit deshalb stärker als „Kulturgut“ wahrnehmen und dieses „erhalten und weiterentwickeln und sich dafür einsetzen“. Die Frage, inwiefern dies mit der angespannten finanziellen Situation vieler Betriebe und der Exportorientierung der deutschen und europäischen Agrarpolitik im Allgemeinen vereinbar ist, bleibt weiterhin unbeantwortet.

Die direkte, interpersonale Kommunikation betreffend, schlug ein Befragter vor, die Beratungskapazitäten in den biologischen Stationen auszubauen (N1). Er habe häufig das Problem, Landwirt*innen abweisen zu müssen, weil es nicht ausreichend Personal gebe, um alle Anfragen zu bearbeiten. Dabei seien sowohl das notwendige Fördergeld vorhanden als auch die Bereitschaft der Landwirt*innen, auch in größerem Umfang Maßnahmen umzusetzen. Ein anderer Befragter spricht sich – vor allem bei kontroversen Themen – für professionell moderierte Diskussionsveranstaltungen aus (N2). Diese seien deutlich zielführender als die oft emotionalen und niveaulosen Auseinandersetzungen in den sozialen Medien.

7 Diskussion

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit zusammengefasst und interpretiert (Kapitel 7.1), außerdem wird auf bestehende Limitationen hingewiesen (Kapitel 7.2). Darauf aufbauend werden Empfehlungen für künftige Forschungsarbeiten (Kapitel 7.3) sowie konkrete Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Diskursqualität abgeleitet (Kapitel 7.4).

7.1 Zusammenfassung und Interpretation der Ergebnisse

Ziel der Studie war es, die Probleme in der öffentlichen Kommunikation zwischen Landwirtschaft und Naturschutz in Deutschland in den Jahren 2019 und 2020 zu identifizieren, zu klassifizieren und detailliert zu beschreiben. Die Analyse hat gezeigt, dass sowohl bezüglich der notwendigen Diskursbereitschaft als auch auf der Input- und Throughput-Ebene diverse Probleme zu beobachten sind (siehe Abb. 10).

Bereits *beim Eintreten in den Diskurs* offenbaren sich erste Probleme: Grundvoraussetzung für Verständigung ist der notwendige Wille der Gesprächsteilnehmer*innen, eine rational motivierte Einigung zu erreichen. Doch nicht immer bringen die beteiligten Akteure diesen mit. Teilweise wird die mangelnde Gesprächsbereitschaft offen zugegeben. Die betroffenen Akteure – meist aus der Landwirtschaft – äußern dann mehr oder weniger direkt, dass sie nicht (mehr) mit bestimmten Diskursteilnehmenden sprechen möchten oder fordern, dass deren Perspektiven nicht weiter berücksichtigt werden sollten. Die eingeschränkte Gesprächsbereitschaft wird meist von Einzelpersonen geäußert, teilweise auch von Verbänden oder Bewegungen aus dem landwirtschaftlichen Bereich. Eine ähnlich ablehnde Haltung ist auch auf Seiten des Naturschutzes zu beobachten, sie scheint jedoch – soweit dies im Rahmen der Analyse zu beurteilen war – nicht gleichermaßen ausgeprägt zu sein. Mangelnder Verständigungswille kann allerdings noch in anderer Hinsicht beobachtet werden und zwar verstärkt bei Akteuren aus dem verbandlichen Naturschutz: Sie kommunizieren oft nicht diskursorientiert, sondern strategisch. Ihre öffentliche Kommunikation zielt also gar nicht erst darauf ab, Akteure aus der Landwirtschaft zu erreichen und gemeinsam mit ihnen einen Konsens oder begründeten Dissens zu finden. Ihr Ziel ist vielmehr, die eigenen Interessen durchzusetzen, indem (mögliche) Mitglieder und Unterstützer*innen mobilisiert werden. Dass die dazu verwendete zielgruppenspezifische, teils emotionale und unhöfliche Kommunikation bei landwirtschaftlichen Akteuren wahrscheinlich auf Unverständnis und Verärgerung stößt, wird in Kauf genommen. Diese Beobachtung deckt sich

mit bisherigen Erkenntnissen aus der einschlägigen Forschungsliteratur (z. B. Dolezal et al. 2015 oder Haselmayer und Jenny 2018).

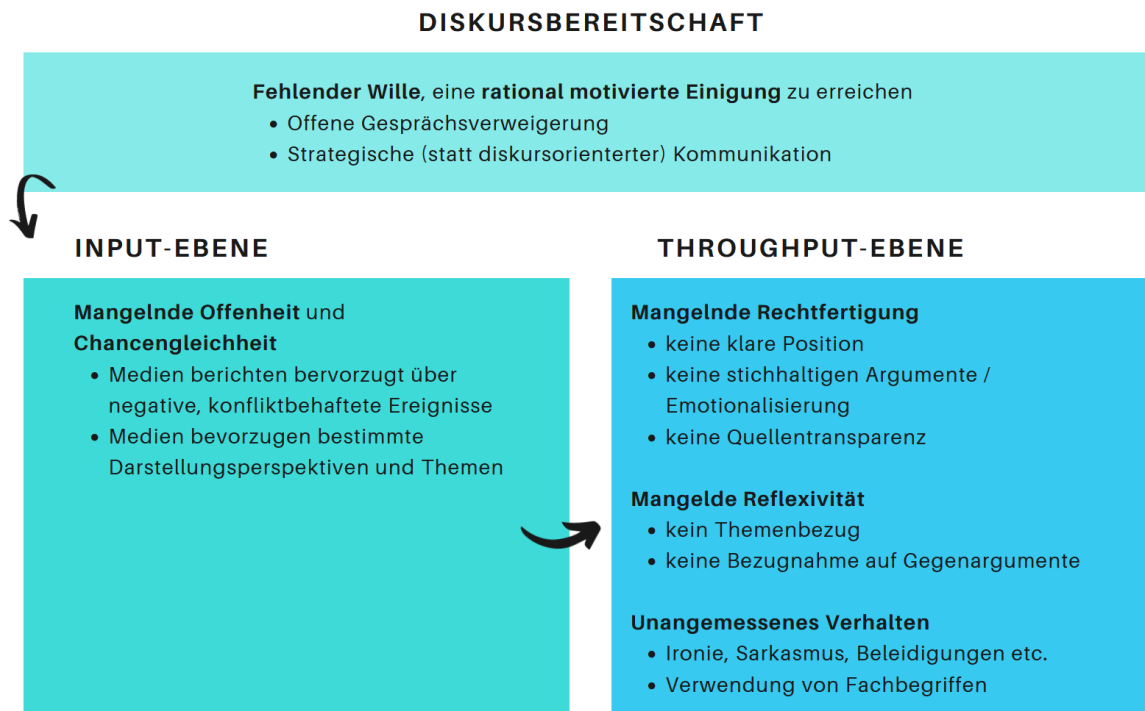


Abb. 10: Die identifizierten Kommunikationsprobleme im Überblick. (Quelle: Eigene Darstellung)

Auf der *Ebene des Inputs* geht es um den Zugang zum Diskurs – im Idealfall sollte dieser geprägt sein von Offenheit und Chancengleichheit. Aktuell bestehen jedoch hinsichtlich beider Kriterien deutliche Defizite: Die Analyse offenbart, dass aktuell nicht, wie eigentlich erforderlich (Peters 2001; Wessler 2008), alle Themen, Perspektiven und Argumente die gleiche Chance haben, vorgebracht und diskutiert zu werden. Sowohl nachrichten- als auch fachjournalistische Medien berichten meist nur über negative, konfliktbehaftete Themen, ihre Berichte sind teils tendenziös und beschränken sich auf die Darstellung von einer von mehreren möglichen Perspektiven. Auf die Gesamtberichterstattung bezogen lässt sich zwar keine Dominanz einzelner Frames feststellen (es ist also keineswegs so, dass massenmedial pauschal zugunsten einer einzelnen Akteursgruppe berichtet wird), auf der Ebene einzelner Medien bzw. einzelner Artikel erfolgt jedoch regelmäßig eine Bevorzugung bestimmter Darstellungsperspektiven. Opponierende Sichtweisen werden dann entweder nicht oder nur stark verkürzt wiedergegeben.

Auf der *Ebene des Throughputs* steht die diskursive Struktur der öffentlichen Kommunikation im Vordergrund, also die Art, wie die Akteure miteinander kommunizieren. Auch hier lassen sich in allen Belangen Defizite erkennen. Vor allem staatliche und landwirtschaftliche Akteure sind es, die sich zwar öffentlich äußern, aber keine klaren Positionen formulieren. Sie bleiben wiederholt vage und liefern keine konkreten Handlungs- oder Lösungsvorschläge. Darüber hinaus mangelt es oft an stichhaltigen Argumenten und der notwendigen Quellentransparenz. Problematisch ist überdies die mangelnde Dialoghaftigkeit der öffentlichen Kommunikation: Statt aktiv auf die Themen und Argumente der Gegenseite

einzugehen, versteifen sich die beteiligten Akteure oftmals auf das Wiederholen des eigenen Standpunktes. Eine inhaltliche Bezugnahme aufeinander findet nicht statt. Besonders bedenklich ist dabei, dass selbst nachrichtenjournalistische Qualitätsmedien es oft nicht schaffen einen solchen Dialog herzustellen, denn die Kommunikation auf Ebene der Medienöffentlichkeit vollzieht sich mit Abstand am folgenreichsten (Donges und Imhof 2010). Die hier veröffentlichten Beiträge und Texte werden gesamtgesellschaftlich am ehesten wahrgenommen. Gerade in diesen Medien wäre deshalb eine intensive inhaltliche Auseinandersetzung der Akteure miteinander notwendig. Weiter erschwert wird die öffentliche Kommunikation schließlich durch die Verwendung von beleidigender, abwertender Sprache sowie zum Teil auch durch die Verwendung von Fachbegriffen.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass vor allem Online-Leserkommentare eine niedrige Diskursqualität aufweisen. Es mangelt häufig an Themenbezug, Rationalität und Höflichkeit. Regelmäßig wird versucht andere Diskursteilnehmer*innen auszugrenzen oder zu diskreditieren. In Anbetracht diverser Studien zur Diskursqualität im Netz (z. B. Coe et al. 2014) mag dieser Befund allerdings wenig überraschen. Auffällig ist die in mehrfacher Hinsicht zu beobachtende Sonderstellung der bäuerlichen und ökologischen Landwirtschaft. Zwar sind auch bei Akteuren aus diesen Bereichen Kommunikationsprobleme und Konflikte mit anderen zu beobachten, sie treten aber tendenziell seltener auf⁴. Vor allem die Interessenvertretung der bäuerlichen Landwirtschaft, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, tat sich im Rahmen der Analyse durch rationale und differenzierte Kommunikation hervor. Zudem bemühten sich die Akteure der bäuerlichen und ökologischen Landwirtschaft in ihrer öffentlichen Kommunikation regelmäßig, sowohl ökonomische als auch ökologische und soziale Interessen zu thematisieren und zu berücksichtigen. Statt sich – wie die weiteren Akteure – stark auf einzelne Nachhaltigkeitsaspekte zu fokussieren, unternahmen sie den Versuch, allen Anforderungen in gleichem Maße gerecht zu werden und so akzeptable Kompromisse zu finden.

Im Rahmen der durchgeführten Studie zeichnen sich sechs zentrale Ursachen für die bestehenden Kommunikationsprobleme ab: (1) Misstrauen vor allem der Landwirt*innen gegenüber anderen Akteuren, (2) emotionale und finanzielle Betroffenheit der Landwirt*innen, (3) fehlendes Wissen, (4) Pfadabhängigkeiten und organisationsinterne Zwänge, (5) ungeklärte Zielkonflikte sowie (6) gruppenspezifische Verhaltens- und Bewertungsmuster. Die genannten Aspekte werden nachfolgend unter Bezugnahme auf bisherige Forschungsergebnisse diskutiert.

(1) Landwirt*innen scheinen ein enormes *Misstrauen* gegenüber Außenstehenden, aber auch gegenüber der eigenen Berufsvertretung zu hegen. Mehr oder weniger allen Akteuren wird mit großem Argwohn begegnet. Im Hinblick auf die lange Konfliktgeschichte zwischen Landwirtschaft und Naturschutz (z. B. Weiland 2011) und die gesellschaftliche Situation der Landwirt*innen erscheint dies nicht verwunderlich. So ist durch den Strukturwandel in der Landwirtschaft (Statista 2021b) eine zunehmende Entfremdung von der Gesamtbevölkerung zu beobachten (Balmann et al. 2016; Berghorn und Berghorn 2013). Darüber hinaus haben standortbedingte Unterschiede, Diversifizierung, Spezialisierung und

⁴ Bei der Analyse von Leserkommentaren ließ sich zwar oft nicht eindeutig beurteilen, ob die verfassenden Landwirt*innen konventionelle oder bäuerliche bzw. ökologische Betriebe führen, bei den einschlägigen Verbänden bzw. sozialen Bewegungen zeigten sich jedoch deutliche Unterschiede in der Kommunikation.

unterschiedliches Größenwachstum zu einer großen strukturellen Bandbreite an Betrieben und somit auch innerhalb der Landwirtschaft zu einer Pluralisierung der Interessenlage geführt (Feindt 2008). Aufgrund der damit einhergehenden verbandlichen Ausdifferenzierung schafft es auch der Deutsche Bauerverband, der als Einheitsverband lange enorme Macht besaß und den Bedürfnissen der Landwirt*innen Gehör verschaffte, heute nicht mehr, „die Interessen der gesamten Landwirtschaft in einem zufriedenstellenden Maß zu vertreten“ (Heinze et al. 2021: 366). Die Landwirt*innen fühlen sich dadurch vermutlich allein auf weiter Flur – es scheint für sie, als gebe es niemanden, der ihnen verlässlich und verständnisvoll zur Seite steht und sich für ihre Interessen und Bedürfnisse einsetzt. Es ist anzunehmen, dass sich damit auch das Erstarken diverser landwirtschaftlicher Sparten- und Alternativverbände in den vergangenen Jahrzehnten erklären lässt: Weil der eigene Spitzenverband nicht mehr als zuverlässiger, schlagkräftiger Vertreter der eigenen Interessen wahrgenommen wird, wenden sich Landwirt*innen nach Möglichkeit anderen Verbänden zu. Auch der enorme Zulauf, den die soziale Bewegung Land schafft Verbindung Ende 2019 innerhalb kürzester Zeit erhielt, lässt sich so erklären. Statt sich wie bisher auf die bestehenden Interessenvertretungen zu verlassen, um das von der damaligen Bundesregierung angekündigte Agrarpaket zu verhindern, entschieden sich Zehntausende von Landwirt*innen, sich auf andere Art zu organisieren und öffentlich Gehör zu verschaffen. Nicht ohne Grund kommen Berkes et al. (2020) in ihrer Studie zu dem Schluss, dass „auch innerhalb der Landwirtschaft (zwischen Landwirten und landwirtschaftlichen Verbänden) verstärkt partizipative und diskursive Kommunikationsprozesse“ notwendig seien (S. 14).

(2) Vor allem bei den landwirtschaftlichen Akteuren scheint die persönliche, *emotionale und finanzielle Betroffenheit* eine große Rolle zu spielen. Zurückzuführen ist dies vermutlich auf die Lebenswirklichkeit vieler Landwirt*innen: Ihr Beruf ist physisch und psychisch vergleichsweise belastend (Knoop und Theuvsen 2018; Meyer-Mansour et al. 1990; Nolten 2010; Reiß 2007; Statistisches Bundesamt 2020), die Einkommenssituation (Hertel 2018; Meyer-Mansour et al. 1990; Nolten 2010) sowie das Maß an Wertschätzung von außen (Berghorn und Berghorn 2013) werden dennoch als sehr unbefriedigend wahrgenommen. Dadurch, dass staatliche Zuschüsse einen Großteil ihres Einkommens ausmachen (Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung 2021b), sind Landwirt*innen unmittelbar abhängig von politischen Entscheidungen. Hinzu kommt, dass sie großen Wert auf ihre unternehmerische Selbstständigkeit legen. Ihr Land verstehen sie nicht nur als „potentiell durch Geld substituierbaren Produktionsfaktor“ (Hebenstreit und Barkmann 2014: 27), die freie Verfügung über das eigene Hab und Gut ist für sie identitätsstiftend. Auf Eingriffe von außen reagieren sie deshalb vermutlich besonders sensibel. Naturschützer*innen mögen zwar ebenfalls von Folgen des drohenden Biodiversitätsverlusts betroffen sein, politische Maßnahmen und Restriktionen haben jedoch selten so direkte und unmittelbare Auswirkungen auf ihr Arbeits- und Privatleben. Dass Naturschützer*innen dennoch öffentlich Stellung zu landwirtschaftlichen Themen nehmen und Forderungen stellen, empfinden sie angesichts dieses Ungleichgewichts als besonders unfair.

(3) Den beteiligten Akteuren *fehlt* teilweise *das notwendige Wissen*, um optimal am Diskurs teilnehmen zu können. *Erstens* wissen Naturschützer*innen zu wenig über Landwirtschaft und *vice versa*. Dadurch fällt es den Teilnehmenden vermutlich nicht nur schwer, sich in andere hineinzusetzen und deren Darstellungsperspektiven nachzuvollziehen, teilweise ist ein rationaler, auf Sachargumenten basierender Diskurs auch nicht möglich. Gerade bei

komplexen Themen fehlt den Beteiligten dafür offenbar das notwendige Kontext- bzw. Detailwissen. *Zweitens* gibt es bei nachrichtenjournalistischen Medien zu wenige Journalist*innen, die in den Bereichen Landwirtschaft und Naturschutz fachlich versiert sind. Diverse Gruppendiskussionsteilnehmende berichten, dass diejenigen, die im Rahmen der massenmedialen Berichterstattung über diese Themen schreiben, oft nicht einmal über basale Kenntnisse verfügen. Journalist*innen können Aussagen und Informationen der betreffenden Akteure deshalb vermutlich schlecht beurteilen und kritisch hinterfragen, was eine angemessene und objektive Berichterstattung erschwert. *Drittens* wissen Landwirt*innen offenbar teils weniger über die Landwirtschaft, als sie selbst denken. Aufgrund der großen strukturellen Bandbreite an Betrieben, die in den vergangenen Jahrzehnten durch Diversifizierung, Spezialisierung und unterschiedliches Größenwachstum entstanden ist (Feindt 2008: 34ff.), ist anzunehmen, dass auch die Wissensbestände der Landwirt*innen immer spezifischer wurden. So verfügt der Leiter eines norddeutschen Schweinemastbetriebs beispielsweise über anderes Wissen und andere Kenntnisse als der eines ökologischen Gemischtbetriebs in den bayerischen Alpen. Werden in der Öffentlichkeit landwirtschaftliche Themen diskutiert, ist davon auszugehen, dass sich teils aber auch jene Landwirt*innen als kompetent einschätzen, deren Expertise dies grundsätzlich nicht rechtfertigt.

(4) Medien unterliegen ebenso wie interessengeleitete und staatliche Akteure verschiedenen *Pfadabhängigkeiten und organisationsinternen Zwängen*, die nicht nur, aber vor allem ökonomischer Natur sind. Medien etwa müssen versuchen, möglichst große Reichweiten zu generieren, um für Werbekund*innen attraktiv zu bleiben, denn Werbeeinnahmen sind in der Regel ihre wichtigste Erlösquelle (z. B. Siegert und Brecheis 2017); Parteien und Verbände sind auf Mitgliedsbeiträge und Spenden angewiesen (z. B. Alemann et al. 2018; Frantz und Martens 2006) ebenso wie auf aktive Unterstützer*innen; für die Regierung wiederum ist mittel- und langfristige ein gesellschaftlicher Rückhalt vonnöten. Der daraus resultierende Kampf um Aufmerksamkeit und Zustimmung bei relevanten Gesellschaftsgruppen scheint mitunter negative Auswirkungen auf die Diskursqualität zu haben und erklärt verschiedene beobachtete Kommunikationsprobleme – etwa warum Medien zu Negativismus und Skandalisierung tendieren, weshalb Naturschutzverbände versuchen, durch strategische, nichtdiskursorientierte Kommunikation möglichst große Teile der Gesellschaft zu mobilisieren oder warum institutionelle Akteure sich scheuen, in der Vergangenheit begangene Fehler offen zuzugeben. Dieser Aspekt ist damit ebenso zentral wie unvermeidlich – denn die Funktionslogiken der beteiligten Akteure werden sich vermutlich weder mittel- noch langfristig verändern (lassen).

(5) Zu Problemen führen überdies verschiedene *ungeklärte Zielkonflikte*. Zum einen sehen sich sowohl interessengeleitete als auch staatliche Akteure mit dem Problem konfrontiert, zeitgleich widerstrebende Interessen verfolgen zu müssen. Der Deutsche Bauernverband etwa ist aufgrund seines hohen Organisationsgrades in der schwierigen Position, beinahe alle deutschen Landwirt*innen vertreten zu müssen. Deren Betriebe und Interessen unterscheiden sich aber zunehmend voneinander. Dadurch ergeben sich teils nicht lösbare Zielkonflikte (etwa, dass ein hoher Getreidepreis für Ackerbaubetriebe positiv zu bewerten ist, aber nachteilig für tierhaltende Betriebe). Ähnliche Widersprüche zeichnen sich in der Politik ab: Um die Gunst der Wähler*innen nicht zu verlieren, ist es für die Bundesregierung erstrebenswert, die Lebensmittelpreise gering zu halten. Gleichzeitig stoßen die

Forderungen der verbandlichen Naturschutz-Akteure nach mehr Natur-, Tier- und Klimaschutz in der Bevölkerung auf immer mehr Zustimmung, was die Politik in Zugzwang bringt. Statt sich nun deutlich zu positionieren oder die bestehenden Interessenkonflikte offen zu thematisieren, kommt es wiederholt zu Inkonsistenzen. Bei den Betroffenen führt dieses widersprüchliche Verhalten zu massiven Vertrauensverlusten.

Als ebenso problematisch erweist sich die enorme personelle und inhaltliche Heterogenität im Naturschutz. So liegen immer noch keine schlüssige und von allen Akteuren akzeptierte Zieldefinition und Zielbegründung für das naturschutzbezogene Handeln vor (siehe auch Ellenberg 1992 oder Plachter 1995). Die von den verschiedenen Akteuren und Verbänden verfolgten Feinziele können sich dadurch stark voneinander unterscheiden und sogar im Widerspruch zueinander stehen. So können z. B. Maßnahmen zum Schutz von am Boden brütenden Vogelarten negative Auswirkungen auf die Insektenvielfalt haben. Bei Landwirt*innen führen derartige Widersprüche zu Ablehnung, Vertrauensverlusten und Frustration. Insofern hängt dieser Aspekt eng mit dem erstgenannten Punkt, mangelndes Vertrauen, zusammen.

(6) Als weitere Ursache können *gruppenspezifische Verhaltens- und Interpretationsmuster* genannt werden. Bezugnehmend auf die Theorie der sozialen Identität können so verschiedene Kommunikationsprobleme erklärt werden: So ist sowohl bei Landwirt*innen als auch bei Naturschutz-Akteuren eine positive Darstellung der Eigengruppe bei gleichzeitiger Abwertung der Fremdgruppe zu beobachten. Landwirtschaftliche Akteure versuchen überdies durch kognitive Umbewertungsprozesse wiederholt, die negativen Eigenschaften ihrer Eigengruppe zu relativieren. Auch dass die Abgrenzungsversuche zwischen den beiden Gruppen derart ausgeprägt ausfallen, ist im Hinblick auf die SIT plausibel (Ellemers et al. 1999; Zick 2003): Zum einen ist davon auszugehen, dass die Betroffenen sich jeweils stark mit ihrer sozialen Gruppe identifizieren, zum anderen nehmen vor allem Landwirt*innen soziale Mobilität – also den Wechsel in eine andere, statushöhere Gruppe – vermutlich selten als eine Möglichkeit der sozialen Veränderung wahr. Denn um die eigene soziale Gruppe zu verlassen, müsste der eigene Betrieb entweder aufgegeben werden oder es wären beachtliche Änderungen bezüglich der Betriebsabläufe notwendig (z. B. Wechsel zum ökologischen Landbau).

7.2 Einschränkungen der Untersuchung

Da bei der Inhaltsanalyse eine Vielzahl an Kommunikationsquellen und -kanälen berücksichtigt wurde und sich qualitative Forschungsmethoden ohnehin durch große Flexibilität und Offenheit auszeichnen, kann davon ausgegangen werden, dass die zentralen Probleme in der öffentlichen Kommunikation und deren Ursachen identifiziert werden konnten. Im Rahmen der anschließenden Gruppendiskussionen konnten diese Ergebnisse überdies überprüft, ergänzt und um die Wahrnehmungen der betroffenen Akteure ergänzt werden. Gleichwohl bleibt auf die Limitationen der methodischen Vorgehensweise hinzuweisen: Da beide verwendeten Methoden – Inhaltsanalyse und Gruppendiskussionen – qualitativer Natur waren, können nur begrenzt Aussagen bezüglich der Auftretenshäufigkeit einzelner Kommunikationsprobleme getroffen werden. Ein grobes Abschätzen ist zwar möglich, die erhobenen Daten sind jedoch nicht vergleichbar mit den Ergebnissen quantitativer Forschung. So ist beispielsweise davon auszugehen, dass das Problem ‚unverständliche Sprache‘ (Verwendung von Fachbegriffen und Fremdwörtern) tendenziell selten auftritt und

somit eine untergeordnete Rolle spielt. Darüber hinaus wurde in der vorliegenden Arbeit lediglich darauf abgezielt, einen ersten Überblick über bestehende Kommunikationsprobleme und deren Ursachen zu generieren. In der Folge war es nicht möglich, die einzelnen Probleme bzw. deren Ursachen stets umfassend und in all ihren Facetten zu analysieren. Auch die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Aspekten bleiben unklar. In diesem Kontext muss auf die vergleichsweise undifferenzierte Darstellung der Akteure aus Landwirtschaft und Naturschutz hingewiesen werden: Landwirt*innen und Naturschützer*innen wurden in der vorliegenden Arbeit als miteinander konkurrierende soziale Gruppen verstanden. Unterschiede innerhalb dieser Gruppen wurden nur thematisiert, soweit es im Rahmen der Zielsetzungen dieser Arbeit relevant und aus forschungsökonomischen Gründen möglich war – etwa bei der Durchführung der Frame-Analyse (hier wurde zwischen konventionellen, bäuerlichen und ökologischen landwirtschaftlichen Akteuren unterschieden). Das gewählte Vorgehen darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass vermutlich sowohl innerhalb der Landwirtschaft als auch innerhalb des Naturschutzes weitere Unterschiede bezüglich der Verursachung, Wahrnehmung und Bewertung von Kommunikationsproblemen bestehen.

7.3 Anknüpfungspunkte für weitere Forschungsanliegen

Ziel der vorliegenden Arbeit war es, einen Überblick über die bestehenden Kommunikationsprobleme sowie deren Ursachen zu generieren. Nun gilt es, denjenigen Aspekten weitere Aufmerksamkeit zu widmen, die besonders relevant scheinen und zu denen bislang kaum empirische Daten vorliegen. Zu nennen ist vor allem der Aspekt *mangelndes Wissen*: Die Gruppendiskussionsteilnehmer*innen äußerten die Vermutung, dass mangelndes Wissen in mehrfacher Hinsicht Ursache für bestehende Probleme ist, etwa weil Landwirt*innen zu wenig über Naturschutz wissen und vice versa. Auch Journalist*innen scheinen selten über einschlägige Kenntnisse zu verfügen, weder im Hinblick auf Naturschutz noch im Hinblick auf Landwirtschaft. Im Rahmen der Inhaltsanalyse konnten diesbezüglich allerdings keine weiteren Aussagen getroffen werden und anderweitige empirische Daten zum Thema fehlen. In der agrarsoziologischen Forschung existieren lediglich einzelne ältere Studien, bei denen unter anderem Umweltbewusstsein und Selbstwahrnehmung von Landwirt*innen im Fokus standen (Jositz-Pritscher 1999; Meyer-Mansour et al. 1990; Pongratz 1992; Rau 1989; Retter et al. 2002). Ob die dabei geäußerten Selbsteinschätzungen im Hinblick auf das eigene Wissen über Landwirtschaft und Naturschutz tatsächlich zutreffend sind, wurde nicht überprüft. Unklar bleibt auch, ob den beteiligten Akteuren lediglich fundiertes Fachwissen über das jeweils andere Feld fehlt oder auch das für den Diskurs notwendige Wissen über die Einstellungen, Normen und Werte der anderen. Denn um angemessen zur Meinung eines anderen Akteurs Stellung nehmen zu können, müssen sowohl die konkrete Position als auch die entsprechenden Argumente bekannt sein. Besonders lohnend scheint zudem die Beschäftigung mit Medien bzw. Journalist*innen aus dem Bereich Nachrichtenjournalismus. Aktuell ist beispielsweise vollkommen unklar, wie häufig in deutschen Medien über das Spannungsfeld Landwirtschaft – Naturschutz berichtet wird und welche Themen dabei im Fokus stehen. Auch fehlen Daten darüber, welche einschlägigen Kenntnisse die beteiligten Journalist*innen mitbringen, wie häufig sie mit den Themen Landwirtschaft und Naturschutz zu tun haben und mit welchen Schwierigkeiten sie sich im Rahmen der Berichterstattung konfrontiert sehen (Suche nach geeigneten

Ansprechpartner*innen, Komplexität der Themen, Herstellung lokaler oder regionaler Bezüge etc.).

Weiterer Forschungsbedarf ergibt sich überdies im Hinblick auf die Äußerung eines Gruppendiskussionsteilnehmers, dass man als Landwirt*in oft weniger über die Landwirtschaft wisse, als man selbst denke. Sollte dies tatsächlich der Fall sein, könnte das hohe Maß an Identifikation mit der Eigengruppe umso problematischer sein. Denn werden einzelne Akteure, Betriebsformen oder landwirtschaftliche Verfahren öffentlich kritisiert, bezüglich derer ein*e Landwirt*in selbst wenig fundiertes Wissen mitbringt, ist die objektive Bewertung der Sachlage für diese Person deutlich erschwert. Die Tendenz, die Eigengruppe zu favorisieren und von der Fremdgruppe abgrenzen zu wollen, könnte durch dieses Unwissen noch ausgeprägter ausfallen. Sowohl die Wissensstände von Landwirt*innen ihr eigenes Feld betreffend als auch die daraus folgenden Implikationen für den Diskurs sollten deshalb künftig Gegenstand der Forschung sein.

Die Ergebnisse zeigen, dass nachrichtenjournalistische (Qualitäts-)Medien es bislang nur eingeschränkt schaffen, einen Dialog zwischen Akteuren aus Landwirtschaft und Naturschutz zu ermöglichen. Aus diesem Grund scheint es sinnvoll, sich in künftigen Forschungsarbeiten auch anderen Dialogverfahren zuzuwenden (Beteiligungskonzepte, Mediationsverfahren etc.). Entsprechende Veranstaltungen oder Formate können zwar Teil der öffentlichen Kommunikation sein, im Rahmen der vorliegenden Arbeit war es aus forschungsökonomischen Gründen jedoch nicht möglich, diese gezielt zu erforschen und systematisch zu evaluieren. Darüber hinaus finden Dialogverfahren eben nicht immer öffentlich statt. Wünschenswert wäre deshalb u. a. eine entsprechende Literaturübersicht, in der Dialogverfahren im Spannungsfeld Landwirtschaft und Naturschutz zusammengetragen, systematisch aufgearbeitet, analysiert und kritisch bewertet werden. Bei besonders relevant erscheinenden Projekten könnten weitere empirische Untersuchungen erfolgversprechend sein.

7.4 Praktische Handlungsempfehlungen

Wie in Kapitel 6.2 erläutert wurde, haben die bestehenden Kommunikationsprobleme zwischen Akteuren aus Landwirtschaft und Naturschutz verschiedene Ursachen. Nicht alle davon lassen sich einfach beheben: So werden sich beispielsweise Massenmedien auch weiterhin durch Werbeeinnahmen finanzieren müssen, wodurch Journalist*innen gezwungen sind, über Ereignisse und Themen zu berichten, die bei der Zielgruppe Aufmerksamkeit erzeugen. Auch die Funktionslogiken von verbandlichen und staatlichen Akteuren werden sich kaum beeinflussen lassen. Dennoch lassen sich einige praktische Handlungsempfehlungen ableiten, die zur Verbesserung der Diskursqualität beitragen können:

(1) Die fachlichen Kompetenzen aller am Diskurs beteiligten Akteure sollten verbessert werden. Da die Akteure aus Landwirtschaft und Naturschutz offenbar zu wenig über das jeweils andere Feld wissen, scheint es *erstens* sinnvoll, zunächst eine gemeinsame Wissensbasis zu schaffen. Denkbar wären etwa eine entsprechende Anpassung der universitären und beruflichen Ausbildung von Landwirt*innen und Naturschützer*innen sowie die Entwicklung entsprechender Weiterbildungsangebote. Vor allem im universitären Kontext würde es sich dabei anbieten, mehr gemeinsame Veranstaltungen für die Studierenden der beiden Fachbereiche anzubieten. So könnte bereits in der Ausbildungsphase der Austausch zwischen den beiden Akteursgruppen gefördert werden. *Zweitens* scheint es sinnvoll, den Wissensstand von Landwirt*innen andere landwirtschaftliche Bereiche betreffend zu

verbessern, denn durch die ausgeprägten Diversifizierungs- und Spezialisierungstendenzen in der Landwirtschaft unterscheiden sich auch die landwirtschaftlichen Betriebe immer stärker voneinander. Ziel sollte es dabei nicht sein, alle Landwirt*innen im Detail über die verschiedenen Betriebs- und Bewirtschaftungsarten zu informieren. Vielmehr sollte ein grundsätzliches Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass sich die Lebens- und Arbeitswirklichkeiten ebenso wie die Bedürfnisse und Probleme von Landwirt*innen stark voneinander unterscheiden können. Darüber hinaus sollte *drittens* die Entwicklung von Weiterbildungsangeboten für Journalist*innen angestrebt werden. Als Vermittler nehmen sie in der öffentlichen Kommunikation eine wichtige Rolle ein und sollten über grundlegende Kenntnisse im Hinblick auf Landwirtschaft und Naturschutz verfügen. Dennoch gibt es im nachrichtenjournalistischen Bereich kaum Redaktionen bzw. Redakteur*innen, die in diesen Bereichen fachlich versiert sind.

(2) Die kommunikativen Kompetenzen der am Diskurs beteiligten Akteure sollten nach Möglichkeit verbessert werden. Zu diesem Zweck sollten zum einen die Grundlagen der diskursorientierten Kommunikation vermittelt werden (Verständigungswille, Offenheit für Themen und Meinungen anderer, angemessenes Verhalten etc.), zum anderen sollte Verständnis dafür geschaffen werden, dass strategische, nichtdiskursorientierte Kommunikation in manchen Bereichen – wie z. B. den sozialen Medien – auch künftig zum Einsatz kommen wird. Auf die Gesamtgesellschaft bezogen wäre ein solches Unterfragen zwar unrealistisch, für den Diskurs relevante Zielgruppen – wie Mitarbeitende in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit oder der landwirtschaftlichen Beratung – könnten allerdings entsprechend geschult bzw. weitergebildet werden.

(3) Bestehende Dialog- und Kooperationsprojekte sowie andere positive Formen der Zusammenarbeit zwischen Akteuren aus Naturschutz und Landwirtschaft sollten öffentlich stärker beworben und thematisiert werden: Aufgrund verschiedener organisationsinterner Zwänge (Mobilisierung von Mitgliedern, Generierung von Spendengeldern, Gewinnung von Wählerstimmen oder Lesern) sprechen die am Diskurs beteiligten Akteure häufig über negative, konfliktbehaftete Themen und Ereignisse. Statt auf verständigungsorientierte Kommunikation zu setzen, werden bewusst Feindbilder konstruiert und Konflikte befeuert. Um dem entgegenzuwirken, sollte versucht werden, kooperativen Ansätzen mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen. Denkbar wäre etwa der Aufbau einer zentralen Beratungs- und Vernetzungsstelle, durch die vor allem kleinere Projekte und solche mit vergleichsweise kurzer Laufzeit bei der Öffentlichkeitsarbeit unterstützt werden. Bei der Vergabe von Fördermitteln könnte zudem ein Augenmerk auf die Öffentlichkeitsarbeit gelegt werden: Bei entsprechenden Initiativen sollten bei der Budgetierung ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen im Fokus stehen und die Kommunikationsaktivitäten sollten im Idealfall bereits im Rahmen der Projektkonzeption geplant werden.

Best-Practice-Analyse zur öffentlichen Kommunikation von Dialog- und Kooperationsprojekten

Friederike Selensky, Dr. Verena Menauer, Prof. Dr. Andrea Knierim, Prof. Dr. Wolfgang Schweiger

1 Zielsetzung

Die im vorgehenden Beitrag vorgestellte Studie ermöglichte die Identifikation und detaillierte Beschreibung bestehender Kommunikationsprobleme zwischen Akteuren aus Landwirtschaft und Naturschutz. Dabei zeigte sich unter anderem, dass Medien im Zusammenhang mit Landwirtschaft und Naturschutz fast ausschließlich über negative und konfliktbehaftete Ereignisse berichten. Außerdem wählen sowohl die betroffenen Akteure als auch die Medien die immer gleichen Darstellungsperspektiven (Frames), was zu invarianten, wenig konstruktiven Diskursen führt. Als Ursachen für die mangelnde Diskursqualität wurden verschiedene Aspekte benannt, die sich im Kern auf gegenseitiges Misstrauen, mangelndes Wissen über und Verständnis für die Forderungen, Argumente und Hintergründe der jeweils anderen Seite (z.B. kulturelle *Verhaltens- und Interpretationsmuster, Pfadabhängigkeiten, organisationsinterne Zwänge und ungeklärte Zielkonflikte*) beziehen.

Ein Mittel, um diese Kommunikationsprobleme und ihre Ursachen zu beheben, scheint eine bessere öffentliche Kommunikation bestehender Dialog- und Kooperationsprojekte zu sein. Dialog- und Kooperationsprojekte eignen sich besonders, um die Annäherung und die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen den Akteuren aus Landwirtschaft und Naturschutz öffentlich zu demonstrieren: Durch die gemeinsamen Aktivitäten wird nicht nur ein Wissenszuwachs bei allen Beteiligten erreicht, auch das Verständnis für die Interessen und Bedürfnisse des jeweils anderen nimmt zu. Persönliche Kontakte werden geknüpft bzw. intensiviert und bestehende Vorurteile und Ängste abgebaut. Darauf aufbauend können derartige Projekte positive Berichterstattungsanlässe bilden und so dem bislang oft vorherrschenden öffentlichen Eindruck entgegenwirken, dass sich Akteure aus Landwirtschaft und Naturschutz vor allem konfrontativ begegnen. Um dies tatsächlich zu erreichen, müssen geeignete Vorhaben allerdings möglichst *professionell und öffentlichkeitswirksam bzw. aufmerksamkeitsstark kommuniziert werden*. Ziel der vorliegenden Best-Practice-Analyse ist es deshalb, Dialog- und Kooperationsprojekte zu identifizieren und beschreiben, die in Bezug auf ihre *öffentliche Kommunikation besonders gelungen* sind und somit als *Vorbild für künftige Projekte und Vorhaben* dienen können.

Die Analyse erfolgt in drei Schritten: *Erstens* wird im Rahmen einer systematischen Recherche eine Liste mit bislang durchgeführten Dialog- und Kooperationsprojekten generiert, bei denen sowohl Akteure aus dem Naturschutz-Bereich als auch Akteure aus der Landwirtschaft aktiv beteiligt waren. Aus dieser Liste werden jene ausgewählt, die in Bezug auf ihre öffentliche Kommunikation als besonders vorbildlich bezeichnet werden können. Um besser nachvollziehen zu können, was die projektinternen Ziele, Ressourcen, Strukturen und Strategien zum Erfolg beigetragen haben, werden *zweitens* Interviews mit den Kommunikationsverantwortlichen dieser Projekte geführt. Anhand der auf diese Weise akkumulierten Informationen werden *drittens* Handlungsempfehlungen für künftige Projekte abgeleitet.

2 Theoretische Grundlagen

Der Ausdruck „Best Practice“ bedeutet so viel wie Erfolgsmodell oder Erfolgsmethode und bezeichnet eine vorbildliche bzw. optimale Vorgehensweise. In einer Best-Practice-Analyse werden solche Unternehmen bzw. Organisationen gesucht, die in Bezug auf eine bestimmte Aufgaben- oder Problemstellung einen optimalen Lösungsansatz entwickelt haben (Gabler Wirtschaftslexikon 2022).

Als theoretischer Bezugsrahmen für die vorliegende Analyse wird das sogenannte Wirkungsstufenmodell (Internationaler Controller Verein eV 2010) gewählt. Es stammt aus dem Controlling- bzw. PR-Bereich und ermöglicht, durchgeführte Kommunikationsmaßnahmen systematisch, differenziert und aus einer Praxis-Perspektive heraus zu beschreiben. Das Modell unterscheidet zwischen Input, Output, Outcome und Outflow (siehe Abb. 11) und wurde für die vorliegende Analyse folgendermaßen angepasst:

- Der Input umfasst alle Ressourcen, die zur Verfügung standen, um eine Kommunikationsmaßnahme umzusetzen, also etwa die Anzahl der Mitarbeiter*innen, finanzielle und räumliche Ausstattung, technisches Equipment etc.
- Der Output zeigt, was im Detail geleistet wurde. Dabei wird unterschieden zwischen internem Output und externem Output. Bei der Analyse des internen Outputs wird untersucht, welche Kommunikationsprodukte erstellt wurden, wie effizient dies geschah und wie deren Qualität zu beurteilen ist – relevant sind also organisationsinterne Arbeitsprozesse. Die Analyse des externen Outputs beschäftigt sich hingegen mit der Frage, welche Reichweite diese Kommunikationsprodukte erlangten; maßgebliche Messgrößen sind Web- oder Social-Media-Metriken wie Downloadzahlen, Website-Visits, Page Impressions oder das Nutzenden-Engagement (Likes, Shares, Comments).
- Ob und welche Wirkungen die umgesetzten Maßnahmen auf die Zielgruppen hatten, wird bei der Analyse der Outcomes untersucht. Relevant ist hierbei, ob die Kommunikationsprodukte wahrgenommen und genutzt wurden und welche Veränderungen dies zur Folge hatte (Wissenszuwachs, Verhaltens- oder Einstellungsänderung).
- Welche Auswirkungen dies wiederum auf die Zielsetzungen und Ressourcen der ausführenden Organisation hatte, ist bei der Analyse des Outflows von Bedeutung. Eine Kommunikationsmaßnahme kann beispielsweise zur Personalgewinnung, zur Ertrags- oder Reputationssteigerung beitragen.

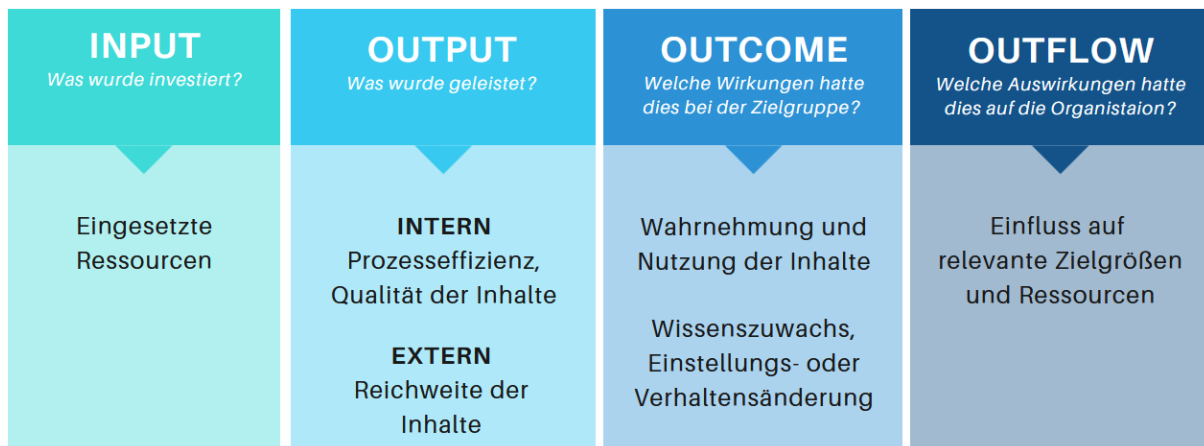


Abb. 11: Vereinfachte Darstellung des Wirkungsstufenmodells (Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an den Internationalen Controller Verein, 2010)

Darauf aufbauend soll die vorliegende Teilstudie folgende Forschungsfragen beantworten:

- Welche Dialog- und Kooperationsprojekte können in Bezug auf ihre öffentliche Kommunikation als Best Practices bezeichnet werden?
- Welche Faktoren haben zum Erfolg der Kommunikationsaktivitäten beigetragen?
- Welche Schlussfolgerungen lassen sich daraus für künftige Kommunikationsmaßnahmen ziehen?

3 Methodisches Vorgehen

In diesem Kapitel wird das methodische Vorgehen erläutert: Im ersten Abschnitt wird dargestellt, wie und anhand welcher Kriterien die Best-Practice-Projekte ausgewählt wurden. Der zweite Abschnitt beschreibt das Untersuchungsdesign der durchgeführten Interviews.

3.1 Auswahl der Best-Practice-Projekte

Die Auswahl der Best-Practice-Projekte gliederte sich in mehrere Arbeitsschritte. Zunächst wurde unter Berücksichtigung der eingangs formulierten Zielsetzung die Grundgesamtheit anhand von drei Aspekten bestimmt. Berücksichtigt wurden ausschließlich Projekte,

- bei denen sowohl Naturschutz- als auch Landwirtschaftsakteure beteiligt waren und bei denen der Dialog bzw. die Kooperation dieser beiden Gruppen im Fokus stand.
- die zum Zeitpunkt der Recherche *bereits abgeschlossen* waren. Zum einen liegen dann oft sehr viel mehr Informationen vor (Projektwebsites, Abschlussberichte etc.), zum anderen ist erst nach Abschluss eines Projekts eine umfassende Bewertung durch die Projektbeteiligten möglich – was für die geplanten Interviews relevant war. Bei sehr großen und längerfristig angelegten Projekten war es auch ausreichend, wenn bis zum Zeitpunkt der Recherche wenigstens ein Teilprojekt abgeschlossen war.
- die im *deutschsprachigen Raum* durchgeführt wurden. Fallbeispiele aus anderen Ländern bzw. Regionen zu berücksichtigen, wurde aufgrund der bestehenden, teils großen kulturellen, sozialen und agrarpolitischen Unterschiede als mit den vorliegenden Ressourcen nicht leistbar eingeschätzt.

Die Recherche erfolgte im Dezember 2021 unter Zuhilfenahme von vier einschlägigen Projektdatenbanken (Umweltbundesamt, Bundesamt für Naturschutz, Forschungsinformationssystem Agrar und Ernährung, UN-Dekade Vielfalt). Im Laufe der Suche wurden im Schneeballverfahren weitere Projekte aufgenommen, die den zuvor genannten Kriterien entsprachen. Darüber hinaus wurden mehrere Projekte auf ihre Eignung hin überprüft, die von Teilnehmenden der projektbegleitenden Arbeitsgruppe vorgeschlagen worden waren. Auf diese Weise konnten 18 Projekte identifiziert werden.

Danach galt es, aus dieser Grundgesamtheit die Best-Practice-Beispiele auszuwählen. Ausschlaggebende Kriterien waren dabei Ausmaß und Vielfalt der öffentlichen Kommunikation über das Projekt. Die im vorigen Beitrag vorgestellte Studie hatte gezeigt, dass Medien im Zusammenhang mit Landwirtschaft und Naturschutz häufig über negative, konfliktbehaftete Ereignisse berichten. Außerdem wählen sowohl die beteiligten Akteure als auch die Medien wiederholt dieselben Darstellungsperspektiven (Frames), was zu invarianten, wenig konstruktiven Diskursen führt. Auf je mehr Kanälen deshalb über ein Dialog- und Kooperationsprojekt berichtet wird und je häufiger dies der Fall ist, desto eher kann derartigen Kommunikationsproblemen entgegengewirkt werden. Um zu ergründen, welche Projekte in dieser Hinsicht besonders positiv zu bewerten sind, wurden zwei verschiedene Verfahren angewendet: Web-Monitoring und Social-Media-Analysen.

Beim *Web-Monitoring* werden mit Hilfe von Suchtools alle Websites gesucht, in denen vorgegebene Zeichenketten enthalten sind (also zum Beispiel der Name eines ausgewählten Projektes); thematisch relevante Video- und Audio-Inhalte werden dabei nur erkannt, wenn diese entsprechend getaggt sind, das heißt mit Schlagworten versehen sind. Bei einer ersten Analyse zeigte sich schnell, dass die Zahl der relevanten Websites überschaubar ist, sodass eine Suche mit Google bzw. Google News ausreichend war. Die Google-Suchmaschine ist nicht nur extrem leistungsfähig und findet nahezu alle öffentlich zugänglichen Seiten, sie ist im deutschsprachigen Raum auch Marktführer unter den Suchmaschinen (Statista 2022b), so dass die mit Google gefundenen Seiten auch von den weitaus meisten Online-Nutzenden gesehen werden, die nach den genannten Projekten suchen. Die Suchen (via Google und Google News) wurden an mehreren Tagen im Februar 2022 und mit unterschiedlichen Suchketten durchgeführt. Gesucht wurde in der Regel nach dem Projekttitel und – sofern vorhanden – der Abkürzung des Projekttitels. Teilweise wurde auch nach einzelnen Teilprojekten bzw. den Projektbeteiligten gesucht. Da sich nicht alle gefundenen Seiten auf die gesuchten Projekte bezogen, wurde jeder Treffer manuell auf einen inhaltlichen Bezug geprüft. Die relevanten Beiträge wurden in einer entsprechenden Tabelle dokumentiert.

Soziale Netzwerk-Plattformen wie Facebook oder Instagram lassen sich aufgrund ihrer Datenbankstruktur nicht bzw. nur unzureichend mit externen Suchmaschinen durchsuchen. Sie verfügen jedoch über interne Suchfunktionen, mit denen plattformspezifisch nach Profilen, Posts und Kommentaren gesucht werden kann. Deshalb ist es bei Social-Media-Analysen auch erforderlich, von vornherein die zu untersuchenden Plattformen festzulegen. Für die vorliegende Analyse wurden die gängigsten und gesellschaftlich relevantesten Plattformen – Facebook, YouTube, Instagram und Twitter (Haunschild et al. 2020) – berücksichtigt. Die Recherche verlief je nach Projekt unterschiedlich erfolgreich: Bei einigen Projekten gab es eigene Projekt-Accounts oder eindeutige Hashtags, bei anderen lieferte die Suche gar keine Treffer (oder zumindest keine mit Projektbezug).

Auf Basis der so generierten Analyseergebnisse wurden sechs Best-Practice-Projekte ausgewählt, die sich in Bezug auf ihre öffentliche Kommunikation in besonderem Maße von den restlichen abheben. Sie werden in Kapitel 4 beschrieben und bewertet.

3.2 Interviews mit Projektverantwortlichen

Die qualitativen Interviews mit Projektverantwortlichen basierten auf einem Leitfaden mit sechs Frageblöcken (siehe Anhang A.5). Der erste Abschnitt diente dazu, die Befragten zum Thema hin zu führen; hier wurde relativ offen nach der Organisation und Strukturierung der Öffentlichkeitsarbeit gefragt. Der zweite Fragenblock drehte sich um den Output (was wird im Rahmen des Projekts getan und wer wird erreicht): welche Kanäle wurden genutzt, welche Zielgruppen sollten erreicht werden, welche Inhalte wurden kommuniziert? Der dritte und vierte Abschnitt beschäftigte sich mit dem Outcome (was wird erreicht) – hier wurde nach der medialen Berichterstattung und der Resonanz von anderen relevanten Personen gefragt. Der Bewertung des zur Verfügung stehenden Inputs (was wird investiert – finanzielle und personelle Ausstattung, Stellenwert der Kommunikation innerhalb des Projekts) widmete sich der fünfte Abschnitt. Im letzten Teil des Interviews wurden die Teilnehmenden schließlich um eine summarische Abschlussbewertung und mögliche Verbesserungsvorschläge gebeten.

Als Interviewpartner wurde jeweils eine Person pro Best-Practice-Beispiel rekrutiert, die für die öffentliche Kommunikation verantwortlich bzw. maßgeblich daran beteiligt war (siehe Tab. 4). In einem Fall – bei dem vergleichsweise groß angelegten Projekt F.R.A.N.Z. – wurden zwei Personen interviewt. Sofern aus den öffentlich zugänglichen Projektbeschreibungen hervorging, wer der geeignete Ansprechpartner bzw. die geeignete Ansprechpartnerin ist, wurden diese direkt kontaktiert. War dies nicht der Fall, erfolgte eine allgemeine Kontaktaufnahme. Die erste Rekrutierungswelle fand am 03. März 2022 statt. Ab dem 21. März erfolgte eine zweite Welle, bei der jene Personen nochmals kontaktiert wurden, die sich bislang nicht zurückgemeldet hatten. Nach abgeschlossener Rekrutierung ergab sich die in Tabelle 1 dargestellte Stichprobe.

Tab. 4: Stichprobe Projekte und Interviews

Projekt	Befragte/r	Geschlecht	Berufsbezeichnung
„Gemeinsam zur Vielfalt – Landwirtschaftliche Biodiversitätsberatung am Niederrhein“	P1	männlich	Projektleitung
„Landwirtschaft für Artenvielfalt“	P2	männlich	Projektleitung
„F.R.A.N.Z.“ (erste Projektphase)	P3	weiblich	Projektleitung
„F.R.A.N.Z.“ (erste Projektphase)	P4	männlich	Fachbereichsleitung
„Summendes Rheinland – Landwirte für Ackervielfalt!“	P5	männlich	Projektleitung
„Biodiversitätsstrategie Landkreis Ravensburg“	P6	männlich	Projektleitung
„Ackerwildkräuter für Bayerns Kulturlandschaft“	P7	weiblich	Projektleitung

Die Interviews wurden via Webkonferenz mit Hilfe der Anwendungen Zoom bzw. Webex durchgeführt. Sie fanden zwischen 9. März und 26. April 2022 statt und dauerten zwischen 49 und 90 Minuten. Während der Gespräche gab es teils kleinere technische Schwierigkeiten. So

war die Internetverbindung bei drei Probanden teilweise nicht optimal, weshalb die Kommunikation jeweils einmal kurzzeitig unterbrochen war. In der Folge deaktivierten die Teilnehmenden die Videoübertragung. Zur vollständigen Dokumentation und intersubjektiven Überprüfbarkeit der Daten wurden die Gruppendiskussionen mit Hilfe des Programms OBS Studio als Video aufgezeichnet. Im Anschluss wurde ein Ergebnisprotokoll angefertigt, in dem die zentralen Erkenntnisse exzerpiert wurden.

4 Best-Practice-Projekte

Im Folgenden finden sich die Steckbriefe der sechs Dialog- und Kommunikationsprojekte, die im Hinblick auf ihre öffentliche Kommunikation als besonders positiv bewertet werden und somit als Best Practices gelten können.

4.1 Steigerung der Biodiversitätsmaßnahmen auf landwirtschaftlichen Flächen am Niederrhein

Die wichtigsten Details zum Projekt

- **Hauptverantwortlicher Akteur:** Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen
- **Partner:** LEADER-Region Leistende Landschaft e.V. (Lei.La.); Kreisbauernschaften Geldern e.V. und Krefeld Viersen; Stiftung rheinische Kulturlandschaft; Naturschutzzentrum im Kreis Kleve e.V.; NABU Kreisverband Kleve e.V.; Biologische Station Krickenbecker Seen e.V.; Amt für Bauen, Landschaft und Planung des Kreises Viersen
- **Förderer:** 65 % LEADER-Fördermittel (Europäischer Landwirtschaftsfonds), 25 % Projekt-Kommunen, 10 % Landwirtschaftskammer NRW
- **Projektgebiet:** LEADER-Region Leistende Landschaft (bestehend aus den Kommunen Kevelaer, Geldern, Straelen und Nettetal; Nordrhein-Westfalen)
- **Projektlaufzeit:** 01.09.2018 – 28.02.2021
- **Fördersumme:** 161.329,58 €
- **Website:** <https://www.landwirtschaftskammer.de/landwirtschaft/naturschutz/beratungbiodiversitaet/leila.htm>

4.1.1 Projektbeschreibung

Ziel des Projektes war es, die Umsetzung biodiversitätsfördernder Maßnahmen in landwirtschaftlichen Betrieben durch gezielte, individualisierte Beratung zu fördern und die Beteiligten aus Landwirtschaft und Naturschutz zu vernetzen. Durchgeführt wurde das Projekt in der LEADER-Region¹ Leistende Landschaft (Lei.La.) e.V. in Nordrhein-Westfalen. Diese besteht aus den vier Kommunen Kevelaer, Geldern, Straelen und Nettetal. Die Projektregion ist gekennzeichnet durch intensiv bewirtschaftete Flächen mit Gemüsebau, Sonderkulturen und Beregnung sowie durch hohe Pachtpreise. Die Herausforderung war hierfür eine angepasste Beratung zu

¹ LEADER ist ein Programm der Europäischen Union zur Förderung innovativer, modellhafter Aktionen im ländlichen Raum. Lokale Arbeitsgruppen erarbeiten dabei vor Ort Entwicklungskonzepte.

etablieren. Die Initiative zum Projekt ging von mehreren Landwirt*innen aus, ein Landwirt engagierte sich dabei besonders und stellte die Verbindung zur LEADER-Region her. Die Landwirtschaftskammer in Straelen erklärte sich bereit, dafür einen Berater zur Verfügung zu stellen.

Das konkrete Vorgehen sah wie folgt aus: Der Berater nahm Kontakt mit interessierten Landwirt*innen auf und prüfte deren Flächen schon vor dem ersten Treffen auf Schutzgebiete und umliegende Landschafts- und Agrarstrukturen. Darauf aufbauend wurden – in Zusammenarbeit mit den beteiligten Projektpartnern aus dem Naturschutzbereich – mögliche Maßnahmen erarbeitet. Bei positiver Rückmeldung der Landwirt*innen begleitete der Berater diese bei der Entscheidungsfindung, der Antragstellung sowie der Umsetzung der Maßnahmen. Der Berater blieb dabei bis zur erfolgreichen Förderung in Kontakt mit den Landwirt*innen und den beteiligten Naturschutzakteuren.

Im Rahmen des Projekts wurden 102 Betriebe erreicht, von denen sich 91 zur Teilnahme bereit erklärten. In Summe wurden auf 171,8 Hektar biodiversitätsfördernde Maßnahmen umgesetzt. Die Hälfte der Betriebe entschied sich dabei für langfristige Maßnahmen in Form von Vertragsnaturschutz, weitere 44 Prozent wählten mehrjährige Agrarumweltmaßnahmen. Hinzu kamen freiwillige Maßnahmen wie Blüh- und Bejagungsschneisen, artenreiche Grünlandflächen, Blühpatenschaften, Neuanlage von Hecken und Staffelmahd auf Grünlandflächen.

4.1.2 Öffentliche Kommunikation

4.1.2.1 Input

Die öffentliche Kommunikation erfolgte im Wesentlichen durch den Mitarbeiter der Landwirtschaftskammer NRW, der sich auch um die Beratung der Landwirt*innen kümmerte. Unterstützt wurde er durch die Pressestelle und das Biodiversitätsberatungsteam der Kammer, die beteiligten Naturschutzakteure (Biologischen Stationen, Untere Naturschutzbehörde) sowie das LEADER-Regionalmanagement. Der Berater konnte zudem diverse, bereits bestehende Informationsmaterialien der Landwirtschaftskammer nutzen.

4.1.2.2 Interner Output

Eine eigene Projekt-Website gibt es nicht, auf der Seite der Landwirtschaftskammer finden sich jedoch ausführliche Informationen zum Projekt und zu den Ansprechpartnern, ein Video sowie der Abschlussbericht. Um das Projekt sowohl bei weiteren Landwirt*innen als auch in der breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen, wurden den teilnehmenden Landwirt*innen Schilder zur Verfügung gestellt. Diese konnten am Feldrand aufgestellt werden und informierten über das Projekt und die auf den einzelnen Flächen vorgenommenen Maßnahmen. Darüber hinaus stellte der Berater das Projekt diversen Vereinen vor, unter anderem den Ortsbauernschaften, der Kreisjägerschaft Viersen, dem Verkehrs- und Verschönerungsverein Hinsbeck, der Wasserkooperation Hartefeld, der Agrargenossenschaft AgriV sowie dem Kreisimkerverband Viersen. Auf kommunalpolitischer Ebene fanden Vorträge im Umweltausschuss in Nettetal und im Haupt- und Finanzausschuss in Geldern statt. Vorgestellt wurde das Projekt auch bei mehreren Veranstaltungen, etwa bei der Höfe-Tour in Viersen, einem Hoffest der Landjugend Kevelaer Winnekendonk und dem Saisonöffnungsfest des NABU-Naturschutzhofes Nettetal. Einmal jährlich fanden öffentliche Treffen der begleitenden Arbeitsgruppe statt, an denen neben den Beteiligten auch weitere Interessierte teilnehmen konnten. Ziel war es, die Projektbeteiligten auf den aktuellen Stand zu bringen und den Austausch zwischen

den verschiedenen Akteuren aus Landwirtschaft und Naturschutz zu fördern. Stellenweise wurden Pressemitteilungen veröffentlicht und an verschiedene Medien geschickt.

Der örtliche LEADER-Verein, Lei.La e. V., unterstützte die Öffentlichkeitsarbeit durch verschiedene Maßnahmen: Das Projekt wurde auf der Website des Vereins beworben, auf dem LeiLa-Facebook-Kanal wurden regelmäßig kurze Texte zum Thema veröffentlicht oder einschlägige Artikel der Lokalpresse verlinkt. Der Verein initiierte zudem ein Video zur Biodiversitätsberatung, das auf der LEADER-Website sowie auf YouTube zu finden ist. Darüber hinaus unterstützte sie die Öffentlichkeitsarbeit durch die Herausgabe von Pressemeldungen, bei der Veranstaltungsplanung und durch die Kontaktherstellung zur Presse.

4.1.2.3 Externer Output

Die Reichweite in den sozialen Medien ist eher als gering einzuschätzen. Der Facebook-Account von Lei.La e.V. hat 157 Follower, das YouTube-Video zur Biodiversitätsberatung wurde rund 630 Mal aufgerufen (Stand 13.05.22). Als besonders effektiv erwiesen sich laut den Projektverantwortlichen die zur Verfügung gestellten Feldschilder sowie der Besuch der genannten Veranstaltungen. Beides führte nicht nur zur notwendigen Mundpropaganda unter den Landwirt*innen, sondern trug auch zur Bekanntheit des Vorhabens in der allgemeinen Öffentlichkeit bei. Das Projekt wurde so mehr und mehr zum Selbstläufer: Regelmäßig meldeten sich weitere, an der Teilnahme interessierte Landwirt*innen.

Sowohl fach- als auch nachrichtenjournalistische Medien berichteten über das Projekt. Die regionale Tageszeitung Rheinische Post berichtete mit fünf Artikeln am häufigsten. Thematisch handelten die Texte meist vom Projekt im Allgemeinen, wobei einzelne Maßnahmen, finanzielle Beschlüsse oder die Neueinstellung eines Beraters thematisiert wurden. Bei der Hälfte der Artikel wurde als Berichterstattungsanlass auf bereits umgesetzte Maßnahmen durch Landwirte verwiesen. Zwei Mal wurde von der Auszeichnung des Projekts zum UN-Dekade-Projekt berichtet. In der Fachpresse (LandInForm Spezial und LZ-Rheinland) lag der thematische Fokus auf dem Projekt im Allgemeinen und den bisherigen Erfolgen. Agrarheute veröffentlichte zudem einen Artikel, in dem es nicht um das Projekt im Speziellen ging, sondern der sich mit dem Thema Biodiversitätsberatung im Allgemeinen beschäftigte. Am Ende des Beitrags wurde als „Beispiel für individuelle Biodiversitätsberatung“ auf das Projekt verwiesen und verlinkt. Die Berichterstattung wurde von der Projektleitung insgesamt als qualitativ hochwertig wahrgenommen.

4.1.2.4 Outcome

Die durchgeführten Maßnahmen zeigten in mehrfacher Hinsicht Wirkung: Sowohl bei Landwirt*innen als auch bei anderen Akteuren aus Landwirtschaft und Naturschutz führten sie zu einer Sensibilisierung für das Thema Biodiversität und Aufmerksamkeit für das Projekt. Laut dem interviewten Projektverantwortlichen erwiesen sich besonders die zur Verfügung gestellten Feldrand-Schilder als effektiv: Mehrfach hätten sie zu Anfragen von weiteren, interessierten Landwirt*innen geführt. Die durchgeführten bzw. besuchten Veranstaltungen hätten überdies zu mehr Verständnis bei den Beteiligten (zum Beispiel was die Grenzen der landwirtschaftlichen Beratung angeht), dem Aufbau einer gemeinsamen Wissensbasis und dem Entstehen eines Netzwerkes beigetragen. Im Laufe des Projekts sei der Berater der Kammer beispielsweise wiederholt aktiv zu weiteren Veranstaltungen eingeladen worden (von teilnehmenden Betrieben, Naturschutz-Ortsverbänden etc.).

4.1.2.5 Outflow

Im November 2020 zeichnete das Bundesamt für Naturschutz das Projekt als „UN-Dekade-Projekt Biologische Vielfalt“ aus. Im Rahmen der Auszeichnung wird es nun auf der Website der UN-Dekade ausführlich vorgestellt und verlinkt. Die Auszeichnung bestätigte die Projektverantwortlichen in ihrer Arbeit und trug dazu bei, dass die Beratung auch nach Projektende – wenn auch in etwas kleinerem Umfang – weitergeführt wird. Die Auszeichnung sorgte zudem für mehr Anerkennung innerhalb der Kammer.

4.1.3 Bewertung der Kommunikationsmaßnahmen durch die Beteiligten

Der interviewte Berater empfand das Projekt als gut geplant und erfolgreich. Das Ziel, eine regionalspezifische Biodiversitätsberatung aufzubauen, sei erreicht worden. Wichtig sei dabei vor allem gewesen, die Beteiligten von Beginn an in das Projekt einzubinden und zentrale Aufgabenfelder und Zuständigkeiten abzuklären. Bedauern wurde bezüglich der begrenzten Möglichkeiten, die Beratung nach Projektende fortführen zu können, geäußert. Es hätte früher daran gedacht werden sollen, Partner (wie zum Beispiel Biologische Stationen) zu finden, die die Beratung nach Projektende übernehmen hätten können. Coronabedingt konnten die Beratungsgespräche im Jahr 2020 zudem nur online stattfinden, was tendenziell zu einer geringeren Zahl an umgesetzten Maßnahmen führte. Probleme bzw. Missverständnisse hätten sich außerdem durch den zu allgemeinen Projektnamen „Landwirtschaftliche Biodiversitätsberatung am Niederrhein“ ergeben: Die Beratung konnten eben nicht alle Landwirt*innen am Niederrhein in Anspruch nehmen, sondern nur jene, deren Flächen innerhalb der vier beteiligten Kommunen lagen.

Die Zusammenarbeit mit der Presse wurde positiv bewertet. Schwierigkeiten hätten sich vor allem deshalb ergeben, weil den Journalist*innen oft die fachlichen Hintergründe fehlten. Die Vermittlung eben jener sei in der Kürze der Zeit oft nicht angemessen möglich gewesen, was teilweise zu kleineren Fehlern in den Artikeln führte. Aus Sicht des Beraters seien die Projekt- bzw. Maßnahmenumsetzung zudem oftmals einfacher dargestellt worden als sie gewesen sei. In der Realität sei es oft sehr herausfordernd gewesen, geeignete Maßnahmen zu finden und durchzuführen.

4.1.4 Schlussfolgerungen

Als besondere Erfolgsfaktoren sind drei Aspekte zu nennen: (1) Das Projekt wurde innerhalb der Landwirtschaft intensiv kommuniziert und bei außerordentlich vielen lokalen Veranstaltungen, Vorträgen und Feldbegehungen öffentlich vorgestellt und bekannt gemacht. So wurde wiederholt der direkte Austausch unter den Akteuren gefördert und gegenseitiges Verständnis aufgebaut. (2) Die Kommunikation erfolgte zielgruppengerecht. Statt Landwirt*innen über die massenmediale Öffentlichkeit ansprechen zu wollen, wurden sie kommunikativ dort abgeholt, wo es geeignet schien: bei einschlägigen Veranstaltungen sowie über Multiplikatoren. Beispielsweise wurden bereits teilnehmende Landwirt*innen als Multiplikatoren genutzt, indem sie kostenlos Feldrandschilder erhielten, mit denen sie für das Projekt werben und öffentlich auf ihre Teilnahme hinweisen konnten. (3) Durch die Kooperation mit dem Verein LEADER-Region Leistende Landschaft konnte eine größere Reichweite der Kommunikationsmaßnahmen erreicht werden. Die Kommunikation erfolgte so eben nicht nur über den zuständigen Projektverantwortlichen bzw. die Landwirtschaftskammer, sondern auch über weitere Kanäle.

4.2 Landwirtschaft für Artenvielfalt

Die wichtigsten Details zum Projekt

- **Hauptverantwortliche Akteure:** WWF Deutschland; Edeka-Group
- **Weitere Beteiligte:** Biopark Verband; Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) e. V.; Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Mecklenburg-Vorpommern
- **Projektgebiet:** bundesweit
- **Projektlaufzeit:** seit 2013 fortlaufend, Zwischenberichte 2016
- **Fördersumme:** unbekannt
- **Website:** <https://www.landwirtschaft-artenvielfalt.de/>

4.2.1 Projektbeschreibung

Ziel des Projektes ist die langfristige Erhöhung der Artenvielfalt auf ökologisch bewirtschafteten Flächen. Betriebe können teilnehmen, indem sie Maßnahmen aus einem vorgeschriebenen Maßnahmenkatalog umsetzen. Die Produkte der teilnehmenden Betriebe werden bei Edeka verkauft und mit dem Label „Landwirtschaft für Artenschutz“ gekennzeichnet. Sie erhalten jeweils einen Tracking Code, sodass Verbraucher die Herkunft nachvollziehen können. Den Landwirt*innen wird im Gegenzug ein fester Abnahmepreis gewährleistet.

Der Maßnahmenkatalog wurde zu Beginn des Projekts mit 15 Pilotbetrieben in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg und in Zusammenarbeit mit Experten*innen und Wissenschaftler*innen erarbeitet. Er besteht aus 43 Hauptmaßnahmen, die sich teilweise in verschiedene Varianten aufgliedern. Dies ermöglicht es den Landwirt*innen die Maßnahmen an die Besonderheiten des eigenen Betriebs anzupassen. Zudem ergeben sich auf diese Weise keine Probleme bei der Ausweitung des Projektgebiets auf weitere Regionen mit teils anderen naturräumlichen Gegebenheiten. Mit Hilfe eines Punktesystems werden bestehende und hinzukommende Biodiversitätsmaßnahmen bewertet, wodurch ein Mindeststandard an Naturschutz festgelegt werden kann. Auf Wunsch kann eine begleitende Beratung in Anspruch genommen werden.

Zunächst wurde das Projekt in der Edeka Nord Region umgesetzt, 2020 kam die EDEKA Südwest Region hinzu. Inzwischen werden auf etwa 40.000 Hektar Fläche Maßnahmen umgesetzt. Rund 100 verschiedene Fleisch- und Wurstwaren, Obst- und Gemüseprodukte mit dem Label „Landwirtschaft für Artenschutz“ werden bei Edeka angeboten.

4.2.2 Öffentliche Kommunikation

4.2.2.1 Input

Öffentliche Kommunikation spielte zunächst keine größere Rolle im Projekt, erst seit einem Stellenwechsel beim WWF im Jahr 2019 wird dem Thema verstärkt Aufmerksamkeit geschenkt. Koordiniert werden die einschlägigen Aktivitäten vom WWF, zwischen den Hauptpartnern EDEKA und WWF besteht jedoch die Pflicht zur Abstimmung. Die weiteren Partner werden stets über entsprechende Maßnahmen informiert. Der WWF-Mitarbeiter, der sich um

das Projekt und die Kommunikation kümmert, kann im Rahmen seiner Tätigkeit auf verschiedene Ressourcen zurückgreifen, etwa auf die hauseigene Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit. Unterstützung kommt teilweise auch von den Projektpartnern.

4.2.2.2 Interner Output

Für das Projekt wurde eine eigene Website mit umfassenden Informationen und Materialien erstellt. Gelegentlich werden zudem die sozialen Medien genutzt: Auf Facebook veröffentlichte der WWF einige Posts zum Projekt im Allgemeinen sowie anlässlich der Auszeichnung zum UN-Dekade-Projekt Biologische Vielfalt. Auf Twitter wurden mehrere projektbezogene Tweets über den „WWF-Deutschland“-Account sowie von WWF-Mitarbeitenden veröffentlicht. Die Mitarbeitenden berichten dabei unter anderem von ihren Erfahrungen mit dem Projekt (zum Beispiel im Rahmen von Betriebsbesichtigungen) oder die aktuelle Zahl der teilnehmenden Betriebe. Auf Instagram wurden bislang zwei Beiträge und Stories gepostet, auf dem WWF-Blog erschien ein Beitrag. Mittlerweile geht der WWF zudem aktiv auf Redaktionen zu und versucht, eine massenmediale Berichterstattung zu erreichen (Betriebsbesichtigungen, Anbieten von Hintergrundinformationen etc.). Für die Landwirt*innen wurden Feldschilder erstellt, die an den Flächen aufgestellt werden können.

Der Handelspartner Edeka nutzt verschiedene Wege, um öffentlich für das Projekt zu werben: Alle im Rahmen des Projekts produzierten Produkte (wie der national vertriebene Apfel-Direktsaft oder die bei Edeka Nord vertriebenen Fleisch- und Wurstwaren von Biopark) werden mit dem Projekt-Logo gekennzeichnet. Teilweise wird in Angebotsprospekten oder auf den Facebook-Seiten einzelner Edeka-Märkten gezielt für diese Projekte geworben. Auf den Webseiten von Edeka, Edeka Nord und Edeka Südwest werden jeweils Informationen zum Projekt zur Verfügung gestellt: allgemeine Projektinformationen, detaillierte Erklärungen zu einzelnen Produkten sowie Pressemeldungen. Soziale Medien (Facebook und Instagram) werden nur vereinzelt genutzt.

Der ökologische Anbauverband Biopark e. V. geht auf seiner Website kurz auf das Projekt ein. Außerdem sind sowohl auf der Website als auch auf dem YouTube-Kanal von Biopark acht Videos verfügbar, in denen das Projekt bzw. teilnehmende Betriebe vorgestellt werden. Auf Instagram finden sich rund 40 Beiträge, die sich dem Projekt widmen oder dieses erwähnen. Positiv hervorzuheben ist dabei die konsequente Verwendung des Hashtags *landwirtschaft-fürartenvielfalt* – er wird nicht nur von Biopark, sondern auch vom WWF und diversen teilnehmenden Betrieben verwendet. Auf Facebook und Twitter veröffentlichte Biopark vereinzelt projektbezogene Beiträge.

Das ZALF veröffentlichte auf seiner Website Pressemeldungen und Neuigkeiten ebenso wie Materialien, die innerhalb des Projektes erarbeitet worden waren, etwa den Maßnahmenkatalog. Im hauseigenen Magazin *Feld* erschien ein Artikel, auf dem Twitter-Kanal wurden einzelne Posts zum Thema veröffentlicht.

4.2.2.3 Externer Output

Aussagen zu den Reichweiten der einzelnen Kommunikationsprodukte sind nur teilweise möglich. So lässt sich anhand der durchgeführten Analysen nicht beurteilen, wie viele Menschen durch die Edeka-Werbeaktionen (Logos auf Produkten, Werbung in Prospekten etc.) tatsächlich erreicht wurden. Auch die Zugriffszahlen auf relevante Websites und Pages sind unbekannt. Verfügbar sind jedoch verschiedene Social-Media-Kennzahlen: Wenngleich der WWF die sozialen Medien nicht allzu intensiv nutzt, um das Projekt bekannter zu machen, erhielten

die bisher veröffentlichten Posts vergleichsweise große Aufmerksamkeit. Die beiden Facebook-Posts etwa wurden 599 bzw. 1.170 Mal gelikt, der einschlägige Instagram-Post 7.744 Mal. Zurückzuführen ist dies auf die insgesamt sehr hohen Followerzahlen des WWF (Facebook rund 430.000, Instagram rund 244.000; Stand 09.08.2022). Das von Edeka auf seinem Kanal „#zukunftsleben | Das Nachhaltigkeitsmagazin“ veröffentlichte Video wurde rund 7740 Mal aufgerufen. Die Reichweite der weiteren Veröffentlichungen in den sozialen Medien (etwa durch Biopark, ZALF, teilnehmende Landwirt*innen) ist eher als gering einzuschätzen. Die Instagram-Posts des Biopark-Verbandes hatten zum Beispiel Likes im niedrigen bis mittleren zweistelligen Bereich.

Diverse fach- und nachrichtenjournalistische Printmedien sowie drei Radiosender berichteten über das Projekt, darunter Deutschlandfunk, Der Spiegel, Die Tageszeitung, Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Brand eins, Spektrum, Topagar und BWagrar. Themen der Berichterstattung waren das Projekt im Allgemeinen, die Kooperation von Unternehmen und Umweltschutzorganisationen sowie Artenschutz in der Agrarlandschaft.

Vereinzelte sprachen auch andere Akteure aus Politik und Gesellschaft öffentlich über das Projekt: Der Filmemacher Ulrich Koglin veröffentlichte etwa auf seinem YouTube-Kanal LandWild drei Videos (788, 597 und 300 Aufrufe; Stand: 31.08.22) zum Projekt; das baden-württembergische Landwirtschaftsministerium berichtete – ebenfalls auf YouTube – von der Sommertour des damaligen Ministers Peter Hauk, die unter anderem zu einem „Landwirtschaft für Artenvielfalt“-Betrieb führte (58 Aufrufe; Stand: 31.08.2022).

4.2.2.4 Outcome

Wenngleich die Wirkungen der umgesetzten Maßnahmen nur teilweise nachvollzogen werden können, scheint die Kommunikationsarbeit durchaus erfolgreich zu sein: Das Projekt wird seit 2013 kontinuierlich fortgeführt, das Projektgebiet wurde um mehrere Regionen in Süddeutschland erweitert und die Zahl der teilnehmenden Betriebe verdoppelt. Auch in der Politik erlangte es Aufmerksamkeit: Sowohl die damalige Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner als auch der frühere baden-württembergische Landwirtschaftsminister Peter Hauk besuchten „Landwirtschaft für Artenvielfalt“-Betriebe. 2016 wurde das Projekt von der „UN-Dekade Biologische Vielfalt“ ausgezeichnet, 2020 war es Teil der Aktionsplattform „Unternehmen Biologische Vielfalt“.

4.2.3 Bewertung der Kommunikationsmaßnahmen durch die Beteiligten

Die Hauptpartner WWF und Edeka sind nach Aussage des interviewten WWF-Mitarbeiters bei der Umsetzung der Kommunikationsmaßnahmen oft stark gefordert. Zum einen, weil Wert auf die Kooperation aller Projektpartner gelegt wird, zum anderen, weil sich die beteiligten Mitarbeiter*innen neben dem Projekt stets auch um das Tagesgeschäft kümmern müssen. Die Nutzung sozialer Medien wird deshalb als besonders dankbar empfunden, sie ist weder zeit- noch kostenintensiv. Pressearbeit sei damit verglichen relativ aufwendig: Um Pressetermine ansprechend zu gestalten, müssten Betriebsbesichtigungen organisiert werden, im Idealfall sollte zudem ein Berater vor Ort sein, der die Journalist*innen mit den notwendigen Hintergrundinformationen versorgt. Die intensive Betreuung ist aus Sicht des Interviewten allerdings lohnenswert, weil sie zu einer sehr positiven Berichterstattung führt. Die Journalist*innen stellten zwar teilweise kritische Fragen – etwa, warum nur Biobetriebe beteiligt sind oder weshalb Fleischprodukte Teil des Projektes sind – die veröffentlichten Texte seien dennoch äußerst wohlwollend.

Der Interviewte betonte, dass bei der Bewertung der öffentlichen Kommunikation aus seiner Sicht nicht nur die Reichweite eine Rolle spielt: Es sei wichtig, die beteiligten Landwirt*innen und deren Leistungen angemessen zu honorieren. Die Projektleitung stehe deshalb sehr viel mit den beteiligten Erzeugergemeinschaften und Landwirt*innen in Kontakt und versuche, diese aktiv in die Kommunikation einzubinden. Als Beispiel nannte er die auf YouTube veröffentlichten Videos, in denen teilnehmende Landwirt*innen und deren Betriebe vorgestellt werden. Die Videos hätten zwar eine geringe Zahl an Aufrufen, seien aber dennoch wichtig, um den Landwirt*innen gegenüber Wertschätzung zu zeigen.

4.2.4 Schlussfolgerungen

Als besondere Erfolgsfaktoren sind zwei Aspekte zu nennen: (1) Durch die Gewinnung und aktive Einbindung von enorm reichweitenstarken und verschiedenartigen Akteuren konnte relativ große öffentliche Aufmerksamkeit erzeugt werden. So verfügen sowohl der WWF als auch Edeka über intensiv und professionell betreute Auftritte in den sozialen Medien, mit jeweils mehreren Hunderttausend Followern. Einschlägige Posts zum Projekt erreichten so mit relativ geringem Aufwand eine Vielzahl an Menschen. Dadurch, dass die beteiligten Projektpartner aus sehr unterschiedlichen Bereichen stammen (Landwirtschaft, Lebensmitteleinzelhandel, Natur- und Umweltschutz, Wissenschaft) und zum Teil unterschiedliche Kommunikationskanäle (soziale Medien, Newsletter, Websites, Werbeprospekte etc.) nutzen, konnten überdies sehr verschiedene Zielgruppen erreicht werden. (2) Die proaktive Pressearbeit wirkte sich positiv auf Quantität und Qualität der massenmedialen Berichterstattung aus. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang nicht nur die angebotenen Betriebsführungen, sondern auch die bereitgestellten Hintergrundinformationen – auch bislang weniger versierte Journalist*innen konnten so an das Themenfeld herangeführt werden.

4.3 F.R.A.N.Z. – Für Ressourcen, Agrarwirtschaft & Naturschutz mit Zukunft (erste Projektphase)

Die wichtigsten Details zum Projekt

- **Hauptverantwortliche Akteure:** Umweltstiftung Michael Otto; Deutscher Bauernverband
- **Wissenschaftliche Begleitung:** Thünen-Institut; Georg-August-Universität Göttingen; Michael-Otto-Institut im NABU
- **Partner:** 10 teilnehmende Betriebe in Deutschland; Bauernverband Mecklenburg-Vorpommern; LMS Agrarberatung GmbH; Bayerische KulturLandStiftung; Landesbauernverband Brandenburg; DVL-Koordinierungsstelle Brandenburg-Berlin; Landesbauernverband in Baden-Württemberg; Stiftung Kulturlandpflege Niedersachsen; Stiftung Kulturlandschaft RheinlandPfalz; Stiftung Kulturlandschaft Sachsen-Anhalt; Stiftung Rheinische Kulturlandschaft; Stiftung Westfälische Kulturlandschaft
- **Förderer:** Landwirtschaftliche Rentenbank; Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft; Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz; Bundesamt für Naturschutz
- **Projektgebiet:** bundesweit
- **Projektlaufzeit:** insgesamt zehn Jahre; erste Projektphase: 11/2016 – 12/2019
- **Fördersumme:** unbekannt
- **Website:** <https://www.franz-projekt.de/>
- **Soziale Medien**²: <https://www.youtube.com/@franz-projekt4089/featured>

4.3.1 Projektbeschreibung

F.R.A.N.Z. ist ein von der Umweltstiftung Michael Otto (UStMO) und dem Deutschen Bauernverband (DBV) initiiertes Dialog- und Demonstrationsprojekt, das Zielkonflikte zwischen konventioneller Landwirtschaft und Naturschutz durch die gemeinsame Entwicklung von Naturschutzmaßnahmen und Bewirtschaftungskonzepten lösen will. Naturschützende und Landwirt*innen erproben dazu auf zehn Demonstrationsbetrieben dem Artenschutz dienende und gleichzeitig praxistaugliche, ökonomisch leistbare Maßnahmen. Betreut und beraten werden sie von den Landesbauernverbänden, verschiedenen Kulturlandschaftsstiftungen sowie weiteren Partnern. Wissenschaftlich begleitet wird das Projekt durch das Thünen-Institut, die Universität Göttingen sowie das Michael-Otto-Institut im NABU. Die Ergebnisse werden an die politischen Akteure auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene herangetragen, so soll Einfluss auf den förderpolitischen Rahmen genommen werden.

Die Zwischenbilanz nach der ersten Projektphase fällt positiv aus. So konnte eine Erhöhung der Feldlerchendichte um 50 Prozent und je nach Maßnahme eine Erhöhung der Ackerwildkräuter-Diversität um 190 bis 250 Prozent erreicht werden. Besonderer Handlungsbedarf wird

² Aufgelistet werden lediglich die speziell für das Projekt angelegten Auftritte in den sozialen Medien.

nach wie vor bei Gunststandorten gesehen – diese zeichnen sich durch hohe Erträge bei guter Qualität aus. Bestehende Naturschutzmaßnahmen mit finanziellem Ausgleich bieten hier keine Alternative, da der Mehraufwand zu hoch bzw. der finanzielle Ausgleich zu niedrig ist.

4.3.2 Öffentliche Kommunikation

4.3.2.1 Input

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wird als wesentlicher Projektbestandteil verstanden: von der Politik auf EU-Ebene bis hin zur allgemeinen Bevölkerung sollen alle relevanten Akteure für das Thema sensibilisiert werden. Ein Großteil der Aktivitäten wird dabei von zwei Mitarbeiterinnen der Umweltstiftung Michael Otto koordiniert, die sich ausschließlich um das F.R.A.N.Z.-Projekt kümmern. Unterstützt werden sie von der hauseigenen Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit. Einzelne, einschlägige Themen werden darüber hinaus vom Bauernverband und den dort zuständigen Mitarbeitenden (Projektleitung, weitere Fachabteilungen) bearbeitet. Jegliche Form öffentlicher Kommunikation wird stets zwischen den Hauptpartnern – UStMO und DBV – abgestimmt. Einzelmeinungen, die nicht abgestimmt sind, müssen als solche kenntlich gemacht werden. Besonders bei politisch relevanten Themen wird Wert auf eine enge Abstimmung gelegt. Die am Projekt beteiligten Partner (Landesbauernverbände, teilnehmende Betriebe etc.) werden als Multiplikatoren verstanden und konsequent als solche eingesetzt. Sie können und sollen die öffentliche Kommunikation mit unterstützen – zum Beispiel durch Interviews, Hofführungen oder den Besuch regionaler Veranstaltungen. Eigens zu diesem Zweck ist auch Projektbudget eingeplant.

4.3.2.2 Interner Output

Die öffentliche Kommunikation wurde bereits vor Projektbeginn intensiv vorbereitet: Neben einem Logo, das bei allen projektbezogenen Veröffentlichungen verwendet wird, wurde eine Projekt-Website erstellt. Sie enthielt bereits zum Auftakt die wichtigsten Informationen und wird seitdem regelmäßig aktualisiert bzw. ergänzt. Als prominente Schirmherr*innen konnten Barbara Hendricks (Umweltministerin 2013-2018) und Christian Schmidt (Landwirtschaftsminister 2014-2018) gewonnen werden. Gemeinsam mit Joachim Rukwied (Präsident des Deutschen Bauernverbands) und Prof. Dr. Michael Otto (Stifter der Umweltstiftung Michael Otto) präsentieren sie das Projekt im Januar 2017 bei einer Bundespressekonferenz den Vertretern der bundesweiten Presse. Auch die auf Hendricks und Schmidt folgenden Minister*innen von BMUV und BMEL übernahmen während ihrer Amtszeiten stets die Schirmherrschaft über das Projekt.

Auch im weiteren Verlauf wurde großer Wert auf die öffentliche Kommunikation gelegt: Das Projekt wird regelmäßig bei Veranstaltungen vorgestellt – unter anderem bei regionalen Landwirtschafts- und Naturschutztagen, dem Deutsche Bauerntag, dem Deutsche Naturschutztag und der internationalen Grünen Woche. Zwei Mal wurde ein F.R.A.N.Z.-Symposium veranstaltet, bei dem das Projekt inklusive der bisherigen Zwischenergebnisse vorgestellt wurde. Zu geeigneten Anlässen werden Pressemitteilungen veröffentlicht. Von den gängigen sozialen Medien werden – aufgrund der zur Verfügung stehenden personellen Kapazitäten – vor allem zwei genutzt: YouTube und Twitter. Auf dem YouTube-Kanal des F.R.A.N.Z.-Projektes wurden bislang 17 Videos veröffentlicht (Stand: 07.12.2022), die auch auf der Website eingebunden sind. Behandelte Themen sind das Projekt im Allgemeinen, relevante Ergebnisse aus den wissenschaftlichen Begleituntersuchungen sowie die von den teilnehmenden Landwirt*innen umgesetzten Maßnahmen. Auf Twitter gibt es keinen F.R.A.N.Z.-Account, die UStMO nutzt

aber ihren eigenen Account regelmäßig, um unter Verwendung des Hashtags #FRANZprojekt für das Projekt zu werben.

Die Landwirt*innen der zehn beteiligten Demonstrationsbetriebe sind vielfach in die Kommunikationsaktivitäten eingebunden und unterstützen diese: Sie bieten Betriebsführungen an, berichten bei Veranstaltungen und in den sozialen Medien von ihrer Teilnahme und nutzen die zur Verfügung gestellt Feldschilder, die Interessierte über das Projekt sowie die umgesetzten Maßnahmen informieren. Auch die weiteren Projektpartner und -förderer nutzen ihre Netzwerke und Informationskanäle (Newsletter, Websites, Veranstaltungen, soziale Medien etc.) regelmäßig, um das Projekt bekannter zu machen. Mitarbeitende des Thünen-Instituts präsentierten zum Beispiel projektbezogene Forschungsergebnisse auf wissenschaftlichen Tagungen. Zum Teil stellt die Projektleitung auch Textbausteine und Bilder zur Verfügung, die zur Kommunikation verwendet werden können. Zum einen soll so eine einheitlich Storyline gewährleistet werden, zum anderen sollen die Beteiligten entlastet werden.

4.3.2.3 Externer Output

Die Reichweiten der einzelnen Kommunikationsaktivitäten sind zwar zum Teil als eher gering einzuschätzen – der F.R.A.N.Z.-Kanal auf YouTube etwa hat 45 Abonnenten (Stand: 07.12.22), die Videos haben in der Regel Views im zwei- oder dreistelligen Bereich; mit dem Newsletter der UStMO werden etwa 500 Abonnenten erreicht –, dafür werden die projektbezogenen Informationen kontinuierlich und sehr breit gestreut. Durch die große Zahl an Partnern und Förderern und deren andauernde, aktive Unterstützung, werden sehr unterschiedliche Zielgruppen erreicht: Journalist*innen, Landwirt*innen, Naturschutz-Akteure, Wissenschaftler*innen, Politiker*innen usw. Das Projekt hat dadurch ein großes Maß an Bekanntheit erreicht.

Die Pressearbeit kann als besonders gelungen bewertet werden: Die Presseanfragen sind so zahlreich, dass aktuell kaum mehr aktive Pressearbeit notwendig ist. Zahllose fach- und nachrichtenjournalistische Medien berichteten wiederholt und ausführlich über das Projekt. Nicht nur regional und überregional bedeutende Printmedien (u. a. die Zeit, Süddeutsche Zeitung, die taz, die Welt, Focus) griffen das Thema auf, auch in Hörfunk und Fernsehen wurde berichtet (u. a. ARD, ZDF, 3sat, ARTE, MDR, SWR, NDR, Deutschlandfunk). Ein ähnliches Bild zeigt sich in der fachjournalistischen Berichterstattung: Artikel erschienen unter anderem in Spektrum, Topagrar, Agrarheute, Agrarzeitung, LZ-Rheinland und Obst & Garten. Auch hier wurde teils mehrfach über das Projekt berichtet.

4.3.2.4 Outcome & Outflow

Wenngleich es für die Projektleiter*innen schwierig einzuschätzen war, inwiefern die Kommunikationsmaßnahmen zu Einstellungsänderung bzw. einem Wissenszuwachs bei den jeweiligen Zielgruppen führte, entstand bei ihnen durchaus der Eindruck, dass man – nach anfänglicher Skepsis – oftmals Interesse am Projekt habe erreichen können. Vor allem im Zusammenhang mit dem F.R.A.N.Z.-Symposium, aber auch in Reaktion auf die massenmediale Berichterstattung hätten sich die Webseiten-Zugriffszahlen sowie die Newsletteranmeldungen deutlich erhöht. Zudem hätten die einzelnen Akteure im Anschluss vermehrt Verständnis für die Interessen und Bedürfnisse Anderer aufgebracht.

2019 wurde das Projekt – unter anderem wegen seiner „bundesweiten Signalwirkung“ – von der UN-Dekade Biologische Vielfalt ausgezeichnet. Die wissenschaftliche Begleitforschung erhielt überdies 2018 den Deutschen Nachhaltigkeitspreis Forschung und wurde in diesem

Zusammenhang für die enge Zusammenarbeit mit der Praxis gelobt. Es ist davon auszugehen, dass sich diese Erfolge positiv auf die Reputation der beteiligten Akteure auswirkten.

4.3.3 Bewertung der Kommunikationsmaßnahmen durch die Beteiligten

Die öffentliche Kommunikation wird als gelungen und zielführend wahrgenommen. Als besondere Erfolgsfaktoren nannten die beiden Interviewpartner*innen die folgenden Aspekte: die Vielfalt der gewählten Kommunikationskanäle; die konsequente Unterstützung der öffentlichen Kommunikation durch alle Projektbeteiligten; die Organisation von bzw. die Teilnahme an Präsenzveranstaltungen und Tagungen – vor allem wenn politische Prominenz vor Ort war; die enge Abstimmung der Kommunikationsaktivitäten zwischen den Projektbeteiligten. Darüber hinaus habe sich die Grundidee des Projektes positiv auf die Kommunikationsaktivitäten ausgewirkt: man arbeite auf allen Ebenen sehr eng zusammen, erarbeite gemeinsam Lösungen und versuche stets sich vorurteilsfrei und auf Augenhöhe zu begegnen. Kritisch angemerkt wurde, dass mit der zunehmenden Bekanntheit des Projektes auch die Anzahl der Interview- und Veranstaltungsanfragen enorm zugenommen habe. Es mangle deshalb zunehmend an personellen Kapazitäten. Außerdem hätte man eventuell die sozialen Medien stärker nutzen können.

Ausmaß und Qualität der journalistischen Berichterstattung wurden von den Interviewpartnerinnen durchweg positiv wahrgenommen. Insbesondere die Journalist*innen überregionaler Medien hätten sorgfältig recherchiert und in ihren Texten angemessene Kontextinformationen geliefert. In den Veröffentlichungen regionaler Medien sei eine gewisse Personalisierung zu beobachten gewesen: Häufig sei nur der Blickwinkel eines einzelnen Akteurs präsentiert worden, zum Beispiel eines teilnehmenden Landwirtes. Bei den Gesprächsterminen mit diesen Journalist*innen sei zudem zum Teil der Eindruck entstanden, dass diese über sehr wenig Vorwissen verfügten, sodass während der Interviews verstärkt Aufklärungsarbeit geleistet werden musste. Zu Schwierigkeiten bzw. Problemen ist es aus Sicht der Interviewpartner*innen – abgesehen von kleineren inhaltlichen Fehlern – nur einmal gekommen. Ein Journalist habe sich des Themas nicht offen genähert, sondern bereits eine gewisse Erwartungshaltung bzw. eine vorgefertigte Meinung mitgebracht, die er im Rahmen des Pressetermins nicht bestätigt sah.

4.3.4 Schlussfolgerungen

Als besondere Erfolgsfaktoren sind bei diesem Projekt mehrere Aspekte hervorzuheben: (1) Die Kooperation von sehr bekannten und reichweitenstarken Akteuren wirkte sich positiv auf die durchgeführten Kommunikationsmaßnahmen aus. (2) Dadurch, dass die Akteure in verschiedenen Bereichen tätig sind (Landwirtschaft, Umwelt- und Naturschutz, Wissenschaft) konnten zudem sehr unterschiedliche Bevölkerungsgruppen erreicht werden. (3) Die paritätische Ausführung des Projektes durch UStMO und DBV hatte eine intensive, konstante Unterstützung der Kommunikation durch beide Parteien zur Folge. (4) Die Kommunikation wurde von Beginn an als zentraler Projektbestandteil begriffen und auch als solcher behandelt: Bereits in der Planungsphase wurden erste Maßnahmen vorbereitet bzw. ergriffen. So wurden unter anderem prominente Schirmherren gewonnen und verschiedene Informationsmaterialien sowie die Projektseite erarbeitet. Auch im weiteren Verlauf wurde großer Wert auf professionelle, intensive und vielfältige Kommunikationsarbeit gelegt.

4.4 Summendes Rheinland – Landwirte für Ackervielfalt

Die wichtigsten Details zum Projekt

- **Projektträger:** Stiftung Rheinische Kulturlandschaft
- **Wissenschaftliche Begleitung:** Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF)
- **Partner:** Landwirtschaftskammer NRW
- **Förderer:** Bundesamt für Naturschutz; Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz; Landwirtschaftliche Rentenbank
- **Projektgebiet:** Niederrheinische Bucht (Nordrhein-Westfalen)
- **Projektlaufzeit:** 10/2013 bis 09/2019
- **Fördersumme:** 1.100.000 €
- **Website:** <https://www.rheinische-kulturlandschaft.de/themen-projekte/kulturlandschaft-erhalten-und-foerdern/summendes-rheinland-landwirte-fuer-ackervielfalt/>

4.4.1 Projektbeschreibung

Vor allem Wildbienen, aber auch andere Insekten wie Schwebfliegen, Schmetterlinge und Honigbienen spielen aufgrund ihrer Bestäubungsleistung eine wichtige Rolle in Ökosystemen. Sie sichern nicht nur landwirtschaftlicher Erträge, sondern auch den Erhalt von Wildpflanzen. Ziel des Projektes „Summendes Rheinland – Landwirte für Ackervielfalt“ war es deshalb, die Lebensbedingungen für Insekten in der landwirtschaftlich intensiv genutzten Niederrheinischen Bucht zu verbessern. Denn bislang mangelte es dort an für Bestäuber wichtigen Strukturen wie blühenden Säumen, Feldrändern und Zwischenfrüchten. Besonders nach der Blüte weit verbreiteter Kulturpflanzen wie dem Raps fehlte es vielerorts an Nektar- und Pollenquellen. Vor diesem Hintergrund setzt sich die Stiftung Rheinische Kulturlandschaft für ein erhöhtes Blütenangebot in der Region ein. Die Umsetzung entsprechender Maßnahmen erfolgte in enger Zusammenarbeit mit den Landwirt*innen vor Ort.

Bis Projektende wurden auf einer Fläche von 450 Hektar Zwischenfrüchte angebaut, 50 Kilometer Blühstreifen wurden angelegt und 40 Brut- und Überwinterungsmöglichkeiten (Gabionen) für Wildbienen. Um den ökologischen Mehrwert der Maßnahmen wissenschaftlich evaluieren zu können, führten das Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) und Experten der Landwirtschaftskammer NRW ein faunistisches Monitoring durch. Dabei konnten sie das erste Mal die *Zweizellige Sandbiene (Andrena lagopus)* und das zweite Mal die *Blauschillernde Sandbiene (Andrena agilissima)* in Nordrhein-Westfalen nachweisen. Darüber hinaus registrierten die Wissenschaftler*innen eine Zunahme der Wildbienen- und Tagfalter-Diversität. Die Fachhochschule Kiel nahm eine ökonomische Maßnahmenbewertung vor – so konnte überprüft werden, welche Maßnahmen sich für eine langfristige Förderung eignen.

4.4.2 Öffentliche Kommunikation

4.4.2.1 Input

Öffentlichkeitsarbeit war kein Kernbestandteil des Projektes, dennoch wurden verschiedene Maßnahmen zur Information von Landwirt*innen und der allgemeinen Bevölkerung ergriffen. Koordiniert wurden diese von dem Mitarbeiter der Stiftung Rheinische Kulturlandschaft, der sich auch um das Projekt kümmerte. Zu Beginn wurde er von einer wissenschaftlichen Hilfskraft unterstützt, später von zwei weiteren Mitarbeiter*innen. Die Erhöhung der Mitarbeiterzahl ist mit der flächenmäßigen Zunahme der umgesetzten Maßnahmen im Verlauf des Projektes zu erklären. Unterstützung erfuhren sie durch die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung. Zunächst arbeitete dort eine Mitarbeiterin, später kamen weitere Teilzeitmitarbeiter*innen hinzu. Bereits vorhandene Informationsmaterialien, zum Beispiel Flyer zum Thema Wildbienen, konnten auch im Rahmen des Projektes genutzt werden.

4.4.2.2 Interner Output

Der Fokus der Kommunikationsaktivitäten lag auf der Bekanntmachung des Projektes in Fachkreisen. Um die relevanten Teilöffentlichkeiten aus Landwirtschaft, Politik, Wissenschaft und Naturschutz zu erreichen, wurde das Vorhaben bei verschiedenen Veranstaltungen vorgestellt – etwa bei den Feldtagen der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen und der Internationalen Grünen Woche in Berlin. Darüber hinaus wurden drei Tagungen organisiert, die vor allem der Vernetzung der Akteure aus Landwirtschaft und Naturschutz dienten und stets ausgebaut waren. Neuigkeiten und Antragsfristen wurden im Newsletter der Stiftung publiziert. Zur Gewinnung interessierter Landwirt*innen wurden in den ersten Jahren die Winterversammlungen der landwirtschaftlichen Ortsverbände besucht. In der LZ-Rheinland, einer landwirtschaftlichen Zeitschrift, wurden regelmäßig Aufrufe zur Teilnahme und Informationen zum aktuellen Stand veröffentlicht. Dabei wurde unter anderem thematisiert, wie die praktische Umsetzung der Maßnahmen ablaufen soll, welche ackerbaulichen Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt notwendig sind und wie hoch die finanziellen Ausgleichszahlungen sind.

Die breite Öffentlichkeit sollte vorallem durch die Präsenz bei Veranstaltungen (Pflanzenbörse im Freilichtmuseum Lindlar, Tag der Artenvielfalt im botanischen Garten Bonn) und medial vermittelte Kommunikation erreicht werden (Informationen auf der Stiftungs-Website, Flyer etc.). Zu einzelnen Themen wurden – in Absprache mit dem BfN – Pressemitteilungen veröffentlicht, zwei Mal gab der Projektverantwortliche Radiointerviews. Vereinzelt berichteten verschiedene Bundesministerien, -anstalten und Forschungseinrichtungen über das Projekt, unter anderem in den sozialen Medien sowie im Rahmen von zwei Imagefilmen zum Bundesprogramm Biologische Vielfalt. Den teilnehmenden Landwirt*innen wurden Informationsschilder zur Verfügung gestellt, die sie an den Projektflächen aufstellen konnten. Darauf wurden nicht nur das Projekt und die umgesetzten Maßnahmen vorgestellt, es wurde auch darauf eingegangen, welche Maßnahmen Bürger*innen zu Hause umsetzen können. Zum Teil nutzten die beteiligten Landwirt*innen auch die sozialen Medien (Twitter und Instagram), um das Projekt zu bewerben.

4.4.2.3 Externer Output

Die Reichweite der zuvor beschriebenen Kommunikationsaktivitäten lässt sich nur bedingt nachvollziehen. Sowohl bezüglich der besuchten bzw. durchgeführten Veranstaltungen als auch bezüglich der Feldschilder und Flyer lassen sich keine konkreten Zahlen nennen. Mit dem Newsletter der Stiftung konnten etwa 500 Abonnenten erreicht werden. Das Video des BfN

zum Bundesprogramm Biologische Vielfalt hatte in der Kurzfassung etwa 2700 Views, die ausführliche Fassung 6000 (Stand: 05.05.2022), ein weiteres Video des BMU – ebenfalls zur Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt – hatte 1460 Views (Stand: 05.05.2022). Die Posts der Landwirt*innen auf Instagram hatten Likes im mittleren bis hohen zweistelligen Bereich. Der Erfolg und die Bekanntheit des Projektes lassen sich allerdings nicht nur auf die durchgeführten Kommunikationsmaßnahmen zurückführen, sondern auch auf die thematische Fokussierung auf Insekten. So berichtete der Projektleiter, dass das Interesse vor allem an Wildbienen extrem groß gewesen sei. Da sich die Stiftung schon zuvor intensiv mit dem Thema beschäftigt hatte, verfügte sie diesbezüglich über die notwendige Expertise und konnte bei Anfragen mit fundierten und umfassenden Informationen aufwarten. Dies habe zu zahllosen einschlägigen Anfragen geführt und sich positiv auf das Projekt ausgewirkt.

Verschiedene fach- und nachrichtenjournalistische Medien berichteten über das Projekt, wobei die fachjournalistische Berichterstattung überwog. Teilweise handelte es sich um ausführliche Artikel zum Projekt, teilweise wurde es nur kurz erwähnt oder es wurden Veranstaltungen und Tagungen angekündigt. Der Umgang mit Journalist*innen wurde vom Projektleiter als teilweise schwierig beschrieben. Mehrfach sei es in den Veröffentlichungen zu inhaltlichen Fehlern gekommen (Text zum Thema Wildbienen wurde zum Beispiel mit einer Honigbiene bebildert, Vokabular wurde falsch verwendet), weil die Autoren nicht über das notwendige Fachwissen verfügt hätten. Teilweise entstand beim Projektleiter zudem der Eindruck, dass sich die Journalist*innen dem Thema nicht offen und unvoreingenommen näherten, sondern der Landwirtschaft übermäßig kritisch gegenüberstanden. Es sei nicht immer gelungen, mit ihnen in einen echten Dialog zu treten.

Abgesehen von den Medien berichteten teilweise auch andere, nicht unmittelbar am Projekt beteiligte Akteure über das Vorhaben, unter anderem verschiedene Naturschutzkreis- und landesverbände, der Deutsche Bauernverband sowie die Informationsplattform Bonn Sustainability Portal. 2017 und 2019 wurde das Projekt zudem vom Bundesamt für Naturschutz als „UN-Dekade-Projekt Biologische Vielfalt“ ausgezeichnet. Im Mai 2017 wurde es BfN-Projekt des Monats. Im Rahmen der Auszeichnungen wurde das Projekt unter anderem auf der Website der UN-Dekade Biologisch Vielfalt aufgenommen und in mehreren Twitter-Posts erwähnt und vorgestellt.

4.4.2.4 Outcome

Durch die Veröffentlichungen in der LZ-Rheinland und die Vorstellung des Projektes bei den Wintersversammlungen konnten erste Landwirt*innen für das Projekt gewonnen werden. Persönliche Kontakte bzw. Gespräche erwiesen sich dabei als besonders erfolgreich. Im Projektverlauf gestaltete sich die Rekrutierung immer einfacher und wurde schließlich zum Selbstläufer. Durch Empfehlungen bereits teilnehmender Landwirt*innen und die aufgestellten Schilder am Feldrand entschieden sich immer mehr Landwirt*innen – ohne weiteres Zutun der Stiftung – für die Teilnahme. Auf Basis der durchgeführten ökonomischen Maßnahmenbewertung der Fachhochschule Kiel konnte zudem erreicht werden, dass einzelne Maßnahmen nach Projektende in Landes- und Bundesförderprogramme aufgenommen bzw. weitergeführt werden, zum Beispiel im Rahmen des Projekts „Rheinland hoch 3 – Lebensraum, Landwirtschaft, Lernort“, das ebenfalls von der Stiftung Rheinische Kulturlandschaft koordiniert wird.

4.4.2.5 Outflow

Die Stiftung gewann durch das Projekt deutlich an Bekanntheit. Es trug mit dazu dabei, dass sie ihre Mitarbeiterzahl verdoppeln konnte. Darüber hinaus kann die Stiftung das Projekt in leicht veränderter Form unter dem Namen „Rheinland³“ weiterführen. Die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten kann so fortgesetzt und ausgeweitet werden.

4.4.3 Bewertung der Kommunikationsmaßnahmen durch die Beteiligten

Das Projekt wird insgesamt als gelungen bewertet – sowohl in Bezug auf die ökologischen Verbesserungen, als auch in Bezug auf die Zusammenarbeit mit den beteiligten Akteuren und die öffentliche Kommunikation. Die Entdeckung bzw. Beobachtung der *Zweizelligen Sandbiene* und der *Blauschillernden Sandbiene* konnten als besondere Erfolge verbucht werden. Zur Bekanntheit des Projektes trugen aus Sicht des Projektleiters vor allem die Auszeichnungen zum UN-Dekade-Projekt sowie die Teilnahme an relevanten Veranstaltungen bei. Kritisch angemerkt wurde, dass das große Interesse am Thema Wildbienen zu teils kaum mehr zu bewerkstellendem Aufwand geführt habe. Teilweise hätten die Projektmitarbeiter*innen mehrmals pro Woche ausgiebig mit Interessierten telefoniert oder auf andere Weise mit ihnen kommuniziert. Kritisch bewertet wurde überdies die Finanzverwaltung: Der Mittelabruf beim Bund sei zunächst umständlich gewesen. Dies habe man im Laufe des Projektes allerdings optimieren können.

Eine zentrale Erkenntnis die Zusammenarbeit mit den Landwirt*innen betreffend war, dass die Eingliederung der Maßnahmen in den Betriebsablauf zu den wichtigsten Erfolgsfaktoren für derartige Naturschutzmaßnahmen gehört. Um dies zu ermöglichen, waren eine offene Kommunikation und eine gewisse Flexibilität notwendig. Einem Betriebsleiter wurde etwa auf Anfrage die mechanische Bekämpfung eines Distelherdes in einem Blühstreifen ermöglicht. An anderer Stelle wurde das Zwischenfruchtsaatgut so angepasst, dass keine Kreuzblütler mehr enthalten waren – so konnten auch Zuckerrübenanbauer*innen die Mischung ohne Probleme nutzen. Bei Naturschutzakteuren führten derartige Kompromisse teilweise zu Unverständnis, da vertragliche Vereinbarungen nicht eingehalten wurden. Kritisiert wurde von Naturschutzakteuren auch die Art der durchgeführten Maßnahmen – diese seien weder ausreichend noch angemessen. Bezüglich beider Kritikpunkte erwies sich erneut eine offene, sachliche Kommunikation als hilfreich: Man habe versucht ihnen zu vermitteln, dass das Ziel des Projektes gewesen sei, möglichst viele Landwirt*innen für die Thematik zu gewinnen und mit Hilfe von ersten, niederschweligen Maßnahmen an den Naturschutz heranzuführen.

4.4.4 Schlussfolgerungen

Als Erfolgsfaktoren für die Kommunikationsarbeit sind bei diesem Projekt vor allem drei Aspekte hervorzuheben: (1) Die Wahl eines aktuellen, relevanten und ansprechenden Projektthemas trug erkennbar zum Erfolg der Kommunikationsmaßnahmen bei. Das Thema Wildbienen wurde während der Projektlaufzeit intensiv in Gesellschaft und Politik diskutiert, weshalb das Interesse an neuen Initiativen, wissenschaftlichen Erkenntnissen und weiteren Informationen zum Thema bereits sehr groß war. (2) Begünstigend kam hinzu, dass die Stiftung aufgrund vorheriger Projekte bereits über ausreichend Expertenwissen in diesem Bereich verfügte und so als kompetenter Ansprechpartner in Erscheinung treten konnte. (3) Die Nutzung möglichst verschiedener Kommunikationskanäle erwies sich als geeignet, um sowohl die relevanten Teilöffentlichkeiten aus Landwirtschaft, Politik, Wissenschaft und Naturschutz als auch die allgemeine Öffentlichkeit zu erreichen.

4.5 Biodiversitätsstrategie Landkreis Ravensburg

Die wichtigsten Details zum Projekt

- **Projektträger:** Landkreis Ravensburg; Landschaftserhaltungsverband Landkreis Ravensburg e.V.;
- **Partner** unter anderem: Bauernverband Allgäu-Oberschwaben e.V.; natuRVielfalt – Biodiversität im Landkreis Ravensburg; elobau Stiftung; Bodensee-Stiftung;
- **Förderer:** Kreissparkasse Ravensburg; UN-Dekade Biologische Vielfalt;
- **Projektgebiet:** Landkreis Ravensburg
- **Projektlaufzeit:** Vertrag des Beauftragten erste Förderung 2019 – 2024
- **Fördersumme:** unbekannt; für Öffentlichkeitsarbeit 20.000-25.000 €/Jahr
- **Website:** <https://naturvielfalt-rv.de/>
- **Soziale Medien:** <https://www.instagram.com/naturvielfalt.ravensburg/>
<https://www.youtube.com/channel/UC0SmzkeYE9y0CwImdlh7v9A>

4.5.1 Projektbeschreibung

Der Landkreis Ravensburg (Baden-Württemberg) hat 2019 eine Biodiversitätsstrategie verabschiedet. Ziel der Strategie ist es, in Zusammenarbeit mit allen Akteuren, die im Besitz aufwertbarer Flächen sind (Landwirt*innen, Kommunen, Unternehmen, Privatpersonen etc.) die Artenvielfalt zu fördern. Durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit soll überdies eine Sensibilisierung für das Thema in der Bevölkerung erreicht werden. Mit der Umsetzung der Strategie wurde der Landschaftserhaltungsverband Landkreis Ravensburg e.V. (LEV) betraut. Unterstützt wird er durch eine Steuerungsgruppe: Sie steht in fachlichen und organisatorischen Fragen beratend zur Seite, prüft die Mittelvergabe und evaluiert durchgeführte Projekte. Darüber hinaus gibt es weitere Arbeitskreise mit Vertreter*innen der kommunalen Verwaltung und des Kreistags. Im Rahmen der Biodiversitätsstrategie wird eine Vielzahl an Teilprojekten umgesetzt, die von reinen Naturschutzprojekten – wie der Vermehrung des Moorfrosches –, über Kooperations- und Bildungsprojekte, bis hin zu einzelbetrieblichen Maßnahmen auf landwirtschaftlichen Flächen reichen. Zu Beginn wurden einige feste Projekte beschlossen, mit deren Umsetzung der LEV betraut wurde, im weiteren Verlauf bekam der Verband mehr Freiheiten bei der Initiierung und Umsetzung weiterer Projekte.

4.5.2 Öffentliche Kommunikation

4.5.2.1 Input

Zunächst gab es beim Landschaftserhaltungsverband Ravensburg einen Mitarbeiter, der sich um alle Aufgaben in Zusammenhang mit dem Projekt kümmerte – auch um die Öffentlichkeitsarbeit. Nach einem Jahr kamen zwei weitere Stellen hinzu, eine reguläre Stelle sowie eine FÖJ-Stelle. Für die Öffentlichkeitsarbeit stehen ihnen jährlich zwischen 20.000 bis 25.000 € zur Verfügung.

4.5.2.2 Interner Output

Wenngleich es kein kommunikatives Gesamtkonzept gab, wurde die Öffentlichkeitsarbeit von Beginn an aktiv verfolgt: Zunächst stand die Gestaltung einer ansprechenden Website sowie der Aufbau eines eigenen Instagram-Accounts im Fokus. Der Instagram-Account wird regelmäßig bespielt und dient dazu, das Vorhaben in der allgemeinen Öffentlichkeit bekannter zu machen: Zwei Mal wöchentlich werden Neuigkeiten, Rezeptideen sowie Aufrufe zu Mitmachaktionen veröffentlicht. Mit Beginn der Corona-Pandemie konnten im Jahr 2020 mehrere Veranstaltungen nicht durchgeführt werden. Die dafür vorgesehenen Mittel wurden zum einen in den weiteren Ausbau der Website investiert, zum anderen in die professionelle Produktion von Videos. Diese sind nun auf dem projekteigenen YouTube-Kanal natuRVielfalt Ravensburg verfügbar und wurden zum Teil auch auf der Website eingebunden. Bislang wurden 20 Videos produziert (Stand 24.10.2022). Stellenweise unterstützten die an der Biodiversitätsstrategie beteiligten Akteure den Landschaftserhaltungsverband bei der Kommunikation: Der Landkreis Ravensburg beispielsweise veröffentlichte Facebook-Posts zu einzelnen Teilprojekten, die Heinz Sielmann Stiftung berichtete auf ihrer Website über das gemeinsame Fledermaus-Monitoring.

Die im Rahmen der Biodiversitätsstrategie umgesetzten Teilprojekte unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Größe, ihrer thematischen Schwerpunkte und in Bezug auf die beteiligten Akteure. Entsprechend vielfältig sind die im Einzelnen ergriffenen, projektspezifischen Kommunikationsmaßnahmen. Eines der ersten Teilprojekte war etwa die Aktion ‚Blühender Landkreis‘, die immer noch fortgeführt wird. Hierbei werden zwei ökologisch hochwertige Saatgutmischungen bereitgestellt, die Interessierte jedes Frühjahr kostenlos bestellen können. Zum Mitmachen wird unter anderem in der lokalen Presse, in Amtsblättern, auf der Projektwebsite sowie auf Instagram geworben. Begleitend dazu wurden in den vergangenen Jahren verschiedene Veranstaltungen organisiert – etwa eine digitale Vortragsreihe zum Thema naturnaher Garten oder ein Open-Air-Kino, bei dem der Naturfilm „Die Wiese – Ein Paradies von nebenan“ gezeigt wurde. Außerdem wurde ein entsprechender Newsletter eingerichtet, den aktuell etwa 8.000 Personen abonniert haben und der mittlerweile auch für andere Teilprojekte der Biodiversitätsstrategie genutzt wird.

Um gezielt Landwirt*innen zu erreichen und sie für die Teilnahme an Projekten zu gewinnen, wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen. Unter anderem wurde ein Beratungsheft erstellt, das die wichtigsten Informationen zu bestehenden Förderprogrammen im Landkreis sowie in Baden-Württemberg enthält. Zu den Themen Extensivierung und Etablierung eines artreichen Grünlandes bietet der LEV zudem kostenlose Beratungen an. 2019 wurde die Biodiversitätsstrategie inklusive der für Landwirt*innen relevanten Teilprojekte außerdem auf der Oberschwabenschau, einer Landwirtschaftsmesse in Ravensburg, vorgestellt.

Die Medienarbeit wird konsequent betrieben und proaktiv gestaltet: Es werden regelmäßig Presseterminale veranstaltet und Pressemitteilungen und Veranstaltungshinweise an die lokalen Medien sowie an Gemeinde- bzw. Amtsblätter verschickt. Nach Möglichkeit nutzen die Projektmitarbeitenden dabei ihre persönlichen Kontakte zu Lokaljournalist*innen. Um auch über die Region hinaus bekannt zu werden, gehen die Projektmitarbeitenden zudem aktiv auf überregionale Medien – wie Fernsehsender und Nachrichtenagenturen – zu.

4.5.2.3 Externer Output

Der Instagram-Account naturvielfalt.ravensburg hat mittlerweile 1.834 Abonnenten (Stand 24.10.22), die Posts verfügen meist über Likes im zwei- oder niedrigen dreistelligen Bereich.

Der YouTube Kanal wurde bislang 44 Mal abonniert, einzelne Videos – wie „Hilfe für die Streuobstwiese – 1000 schnittige Obstbäume“ – wurden über 1.300 Mal aufgerufen (Stand 24.10.2022). Mit dem Newsletter des Teilprojektes ‚Blühender Landkreis‘, werden aktuell etwa 8.000 Abonnenten erreicht. Die Reichweite der weiteren Kommunikationsmaßnahmen lässt sich schwer beurteilen. Zum einen wurden diverse kommunikative Einzelmaßnahmen umgesetzt, auf die an dieser Stelle nicht im Detail eingegangen werden kann, zum anderen fehlt es teils an entsprechenden Daten.

Verschiedene Lokalmedien wie die Schwäbische Zeitung und das Wochenblatt Ravensburg berichteten wiederholt über die Biodiversitätsstrategie bzw. die einzelnen Teilprojekte – sowohl in ihren Printausgaben als auch online. Auch in den überregionalen Medien wurde das Vorhaben thematisiert – etwa in der SWR-Fernsehsendung Landesschau, der SWR-Radiosendung Umweltmagazin, vom Fernsehsender KIKA sowie von der Nachrichtenagentur dpa.

4.5.2.4 Outcome

Die Biodiversitätsstrategie erlangte in der Region hohen Bekanntheitsgrad. Durch die Umsetzung teils sehr unterschiedlicher Teilprojekte wurden diverse gesellschaftliche Gruppen erreicht und aktiviert, darunter Landwirt*innen, Politiker*innen, Unternehmen, Gemeindeverwaltungen, Schüler*innen sowie die allgemeine Bevölkerung. Die Rückmeldungen der verschiedenen Akteure waren laut Projektleitung durchweg positiv. Es kann deshalb davon ausgegangen werden, dass die gewählten Kommunikationsmaßnahmen erfolgreich waren. Auch die Erfolge im Rahmen der einzelnen Teilprojekte sprechen dafür: Bei der Aktion ‚Blühender Landkreis‘ etwa konnte die Zahl der blühenden Flächen in den ersten beiden Jahren von 3.700 auf fast 10.000 verdoppelt werden. Auch die Beratungsangebote für Landwirt*innen wurden laut Projektleitung gut angenommen und wirkten sich positiv auf die Biodiversität sowie die weitere Zusammenarbeit aus: Die Landwirt*innen erklärten sich nicht nur oft bereit, die empfohlenen Maßnahmen umzusetzen, teilweise entstanden durch die neu geknüpften Kontakte auch Ideen für weitere Projekte und förderfähige Maßnahmen.

Auch über den Landkreis Ravensburg hinaus konnte das Vorhaben Aufmerksamkeit erzeugen – so ist der Landschaftserhaltungsverband Ravensburg mittlerweile in Kontakt mit verschiedenen Verbänden und Landkreisverwaltungen sowie einer Stiftung, die Interesse an einer Kooperation bzw. einem Ideenaustausch haben. Der Bodenseekreis – ein Nachbarlandkreis von Ravensburg – hat sich die Biodiversitätsstrategie zum Vorbild für ein ähnliches Vorhaben gemacht.

4.5.2.5 Outflow

Die Umsetzung der Biodiversitätsstrategie wirkte sich in mehrfacher Hinsicht vorteilhaft auf den Landwirtschaftserhaltungsverband aus: Das Vorhaben ermöglichte es den Mitarbeitenden, ein enges persönliches Netzwerk zu allen relevanten Akteuren aus der Region aufzubauen. Es kann angenommen werden, dass sich die erfolgreiche und vertrauensvolle Zusammenarbeit auch positiv auf die Reputation des Verbandes auswirkt. Zudem konnte weitere relevante Kontakte zu Akteuren außerhalb des Landkreises geknüpft werden, die bei künftigen Vorhaben von Nutzen sein können (als Kooperationspartner, zum Wissensaustausch, als Förderer). Zum Teil kamen sogar Akteure proaktiv auf den Verband zu und boten Fördermittel an. Aufgrund der positiven Entwicklung des Vorhabens konnte zudem zwei neue (über das Projekt finanzierte) Stellen geschaffen werden: eine reguläre Stelle sowie eine FÖJ-Stelle.

4.5.3 Bewertung der Kommunikationsmaßnahmen durch die Beteiligten

Der Projektleiter zeigte sich – auch in Anbetracht der verfügbaren Ressourcen – sehr zufrieden mit der Umsetzung und den bisherigen Erfolgen der Biodiversitätsstrategie. Die Begrenzung des Projektgebietes auf den Landkreis Ravensburg ist aus seiner Sicht eine der großen Stärken des Vorhabens. Dadurch hätten sich die relevanten Akteure schnell vernetzen und vergleichsweise unkompliziert zusammenarbeiten können. Vor allem die Aktion „Blühender Landkreis“ sei ein Türöffner gewesen: Im Zuge des Teilprojektes habe man wertvolle Kontakte zu verschiedenen Akteursgruppen knüpfen können, die bei weiteren Vorhaben von großem Nutzen gewesen seien. Der Newsletter-Verteiler, der im Rahmen der Aktion aufgebaut wurde, erreicht beispielsweise um die 8000 Abonnenten. Er wird inzwischen auch genutzt, um über andere Vorhaben zu informieren. Positiv hervorgehoben wurde überdies die Möglichkeit, weitgehend autonom agieren zu können: Zu Beginn des Projektes wurde die Kommunikation noch relativ eng mit dem Landratsamt abgestimmt, was sehr zeitintensiv gewesen sei. Nach einiger Zeit habe man sich deshalb darauf geeinigt, dass der Verband eigenständig und eigenverantwortlich kommunizieren darf.

Bedauert wurden die hohen Kosten, die mit professioneller Öffentlichkeitsarbeit einhergehen. Gerade als kleines Projekt sei es schwierig, dennoch erfolgreich zu kommunizieren. Speziell die Medienarbeit wurde als Herausforderung wahrgenommen: Um regelmäßig in der Berichterstattung berücksichtigt zu werden, galt es, immer wieder aktuelle Aufhänger für Artikel zu finden. Bei vielen Journalist*innen, vor allem Zeitungsredakteur*innen, habe es zudem am notwendigen Fach- und Hintergrundwissen gefehlt. Teilweise seien Informationen aus den Pressemitteilungen – wie zum Beispiel Links oder Daten zu den Ansprechpartnern – nicht oder nicht korrekt wiedergegeben worden.

4.5.4 Schlussfolgerungen

Zum Erfolg des Projektes bzw. zum Erfolg der durchgeführten Kommunikationsmaßnahmen haben vor allem vier Aspekte beigetragen: (1) Die regionale Begrenzung des Projektes ermöglichte es den Projektverantwortlichen, sich schnell mit allen relevanten Akteuren vernetzen zu können und mit diesen in einen direkten, persönlichen Austausch zu treten. (2) Die einzelnen Teilprojekte und Kommunikationsmaßnahmen der Biodiversitätsstrategie zielten darauf ab, möglichst große Teile der Bevölkerung zu erreichen und aktiv einzubinden. Es ist zu vermuten, dass dieses Vorgehen vor allem bei landwirtschaftlichen Akteuren zum Abbau von evtl. bestehenden Vorbehalten führte – denn so wurden nicht nur Landwirt*innen, sondern auch Kommunen, Unternehmen und Privatpersonen als handlungsfähige Akteure öffentlich benannt und adressiert. (3) Die Kommunikation erfolgte stets zielgruppengerecht – je nach Projekt und Zielsetzung wurden unterschiedliche Botschaften und Kanäle gewählt. (4) Es ist davon auszugehen, dass sich die Struktur des Landschaftserhaltungsverbandes förderlich auf die Kommunikation ausgewirkt hat. So setzt sich der Vorstand des Verbandes paritätisch aus jeweils drei Vertretern der Kommunen, der Landwirtschaft und des Naturschutzes zusammen. Schon vor der Umsetzung der Biodiversitätsstrategie agierte der Verband auf diese Weise als Schnittstelle zwischen diesen Akteursgruppen und bot den Projektverantwortlichen eine geeignete Grundlage, um weitere Kontakte zu knüpfen.

4.6 Ackerwildkräuter für Bayerns Kulturlandschaft

Die wichtigsten Details zum Projekt

- **Projektträger:** Bayerische KulturLandStiftung
- **Projektbeteiligte:** Bayerische KulturLandStiftung; Technische Universität München, Lehrstuhl für Renaturierungsökologie
- **Partner:** Botanischer Garten München; Botanischer Garten Erlangen; Botanischer Garten Würzburg; Landwirt*innen; Rieger-Hofmann GmbH; Bund Naturschutz Ortsgruppe Bad Kissingen; AK Kapuzinergarten Eden der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt; Büro Bauchplan (Projekt FreiluftsUPERMARKT Freiham); freiberufliche und ehrenamtlichen Botaniker*innen sowie Mitglieder von Landschaftspflege- und Naturschutzverbänden
- **Förderer:** Bayerischen Naturschutzfonds; Landwirtschaftliche Rentenbank
- **Projektgebiet:** Bayern
- **Projektlaufzeit:** 01.01.2016 – 31.08.2020
- **Fördersumme:** unbekannt
- **Website:** <http://www.bayerischekulturlandstiftung.de/ackerwildkrautschutz>

4.6.1 Projektbeschreibung

Im Mittelpunkt des Projekts stand der Schutz seltener und gefährdeter, in Bayern heimischer Ackerwildkräuter. Ziel war es, sie auf ausgewählten, standörtlich passenden Flächen lokal zu fördern bzw. wieder anzusiedeln. Um dies zu erreichen, musste zunächst entsprechendes Saatgut gesucht und gesammelt werden. Dieses wurde im Anschluss von regionalen Saatguterzeugern, botanischen Gärten und Landwirt*innen vermehrt. Das neu gewonnene Saatgut wurde schließlich – integriert in die landwirtschaftliche Produktion – auf geeigneten Flächen ausgebracht. Durch die Zusammenarbeit zwischen landwirtschaftlichen Betrieben und Saatgutfirmen sollten die Vermehrungsflächen gesichert und regionale Wertschöpfungsketten entwickelt werden.

Umgesetzt wurde das Projekt von der Bayerischen KulturLandStiftung und dem Lehrstuhl für Renaturierungsökologie an der Technischen Universität München. Das Projektgebiet umfasste die fünf bayerischen Naturraum-Haupteinheiten (Schwäbisch-Oberbayerische Voralpen, Fränkische Alb, Fränkisches Keuper-Lias-Land, Mainfränkische Platten sowie die Region Odenwald, Spessart und Südrhön) – sie gelten als Mindeststandard für die Samenübertragung. Als wichtigste Voraussetzungen für die Erreichung der Projektziele galten die Beratung von Landwirten und Multiplikatoren zu Fragen des Ackerwildkrautschutzes sowie die Information der Öffentlichkeit. Insgesamt wurden Samen von 52 gefährdeten und seltenen Arten an 93 Standorten gesammelt. Die Wiederansiedlung erfolgte auf 66 extensiv bewirtschafteten Flächen mit insgesamt 10,4 Hektar. Zu den Teilnehmern gehörten unter anderem drei Botanische Gärten, sieben landwirtschaftliche Betriebe, zwei Saatguterzeuger sowie die TUM selbst. Je nach Aufwand und Fläche wurden sie pauschal vergütet.

4.6.2 Öffentliche Kommunikation

4.6.2.1 Input

Das Projekt – und somit auch die öffentliche Kommunikation – wurde von einer Person koordiniert. Ihre Stelle war zur Hälfte am Lehrstuhl für Renaturierungsökologie der TU München angesiedelt (wissenschaftliche Betreuung), zur Hälfte bei der Bayerischen KulturLandStiftung (Umsetzung). Unterstützung und Beratung erfolgten durch beide Institutionen. Mehrere Hilfskräfte der TU München boten bei der Durchführung von Exkursionen Unterstützung. Die Öffentlichkeitsarbeit wurde zwar bereits im Projektantrag berücksichtigt, für die bewilligte Fördersumme gab es allerdings nur grobe Verwendungsvorgaben, sodass bei der Auswahl und Durchführung von Kommunikationsmaßnahmen relativ große Flexibilität bestand. Schlussendlich wurden rund fünf Prozent des finanziellen Gesamtvolumens für Kommunikationsmaßnahmen verwendet.

4.6.2.2 Interner Output

Um das Projekt realisieren zu können, war die Unterstützung verschiedener, teils spezifischer Akteursgruppen notwendig. Im Fokus der Kommunikationsaktivitäten stand deshalb zunächst nicht die Bekanntmachung des Vorhabens in der allgemeinen Öffentlichkeit, sondern der Aufbau eines persönlichen Netzwerkes zu den relevanten Akteuren. Dazu zählten unter anderem Landwirtschafts- und Naturschutzverbände, Behörden, Landschaftsplanungsbüros, Landschaftserhaltungsverbände, bereits bestehende Projekte zum Ackerwildkrautschutz sowie einschlägige (Fort-)Bildungseinrichtungen. Die entstandenen Kontakte ermöglichten es der Projektleiterin, das Vorhaben in den für sie relevanten Teilöffentlichkeiten bekannt zu machen. Sie stellte das Projekt etwa im Fachausschuss für Umweltfragen des Bayerischen Bauernverbandes vor und erreichte Veröffentlichungen im Bayerischen Landwirtschaftlichen Wochenblatt. In Kooperation mit dem Bund Deutscher Landschaftsarchitekten, dem Bayerischen Landesamt für Umwelt und der Bayerischen Naturschutz-Akademie initiierte bzw. organisierte sie Feldtage, Workshops, Vorträge und Exkursionen zum Thema.

In wissenschaftlichen Kreisen konnte das Projekt durch Publikationen und Vorträge bekannt gemacht werden: Bei einer Tagung der European Society for Restoration wurde das Vorhaben in Form eines Posters präsentiert, außerdem existieren sechs projektbezogene Publikationen. Auf der Website der TU München wurde das Projekt ebenfalls vorgestellt.

Einige Maßnahmen zielten zudem darauf ab, die Bevölkerung einzubinden bzw. zu informieren: In Franken etwa durften Kindergarten- und Schulkinder bei der Aussaat von Ackerwildkräutern helfen, im Münchner Stadtbezirk Freiham konnten sich Interessierte im Rahmen einer Führung die Vermehrungsbeete einiger Ackerwildkräuterarten anschauen. An einem Schauacker in Mittelfranken gab es Schilder mit Informationen zum Projekt. Auch die jährlich in Berlin stattfindende Internationale Grüne Woche sowie die Landesgartenschau in Würzburg wurden als Plattform genutzt. Umfassende Informationen sowie aktuelle Hinweise zum Projekt wurden überdies auf der Website der KulturLandStiftung veröffentlicht, vereinzelt wurde der Twitter-Kanal der Stiftung genutzt. Verschiedene Materialien, wie Flyer und Roll-ups, konnten bei Veranstaltungen genutzt bzw. verteilt werden. Stellenweise wurden Pressemitteilungen veröffentlicht und Pressternine organisiert.

4.6.2.3 Externer Output

Aus Sicht der Projektleiterin haben sich die Organisation bzw. der Besuch von Veranstaltungen als äußerst effektiv erwiesen, um die für das Projekt relevanten Teilöffentlichkeiten zum einen

sowie die Gesamtbevölkerung zum anderen zu erreichen. Als Beispiele nannte sie die Teilnahme an wissenschaftlichen Tagungen, Ernterundfahrten und Großveranstaltungen wie der Internationalen Grünen Woche. Landwirt*innen habe man insbesondere über den Kontakt zum Bayerischen Bauernverband erreicht. Der direkte Kontakt mit ihnen auf Feldtagen und Ernterundfahrten sei zwar zeitintensiv, aber besonders wertvoll gewesen.

Zehn Lokalzeitungen, darunter die Main-Post, der Münchner Merkur sowie der Donaukurier, berichteten über das Projekt, teils sogar mehrfach. Die meisten Artikel erschienen in Print-Form, zum Teil wurden sie auch online veröffentlicht. Außerdem gab es zwei jeweils gut zweiminütige Fernsehbeiträge zum Projekt (Bayerischer Rundfunk, TV Oberfranken). In der fachjournalistischen Berichterstattung fand das Projekt ebenfalls Anerkennung: Es gab unter anderem Veröffentlichungen in der Zeitschrift ‚Naturschutz und Landschaftsplanung‘, im Bayerischen Landwirtschaftlichen Wochenblatt sowie auf dem Themenportal ‚proteinmarkt.de‘.

4.6.2.4 Outcome

Das Projekt führte dazu, dass das Thema Ackerwildkrautschutz bei vielen der relevanten Akteursgruppen erstmals auf die Agenda gesetzt wurde. So konnte ein gewisses Problembewusstsein geschaffen und relevantes Wissen zum Thema vermittelt werden. Einige der Projektflächen wurden in der Folge in den Vertragsnaturschutz³ aufgenommen. Auch die gesetzlichen Grundlagen betreffend wurden Verbesserungen zugunsten des Ackerwildkrautschutzes bewirkt: So konnte erreicht werden, dass extensiver Ackerbau mit Ackerwildkrautschutz als naturschutzfachliche Aufwertungsmaßnahme für Ökokonten⁴ gesetzlich geregelt wurde.

4.6.2.5 Outflow

Die KulturLandStiftung konnte im Rahmen des Projektes regional und überregional an Bekanntheit gewinnen und hat nun drei festangestellte Mitarbeiter*innen – zu Projektbeginn waren es noch eineinhalb gewesen. Das aufgebaute Netzwerk zu Akteuren aus Verwaltung, Politik und Praxis wird auch für künftige Projekte gewinnbringend sein. Die Auszeichnung zum UN-Dekade-Projekt Biologische Vielfalt trug weiterhin dazu bei, die Reputation der Stiftung bei relevanten Zielgruppen zu verbessern. Zudem konnte ein Folgeprojekt initiiert werden, das ebenfalls die Stiftung betreut: Basierend auf den Erkenntnissen des Ackerwildkräuter-Projektes soll nun eine entsprechende Beratungsbroschüre für Landschaftspfleger*innen entwickelt werden.

4.6.3 Bewertung der Kommunikationsmaßnahmen durch die Beteiligten

Die Projektleiterin war grundsätzlich zufrieden mit der Umsetzung des Projekts und den zur Verfügung stehenden Ressourcen. Zeitweise sei es allerdings schwierig gewesen, sich gleichzeitig um die Öffentlichkeitsarbeit und die weiteren projektbezogenen Aufgaben zu kümmern. Habe sie Abstriche machen müssen, dann tendenziell zu Lasten der Öffentlichkeitsarbeit. An

³ Im Rahmen des Vertragsnaturschutzes können sich Landnutzer*innen vertraglich dazu verpflichten, bestimmte Nutzungsformen zu praktizieren oder Maßnahmen umzusetzen, die dem Naturschutz dienen. Im Gegenzug erhalten sie von den Naturschutzbehörden einen finanziellen Ausgleich.

⁴ Ein Ökokonto ist ein „Instrument zur vorgezogenen Sicherung und Bereitstellung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, mit denen künftige Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft ausgeglichen werden können“ (Bayerisches Landesamt für Umwelt (2021)). Die durchgeführten Maßnahmen sind freiwillig und rechtlich nicht bindend. Erst wenn eine Fläche offiziell als Ausgleichsfläche verbucht ist, ist keine anderweitige Nutzung mehr möglich. Für Kommunen können Ökokonten große Vorteile mit sich bringen, weil sie zu einer Erhöhung der Planungssicherheit und zur Beschleunigung von Verfahren beitragen.

dieser Stelle wäre mehr personelle Unterstützung hilfreich gewesen. Positiv hervorgehoben wurde die Flexibilität der Mittelverwendung: Öffentlichkeitsarbeit war zwar ein fester Projektbestandteil, die Maßnahmen und Ressourcen waren jedoch nicht genau definiert. Die Projektleiterin konnte die verfügbaren Gelder so flexibel und mit wenig bürokratischem Aufwand einsetzen. Bedauert wurde, dass es keine offizielle Auftaktveranstaltung gegeben hatte. Aus ihrer Sicht wäre dies eine gute Gelegenheit gewesen, das Projekt schnell bei den relevanten Akteuren und in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Bedauern äußerte sie auch im Hinblick auf die Tatsache, dass das Projekt nach Ende der Laufzeit in der aktuellen Form nicht weitergeführt werden kann.

4.6.4 Schlussfolgerungen

Drei Faktoren haben in besonderem Maße zum Erfolg der Kommunikationsmaßnahmen beigetragen: (1) Die Kommunikation erfolgte zielgruppengerecht – je nach Projekt und Zielsetzung wurden unterschiedliche Botschaften und Kanäle gewählt. (2) Der Aufbau eines persönlichen Netzwerkes wurden als wichtiger Bestandteil der Kommunikationsarbeit begriffen. So ermöglichten es die neu geknüpften Kontakte, das Vorhaben in den jeweils relevanten Teilöffentlichkeiten bekannt zu machen. (3) Die verfügbaren Mittel konnten flexibel und je nach Bedarf für die Kommunikation eingesetzt werden. Dies erleichterte und beschleunigte die Umsetzung von Maßnahmen.

5 Fazit

Um dem in der Öffentlichkeit bislang oft vorherrschenden Eindruck entgegenzuwirken, dass sich Akteure aus Landwirtschaft und Naturschutz vor allem konfrontativ begegnen, sollten bestehende Dialog- und Kooperationsprojekte professionell und öffentlichkeitswirksam kommuniziert werden. Sie eignen sich besonders, um die Annäherung und die fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den Akteuren aus Landwirtschaft und Naturschutz öffentlich zu veranschaulichen. Ziel der vorliegenden Best-Practice-Analyse war die Identifikation, Beschreibung und Bewertung von derartigen Projekten, die in Bezug auf ihre öffentliche Kommunikation besonders gelungen sind und somit als Vorbild für künftige Projekte und Vorhaben dienen können.

Aufbauend auf der Analyse von sechs besonders positiv zu bewertenden Projekten lassen sich für künftige Dialog- und Kooperationsprojekte folgende Erfolgsfaktoren für deren öffentliche Kommunikation ableiten:

- **Planen:** Die Öffentlichkeitsarbeit sollte als zentraler Projektbestandteil begriffen werden. Das umfasst (1) die Bereitstellung ausreichender finanzieller und personeller Ressourcen, (2) angemessene Kommunikationskompetenzen bei Projektbeteiligten und (3) eine professionelle Kommunikationsplanung von Anfang an (wie Zuständigkeiten, Botschaften, Zielgruppen etc.).
- **Vernetzen:** Die Projektbeteiligten sollten sich rechtzeitig mit Journalist*innen sowie reichweitenstarken und in den jeweiligen Akteurskreisen besonders relevanten Personen (zum Beispiel Prominente, Politiker*innen, Meinungsführer*innen, Landschaftspflege- und Landschaftsverhaltensverbände) vernetzen. Diese können als Multiplikatoren dazu beitragen, ein Projekt bekannt zu machen und seine Reputation zu erhöhen. Eventuell können sie auch aktiv in ein Projekt eingebunden werden (Schirmherrschaft, Medienpartnerschaften etc.).

- **Kommunizieren:** Die Öffentlichkeitsarbeit muss zielgruppengerechte Instrumente und Kanäle der Wissensvermittlung nutzen, um Inhalte aufmerksamkeitsstark und professionell zu verbreiten (z. B. Berichterstattungsanlässe für die Presse schaffen, Wahl von geeigneten, aktuellen und relevanten Themen, Zuspitzung und inhaltliche Tiefe an das jeweilige Zielpublikum und die entsprechenden Kanäle und Darstellungsformen anpassen).

Um die öffentliche Kommunikation erfolgreicher Kooperationen zwischen Naturschutz und Landwirtschaft zu verbessern, sind darauf aufbauend weitere strukturelle Maßnahmen zu empfehlen. Hier sind v. a. die Drittmittelgeber von Projekten (Behörden, Ministerien, Verbände, Stiftungen etc.) in zweierlei Hinsicht gefordert:

- Der **Aufbau einer zentralen Beratungs- und Vernetzungsstelle** könnte dazu beitragen, gerade kleinere Projekte und solche mit kurzer Laufzeit bei der Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen. Denkbar sind etwa PR-Workshops und -Webinare, Schulungsunterlagen (zur Hilfe zur Selbsthilfe) oder Vorlagen (für professionelle Dokumente, Websites etc.). Außerdem könnte eine solche Stelle die Vernetzung bzw. den Austausch mit anderen relevanten Akteuren initiieren und verstärken.
- Eine verbesserte **öffentliche Kommunikation der Beteiligten als obligatorischer Bestandteil drittmittelfinanzierter Dialog- und Kooperationsprojekte** lässt sich durch mindestens drei Maßnahmen erreichen: (1) die obligatorische Forderung eines Kommunikationskonzepts innerhalb von Drittmittelanträgen, (2) die Bereitstellung von Mitteln für öffentliche Kommunikation (eigenes Fachpersonal, Beauftragung von Agenturen, Durchführung von geeigneten Kommunikationsmaßnahmen, Unterstützung der beteiligten Praktiker etc.) und (3) die Beteiligung von Personen mit hauptamtlicher Kommunikationsexpertise in Auswahl- und Bewilligungsprozessen von Drittmittelgebern.

Lösungsvorschläge für eine konstruktive öffentliche Kommunikation zwischen Naturschutz und Landwirtschaft¹

Dr. Verena Menauer, Prof. Dr. Wolfgang Schweiger, Dr. Moritz Nabel, Gisela Stolpe

1 Einführung

Die Tagungsreihe „Naturschutz und Landwirtschaft im Dialog“ des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) greift jedes Jahr ein aktuelles Thema im Bereich „Biodiversität in der Agrarlandschaft“ auf, über das sich Teilnehmende aus Landwirtschaft und Naturschutz austauschen und gemeinsam nach Lösungen suchen.

Die Tagung vom 14. bis 17. November 2022 wurde vom BfN in Zusammenarbeit mit der Universität Hohenheim an der Internationalen Naturschutzakademie Insel Vilm organisiert und durchgeführt. Bei der Tagung „Naturschutz und Landwirtschaft im Dialog: Konstruktiv miteinander reden“ kamen im November 2022 Vertreter*innen von landwirtschaftlicher Praxis, Wissenschaft, Beratung, von Verbänden, aus der Kommunikation und Verwaltung zusammen. Gemeinsam wurden zunächst bestehende Defizite in der Kommunikation diskutiert und anschließend Lösungsvorschläge für eine bessere öffentliche Kommunikation entwickelt.

2 Hintergrund

Um dauerhaft und flächendeckend eine biodiversitätsfreundlichere Agrarlandschaft zu erreichen, ist die intensive und konstruktive Kommunikation zwischen allen beteiligten Akteuren aus Landwirtschaft und Naturschutz (Verbände, Behörden, Praxis, Wissenschaft etc.) eine zentrale Voraussetzung. Doch wenngleich es eine wachsende Anzahl gelungener Initiativen und Arbeitskreise gibt, die aufzeigen, dass an vielen Stellen bereits Einigkeit und gemeinsame Ziele bestehen, offenbaren die anhaltenden, teils heftigen Auseinandersetzungen, dass vor allem in der öffentlichen Kommunikation nach wie vor deutliche Defizite herrschen. Statt in offene, faire und konstruktive Diskurse zu treten und nach gemeinsamen Lösungen und Kompromissen zu suchen, sind die Fronten an vielen Stellen verhärtet. Ein vom BfN gefördertes und von der Universität Hohenheim durchgeführtes Forschungsprojekt (Kommunikation im Rahmen der Ackerbaustrategie, FKZ: 3519 84 0600) offenbart vielfältige Probleme:

- Den Akteuren aus Landwirtschaft und Naturschutz fehlt es oft an der Bereitschaft zum öffentlichen Austausch. Teilweise verweigern sie das Gespräch vollständig. Statt gemeinsam Lösungen oder Kompromisse zu finden, versuchen sie, die eigenen Mitglieder bzw. Anhänger durch konfrontative, emotionalisierte Kommunikation zu mobilisieren.

¹ Dieser Beitrag wurde in derselben Form bereits als BfN-Hintergrundpapier veröffentlicht: Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.) (2023): Lösungsvorschläge für eine konstruktive öffentliche Kommunikation zwischen Naturschutz und Landwirtschaft. Hintergrundpapier. Bonn.

- Themen, Ereignisse und Darstellungsperspektiven haben unterschiedliche Chancen, öffentlich diskutiert und berichtet zu werden. Sowohl nachrichten- als auch fachjournalistische Medien berichten meist nur über negative, konfliktbehaftete Themen. Erfolge oder kooperativen Ansätzen wird kaum Aufmerksamkeit geschenkt. Die Berichte sind zudem teils tendenziös und beschränken sich oft auf die Darstellung von einer von mehreren möglichen Perspektiven.
- Die Art der Kommunikation ist einem konstruktiven Diskurs nicht immer dienlich, weil die Akteure ihre Positionen nicht ausreichend argumentativ untermauern, zu wenig auf Themen und Argumente der Gegenseite eingehen oder sich unangemessen äußern.

Eine Studie im Rahmen des Forschungsprojektes „Kommunikation im Rahmen der Ackerbaustrategie“ ermittelte sechs Aspekte als Ursachen für mangelnde Diskursqualität:

1. Landwirtinnen und Landwirte und Akteure aus dem Naturschutzbereich unterscheiden sich erheblich in ihrer emotionalen und finanziellen Betroffenheit. Landwirt*innen sind – im Gegensatz zu vielen Naturschutz-Akteuren – oft unmittelbar und in ihrer Existenz von agrar- und umweltpolitischen Entscheidungen betroffen. Naturschutzauflagen werden von ihnen nicht nur als Eingriff in ihre unternehmerische Freiheit, sondern oft auch als existenzgefährdend wahrgenommen (Einkommenseinbußen, mangelnde Zukunftsperspektiven etc.). In der Folge fällt es ihnen teils schwer zu akzeptieren, dass auch nicht-landwirtschaftliche Akteure, für die solche Entscheidungen persönlich oft weniger folgenreich sind, im öffentlichen Diskurs Gehör finden.
2. Viele Landwirtinnen und Landwirte hegen ein gewisses Misstrauen: Sie haben den Eindruck, dass Außenstehende weder ihre wirtschaftliche Situation noch ihre Leistungen und ihr Engagement korrekt einschätzen. Auch der Interessenvertretung durch den eigenen Spitzenverband wird zunehmend mit Skepsis begegnet.
3. Den beteiligten Akteuren fehlt mitunter das notwendige Wissen für eine angemessene Diskursteilnahme. Das betrifft Landwirtschaft, Naturschutz und Journalismus gleichermaßen.
4. Interessengeleitete und staatliche Akteure sowie Medien unterliegen verschiedenen Pfadabhängigkeiten und organisationsinternen Zwängen, die häufig ökonomischer bzw. politischer Natur sind. Deshalb können die Akteure nicht frei und diskursorientiert agieren bzw. kommunizieren.
5. Es existieren verschiedene ungeklärte Zielkonflikte – sowohl innerhalb des Naturschutzes als auch innerhalb der Landwirtschaft. Die beteiligten Akteure müssen deshalb zum Teil widerstrebende Interessen vertreten. Bei Außenstehenden führt dies zu Vertrauensverlusten – die betroffenen Akteure werden teils als inkompetent bzw. unglaubwürdig wahrgenommen.
6. Die Akteure weisen gruppenspezifische Verhaltens- und Interpretationsmuster auf, die ein wechselseitiges Verständnis zusätzlich erschweren (Beispiel: Unterschiedliche Interpretation von Begriffen wie „Natur“ oder „Natürlichkeit“).

3 Lösungsvorschläge

Um die öffentliche Kommunikation zwischen Landwirtschaft und Naturschutz zu verbessern, postulierte die Studie zwei zentrale Ziele: Wissen übereinander vermitteln und Verständnis

füreinander schaffen. Beides kann dazu beitragen, Vorurteile abzubauen, bestehende Gemeinsamkeiten stärker als bisher aufzuzeigen und eine gemeinsame Vertrauens- und Wissensbasis zu schaffen, die die Grundlage für konstruktive öffentliche Kommunikation und das Finden von gemeinsamen Lösungen bildet. Im Rahmen der Tagung wurden dazu die folgenden Maßnahmen diskutiert:

3.1 Erweiterung der Aus-/Weiterbildung in Naturschutz und Landwirtschaft

Sowohl bei haupt- als auch bei nebenamtlichen Akteuren aus Landwirtschaft und Naturschutz sollte ein höherer Wissensstand über das jeweils andere Feld angestrebt werden. Dies betrifft zunächst die fachliche Ebene: Im Bereich Landwirtschaft sollte vermehrt Wissen über den Schutz der biologischen Vielfalt und deren Notwendigkeit und Bedeutung für Landwirtschaft und Gesellschaft vermittelt werden; Naturschutzakteure sollten verstärkt Einblicke in die landwirtschaftliche Praxis erhalten sowie relevante betriebswirtschaftliche Zusammenhänge kennen und verstehen lernen. Auf einer sozialen Ebene sollten die Akteure die Werte, Interessen und Einstellungen der jeweils anderen Gruppe – zumindest in ihren Grundzügen – kennenlernen. Zudem sollten kommunikative Grundkenntnisse vermittelt werden (Regeln für gelingende Diskurse, z. B. neutrale und respektvolle Sprache; Regeln strategischer Kommunikation, z. B. zur Generierung öffentlicher Aufmerksamkeit; Regeln für gelingende Beratung). Entsprechende Inhalte aus diesen drei Bereichen sollten in die Lehrpläne der einschlägigen Ausbildungen beider Seiten integriert werden (Berufsausbildungen und fachlich relevante Studiengänge). Darüber hinaus sollten geeignete Weiterbildungsangebote geschaffen bzw. bestehende Angebote dahingehend optimiert werden (etwa im Bereich Biodiversitätsberatung). An Hochschulen, Universitäten und weiteren Forschungseinrichtungen sollte die interdisziplinäre Zusammenarbeit in Lehre und Forschung gestärkt werden. Auch wechselseitige Praktika in der Ausbildungsphase bilden eine geeignete Maßnahme.

3.2 Verstetigung des Dialogs

Um das Wissen übereinander zu vertiefen und Verständnis füreinander zu schaffen, sollte der direkte und persönliche Austausch zwischen den Akteuren aus Landwirtschaft und Naturschutz auf allen Ebenen intensiviert und optimiert werden. Zu diesem Zweck sollten sowohl von Akteuren aus dem Naturschutz als auch von jenen aus der Landwirtschaft Anlässe bzw. Räume geschaffen und verstetigt werden, die ein persönliches Kennenlernen sowie einen kontinuierlichen Austausch auf Augenhöhe ermöglichen. Dies kann beispielsweise in Form von regelmäßigen gemeinsamen Arbeitskreisen, Stammtischen, im Rahmen von Projekten oder Veranstaltungen geschehen. Dabei ist nach Möglichkeit personelle Kontinuität anzustreben (welche sich nur durch entsprechende Personalausstattung bewerkstelligen lässt).

Zentral ist zudem, dass für alle Beteiligten stets ein konkreter Mehrwert erkennbar sein muss – der Dialog kann kein Selbstzweck sein, sondern sollte in gemeinsames Handeln münden. Die Erwartungen und Zielvorstellungen der Teilnehmenden sollten deshalb zu Beginn eines Dialoges explizit thematisiert und geklärt werden. Zur besseren Planungssicherheit für die Landwirt*innen sollten gemeinsam konkrete, erreichbare Ziele sowie feste Zeithorizonte für die Zielerreichung definiert und festgehalten werden. Auch die Frage nach eventuell entstehenden Kosten (und einer möglichen Kostenübernahme) sollte explizit geklärt werden. Eine ausreichende Vorbereitung der gemeinsamen Gespräche ist für alle Beteiligten unerlässlich – nur so kann sachlich und faktenbasiert argumentiert werden.

Berücksichtigt werden muss an dieser Stelle, dass die Glaubwürdigkeit wissenschaftlicher Fakten und deren Interpretation in der Öffentlichkeit zunehmend in Frage gestellt werden. Dies betrifft nicht nur das Spannungsfeld Landwirtschaft – Naturschutz, sondern auch andere Diskurse, zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Klimawandel oder der Covid-Pandemie. Da wissenschaftliche Erkenntnisse die Grundlage für eine sachliche, auf Argumenten basierende Debatte sind, sollte diesem Themenaspekt künftig verstärkt Beachtung geschenkt werden. Zu empfehlen ist überdies der Einsatz möglichst neutraler Vermittler*innen, die als Schnittstelle zwischen den beteiligten Akteuren fungieren und bei der Moderation bzw. Konfliktlösung unterstützend mitwirken (zum Beispiel Landschaftserhaltungs- bzw. Landschaftspflegeverbände oder Expert*innen mit einschlägiger Ausbildung, zum Beispiel aus dem Agentur- oder Beratungsbereich). Zeichnen sich Konflikte ab, sollte frühzeitig eine professionelle Mediation/ein professionelles Konfliktmanagement zum Einsatz kommen.

Gerade bei Dialogen auf höheren, politischen Ebenen ist überdies auf eine möglichst repräsentative Wahl der Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner zu achten: Die beteiligten Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter sollten so gewählt werden, dass beschlossene Maßnahmen und Projekte später bei allen relevanten Akteuren auf Akzeptanz stoßen. Dabei gilt es, sowohl die Interessenvielfalt innerhalb des Naturschutzes ausreichend zu berücksichtigen als auch die innerhalb der Landwirtschaft. Soweit thematisch sinnvoll, sollten zudem nicht-landwirtschaftliche Akteure in den öffentlichen Diskurs eingebunden werden. Da der Erhalt der biologischen Vielfalt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, sollten daher auch alle handlungsfähigen Akteure benannt und daran beteiligt werden (etwa der Landwirtschaft vor- und nachgelagerte Branchen, andere Wirtschaftsbereiche, Kommunen, Privatpersonen etc.).

3.3 Positive Zusammenarbeit deutlicher öffentlich kommunizieren

Um dem bislang oft vorherrschenden öffentlichen Eindruck entgegenzuwirken, dass sich Akteure aus Landwirtschaft und Naturschutz vor allem konfrontativ begegnen, sollten bereits bestehende Positivbeispiele besser kommuniziert werden und Anreize für die Durchführung von weiteren gemeinsamen Projekten und Initiativen geschaffen werden. Besonders Dialog- und Kooperationsprojekte eignen sich, um die Annäherung und die fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den Akteuren aus Landwirtschaft und Naturschutz öffentlich zu veranschaulichen. Geeignete Vorhaben in diesem Bereich sollten dazu stärker als bisher professionell und öffentlichkeitswirksam kommuniziert werden:

- **Planen:** Die Öffentlichkeitsarbeit sollte als zentraler Projektbestandteil begriffen werden. Das umfasst (1) die Bereitstellung ausreichender finanzieller und personeller Ressourcen, (2) angemessene Kommunikationskompetenzen bei Projektbeteiligten und (3) eine professionelle Kommunikationsplanung von Anfang an (wie Zuständigkeiten, Botschaften, Zielgruppen etc.).
- **Vernetzen:** Die Projektbeteiligten sollten sich rechtzeitig mit Journalist*innen sowie reichweitenstarken und in den jeweiligen Akteurskreisen besonders relevanten Personen (Prominente, Politiker*innen, Meinungsführer*innen) vernetzen. Diese können als Multiplikatoren dazu beitragen, ein Projekt bekannt zu machen und seine Reputation zu erhöhen. Eventuell können sie auch aktiv in ein Projekt eingebunden werden (Schirmherrschaft, Medienpartnerschaften etc.).
- **Kommunizieren:** Die Öffentlichkeitsarbeit muss zielgruppengerechte Instrumente der

Wissensvermittlung nutzen, um Inhalte professionell zu verbreiten (z. B. Berichterstattungsanlässe für die Presse schaffen, die Themenwahl, Zuspitzung und inhaltliche Tiefe an das jeweilige Zielpublikum und die entsprechenden Kanäle und Darstellungsformen anpassen).

Um die öffentliche Kommunikation erfolgreicher Kooperationen zwischen Naturschutz und Landwirtschaft zu verbessern, sind auch strukturelle Maßnahmen zu empfehlen. Hier sind die Drittmittelgeber von Projekten (Behörden, Ministerien, Verbände, Stiftungen etc.) in zweierlei Hinsicht gefordert:

- Der Aufbau einer zentralen Beratungs- und Vernetzungsstelle könnte dazu beitragen, vor allem kleinere Projekte und solche mit kurzer Laufzeit bei der Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen. Denkbar sind etwa PR-Workshops und -Webinare, Schulungsunterlagen (zur Hilfe zur Selbsthilfe) oder Vorlagen (für professionelle Dokumente, Websites etc.). Außerdem könnte eine solche Stelle die Vernetzung bzw. den Austausch mit anderen relevanten Akteuren initiieren und verstärken.
- Gemeinsame öffentliche Kommunikation der Beteiligten als obligatorischer Bestandteil drittmittelfinanzierter Dialog- und Kooperationsprojekte: Das lässt sich durch mindestens drei Maßnahmen erreichen: (1) die Forderung eines Kommunikationskonzepts innerhalb von Drittmittelanträgen, (2) die Bereitstellung von Mitteln für öffentliche Kommunikation (eigenes Fachpersonal, Beauftragung von Agenturen, Durchführung von geeigneten Kommunikationsmaßnahmen, Unterstützung der beteiligten Praktiker etc.) und (3) die Beteiligung von Personen mit hauptamtlicher Kommunikationsexpertise in Auswahl- und Bewilligungsprozessen von Drittmittelgebern.

3.4 Aus-/Weiterbildung und Vernetzung im Journalismus

Der Journalismus ist die zentrale Instanz, um Öffentlichkeit herzustellen und damit die Vermittlung von Wissen und Verständnis zwischen den Akteursgruppen und der breiten Öffentlichkeit (vor allem Politik und Bevölkerung) zu unterstützen. Das betrifft den Fach- und den Nachrichtenjournalismus gleichermaßen. Allerdings fehlt es Journalist*innen nach der Wahrnehmung der Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer häufig an Zeit und notwendigem Fach- und Hintergrundwissen, um Themen sachlich und differenziert darzustellen und fair zwischen den Interessensgruppen zu vermitteln. Um Fach- und Nachrichtenjournalistinnen und -journalisten besser zu ihrer Vermittlungsrolle zu befähigen, empfehlen wir die Integration entsprechender inhaltlicher Angebote in der journalistischen Ausbildung (an Hochschulen, Universitäten und in Volontärskursen) sowie die Entwicklung niederschwelliger Weiterbildungsangebote (z. B. kostenlose, digital stattfindende Schulungen zu aktuellen, politisch relevanten Themen). Auch eine bessere Vernetzung von Journalistinnen und Journalisten mit Akteuren aus Naturschutz und Landwirtschaft sollte unterstützt werden, z. B. durch unverbindliche, möglichst gemeinsam gestaltete Presse-Events und -Reisen, bei denen Journalist*innen Einblicke in die landwirtschaftliche und naturschutzfachliche Praxis erhalten und für das Themenfeld begeistert werden können.

3.5 Gemeinsames Auftreten

Sowohl im Hinblick auf die Politik als auch im Hinblick auf Medien und Gesellschaft scheint es sinnvoll, dass sich die Akteure aus Landwirtschaft und Naturschutz künftig verstärkt als Partner denn als Gegner wahrnehmen und auch präsentieren. Denn wenngleich hinsichtlich

einzelner Themen nach wie vor große Differenzen bestehen, herrscht in vielen Bereichen auch Einigkeit. Diese gemeinsamen Ziele und Interessen sollten stärker als bisher identifiziert und öffentlich kommuniziert werden. Viele der zuvor genannten Maßnahmen (etwa Optimierung der Aus- und Weiterbildung, Verstärkung des Dialoges, Durchführung gemeinsamer Projekte) können die Grundlage dafür bilden. Gemeinsam erreichte Erfolge tragen wiederum zum Abbau von zum Teil nach wie vor bestehenden Ressentiments bei.

4 Dank an die Mitwirkenden

Wir danken allen Teilnehmer*innen der Tagung für die impulsgebenden Vorträge, Einblicke in das eigene Wirken sowie die konstruktive Gesprächsatmosphäre, die eine beeindruckende Bandbreite an gemeinsamen Zielen und Forderungen hervorbrachte. Sie alle haben gezeigt, wie unverzichtbar und erfolgreich der direkte Dialog ist und haben an diesem Papier mitgewirkt.

Tab. 5: Liste der Teilnehmenden

Name	Institution
Stefan von Andrian-Werburg	Bosch & Partner GmbH
Johanna Bensch	Universität Rostock
Michael Berger	WWF
Corinna Bertz	Bundesamt für Naturschutz
Fabian Blöchl	Landesbauernverband Brandenburg
Dr. Anna Bobrowski	Deutscher Bauernverband (F.R.A.N.Z.-Projekt)
Marco Brendel	Bundesamt für Naturschutz
Dr. Tanja Busse	Freie Journalistin, Autorin & Moderatorin
Christian Coenen	Land schafft Verbindung Baden-Württemberg e. V.
Dr. Ulrike Garbe	Landesamt für Umwelt Brandenburg
Prof. Dr. Bärbel Gerowitt	Universität Rostock
Matthias Gutzler	Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinhessen-Nahe-Hunsrück
Tobias Hornung	Landschaftserhaltungsverband Landkreis Ravensburg e. V.
Andrea Imhäuser	Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen
Pierre Johannes	NABU e. V.
Katharina Kammer	Landwirtin, Nordrhein-Westfalen
Simon Keelan	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Yvonne Knapstein	team ewen GbR
Horst Kraft	Galloway Züchtergemeinschaft Hessen

Name	Institution
Dr. Willi Kremer-Schillings	Bauer, Blogger, Buchautor
Marten Kühl	Michael Succow Stiftung
Dr. Patrick Lind	Wasserverband Eifel-Rur
Moritz Ott	Landschaftserhaltungsverband Landkreis Ravensburg e. V.
Dr. Gerhard Pfeiffer	Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt
Dr. Tanja Rottstock	Julius Kühn-Institut
Prof. Dr. Michael Rudner	Hochschule Weihenstephan-Triesdorf
Franziska Schwahn	Greifswalder Agrarinitiative e. V.
Friederike Selensky	Universität Hohenheim
Dr. Horst-Henning Steinmann	Georg-August-Universität Göttingen
Jan Westerhoff	Bundesamt für Naturschutz
Ludwig Wreesmann	Landwirt, Niedersachsen Gesellschaft für konservierende Bodenbearbeitung e. V.

Literaturverzeichnis

- Agra Europe (2015): Weizen bei 8,4 Prozent Protein: Dänen dürfen wieder mehr düngen. URL: <https://www.agrarheute.com/pflanze/getreide/weizen-84-prozent-protein-daenen-duerfen-mehr-duengen-517944> (gesehen am: 18.09.2022).
- agrarheute (2021): Bundestagswahl: Diese Parteien haben die Landwirte gewählt. URL: <https://www.agrarheute.com/politik/bundestagswahl-diese-parteien-haben-landwirte-gewaehlt-585757> (gesehen am: 15.09.2022).
- Alemann, U. von, Erbentraut, P., Walther, J. (2018): Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. 5. Aufl. Wiesbaden (Springer Fachmedien Wiesbaden): 300 S.
- Alföldi, T. (2009): Die Landwirtschaft als Medienthema. Eine Inhaltsanalyse von Schweizer Zeitungen und Fernsehsendungen zwischen 1996 und 2006. Zürich (Eidgenössische Technische Hochschule – Dissertation): 172 S.
- Alföldi, T., Tutkun-Tikir, A. (2007): Landwirtschaft in den Medien. Themen und Darstellungsperspektiven. Agrarforschung 14 (5): 200-205.
- Amm, J. (2007): Umweltverbände. In: Winter, T. von, Willems, U. (Hrsg.): Interessenverbände in Deutschland. Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften): 367-390.
- Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e. V. (2022a): Agrarpolitik gestalten. URL: <https://www.abl-ev.de/themen/agrarpolitik> (gesehen am: 15.09.2022).
- Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e. V. (2022b): Bäuerliche Interessen vertreten. URL: <https://www.abl-ev.de/ueber-uns> (gesehen am: 15.09.2022).
- Arpan, L., Raney, A. (2003): An Experimental Investigation of News Source and the Hostile Media Effect. Journalism and Mass Communication Quarterly 80 (2): 265-281.
- Aster, E.-L. (2018): Wer vertritt die deutsche Landwirtschaft? Bauern über die Verbände. URL: https://www.deutschlandfunkkultur.de/bauern-ueber-die-verbaende-wer-vertritt-die-deutsche.976.de.html?dram:article_id=421355 (gesehen am: 25.05.2020).
- Balmann, A., Chatalova, L., Gagalyuk, T., Valentinov, V. (2016): Gesellschaftliche Verantwortung in der landwirtschaftlichen Tretmühle. Moderne Landwirtschaft, technologische Tretmühle und gesellschaftliche Entfremdung - Folgen, Herausforderungen und Lösungsansätze. In: DLG e. V. (Hrsg.): Moderne Landwirtschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Eine kritische Analyse. Frankfurt am Main (DLG-Verlag GmbH): 147-170.
- Balser, M., Geier, M., Heidtmann, J., Liebrich, S. (2017): Wie Lobbyisten bestimmen, was wir essen. URL: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/report-hegen-und-pflegen-1.3668000> (gesehen am: 25.05.2020).
- Bartl, M. (2022): Exklusiv: Die meistzitierten Medien des Jahres 2021. URL: <https://kress.de/news/detail/beitrag/148687-exklusiv-die-meistzitierten-medien-des-jahres-2021.html> (gesehen am: 25.09.2022).
- Bayerisches Landesamt für Umwelt (2021): Ökokonto. Was ist das Ökokonto? URL: https://www.lfu.bayern.de/natur/oefka_oeko/oekokonto/index.htm (gesehen am: 11.10.2022).
- Bentele, G., Nothhaft, H. (2014): Konzeption von Kommunikationsprogrammen. In: Zerfaß, A., Piwinger, M. (Hrsg.): Handbuch Unternehmenskommunikation. Strategie – Management – Wertschöpfung. 2. Aufl. Wiesbaden (Springer Fachmedien): 607-632.

- Bentele, G., Brosius, H.-B., Jarren, O. (Hrsg.) (2003): Öffentliche Kommunikation. Handbuch Kommunikations- und Medienwissenschaft. Studienbücher zur Kommunikations- und Medienwissenschaft. Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften): 607 S.
- Berghorn, C., Berghorn, H.-H. (2013): Neue Wege in der Agrarkommunikation. Studie im Auftrag der Stiftung Westfälische Landwirtschaft. Münster: 78 S.
- Berkes, J., Wildraut, C., Mergenthaler, M. (2020): Chancen und Perspektiven für einen Dialog zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft für mehr Akzeptanz und Wertschätzung – Einschätzung von Branchenvertretern aus NRW. Berichte über Landwirtschaft, 98 (1): 1-20.
- Bioland e. V.: Unsere sieben Prinzipien. URL: <https://www.bioland.de/sieben-prinzipien> (gesehen am: 22.05.2020).
- Birnbacher, D. (2006): Natürlichkeit. Grundthemen Philosophie. Berlin, New York (Walter de Gruyter): 205 S.
- Bloch, R., Ehler, K., Hofmeister, M., Nabel, M., Pfeffer, H., Scholz, S., Wittenberg, J. (2019): Nachhaltigkeit im Ackerbau. Eckpunkte für eine Ackerbaustrategie. Bonn: 19 S.
- Bohnsack, R. (2014): 31. Einführung in qualitative Methoden. 9. Aufl. Opladen, Toronto (Barbara Budrich): 316 S.
- Branchenreport 2020. Ökologische Lebensmittelwirtschaft (2020). Berlin.
- Brendle, U. (2002): Kommunikation und Naturschutz. Überlegungen zur Akzeptanzsteigerung des Naturschutzes. In: Erdmann, K.-H., Schell, C. (Hrsg.): Natur zwischen Wandel und Veränderung. Ursache, Wirkungen, Konsequenzen. Berlin, Heidelberg (Springer Berlin Heidelberg): 115-133.
- Bröring, U., Wiegleb, G. (2014): Leitbilder in Naturschutz und Landschaftspflege. In: Hampicke, U., Böcker, R., Konold, W. (Hrsg.): Handbuch Naturschutz und Landschaftspflege. Weinheim (Wiley-VCH): 1-11.
- Brückner, L., Schweiger, W. (2017): Facebook discussions of journalistic news: Investigating article objectivity, topic, and media brand as influencing factors. Studies in Communication and Media 6 (4): 365-394.
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (2019): Jahresbericht 2018. URL: https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/bund/bund_jahresbericht_2018.pdf.
- Bundesamt für Justiz (o. D.): Landwirtschaftsgesetz. URL: <https://www.gesetze-im-internet.de/lwg/LwG.pdf> (gesehen am: 13.10.2020).
- Bundesamt für Naturschutz (o. D.): Das Bundesamt für Naturschutz. URL: <https://www.bfn.de/ueber-das-bfn.html> (gesehen am: 12.08.2020).
- Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (2022a): Die Aufgaben der BLE. URL: https://www.ble.de/DE/BLE/Aufgaben/aufgaben_node.html (gesehen am: 16.09.2022).
- Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (2022b): Zukunftskommission Landwirtschaft. URL: <https://www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/zukunftskommission-landwirtschaft.html> (gesehen am: 15.09.2022).
- Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (2021a): Frauen in der Landwirtschaft. URL: <https://www.landwirtschaft.de/landwirtschaft-verstehen/wie-funktioniert-landwirtschaft-heute/frauen-in-der-landwirtschaft> (gesehen am: 21.07.2021).

- Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (2021b): Was verdienen Landwirtinnen und Landwirte? Landwirtinnen und Landwirte arbeiten im Durchschnitt mehr als andere Berufsgruppen, verdienen aber meist weniger. URL: <https://www.landwirtschaft.de/landwirtschaft-verstehen/wie-funktioniert-landwirtschaft-heute/was-verdienen-landwirtinnen-und-landwirte> (gesehen am: 11.06.2021).
- Bundesministerium der Finanzen (2019): Einigung zum EU-Haushalt 2020. URL: https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Europa/EU_auf_einen_Blick/EU_Haushalt/2019-11-19-einigung-eu-haushalt-2020.html (gesehen am: 19.10.2020).
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2019a): Ackerbaustrategie 2035. Perspektiven für einen produktiven und vielfältigen Pflanzenbau. Diskussionspapier. URL: https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/Ackerbaustrategie.pdf?__blob=publicationFile&v=13 (gesehen am: 02.06.2020).
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2019b): Agrarpolitischer Bericht der Bundesregierung 2019. Berlin. Berlin. URL: <https://www.bmel-statistik.de/fileadmin/daten/DFB-0010010-2019.pdf>.
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2017): Daten und Fakten. Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft mit Fischerei und Wein- und Gartenbau. Berlin.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (2019): Nitratrichtlinie: Bundesregierung sendet weitere Vorschläge zur Anpassung der Düngeverordnung nach Brüssel. URL: <https://www.bmu.de/pressemitteilung/nitratrichtlinie-bundesregierung-sendet-weitere-vorschlaege-zur-anpassung-der-duengeverordnung-nach-bruessel> (gesehen am: 09.07.2021).
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg (2022): Die Grünen: made in Baden-Württemberg. URL: <https://www.gruene-bw.de/partei/geschichte-der-gruenen-baden-wuerttemberg/> (gesehen am: 19.09.2022).
- Burkart, R., Lang, A. (2012): Die Theorie des kommunikativen Handelns von Jürgen Habermas. Eine kommentierte Textcollage. In: Burkart, R., Hömberg, W. (Hrsg.): Kommunikationstheorien. Ein Textbuch zur Einführung. Wien (new academic press): 42-71.
- Burkart, R., Hömberg, W. (2012): Einführung zum Teil I. In: Burkart, R., Hömberg, W. (Hrsg.): Kommunikationstheorien. Ein Textbuch zur Einführung. Wien (new academic press): 11-15.
- Coe, K., Kenski, K., Rains, S. (2014): Online and Uncivil? Patterns and Determinants of Incivility in Newspaper Website Comments. *Journal of Communication* 64 (4): 658-679.
- Dahinden, U. (2018): Framing: eine integrative Theorie der Massenkommunikation. Konstanz (UVK): 346 S.
- Dahinden, U. (2006): Framing. Eine integrative Theorie der Massenkommunikation. *Forschungsfeld Kommunikation* 22. Konstanz (UVK): 346 S.
- Demeter e. V. (2022): Demeter – Pioniere der Bio-Branche. URL: <https://www.demeter.de/organisation> (gesehen am: 19.09.2022).
- Der Tagesspiegel (2019): Stiller Protest gegen Agrarpolitik. Was sich hinter den grünen Kreuzen auf Deutschlands Äckern verbirgt. URL: <https://www.tagesspiegel.de/politik/was-sich-hinter-den-grunen-kreuzen-auf-deutschlands-ackern-verbirgt-4108477.html> (gesehen am: 13.09.2022).

- Dernbach, B. (2010): Die Vielfalt des Fachjournalismus. Eine systematische Einführung. Wiesbaden (VS, Verl. für Sozialwiss): 304 S.
- Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft (2019): Jahresbericht 2018. Frankfurt am Main. Frankfurt am Main. URL: https://www.dlg.org/fileadmin/downloads/ueber-uns/jahresberichte/Jahresbericht_2018.pdf (gesehen am: 04.06.2020).
- Deutsche Lebensmittel-Gesellschaft (2020): Vision - Mission - Werte. URL: <https://www.dlg.org/de/ueber-uns/vision-mission-werte/> (gesehen am: 04.06.2020).
- Deutscher Bauernverband e. V. (2019a): Der Verband. Deutscher Bauernverband – Spitzenverband der Landwirtschaft. URL: <https://www.bauernverband.de/der-verband> (gesehen am: 25.05.2020).
- Deutscher Bauernverband e. V. (2019b): Geschäftsbericht 2018/2019. Die Bilanz seiner agrarpolitischen und berufsständischen Arbeit. URL: <https://www.bauernverband.de/der-verband/geschaeftsbericht> (gesehen am: 25.05.2020).
- Dittmar, N. (2004): Transkription. Ein Leitfaden mit Aufgaben für Studenten, Forscher und Laien. Qualitative Sozialforschung. 2. Aufl. Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften): 256 S.
- DLG e. V. (2022): DLG-Fachzentrum Landwirtschaft. URL: <https://www.dlg.org/de/landwirtschaft/themen> (gesehen am: 19.09.2022).
- DLG e. V. (2018): Ralf Pauelsen, der Bauer aus der Nachbarschaft. URL: <https://agrarblogger.de/2018/09/09/ralf-pauelsen-der-bauer-aus-der-nachbarschaft/> (gesehen am: 10.08.2020).
- Dolezal, M., Ennser-Jedenastik, L., Müller, W. (2015): Campaigning in Austria, 2002-2008. In: Nai, A., Walter, A. (Hrsg.): New Perspectives on Negative Campaigning. Why Attack Politics Matters. Colchester (ECPR Press): 165-181.
- Donges, P., Imhof, K. (2010): Öffentlichkeit im Wandel. In: Bonfadelli, H., Jarren, O., Siegert, G. (Hrsg.): Einführung in die Publizistikwissenschaft. 3. Aufl. Bern, Stuttgart, Wien (Haupt Verlag): 183-212.
- Donsbach, W. (1991): Medienwirkung trotz Selektion. Einflussfaktoren auf die Zuwendung zu Zeitungsinhalten. Köln (Böhlau): 237 S.
- Dürnberger, C. (2019): Natur als Widerspruch. Die Mensch-Natur-Beziehung in der Kontroverse um die Grüne Gentechnik. TTN-Studien - Schriften aus dem Institut Technik-Theologie-Naturwissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität München 8. Baden-Baden (Nomos): 289 S.
- Eder, J. (2018): Jeder vierte Landwirt ist Burnout-gefährdet. URL: <https://www.agrarheute.com/land-leben/vierte-landwirt-burnout-gefaehrdet-543011> (gesehen am: 13.10.2020).
- Eilders, C., Wirth, W. (1999): Die Nachrichtenwertforschung auf dem Weg zum Publikum: Eine experimentelle Überprüfung des Einflusses von Nachrichtenfaktoren bei der Rezeption. Publizistik 44 (1): 35-57.
- Eilders, C. (1997): Nachrichtenfaktoren und Rezeption. Eine empirische Analyse zur Auswahl und Verarbeitung politischer Information. Studien zur Kommunikationswissenschaft 20. Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften): 357 S.
- Ekardt, F., Heym, A., Seidel, J. (2008): Die Privilegierung der Landwirtschaft im Umweltrecht. Zeitschrift für Umweltrecht 19 (4): 169-177.

- Ellemers, N., Spears, R., Doosje, B. (Hrsg.) (1999): Social identity. Context, commitment, content. Oxford (Blackwell): 288 S.
- Ellenberg, H. (1992): Naturschutz als konstruktiver Beitrag zur zukünftigen Landnutzung in Mitteleuropa. In: Norddeutsche Naturschutzakademie (Hrsg.): Berichte. Schneverdingen: 4-8.
- Entman, R. (1993): Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm. *Journal of Communication* 43 (4): 51-58.
- Europäische Umweltagentur (2019): Die Umwelt in Europa - Zustand und Ausblick 2020. Zusammenfassung. URL: <https://www.eea.europa.eu/de/publications/die-umwelt-in-europazustand> (gesehen am: 30.03.2023).
- Europäische Union (2020): Die Gemeinsame Agrarpolitik auf einen Blick. URL: https://ec.europa.eu/info/food-farming-fisheries/key-policies/common-agricultural-policy/cap-glance_de (gesehen am: 19.10.2020).
- Facebook (2022): Land schafft Verbindung e. V. URL: <https://www.facebook.com/groups/611182469415504/?ref=bookmarks> (gesehen am: 13.09.2022).
- Feindt, P., Krämer, C., Früh-Müller, A., Heißenhuber, A., Pahl-Wostl, C., Purnhagen, K., Thomas, F., van Bers, C., Wolters, V. (2019): Ein neuer Gesellschaftsvertrag für eine nachhaltige Landwirtschaft. Wege zu einer integrativen Politik für den Agrarsektor. Berlin, Heidelberg (Springer Berlin Heidelberg): 323 S.
- Feindt, P. (2008): Sozial-ökologische Entwicklungsprobleme von Landwirtschaft und Agrarpolitik: Eine Annäherung. In: Feindt, P., Müller, F., Gottschick, M., Sotke, R., Weiland, S., Mölders, T. (Hrsg.): Nachhaltige Agrarpolitik als reflexive Politik. Plädoyer für einen neuen Diskurs zwischen Politik und Wissenschaft. Baden-Baden (Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG): 25-40.
- Feldman, L. (2018): The Hostile Media Effect. In: Kenski, K., Jamieson, K. (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Political Communication*: 549-564.
- Fischer, L. (2004): Einleitung. In: Fischer, L. (Hrsg.): *Projektionsfläche Natur. Zum Zusammenhang von Naturbildern und gesellschaftlichen Verhältnissen*. Hamburg (Hamburg University Press): 11-27.
- Fischer, P., Asal, K., Krueger, J. (2013): *Sozialpsychologie für Bachelor. Lesen, Hören, Lernen im Web*. Springer-Lehrbuch. Berlin (Springer): 218 S.
- Flick, U. (2014): *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung*. 6. Aufl. Hamburg (Rowohlt): 617 S.
- Flick, U. (2007): *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung*. Hamburg (Rowohlt): 624 S.
- Frantz, C., Martens, K. (2006): *Nichtregierungsorganisationen (NGOs)*. Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden): 160 S.
- Fürst, S., Jecker, C., Schönhagen, P. (2015): Die qualitative Inhaltsanalyse in der Kommunikationswissenschaft. In: Averbeck-Lietz, S., Meyen, M. (Hrsg.): *Handbuch nicht standardisierte methoden in der*. Wiesbaden (Springer VS): 209-225.
- Fuß, S., Karbach, U. (2014): *Grundlagen der Transkription. Eine praktische Einführung*. Opladen, Toronto (Barbara Budrich): 124 S.
- Gabler Wirtschaftslexikon (2022): Best Practice. URL: <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/best-practice-31291/version-254851> (gesehen am: 03.03.2022).

- Galtung, J., Ruge, M. (1965): The Structure of Foreign News. The presentation of the Congo, Cuba and Cyprus crisis in four Norwegian newspapers. *Journal of Peace Research* 2 (1): 64-90.
- Gemeinholzer, B., Demant, L., Dieterich, M., Eser, U., Farwig, N., Geske, C., Feldhaar, H., Lauterbach, D., Reis, M., Weisser, W., Werk, K. (2019): Artenschwund trotz Naturschutz. *Biologie in unserer Zeit* 49 (6): 444-455.
- Gerhards, J., Neidhardt, F. (1990): Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze. Veröffentlichungsreihe der Abteilung Öffentlichkeit und soziale Bewegung des Forschungsschwerpunkts Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse. Berlin (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH): 55 S.
- Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte. ALG (1994). 2021.
- Glaser, B., Strauss, A. (2008): Grounded theory. Strategien qualitativer Forschung. Programmbereich Gesundheit. 2. Aufl. Bern (H. Huber): 270 S.
- Greenpeace e. V. (2022): So handelt Greenpeace. Erfolge und Lösungen, die die Welt verändern. URL: <https://www.greenpeace.de/ueber-uns/leitbild> (gesehen am: 25.09.2022).
- Greenpeace e. V. (2021): Greenpeace: Fragen & Antworten. URL: <https://www.greenpeace.de/ueber-uns/organisation/greenpeace-deutschland/greenpeace-fragen-antworten> (gesehen am: 25.09.2022).
- Grupe, S. (2011): Public Relations. Ein Wegweiser für die PR-Praxis. Berlin, Heidelberg (Springer Berlin Heidelberg): 434 S.
- Gunther, A., Liebhart, J. (2006): Broad Reach or Biased Source? Decomposing the Hostile Media Effect. *Journal of Communication* 56 (3): 449-466.
- Gunther, A., Schmitt, K. (2004): Mapping Boundaries of the Hostile Media Effect. *Journal of Communication* 54 (1): 55-70.
- Habermas, J. (1994): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. 5. Aufl. Frankfurt am Main (Suhrkamp): 704 S.
- Habermas, J. (1984): Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt (Suhrkamp): 605 S.
- Habermas, J. (1981): Theorie des kommunikativen Handelns. 2 Bände. Frankfurt am Main (Suhrkamp).
- Haber, W. (2014): Landwirtschaft und Naturschutz. Weinheim (Wiley-VCH Verlag GmbH & Co. KGaA): 308 S.
- Hall, N., Taplin, R. (2007): Revolution or inch-by-inch? Campaign approaches on climate change by environmental groups. *The Environmentalist* 27 (1): 95-107.
- Hansen, G., Kim, H. (2011): Is the Media Biased Against Me? A Meta-Analysis of the Hostile Media Effect Research. *Communication Research Reports* 28 (2): 169-179.
- Haselmayer, M., Jenny, M. (2018): Friendly fire? Negative campaigning among coalition partners. *Research & Politics* 5 (3): 1-9.
- Haunschild, J., Kaufhold, M.-A., Reuter, C. (2020): Sticking with Landlines? Citizens' Use and Perception of Social Media in Emergencies and Expectations Towards Emergency Services in Germany. WI 2020: 15. Internationale Tagung Wirtschaftsinformatik - Zentrale Tracks. Potsdam. 08.-11.03.2020.

- Hebenstreit, M., Barkmann, J. (2014): Biodiversitätsschutz als Risiko? Ein Beitrag zu Umweltgerechtigkeit und Verständigung im Spannungsfeld Landwirtschaft-Naturschutz. In: Feit, U., Korn, H. (Hrsg.): Treffpunkt Biologische Vielfalt XIII. Interdisziplinärer Forschungsaustausch im Rahmen des Übereinkommens über die biologische Vielfalt. Bonn: 23-28.
- Heiland, S. (1999): Voraussetzungen erfolgreichen Naturschutzes. Individuelle und gesellschaftliche Bedingungen umweltgerechten Verhaltens, ihre Bedeutung für den Naturschutz und die Durchsetzbarkeit seiner Ziele. Angewandter Umweltschutz. Landsberg (ecomed): 203 S.
- Heinze, R., Bieckmann, R., Kurtenbach, S., Küchler, A. (2021): Bauernproteste in Deutschland. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 34 (3): 360-379.
- Heinze, R. (2003): Bauernverband. In: *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. 5. Aufl. Opladen (Leske + Budrich): 32-33.
- Henne, E. (2002): Erfordernisse und Wege der Kommunikation im Spannungsfeld zwischen Rechtsvorschriften und divergierenden Interessen im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin. In: Kramer, M., Brauweiler, H.-C. (Hrsg.): *Naturschutzrecht und Nutzungskonflikte. Ein Vergleich zwischen Deutschland, Polen und Tschechien*. Wiesbaden (Deutscher Universitätsverlag): 181-185.
- Hertel, C. (2018): Das Feld ist schlecht bestellt. URL: <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/landkreismuenchen/agrar-subventionen-das-feld-ist-schlecht-bestellt-1.3975996> (gesehen am: 11.06.2021).
- Hinterberger, H. (2010): Die CSU als Gralshüter landwirtschaftlicher Interessen? CSU und Landwirtschaft unter spezieller Beachtung des Bayerischen Bauernverbandes. In: Hopp, G., Sebaldt, M., Zeitler, B. (Hrsg.): *Die CSU. Strukturwandel, Modernisierung und Herausforderungen einer Volkspartei*. Wiesbaden (VS, Verl. für Sozialwissenschaften): 99-120.
- Hogg, M., Reid, S. (2006): Social Identity, Self-Categorization, and the Communication of Group Norms. *Communication Theory* 16 (1): 7-30.
- Home, R., Balmer, O., Jahrl, I., Stolze, M., Pfiffner, L. (2014): Motivations for implementation of ecological compensation areas on Swiss lowland farms. *Journal of Rural Studies* 34: 26-36.
- Honnfelder, L. (2011): Natur. II. Wissenschaftlich. In: Kolmer, P., Wildfeuer, A. (Hrsg.): *Neues Handbuch philosophischer Grundbegriffe*. Freiburg, München (Karl Alber): 1571-1578.
- Hume, D. (2013): Dialoge über die natürliche Religion. URL: <http://www.zeno.org/Lesesaal/N/9781484032015?page=2> (gesehen am: 03.03.2022).
- Hupke, K.-D. (2020): *Naturschutz. Eine kritische Einführung*. 2. Aufl. Berlin, Heidelberg (Springer): 429 S.
- Internationaler Controller Verein eV (2010): *Grundmodell für Kommunikations-Controlling*.
- Jarren, O., Donges, P. (2011): *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung*. 3. Aufl. Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften): 283 S.
- Jarren, O. (2008): Massenmedien als Intermediäre. Zur anhaltenden Relevanz der Massenmedien für die öffentliche Kommunikation. *Medien & Kommunikationswissenschaft (M&K)* 3-4/2008: 329-346.
- Johann Heinrich von Thünen-Institut (2022): Profil. URL: <https://www.thuenen.de/de/thuenen-institut/profil> (gesehen am: 14.09.2022).

- Jositz-Pritscher, I. (1999): Umweltbewußtsein und Landwirtschaft. Panelbefragung zu Umweltwissen, -einstellungen und -verhalten bei agrarischer und nichtagrarischer Bevölkerung. FAM 29. Aachen (Shaker): 217 S.
- Karger, C. (1996): Naturschutz in der Kommunikationskrise? Berichte der ANL 20/1996: 73-81.
- Kayser, M., Böhm, J., Spiller, A. (2011): Die Agrar- und Ernährungswirtschaft in der Öffentlichkeit. Eine Analyse der deutschen Qualitätspresse aus Basis der Framing-Theorie. Yearbook of Socioeconomics in Agriculture 4 (1): 59-83.
- Kelle, U., Kluge, S. (1999): Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung. Qualitative Sozialforschung 4. Wiesbaden (Springer Fachmedien Wiesbaden): 111 S.
- Kepplinger, H. (2008): News factors. In: Donsbach, W. (Hrsg.): The International Encyclopedia of Communication. Malden (Blackwell Publishing): 3245-3248.
- Klawitter, N. (2019): Die erstaunliche Karriere von "Bauer Willi". Internet-Star. URL: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/bauer-willi-die-erstaunliche-karriere-von-wilhelm-kremer-schillings-a-00000000-0002-0001-0000-000166611597> (gesehen am: 08.06.2020).
- Knierim, A., Liebe, F. (2003): Gemeinsame Prozessgestaltung als Weg zum erfolgreichen Naturschutz. Natur und Landschaft 78 (8): 354-359.
- Knoop, M., Theuvsen, L. (2018): Die Gesundheit am Arbeitsplatz in der Landwirtschaft. Wo liegen die Belastungen, wie wird die Arbeit erleichtert und die Gesundheit gefördert? URL: <https://ageconsearch.umn.edu/record/275846/> (gesehen am: 26.01.2023).
- Kockerols, K. (2021): Brüssel: GAP-Trilog vorerst abgebrochen. URL: <https://www.topagrar.com/management-und-politik/news/bruessel-gap-trilog-vorerst-abgebrochen-12579464.html> (gesehen am: 08.07.2021).
- Kölsch, O., Dettmer, J. (1989): Agrarindustrie und Umwelt - die Folgen einer Entwicklung . Soziale und wirtschaftliche Situation und Probleme von Agrarproduzenten im Landkreis Vechta. Göttingen (Georg-August-Universität Göttingen, Insitut für Rurale Entwicklung – Forschungsbericht).
- Kothe, C., Wolfram, J., Mergenthaler, M. (2020): Landwirtschaftliche Tierhaltung in den Medien. Eine qualitative Analyse von Experteninterviews mit Journalisten regionaler und über-regionaler Allgemein- und Fachmedien. Berichte über Landwirtschaft 98 (1).
- Kovacs, B., Mathijs, E., Freibauer, A., Brunori, G., Damianova, Z., Faroult, E., Treyer, S., O'Brien, L., Girona, J. (2011): Sustainable food consumption in a resource-constrained world. 3rd SCAR [Standing Committee on Agriculture Research] Foresight Exercice. Luxembourg: 232 S.
- Kremer-Schillings, W. (2020): Bauer Willi. Persönlicher Blog. URL: <https://www.facebook.com/derbauerwilli/> (gesehen am: 08.06.2020).
- Kremer-Schillings, W. (2019): Grüne Kreuze – was einer alleine nicht schafft... URL: <https://www.bauerwilli.com/gruene-kreuze-was-einer-alleine-nicht-schafft/> (gesehen am: 08.06.2020).
- Kremer-Schillings, W. (2015): Lieber Verbraucher. URL: <https://www.bauerwilli.com/lieber-verbraucher/> (gesehen am: 12.09.2022).
- Kropp, C., Wagner, J. (2008): Wissensaustausch in Entscheidungsprozessen: Kommunikation an den Schnittstellen von Wissenschaft und Agrarpolitik. In: Mayntz, R., Neidhardt, F.,

- Weingart, P., Wengenroth, U. (Hrsg.): Wissensproduktion und Wissenstransfer. Wissen im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Bielefeld (Transcript): 173-196.
- Kuckartz, U. (2010): Einführung in die computergestützte Analysequalitativer Daten. 3. Aufl. Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften): 269 S.
- Lamnek, S., Krell, C. (2016): Qualitative Sozialforschung. Weinheim (Beltz): 771 S.
- Lamnek, S. (1998): 266. Theorie und Praxis. Weinheim (Psychologie Verlags Union): 266 S.
- Land schafft Verbindung – Das Original (2022): Wir sind wer. URL: <https://landschafftverbindung.org/wir-sind-wer/> (gesehen am: 13.09.2022).
- Land schafft Verbindung – Das Original (2020): Die Bewegung "Land schafft Verbindung". URL: <https://landschafftverbindung.org/wir-sind-wer/> (gesehen am: 02.06.2020).
- Langosch, R. (2016): Raus aus der Defensive: Agrarkommunikation 2.0. Themen setzen statt Wagenburg bilden - Neue Medien-Mechanismen erfordern neue Strategien. In: DLG e. V. (Hrsg.): Moderne Landwirtschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Eine kritische Analyse. Frankfurt am Main (DLG-Verlag GmbH): 115-134.
- Lang, T., Heasman, M. (2004): Food wars. The global battle for mouths, minds and markets. London (Earthscan): 384 S.
- Lee, E.-J., Jang, Y. (2010): What Do Others' Reactions to News on Internet Portal Sites Tell Us? Effects of Presentation Format and Readers' Need for Cognition on Reality Perception. *Communication Research* 37 (6): 825-846.
- Lehmann, N. (2021): Krach in Brüssel um die Farm-to-Fork-Strategie. URL: <https://www.agrarheute.com/politik/krach-bruessel-um-farm-to-fork-strategie-579467> (gesehen am: 30.03.2023).
- Lettmann, A. (1995): Akzeptanz von Extensivierungsstrategien: eine empirische Untersuchung bei Landwirten in Nordrhein-Westfalen. *Bonner Studien zur Wirtschaftssoziologie* 2. Bonn (Wehle Witterschlick).
- Maas, S., Schmitz, P. (2007): Gemeinsame Agrarpolitik der EU. *Wirtschaftsdienst* 87 (2): 94-100.
- Maier, M. (2010): Kapitel 1 - Gegenstandsbereich und Grundzüge der Nachrichtenwerttheorie. In: Maier, M., Stengel, K., Marschall, J. (Hrsg.): *Nachrichtenwerttheorie*. Baden-Baden (Nomos): 13-27.
- Maier, M., Marschall, J. (2010): Kapitel 4 - Forschungsdesigns und empirische Befunde der Schlüsselstudien zur Nachrichtenwerttheorie. In: Maier, M., Stengel, K., Marschall, J. (Hrsg.): *Nachrichtenwerttheorie*. Baden-Baden (Nomos): 73-96.
- Markham, W. (2007): Nature protection in Germany: persistence and change in a turbulent century. In: van Koppen, C., Markham, W. (Hrsg.): *Protecting nature. Organizations and networks in Europe and the USA*. Cheltenham, Northampton (Edward Elgar): 87-116.
- Massot, A. (2021): Die künftige Gemeinsame Agrarpolitik nach 2020. URL: <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/113/die-kunftige-gemeinsame-agrarpolitik-nach-2020> (gesehen am: 08.07.2021).
- Matthes, J. (2014): Framing. Konzepte. Ansätze der Medien- und Kommunikationswissenschaft 10. Baden-Baden (Nomos): 110 S.
- Mayring, P. (2015): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 12. Aufl. Weinheim (Beltz): 152 S.

- Mergenthaler, M., Wolfram, J., Kothe, C., Brümmer, N. (2021): Medien-Frames in der Berichterstattung über landwirtschaftliche Tierhaltung. *Berichte über Landwirtschaft* 99 (1).
- Merten, K. (1985): Re-Rekonstruktion von Wirklichkeit durch Zuschauer von Fernsehnachrichten. *Media Perspektiven* 10/1985: 753-763.
- Meyen, M., Löblich, M., Pfaff-Rüdiger, S., Riesmeyer, C. (Hrsg.) (2019): *Qualitative Forschung in der Kommunikationswissenschaft. Eine praxisorientierte Einführung. Studienbücher zur Kommunikations- und Medienwissenschaft. 2. Aufl.* Wiesbaden (Springer Fachmedien Wiesbaden): 211 S.
- Meyer-Mansour, D., Breuer, M., Nickel, B. (1990): *Belastung und Bewältigung. Lebenssituationen landwirtschaftlicher Familien.* Frankfurt am Main (Landwirtschaftliche Rentenbank).
- Mez, L. (2013): Umweltschutzverbände. URL: <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202197/umweltschutzverbaende> (gesehen am: 30.03.2023).
- Ministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (2021): *Das Ministerium: Aufgaben und Struktur.* URL: <https://www.bmu.de/ministerium/aufgaben-und-struktur> (gesehen am: 12.09.2022).
- Misoch, S. (2014): *Qualitative Interviews.* Berlin (DE GRUYTER): 289 S.
- Müller, H. (2019): Ändern sich PR-Aufgabe und Job? Zur Beteiligung von Unternehmen am öffentlichen Diskurs. URL: <https://www.pr-journal.de/fragen-und-meinungen/kommentare/24064-aendern-sich-pr-aufgabe-und-job-zur-beteiligung-von-unternehmen-am-oeffentlichen-diskurs.html> (gesehen am: 21.07.2022).
- Nabel, M., Selig, C. (2018): 11 Punkte für einen gemeinsamen Weg zu mehr Biodiversität im Ackerbau. Ergebnisse der interdisziplinären Tagung "Naturschutz und Landwirtschaft im Dialog - Biodiversität im Ackerbau". URL: <https://www.bfn.de/publikationen/positionspapier/11-punkte-fur-einen-gemeinsamen-weg-zu-mehr-biodiversitaet-im-ackerbau> (gesehen am: 27.01.2023).
- Naturschutzbund Deutschland e.V. (2019): *Jahresbericht 2018.* Berlin. Berlin. URL: <https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/nabu/190729-nabu-jahresbericht-2018.pdf>.
- Nawratil, U., Schönhagen, P. (2009): Die qualitative Inhaltsanalyse: Rekonstruktion der Kommunikationswirklichkeit. In: Wagner, H., Schönhagen, P., Nawratil, U., Starkulla, H. (Hrsg.): *Qualitative Methoden in der Kommunikationswissenschaft. Ein Lehr- und Studienbuch.* Baden-Baden (Nomos): 315-327.
- Neidhardt, F. (1989): Auf der Suche nach Öffentlichkeit. In: Nutz, W., Silberman, A. (Hrsg.): *Kunst, Kommunikation, Kultur. Festschrift zum 80. Geburtstag von Alphonse Silberman.* Frankfurt a.M. (Peter Lang): 25-35.
- Nolten, R. (2010): Ziel- und Handlungssysteme von Landwirten - eine empirische Studie aus der Eifelregion. In: *Selbst- und Fremdwahrnehmung der Landwirtschaft.* Weikersheim (Margraf Publishers): 15-30.
- Østgaard, E. (1965): Factors Influencing the Flow of News. *Journal of Peace Research* 2 (1): 39-63.
- Oswald, M. (2019): *Strategisches Framing. Eine Einführung.* Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften): 193 S.

- Pappert, S., Roth, K. (2019): Digitale Öffentlichkeiten und ihre sprachlich-interaktionalen Manifestationen am Beispiel von Kommentarforen. In: Steen, P., Liedtke, F. (Hrsg.): *Diskurs der Daten* (DE GRUYTER): 223-252.
- Pehle, H. (1998): *Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Ausgegrenzt statt integriert? Das institutionelle Fundament der deutschen Umweltpolitik*. Wiesbaden (Deutscher Universitätsverlag): 329 S.
- Peters, B. (2005): Public discourse, identity and the problem of democratic legitimacy. In: Eriksen, E. (Hrsg.): *Making the European polity. Reflexive integration in the EU*. London (Routledge): 84-123.
- Peters, B. (2001): Deliberative Öffentlichkeit. In: Wingert, L., Günther, K. (Hrsg.): *Die Öffentlichkeit der Vernunft und die Vernunft der Öffentlichkeit*. Frankfurt (Suhrkamp): 655-677.
- Plachter, H. (1995): Der Beitrag des Naturschutzes zu Schutz und Entwicklung der Umwelt. In: Erdmann, K.-H., Kastenholz, H. (Hrsg.): *Umwelt- und Naturschutz am Ende des 20. Jahrhunderts. Probleme, Aufgaben und Lösungen*. Berlin, Heidelberg (Springer): 197-254.
- Pongratz, H. (1992): *Die Bauern und der ökologische Diskurs. Befunde und Thesen zum Umweltbewußtsein in der bundesdeutschen Landwirtschaft*. München, Wien (Profil): 301 S.
- Probst, L. (2013): Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE). In: Niedermayer, O. (Hrsg.): *Handbuch Parteienforschung*. Wiesbaden (Springer Fachmedien Wiesbaden): 509-540.
- Przyborski, A., Wohlrab-Sahr, M. (2009): *Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch*. Lehr- und Handbücher der Soziologie. 2. Aufl. München (Oldenbourg): 403 S.
- Rackow, I. (2019): Die Diskurs-Qualität von Online-Kommentaren in der partizipativen Gesetzgebung. In: Brettschneider, F. (Hrsg.): *Gesetzgebung mit Bürgerbeteiligung*. Wiesbaden (Springer Fachmedien Wiesbaden): 153-210.
- Radtke, J. (2021): *Die Nachhaltigkeitstransformation in Deutschland. Ein Überblick zentraler Handlungsfelder*. Wiesbaden (Springer Fachmedien Wiesbaden): 50 S.
- Rau, T. (1989): *Umweltprobleme und umweltorientierte Landbewirtschaftung im Meinungsbild der Landwirte Nordrhein-Westfalens*. Bonn (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität – Dissertation): 191 S.
- Reissig, L. (2017): Häufigkeit von Burnouts in der Schweizer Landwirtschaft. *Agrarforschung Schweiz* 8 (10): 402-409.
- Reiß, M. (2007): Kampagnen von Umwelt-NGOs zwischen Kooperation und Konfrontation. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 20 (3): 40-48.
- Retter, C., Stahr, K., Boland, H. (2002): Zur Rolle von Landwirten in dörflichen Kommunikationsnetzwerken. *Berichte über Landwirtschaft* 80 (3): 446-466.
- Reusswig, F. (2002): Lebensstile und Naturorientierungen. Gesellschaftliche Naturbilder und Einstellungen zum Naturschutz. In: Rink, D. (Hrsg.): *Lebensstile und Nachhaltigkeit. Konzepte, Befunde und Potentiale*. Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften): 156-180.
- Reutter, W. (2018): Verbände. In: Voigt, R. (Hrsg.): *Handbuch Staat*. Wiesbaden (Springer Fachmedien Wiesbaden): 907-916.
- Rieger, E. (2007): Bauernverbände. Agrarische Interessenpolitik, institutionelle Ordnung und politischer Wettbewerb. In: Winter, T. von, Willems, U. (Hrsg.): *Interessenverbände in Deutschland*. Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften): 294-315.
- Riss, J. (2007): Alle reden über Lobbyismus — wer tut was dagegen? Probleme der EU-Lobbykratie, aus der Sicht einer Umweltschutzorganisation. In: Dagger, S., Kambeck, M.

- (Hrsg.): Politikberatung und Lobbying in Brüssel. Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften): 123-135.
- Röttger, U., Gehrau, V., Preusse, J. (Hrsg.) (2013): Strategische Kommunikation. Umriss und Perspektiven eines Forschungsfeldes. Wiesbaden (Springer VS): 351 S.
- Rucht, D., Neidhardt, F. (2007): Soziale Bewegungen und kollektive Aktionen. In: Joas, H., Mau, S. (Hrsg.): Lehrbuch der Soziologie. Frankfurt am Main (Campus Verlag): 627-652.
- Rucht, D. (1993): Parteien, Verbände und Bewegungen als Systeme politischer Interessenvermittlung. In: Niedermayer, O., Stöss, R. (Hrsg.): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland. Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften): 251-275.
- Ruhrmann, G., Woelke, J., Maier, M., Diehlmann, N. (Hrsg.) (2003): Der Wert von Nachrichten im deutschen Fernsehen. Ein Modell zur Validierung von Nachrichtenfaktoren. Schriftenreihe Medienforschung der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen 45. Wiesbaden (Springer Fachmedien): 366 S.
- Ruhrmann, G. (1989): Rezipient und Nachricht: Struktur und Prozeß der Nachrichtenrekonstruktion. Opladen (Westdeutscher Verlag).
- Runkehl, J. (2014): Vernetzt – Die Evolution von Kommunikation & Interaktion in der Gegenwart. In: Mathias, A., Runkehl, J., Siever, T. (Hrsg.): Sprachen? Vielfalt! Sprache und Kommunikation in der Gesellschaft und den Medien. Eine Online-Festschrift zum Jubiläum von Peter Schlobinski: 235-261.
- Sande, Ø. (1971): The Perception of Foreign News. *Journal of Peace Research* 8 (3-4): 221-237.
- Sawicka, M. (2005): "Nature made the food the way it is". Einfluss von Naturvorstellungen auf die Einstellung zur grünen Gentechnik in Deutschland und den USA. In: Bora, A., Decker, M., Grundwald, A., Renn, O. (Hrsg.): Technik in einer fragilen Welt. Die Rolle der Technikfolgenabschätzung. Berlin (edition sigma): 489-494.
- Schach, A. (2018): Botschafter, Blogger, Influencer: Eine definitorische Einordnung aus der Perspektive der Public Relations. In: Schach, A., Lommatzsch, T. (Hrsg.): Influencer Relations. Marketing und PR mit digitalen Meinungsführern. Wiesbaden (Springer Gabler): 27-47.
- Schäfer, C. (2019): Das Schweigen der Unternehmer. Die wirtschaftliche Elite drückt sich vor dem öffentlichen Diskurs. Das hat enorm schädliche Folgen. URL: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/die-wirtschaftliche-elite-drueckt-sich-vor-dem-diskurs-16478401.html> (gesehen am: 21.07.2022).
- Schäfers, B. (2016): Die soziale Gruppe. In: Korte, H., Schäfers, B. (Hrsg.): Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie. 9. Aufl. Wiesbaden (Springer Fachmedien Wiesbaden): 153-172.
- Schmitzberger, I., Wrбка, T., Steurer, B., Aschenbrenner, G., Peterseil, J., Zechmeister, H. (2005): How farming styles influence biodiversity maintenance in Austrian agricultural landscapes. *Agriculture, Ecosystems & Environment* 108 (3): 274-290.
- Schneier, C., Kretzschmar, C., Kraft, W. (2011): Naturschutzberatung in Sachsen – erste Ergebnisse. *Naturschutzarbeit in Sachsen* 52: 4-13.
- Schulz, W. (1976): Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung. *Alber-Broschur Kommunikation* 4. Freiburg (Alber): 140 S.

- Schumacher, W. (2000): Was will der Naturschutz und was sind Leistungen der Landwirtschaft für Naturschutz und Landschaftspflege? Schriftenreihe des Deutschen Rates für Landschaftspflege 71/2000: 19-23.
- Schweiger, W., Weber, P., Prochazka, F., Brückner, L. (2019): Algorithmisch personalisierte Nachrichtenkanäle. Begriffe, Nutzung, Wirkung. Wiesbaden (Springer Fachmedien Wiesbaden): 137 S.
- Schweiger, W. (2017): Der (des)informierte Bürger im Netz. Wie soziale Medien die Meinungsbildung verändern. Wiesbaden (Springer Fachmedien Wiesbaden): 214 S.
- Schweiger, W. (2014): Reader Discussions on News Websites and Facebook. How do platform characteristics influence deliberativeness? Lissabon.
- Sebaldt, M., Straßner, A. (2004): Verbände in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. Lehrbuch. Wiesbaden (VS Verl. für Sozialwiss): 349 S.
- Secretariat of the Convention on Biological Diversity (2009): Sustaining Life on Earth. URL: <https://www.cbd.int/convention/guide/?id=changing> (gesehen am: 03.09.2021).
- Shepard, P. (2002): Man in the landscape. A historic view of the esthetics of nature. Athens, Ga (University of Georgia Press): 344 S.
- Siebert, R., Knierim, A., Müller, K. (2005): Akzeptanz und Kosten extensiver Landnutzung. In: Hampicke, U., Litterski, B., Wichtmann, W. (Hrsg.): Ackerlandschaften. Nachhaltigkeit und Naturschutz auf ertragsschwachen Standorten. Berlin (Springer): 89-102.
- Sieferle, R. (1997): Rückblick auf die Natur. Eine Geschichte des Menschen und seiner Umwelt. München (Luchterhand): 233 S.
- Siegert, G., Brecheis, D. (2017): Werbung zwischen Ökonomie und Publizistik. In: Siegert, G., Brecheis, D. (Hrsg.): Werbung in der Medien- und Informationsgesellschaft. Wiesbaden (Springer Fachmedien Wiesbaden): 99-122.
- Spiller, R. (2018): NGO-Kampagnen. In: Remus, N., Rademacher, L. (Hrsg.): Handbuch NGO-Kommunikation. Wiesbaden (Springer VS): 99-112.
- Springer, N., Koschel, F., Fahr, A., Pürer, H. (2015): Empirische Methoden der Kommunikationswissenschaft. Konstanz, München (UVK): 154 S.
- Springer, N. (2014): Beschmutzte Öffentlichkeit? Warum Menschen die Kommentarfunktion auf Online-Nachrichtenseiten als öffentliche Toilettenwand benutzen, warum Besucher ihre Hinterlassenschaften trotzdem lesen, und wie die Wände im Anschluss aussehen. Münster (LIT Verlag): 296 S.
- Staab, J. (1990): Nachrichtenwert-Theorie. Formale Struktur und empirischer Gehalt. Alber-Broschur Kommunikation 17. Freiburg, München (Alber): 267 S.
- Statista (2022a): Entwicklung der Anzahl der Förderer des WWF in Deutschland in den Jahren von 2011 bis 2021. URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1049104/umfrage/foerdereranzahl-des-wwf-in-deutschland/> (gesehen am: 25.09.2022).
- Statista (2022b): Market share of the leading search engines in Germany in 2018. URL: <https://www.statista.com/statistics/445002/market-shares-leading-search-engines-germany/#statisticContainer> (gesehen am: 18.07.2022).
- Statista (2021a): Anzahl der Auszubildenden in der Landwirtschaft in Deutschland in den Jahren 1998 bis 2019. URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/323808/umfrage/auszubildende-in-der-landwirtschaft-in-deutschland/> (gesehen am: 11.06.2021).

- Statista (2021b): Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe und Bauernhöfe in Deutschland bis 2020. URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36094/umfrage/landwirtschaft---anzahl-der-betriebe-in-deutschland/> (gesehen am: 10.06.2021).
- Statistisches Bundesamt (2020): Arbeitszeiten 2018: Längste Arbeitszeiten in der Land- und Forstwirtschaft, kürzeste im Verarbeitenden Gewerbe. Je nach Branche arbeiten Vollzeitbeschäftigte zwischen 39,6 und 49,9 Stunden pro Woche. URL: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/03/PD20_071_133.html (gesehen am: 25.01.2023).
- Stengel, K., Marschall, J. (2010): Kapitel 6 - Verwandte und konkurrierende Ansätze. In: Maier, M., Stengel, K., Marschall, J. (Hrsg.): Nachrichtenwerttheorie. Baden-Baden (Nomos): 116-131.
- Stotten, R., Rudmann, C., Schader, C. (2010): Rollenverständnis von Landwirten: Produzent oder Landschaftspfleger? . In: Selbst- und Fremdwahrnehmung der Landwirtschaft. Weikersheim (Margraf Publishers): 41-51.
- Tajfel, H., Turner, J. (1986): The social identity theory of intergroup behavior,. In: Austin, W., Worchel, S. (Hrsg.): Psychology of intergroup relations,. 2. Aufl. Chicago (Hall Publishers): 7-24.
- Tajfel, H., Turner, J. (1979): An integrative theory of intergroup conflict. In: Austin, W., Worchel, S. (Hrsg.): The social psychology of intergroup relations (Monterey): 33-47.
- Tajfel, H., Billig, M., Bundy, R., Flament, C. (1971): Social categorization and intergroup behaviour. *European Journal of Social Psychology* 1 (2): 149-178.
- Tangermann, S. (o. D.): Agrarpolitik. URL: <https://www.kas.de/de/web/soziale-marktwirtschaft/agrarpolitik> (gesehen am: 22.07.2020).
- Taube, F. (2016): Umwelt- und Klimawirkungen der Landwirtschaft. Statusbericht - Ist-Analyse, Herausforderungen und Ausblick. In: DLG e. V. (Hrsg.): Moderne Landwirtschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Eine kritische Analyse. Frankfurt am Main (DLG-Verlag GmbH): 13-39.
- Thimm, C. (2002): Alter als Kommunikationsproblem? Eine exemplarische Analyse von Gesprächsstrategien in intergenerationeller Kommunikation. In: Fiehler, R. (Hrsg.): Verständigungsprobleme und gestörte Kommunikation. Radolfzell (Verlag für Gesprächsforschung): 177-197.
- Tillack, P. (2019): Moderne Produktionsverfahren in der Landwirtschaft und Naturschutz – ein Widerspruch? 150 Jahre Gründung des Landwirtschaftlichen Instituts an der Universität Leipzig. Leipzig. 2019.
- Toepfer, G. (2011): Historisches Wörterbuch der Biologie. Geschichte und Theorie der biologischen Grundbegriffe. Stuttgart (J.B. Metzler): 842 S.
- Turner, J., Hogg, M., Oakes, P., Reicher, S., Wetherell, M. (1987): Rediscovering the Social Group: A self-categorization theory. Oxford, New York (Basil Blackwell): 256 S.
- Umweltbundesamt (2022): Klimafolgen: Handlungsfeld Landwirtschaft. URL: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimafolgen-anpassung/folgen-des-klimawandels/klimafolgen-deutschland/klimafolgen-handlungsfeld-landwirtschaft#abiotischer-stress-bei-kulturpflanzen> (gesehen am: 07.09.2022).
- Umweltbundesamt (2020): UBA startet interaktive Nitrat-Karte. URL: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/uba-startet-interaktive-nitrat-karte> (gesehen am: 12.09.2022).

- Utopia GmbH (2019): Das Demeter-Siegel. URL: <https://utopia.de/siegel/demeter/> (gesehen am: 19.09.2022).
- Vallone, R., Ross, L., Lepper, M. (1985): The hostile media phenomenon: Biased perception and perceptions of media bias in coverage of the Beirut massacre. *Journal of Personality and Social Psychology* 49 (3): 577-585.
- van den Daele, W. (1992): Concepts of Nature in Modern Societies and Nature as a Theme in Sociology. In: Dierkes, M., Biervert, B. (Hrsg.): *European Social Science in Transition. Assessment and Outlook*. Frankfurt am Main (Campus): 526-560.
- van der Ploeg, J. D. (1994): Styles of farming: An introductory note on concepts and methodology. In: van der Ploeg, J. D., Long, A. (Hrsg.): *Born from within. Practice and Perspectives of Endogenous Rural Development*. Assen (Van Gorcum): 7-30.
- van Dick, R. (2015): *Stress lass nach! Wie Gruppen unser Stresserleben beeinflussen*. Berlin (Springer Spektrum): 209 S.
- van Elsen, T. (Hrsg.) (2005): *Einzelbetriebliche Naturschutzberatung – ein Erfolgsrezept für mehr Naturschutz in der Landwirtschaft. Beiträge zur Tagung vom 6.-8. Oktober 2005 in Witzenhausen*. Witzenhausen.
- Vogel, S. (1992): Ein Modell zur Umwelteinstellung in der Landwirtschaft - empirische Überprüfung anhand der Pfadanalyse. *Land, Agrarwirtschaft und Gesellschaft: Zeitschrift für Land- und Agrarsoziologie* 9 (1): 9-36.
- Voigt, R. (1995): Der kooperative Staat. Auf der Suche nach einem neuen Steuerungsmodus. In: Voigt, R. (Hrsg.): *Der kooperative Staat. Krisenbewältigung durch Verhandlung?* Baden-Baden (Nomos-Verl.-Ges): 33-92.
- Wagner, H., Schönhagen, P. (2009): Die Gruppendiskussion: Von der Erschließung kollektiver Erfahrungsräume. In: Wagner, H., Schönhagen, P., Nawratil, U., Starkulla, H. (Hrsg.): *Qualitative Methoden in der Kommunikationswissenschaft. Ein Lehr- und Studienbuch*. Baden-Baden (Nomos): 255-285.
- Wagner, H., Schönhagen, P., Nawratil, U., Starkulla, H. (Hrsg.) (2009): *Qualitative Methoden in der Kommunikationswissenschaft. Ein Lehr- und Studienbuch*. Baden-Baden (Nomos): 446 S.
- Weiland, S. (2011): Umwelt- und Nachhaltigkeitskonflikte in europäischer Landwirtschaft und Agrarpolitik. In: Groß, M. (Hrsg.): *Handbuch Umweltsoziologie*. Wiesbaden (VS Verl. für Sozialwiss): 298-612.
- Wessler, H. (2008): Investigating Deliberativeness Comparatively. *Political Communication* 25 (1): 1-22.
- Whitaker, K. B., Dyer, J. (2000): Identifying sources of bias in agricultural news reporting. *Journal of Agricultural Education* 41 (4): 125-133.
- Williams, R. (1982): *Problems in materialism and culture. Selected essays*. 2. Aufl. London (Verso Ed): 277 S.
- Wolf, D. (2001): Deutscher Bauernverband: Einfluss und Rechtsbefolgung. In: Zimmer, A., Weßels, B. (Hrsg.): *Verbände und Demokratie in Deutschland*. Wiesbaden (Springer Fachmedien): 183-208.
- Zick, A. (2003): Die Konflikttheorie der Theorie sozialer Identität. In: Bohnacker, T. (Hrsg.): *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung*. Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften): 409-426.

Zucchi, H. (2014): Naturschutz/Landschaftspflege/Artenschutz/Biotopschutz: Definitionen, Abgrenzungen. In: Hampicke, U., Böcker, R., Konold, W. (Hrsg.): Handbuch Naturschutz und Landschaftspflege. Weinheim (Wiley-VCH): 1-12.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1:	Ebenen von Öffentlichkeit.....	26
Abb. 2:	Die wichtigsten Sprecher und Vermittler im Themenfeld Landwirtschaft und Naturschutz.....	28
Abb. 3:	Kanäle, über die Informationen verbreitet werden können, unterschieden nach Medium	40
Abb. 4:	Normative Anforderungen an konstruktive, deliberative Politikdiskussionen.....	43
Abb. 5:	Unterschiede zwischen strategischer und diskursorientierter Kommunikation.....	44
Abb. 6:	Beispiel für das Kommunikationsproblem ‚mangelnde Chancengleichheit‘ – Medien berichten im Zusammenhang mit Themen aus Landwirtschaft und Naturschutz nämlich fast ausschließlich über negative, konfliktbehaftete Themen	64
Abb. 7:	Textbeispiele für das Kommunikationsproblem ‚mangelnde Höflichkeit‘.....	65
Abb. 8:	Facebook-Post des BUND vom 29. September 2020 zum Thema Pestizide	75
Abb. 9:	Sarkastische Nutzerkommentar zu einem Blogbeitrag von Willi Kremer-Schillings.....	96
Abb. 10:	Die identifizierten Kommunikationsprobleme im Überblick	107
Abb. 11:	Vereinfachte Darstellung des Wirkungsstufenmodells.....	118

Tabellenverzeichnis

Tab. 1:	Stichprobe Inhaltsanalyse	61
Tab. 2:	Stichprobe Gruppendiskussion	69
Tab. 3:	Die zentralen strategischen Frames im Spannungsfeld Landwirtschaft – Naturschutz.	80
Tab. 4:	Stichprobe Projekte und Interviews.....	120
Tab. 5:	Liste der Teilnehmenden	152

Abkürzungsverzeichnis

Stichwort	Erklärung
AbL	Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft
BfV	Bund für Vogelschutz
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
BMUV	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
BN	Bund Naturschutz in Bayern
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz
DUH	Deutsche Umwelthilfe
EU	Europäische Union
FJ	Fachjournalismus
GAP	Gemeinsame Europäische Agrarpolitik
HME	Hostile-Media-Effect
IA	interessengeleitete Akteure
K	Lesercommentare
LsV	Land schafft Verbindung
NABU	Naturschutzbund Deutschland
NJ	Nachrichtenjournalismus
SIT	Theorie der sozialen Identität
StA	staatliche Akteure

A Anhang

A.1 Anhang 1: Stichprobe Inhaltsanalyse – detaillierte Artikelübersicht

Abkürzung	Quelle	Kanal	Datum/ Ausgabe	Titel
Nachrichtenjournalismus				
NJ_Bild_1	Bild	Website	22.10.2019	Bauern-Aufstand gegen die Groko
NJ_Bild_2	Bild	Website	26.11.2019	Deutschlands Bauern stinkt es!
NJ_Bild_3	Bild	Website	10.12.2019	Bauern-Proteste in Wiesbaden
NJ_Bild_4	Bild	Website	16.01.2020	Althusmann geht auf Umweltministerin los
NJ_Bild_5	Bild	Website	20.01.2020	Bauernprotest legt Stuttgart lahm
NJ_Bild_6	Bild	Website	03.08.2020	Jetzt eskaliert der Öko-Zoff
NJ_Bild_7	Bild	Website	13.08.2020	Toepffer teilt gegen den NABU aus
NJ_Focus_1	Focus	Website	18.01.2020	"Wir haben es satt": Tausende fordern neue Agrarpolitik
NJ_Spiegel_1	Der Spiegel	Website	22.10.2019	Darum gehen die Bauern auf die Straße
NJ_Spiegel_2	Der Spiegel	Website	14.11.2019	Bauern spielen das "Lied vom Tod"
NJ_Spiegel_3	Der Spiegel	Website	26.11.2019	Tausende Bauern legen Zentrum von Berlin lahm
NJ_Spiegel_4	Der Spiegel	Website	26.11.2019	"Wie geht's weiter mit der Landwirtschaft?"
NJ_Spiegel_5	Der Spiegel	Website	29.11.2019	"Wir brauchen eine krasse Kehrtwende"
NJ_Spiegel_6	Der Spiegel	Website	18.01.2020	Tausende demonstrieren für neue Landwirtschaftspolitik

Abkürzung	Quelle	Kanal	Datum/ Ausgabe	Titel
NJ_SZ_1	Süddeutsche Zeitung	Print	26.11.2019	Mit dem Traktor nach Berlin
NJ_SZ_2	Süddeutsche Zeitung	Print	05.12.2019	Begrenzte Möglichkeiten
NJ_SZ_3	Süddeutsche Zeitung	Print	20.12.2019	Landwirtschaft 4.0
NJ_SZ_4	Süddeutsche Zeitung	Print	19.12.2019	Naturschützer kritisieren "falsche Agrarpolitik"
NJ_SZ_5	Süddeutsche Zeitung	Print	27.12.2019	"Die Biene profitiert"
NJ_SZ_6	Süddeutsche Zeitung	Print	16.01.2020	Miteinander reden
NJ_SZ_7	Süddeutsche Zeitung	Print	17.01.2020	Zankäpfel
NJ_SZ_8	Süddeutsche Zeitung	Print	22.01.2020	Die Folgen der Tatenlosigkeit
NJ_SZ_9	Süddeutsche Zeitung	Print	30.01.2020	Biobauern wollen mehr Geld
NJ_WS_1	Wochenspiegel	Website	24.01.2020	"Wir sind keine Brunnenvergifter"
NJ_Zeit_1	Die Zeit	Website	22.10.2019	Mit Traktoren gegen "Bauernbashing"
NJ_Zeit_2	Die Zeit	Website	26.11.2019	Anton Hofreiter kritisiert Bauerndemonstrationen
NJ_Zeit_3	Die Zeit	Website	02.12.2019	Grüne fordern Neuverteilung von Subventionen für die Landwirtschaft
NJ_Zeit_4	Die Zeit	Website	08.01.2020	Mehr Zukunft auf den Acker
NJ_Zeit_5	Die Zeit	Website	17.12.2019	Landwirtschaft macht Vögeln das Leben schwer
Fachjournalismus				
FJ_AgrarHeute_1	Agrar Heute	Website	07.02.2020	Junglandwirte stellen Hofreiter zur Rede
FJ_AgrarHeute_2	Agrar Heute	Website	21.02.2020	Düngeverordnung: Brüssel verzichtet auf Klage

Abkürzung	Quelle	Kanal	Datum/ Ausgabe	Titel
FJ_AgrarHeute_3	Agrar Heute	Website	04.03.2020	Insektenschutz: Bund bleibt unkonkret
FJ_AgrarHeute_4	Agrar Heute	Website	06.03.2020	Volksbegehren zur Artenvielfalt in Niedersachsen
FJ_AgrarHeute_5	Agrar Heute	Website	26.05.2020	Protest: LsV Deutschland fordert Rücktritt von Schulze und Flasbarth
FJ_AgrarHeute_6	Agrar Heute	Website	04.06.2020	AfD will sich von Gemeinsamer EU-Agrarpolitik abwenden
FJ_AgrarHeute_7	Agrar Heute	Website	16.10.2020	Joachim Rukwied wiedergewählt: Chance für den Deutschen Bauernverband?
FJ_AgrarHeute_8	Agrar Heute	Website	12.02.2020	Streit um Nitrat-Messstellen: Betroffene kontrollieren längst selber
FJ_AgrarHeute_9	Agrar Heute	Website	19.05.2020	BMUV-Bericht: Warum die Natur in keinem guten Zustand ist
FJ_AgrarHeute_10	Agrar Heute	Website	04.08.2020	Ackerbaustrategie 2035: Jetzt ist Ihre Meinung bis Ende August gefragt
FJ_NuL_1	Natur und Landschaft	Print	Heft 5, 2019	BUND-Trinkwasserstudie zeigt: Nitratbelastung im Grundwasser ist zu hoch
FJ_Ö&L_1	Ökologie und Landbau	Print	Heft 3, 2019	Umweltleistungen im Fokus
FJ_Ö&L_2	Ökologie und Landbau	Print	Heft 3, 2019	"Starre Systeme schränken Innovationskraft ein"
FJ_Ö&L_3	Ökologie und Landbau	Print	Heft 3, 2019	Die Artenvielfalt steigern, nicht nur den Ertrag
FJ_Ö&L_4	Ökologie und Landbau	Print	Heft 3, 2019	Nachhaltigkeitszeile mit Biolandbau erreichen
FJ_Ö&L_5	Ökologie und Landbau	Print	Heft 3, 2020	Landwirtschaft und Naturschutz Hand in Hand
FJ_Ö&L_6	Ökologie und Landbau	Print	Heft 3, 2020	"Agrarökologie bietet viele Anknüpfungspunkte"
FJ_TopAgrar_1	Top Agrar	Website	30.01.2019	Rüge für Deutschland wegen unzureichender Schutzgebietsausweisung
FJ_TopAgrar_2	Top Agrar	Website	09.04.2019	BUND wartet auf Ackerbaustrategie

Abkürzung	Quelle	Kanal	Datum/ Ausgabe	Titel
FJ_TopAgrar_3	Top Agrar	Website	19.02.2020	EU rügt Deutschlands Management von FFH-Gebieten
FJ_TopAgrar_4	Top Agrar	Website	22.05.2020	Bauern stellen Strafanzeige gegen Svenja Schulze und Beate Jesse!
FJ_TopAgrar_5	Top Agrar	Website	25.02.2020	Artenschwund: Für mehr Biodiversität sind wir alle gefordert
Interessengeleitete Akteure				
IA_AbL_1	AbL	Unabhängige Bauernstimme	07.05.2019	"Für mich ist das krasses Politikversagen"
IA_AbL_2	AbL	Unabhängige Bauernstimme	16.05.2019	Die DÜV und Panikmache
IA_AbL_3	AbL	Unabhängige Bauernstimme	04.06.2019	"Die wesentlichen Treiber des Artensterbens sind menschengemacht"
IA_AbL_4	AbL	Unabhängige Bauernstimme	05.08.2020	Gemeinsam für die Vielfalt
IA_AbL_5	AbL	Unabhängige Bauernstimme	04.02.2020	"Der Berufsstand ist im Aufbruch"
IA_AbL_6	AbL	Unabhängige Bauernstimme	02.04.2020	Ein Blick zurück für den Ackerbau der Zukunft
IA_AbL_7	AbL	Unabhängige Bauernstimme	12.06.2020	Natur und Vielfalt, Felder und Teller
IA_AbL_8	AbL	Pressemitteilung	06.08.2020	Strukturwandel ganz anders
IA_AbL_9	AbL	Pressemitteilung	13.01.2020	Der Landwirtschaft eine Perspektive geben: Agrarwende anpacken!
IA_AbL_10	AbL	Pressemitteilung	30.03.2020	Ohne Zielsetzung hilft Geld nicht viel weiter

Abkürzung	Quelle	Kanal	Datum/ Ausgabe	Titel
IA_AbL_11	AbL	Pressemitteilung	12.03.2020	Düngeverordnung verursachergerecht weiterentwickeln
IA_AbL_12	AbL	Pressemitteilung	20.05.2020	Von der Leyens Ruf nach neuer Agrarpolitik
IA_AbL_13	AbL	Pressemitteilung	28.05.2020	Agrarpolitik muss Klima und Arten schützen!
IA_AbL_14	AbL	Pressemitteilung	10.07.2020	AbL zum Nitrarbericht 2020: Merkel und Klöckner müssen endlich Ursachen anpacken!
IA_AbL_15	AbL	Pressemitteilung	28.08.2020	EU-Agrarminister müssen wirksame GAP zum Mittelpunkt Ihres Treffens in Koblenz machen
IA_AbL_16	AbL	Pressemitteilung	02.09.2020	Bauernorganisationen sind sich einig - Ministerin Klöckner muss mehr Verantwortung übernehmen
IA_AbL_17	AbL	Pressemitteilung	04.09.2020	AbL für Erarbeitung eines verantwortungsvollen und mutigen Gesellschaftsvertrages in der Zukunftskommission Landwirtschaft
IA_BauerWilli_1	Willi Kremer-Schillings	Blog	01.03.2019	Maischberger...und nun? Diskurs über Naturschutz
IA_BauerWilli_2	Willi Kremer-Schillings	Blog	19.01.2020	Warte nicht auf andere, mach Dich selbst auf den Weg
IA_BauerWilli_3	Willi Kremer-Schillings	Blog	21.05.2020	Peinlich: NABU, REWE und die Bienen
IA_BauerWilli_4	Willi Kremer-Schillings	Blog	11.06.2020	Wasser in Badeseen: ausgezeichnet
IA_BauerWilli_5	Willi Kremer-Schillings	Blog	09.07.2020	Der Berg kreisste...und gebar eine Maus...
IA_BauerWilli_6	Willi Kremer-Schillings	Blog	05.05.2020	Von Wildbienen und Eh-da-Flächen
IA_Bioland_1	Bioland	Pressemitteilung	26.11.2019	Bioland verabschiedet neue Richtlinie "Biodiversität"
IA_Bioland_2	Bioland	Pressemitteilung	02.12.2019	Kommentar anlässlich des heutigen Agrargipfels im Kanzleramt

Abkürzung	Quelle	Kanal	Datum/ Ausgabe	Titel
IA_Bioland_3	Bioland	Pressemitteilung	13.01.2020	Bauern frustriert, Lebensgrundlage zerstört: Bioland fordert konsequentes Handeln der Bundesregierung
IA_Bioland_4	Bioland	Pressemitteilung	15.01.2020	Bioland-Podiumsgespräch zum Spannungsfeld der Agrarpolitik
IA_BUND_1	BUND	Pressemitteilung	06.11.2019	BUND-Resolution: Insekten schützen – Agrarwende vollziehen – Landwirten helfen
IA_BUND_2	BUND	Pressemitteilung	20.11.2019	Gülle-Dilemma im Ems-Gebiet: Deutsche Umwelthilfe reicht Klage gegen Landesregierung Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen für sauberes Wasser ein
IA_BUND_3	BUND	Pressemitteilung	25.11.2019	Europäische Bürgerinitiative "Bienen und Bauern retten" gestartet
IA_BUND_4	BUND	Pressemitteilung	26.11.2019	Kommentar zu den Bauernprotesten: Ärger verständlich, aber falscher Adressat
IA_BUND_5	BUND	Pressemitteilung	02.12.2019	Kommentar: Agrarwende braucht breiten gesellschaftlichen Konsens
IA_BUND_6	BUND	Pressemitteilung	19.12.2019	Eine echte Ackerbaustrategie braucht einen neuen Gesellschaftsvertrag mit der Landwirtschaft, konkrete Maßnahmen und einen Zeitplan
IA_BUND_7	BUND	Pressemitteilung	08.01.2020	BUND und Heinrich-Böll-Stiftung: Insektenatlas – Daten und Fakten über Nütz- und Schädlinge in der Landwirtschaft
IA_BUND_8	BUND	Pressemitteilung	16.01.2020	Kritischer Agrarbericht: Veränderungen in der Landwirtschaft gemeinsam anpacken
IA_BUND_9	BUND	Pressemitteilung	16.01.2020	Aufruf zur 10. "Wir haben es satt"-Demonstration in Berlin
IA_BUND_10	BUND	Pressemitteilung	18.01.2020	Bündnis aus Landwirtschaft und Gesellschaft fordert: Bauernhöfe unterstützen, Artenvielfalt sichern und Klima retten – 2020 die europäische Agrarwende anpacken

Abkürzung	Quelle	Kanal	Datum/ Ausgabe	Titel
IA_BUND_11	BUND	BUND-Magazin	Heft 1, 2019	Agrar Wende jetzt
IA_BUND_12	BUND	BUND-Magazin	Heft 1, 2019	Jetzt reformieren!
IA_BUND_13	BUND	BUND-Magazin	Heft 1, 2019	Wir machen was
IA_BUND_14	BUND	BUND-Magazin	Heft 2, 2019	Für Biene, Käfer, Schmetterling
IA_BUND_15	BUND	BUND-Magazin	Heft 4, 2019	Wir haben es satt
IA_BUND_16	BUND	Facebook	30.10.2020	ohne Angabe
IA_BUND_17	BUND	Facebook	29.09.2020	ohne Angabe
IA_BUND_18	BUND	Facebook	01.07.2020	ohne Angabe
IA_BUND_19	BUND	Facebook	08.07.2020	ohne Angabe
IA_BUND_20	BUND	Facebook	31.07.2020	ohne Angabe
IA_BUNDBW_1	BUND BW	Website	ohne Angabe	Ökolandbau statt Agrarfabriken
IA_CSU_1	CSU	Pressemitteilung	13.07.2020	"Sind auf einem guten Weg"
IA_Demeter_1	Demeter	Pressemitteilung	15.01.2020	Grünere Agrarpolitik zur Grünen Woche!
IA_Demeter_2	Demeter	Pressemitteilung	19.05.2020	Lebensräume für Bienen konsequent fördern!
IA_Demeter_3	Demeter	Pressemitteilung	01.07.2020	Zeit zum Weichenstellen!
IA_Demeter_4	Demeter	Pressemitteilung	17.09.2020	Genug der schönen Worte! Eine nachhaltige Zukunft braucht eine klare Politik und konkrete Maßnahmen
IA_Demeter_5	Demeter	Pressemitteilung	25.09.2020	Eine zukunftsfähige Ackerbaustrategie muss den Boden schützen - und sich den Ökolandbau zum Vorbild nehmen!

Abkürzung	Quelle	Kanal	Datum/ Ausgabe	Titel
IA_Demeter_6	Demeter	Pressemitteilung	22.10.2020	Klima und Umwelt sind Europa egal!
IA_Demeter_7	Demeter	Pressemitteilung	04.12.2020	Bodenlose Agrarpolitik - Sagt den Politikern eure Meinung!
IA_DBV_1	DBV	Pressemitteilung	18.07.2019	Landwirtschaft und Naturschutz: Artenvielfalt gemeinsam fördern
IA_DBV_2	DBV	Pressemitteilung	25.11.2019	DBV zur geplanten Großdemo
IA_DBV_3	DBV	Pressemitteilung	11.12.2019	"Green Deal muss auch für Bauern eine wirtschaftliche Perspektive bieten"
IA_DBV_4	DBV	Pressemitteilung	20.05.2020	Eindimensionale Sichtweisen helfen der Artenvielfalt nicht
IA_DBV_5	DBV	Pressemitteilung	09.06.2020	Blühende Agrarlandschaften und Messeatmosphäre online erleben
IA_DBV_6	DBV	Pressemitteilung	24.06.2020	Bauernverband zum 2. Runden Tisch Insektenschutz
IA_DBV_7	DBV	Pressemitteilung	09.07.2020	Verbesserungen in allen Bereichen des Wasserschutzes
IA_DBV_8	DBV	Dt. Bauernkorrespondenz	Heft 2, 2020	Der Erfolg frisst seine Kinder
IA_DBV_9	DBV	Dt. Bauernkorrespondenz	Heft 3, 2020	"Vielfältige Landschaft gemeinsam gestalten"
IA_DBV_10	DBV	Dt. Bauernkorrespondenz	Heft 4, 2020	Nicht überall ist Schwund
IA_DBV_11	DBV	Dt. Bauernkorrespondenz	Heft 4, 2020	Positive Bilanz
IA_DBV_12	DBV	Dt. Bauernkorrespondenz	Heft 4, 2020	Landwirte als "Botschafter" für produktionsintegrierten Naturschutz
IA_DBV_13	DBV	Dt. Bauernkorrespondenz	Heft 4, 2020	Mehr Naturschutz in der Landwirtschaft

Abkürzung	Quelle	Kanal	Datum/ Ausgabe	Titel
IA_DBV_14	DBV	Dt. Bauernkorrespondenz	Heft 6, 2020	Versorgung sichern - Landwirtschaft stärken
IA_DBV_15	DBV	Dt. Bauernkorrespondenz	Heft 6, 2020	(Un-)Heilige Einfalt!
IA_DBV_16	DBV	Dt. Bauernkorrespondenz	Heft 6, 2020	Erste Reaktion in 16 Punkten
IA_DBV_17	DBV	Dt. Bauernkorrespondenz	Heft 8, 2020	"Schützen durch nützen"
IA_DBV_18	DBV	Dt. Bauernkorrespondenz	Heft 9, 2020	Ackerbaustrategie der Bundesregierung
IA_DBV_19	DBV	Dt. Bauernkorrespondenz	Heft 10, 2020	Absage an Kooperation zwischen Landwirtschaft und Naturschutz
IA_DLG_1	DLG	DLG-Merkblatt	Heftnr. 424	Ackerbau zukunftsfähig gestalten
IA_DLG_2	DLG	DLG-Merkblatt	Heftnr. 431	Artenvielfalt und Biodiversität stärken im Ackerbau
IA_DLG_3	DLG	DLG-Merkblatt	Heftnr. 449	Mechanische Unkrautregulierung - Technik für die Praxis
IA_DLG_4	DLG	Pressemitteilung	24.05.2019	„Raus aus der Opferrolle! – Rein in Next Level Farming“
IA_DUH_1	DUH	DUHwelt	Heft 1, 2019	Chemie auf dem Acker
IA_DUH_2	DUH	DUHwelt	Heft 4, 2019	Frische Landluft? Leider nein.
IA_DUH_3	DUH	DUHwelt	Heft 1, 2020	Wir haben es satt!
IA_Greenpeace_1	Greenpeace	Website	28.05.2020	Für eine neue EU-Agrarpolitik
IA_Greenpeace_2	Greenpeace	Website	15.06.2020	Die Krise nutzen

Abkürzung	Quelle	Kanal	Datum/ Ausgabe	Titel
IA_Greenpeace_3	Greenpeace	Pressemitteilung	20.07.2020	Kommentar: Beratung der EU-Agrarminister*innen
IA_Greenpeace_4	Greenpeace	Website	ohne Angabe	Pestizide außer Kontrolle
IA_Grüne_1	Bündnis 90/Die Grünen	Website	ohne Angabe	Wir erhalten unsere Natur
IA_Grüne_2	Bündnis 90/Die Grünen	Website	ohne Angabe	Sind die Grünen die "Feinde der Bauern"?
IA_Grüne_3	Bündnis 90/Die Grünen	Website	ohne Angabe	Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei
IA_LBV_1	Bremischer Landwirtschaftsverband	Website	24.10.2019	Das lassen wir nicht unkommentiert
IA_LBV_2	Bauernverband Schleswig-Holstein	Facebook	24.10.2019	ohne Angabe
IA_LBV_3	Bayerischer Bauernverband	Pressemitteilung	27.05.2020	Alfred Enderle fordert Rücktritt von Bundesumweltministerin Svenja Schulze
IA_LsV_1	LsV	Pressemitteilung	09.10.2019	Die Bewegung „Land schafft Verbindung - wir rufen zu Tisch“ ruft zu Kundgebungen auf
IA_LsV_2	LsV	Pressemitteilung	14.11.2019	„Land schafft Verbindung - wir rufen zu Tisch“ ruft zu weiteren Kundgebungen auf
IA_LsV_3	LsV	Website	10.07.2020	Ende der Mahnwach in Münster
IA_LsV_4	LsV	Website	ohne Angabe	Was uns antreibt
IA_NABU_1	NABU	Presemitteilung	26.11.2019	NABU zu Bauernprotesten: Umweltprobleme nicht leugnen
IA_NABU_2	NABU	Presemitteilung	02.12.2019	NABU: Agrargipfel ohne Umweltverbände ist kein gutes Signal
IA_NABU_3	NABU	Pressemitteilung	09.03.2020	3.600 Wissenschaftler appellieren: EU-Agrarpolitik darf Natur nicht länger zerstören
IA_NABU_4	NABU	Facebook	17.07.2020	ohne Titel

Abkürzung	Quelle	Kanal	Datum/ Ausgabe	Titel
IA_NABU_5	NABU	Facebook	21.07.2020	ohne Titel
IA_NABU_6	NABU	Facebook	23.07.2020	ohne Titel
IA_NABU_7	NABU	Facebook	27.08.2020	ohne Titel
IA_NABU_8	NABU	Facebook	21.10.2020	ohne Titel
IA_NABU_9	NABU	Facebook	23.10.2020	ohne Titel
IA_Pauelsen_1	Ralf Pauelsen	Facebook	06.11.2019	ohne Angabe
IA_Pauelsen_2	Ralf Pauelsen	Facebook	26.11.2019	ohne Angabe
IA_Pauelsen_3	Ralf Pauelsen	Facebook	27.11.2019	ohne Angabe
IA_Pauelsen_4	Ralf Pauelsen	Facebook	30.01.2020	ohne Angabe
Staatliche Akteure				
StA_BMEL_1	BMEL	Pressemitteilung	15.01.2019	Die Zukunftsfähigkeit der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft steht und fällt mit ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz
StA_BMEL_2	BMEL	Pressemitteilung	28.03.2019	Klößner: Startschuss für nationales Monitoring der biologischen Vielfalt
StA_BMEL_3	BMEL	Pressemitteilung	05.05.2019	Klößner: Artenschutz der Erde erhalten
StA_BMEL_4	BMEL	Pressemitteilung	30.10.2019	Zitat der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klößner zur Nature Studie
StA_BMEL_5	BMEL	Pressemitteilung	20.11.2019	Julia Klößner: "Ökologisch und ökonomisch - nicht Entweder-oder"
StA_BMEL_6	BMEL	Website	11.12.2019	Statement Bundesministerin Klößner zum heute von der EU-Kommission vorgestellten "European Green Deal"

Abkürzung	Quelle	Kanal	Datum/ Ausgabe	Titel
StA_BMEL_7	BMEL	Website	ohne Angabe	Agro-Biodiversität: Schutz durch Nutzung
StA_BMEL_8	BMEL	Website	ohne Angabe	Landwirtschaft
StA_BMEL_9	BMEL	Website	ohne Angabe	Biologische Vielfalt: Bienen und Insekten schützen
StA_BMUV_1	BMUV	Rede	27.09.2018	Rede von Svenja Schulze bei der Veranstaltung "Landwirtschaft im Dialog"
StA_BMUV_2	BMUV	Pressemitteilung	09.05.2020	Bericht zur Lange der Natur zeigt gemischtes Bild vom Zustand von Arten und Lebensräumen in Deutschland
StA_BMUV_3	BMUV	Rede	12.11.2019	Rede von Jochen Flasbarth zu Pflanzenschutzmittel und Biodiversität
StA_BMUV_4	BMUV	Website	ohne Angabe	Wieso kümmert sich das Bundesumweltministerium überhaupt um Landwirtschaft?
StA_BfN_1	BfN	Website	ohne Angabe	Naturverträgliche Bewirtschaftung
Kommentare				
K_AgrarHeute_1	Kommentierende	Website von Agrar Heute		zum Artikel "Volksbegehren zur Artenvielfalt in Niedersachsen" vom 06.03.2020
K_AgrarHeute_2	Kommentierende	Website von Agrar Heute		zum Artikel "BMUV-Bericht: Warum die Natur in keinem guten Zustand ist" vom 19.05.2020
K_AgrarHeute_3	Kommentierende	Website von Agrar Heute		zum Artikel "Protest: LsV Deutschland fordert Rücktritt von Schulze und Flasbarth" vom 26.05.2020
K_AgrarHeute_4	Kommentierende	Website von Agrar Heute		zum Artikel "Ackerbaustrategie 2035: Jetzt ist Ihre Meinung bis Ende August gefragt " vom 04.08.2020
K_AgrarHeute_5	Kommentierende	Website von Agrar Heute		zum Artikel "Joachim Rukwied wiedergewählt: Chance für den Deutschen Bauernverband?" vom 16.10.220

Abkürzung	Quelle	Kanal	Datum/ Ausgabe	Titel
K_BUND_1	Kommentierende	Facebook		zu einem BUND-Post vom 01.07.2020
K_BUND_2	Kommentierende	Facebook		zu einem BUND-Post vom 08.07.2020
K_BUND_3	Kommentierende	Facebook		zu einem BUND-Post vom 31.07.2020
K_BauerWilli_1	Kommentierende	Blog von Willi Kremer-Schillings		zum Blogeintrag "Maischberger...und nun? Diskurs über Naturschutz" vom 01.03.2019
K_BauerWilli_2	Kommentierende	Blog von Willi Kremer-Schillings		zum Blogeintrag "Von Wildbienen und Eh-da-Flächen" vom 05.05.2020
K_BauerWilli_3	Kommentierende	Blog von Willi Kremer-Schillings		zum Blogeintrag "Wasser in Badeseen: ausgezeichnet" vom 11.06.2020
K_BauerWilli_4	Kommentierende	Blog von Willi Kremer-Schillings		zum Blogeintrag "Der Berg kreisste...und gebar eine Maus..." vom 09.07.2020
K_BauerWilli_5	Kommentierende	Blog von Willi Kremer-Schillings		zum Blogeintrag "Peinlich: NABU, REWE und die Bienen " vom 21.05.2020
K_BauerWilli_6	Kommentierende	Blog von Willi Kremer-Schillings		zum Blogeintrag "Warte nicht auf andere, mach Dich selbst auf den Weg" vom 19.01.2020
K_NABU_1	Kommentierende	Facebook		zu einem NABU-Post vom 17.07.2020
K_NABU_2	Kommentierende	Facebook		zu einem NABU-Post vom 21.07.2020
K_NABU_3	Kommentierende	Facebook		zu einem NABU-Post vom 23.07.2020
K_NABU_4	Kommentierende	Facebook		zu einem NABU-Post vom 27.08.2020
K_NABU_5	Kommentierende	Facebook		zu einem NABU-Post vom 21.10.2020

Abkürzung	Quelle	Kanal	Datum/ Ausgabe	Titel
K_NABU_6	Kommentierende	Facebook		zu einem NABU-Post vom 23.10.2020
K_TopAgrar_1	Kommentierende	Website von Top Agrar		zum Artikel "Rüge für Deutschland wegen unzureichender Schutzgebiets- ausweisung " vom 30.01.2019
K_TopAgrar_2	Kommentierende	Website von Top Agrar		zum Artikel "EU rügt Deutschlands Management von FFH-Gebieten" vom 19.02.2020
K_TopAgrar_3	Kommentierende	Website von Top Agrar		zum Artikel "Artenschwund: Für mehr Biodiversität sind wir alle gefordert" vom 25.02.2020
K_TopAgrar_4	Kommentierende	Website von Top Agrar		zum Artikel "BUND wartet auf Ackerbaustrategie" vom 09.04.020
K_TopAgrar_5	Kommentierende	Website von Top Agrar		zum Artikel "Bauern stellen Strafanzeige gegen Svenja Schulze und Beate Jessel" vom 22.05.2020

A.2 Anhang 2: Kategoriensystem (Inhaltsanalyse und Gruppendiskussionen)

Nummer	Hauptkategorie	Unterkategorie I	Unterkategorie II	Unterkategorie III	Unterkategorie IV	Kategorienbildung
DISKURSBEREITSCHAFT						
K1	Mangelnde Diskursbereitschaft					deduktiv
K1.1		Offene Gesprächsverweigerung				induktiv, Inhaltsanalyse
K1.2		Zielgruppenspezifische Kommunikation				induktive, Inhaltsanalyse
INPUT-EBENE						
K2	Mangelnde Offenheit & Chancengleichheit					deduktiv
K2.1		Nachrichtenfaktoren				deduktiv
K2.1.1			Schaden/Misserfolg			deduktiv
K2.1.2			Konflikt			deduktiv
K2.1.3			Erfolg/Nutzen			deduktiv
K2.1.4			Prominenz/Eliteperson			deduktiv
K2.1.5			Ortsstatus			deduktiv
K2.1.6			Personalisierung			deduktiv
K2.1.7			Relevanz/Reichweite			deduktiv
K2.1.8			Visualität			deduktiv
K2.2		Frames				deduktiv

Nummer	Hauptkategorie	Unterkategorie I	Unterkategorie II	Unterkategorie III	Unterkategorie IV	Kategorienbildung
K2.2.1			Strategische Frames			deduktiv
K2.2.1.1				Frames Landwirtschaft		induktiv, Inhaltsanalyse
K2.2.1.1.1					Relativierung	induktiv, Inhaltsanalyse
K2.2.1.1.2					Fehlende Wertschätzung	induktiv, Inhaltsanalyse
K2.2.1.1.3					Wirtschaftliche Zwänge	induktiv, Inhaltsanalyse
K2.2.1.2				Frames biologische/bäuerliche Landwirtschaft		induktiv, Inhaltsanalyse
K2.2.1.2.1					Nachhaltigkeit	induktiv, Inhaltsanalyse
K2.2.1.3				Frames Naturschutz		induktiv, Inhaltsanalyse
K2.2.1.3.1					Naturzerstörung	induktiv, Inhaltsanalyse
K2.2.2			Medien-Frames			deduktiv
K2.2.2.1				Relativierung		induktiv, Inhaltsanalyse
K2.2.2.2				Fehlende Wertschätzung		induktiv, Inhaltsanalyse
K2.2.2.3				Wirtschaftliche Zwänge		induktiv, Inhaltsanalyse
K2.2.2.4				Nachhaltigkeit		induktiv, Inhaltsanalyse
K2.2.2.5				Naturzerstörung		induktiv, Inhaltsanalyse
K2.3		Medien ignorieren Themen				induktiv, Gruppendiskussion

THROUGHPUT-EBENE

Nummer	Hauptkategorie	Unterkategorie I	Unterkategorie II	Unterkategorie III	Unterkategorie IV	Kategorienbildung
K3	Mangelnde Rechtfertigung der eigenen Position					deduktiv
K3.1		Keine klare Position				deduktiv
K3.2		Fehlende Argumente				deduktiv
K3.3		Mangelnde Quellen(transparenz)				Induktiv, Inhaltsanalyse
K4	Mangelndes Widerlegen der Argumente der Gegenseite					deduktiv
K4.1		Mangelnder Themenbezug				deduktiv
K4.2		Mangelnde Dialoghaftigkeit				deduktiv
K5	Sprache/Verhalten unangemessen					induktiv, Inhaltsanalyse
K5.1		Mangelnde Höflichkeit				deduktiv
K5.1.1			Vulgärsprache			induktiv, Inhaltsanalyse
K5.1.2			Ironie/Sarkasmus			induktiv, Inhaltsanalyse
K5.1.3			Beleidigungen			induktiv, Inhaltsanalyse
K5.2		Fachbegriffe und Fremdwörter				induktiv, Inhaltsanalyse
MÖGLICHE URSACHEN						
K6	Mangelndes Vertrauen					induktiv, Inhaltsanalyse
K7	Emotionale und finanzielle Betroffenheit					induktiv, Inhaltsanalyse
K8	Fehlendes Wissen					induktiv, Gruppendiskussion

Nummer	Hauptkategorie	Unterkategorie I	Unterkategorie II	Unterkategorie III	Unterkategorie IV	Kategorienbildung
K9	Pfadabhängigkeiten und organisationsinterne Zwänge					induktiv, Gruppendiskussion
K10	Ungeklärte Zielkonflikte					induktiv, Gruppendiskussion
K11	Gruppenspezifische Verhaltens- und Wahrnehmungsunterschiede					deduktiv
K11.1	Selbstwahrnehmung					deduktiv
K11.1.1	Landwirtschaft					deduktiv
K11.1.2	Naturschutz					deduktiv
K11.2	Fremdwahrnehmung					deduktiv
K11.2.1	Landwirtschaft					deduktiv
K11.2.2	Naturschutz					deduktiv

A.3 Anhang 3: Kodierleitfaden (Inhaltsanalyse und Gruppendiskussionen)

Nummer	Kategorie	Definition	Ankerbeispiel	Kodierregel (sofern notwendig)
Diskursbereitschaft				
K1	Mangelnde Diskursbereitschaft			
K1.1	Offene Gesprächsverweigerung	Sämtliche Textstellen, die eine offene Gesprächsverweigerung beinhalten. Textstellen also, in denen das Gespräch mit einzelnen Personen, Institutionen oder Gruppierungen explizit abgelehnt wird.	„Für uns als Bremer Bauernverband sind hier rote Linien überschritten worden und wir werden in keiner Weise mehr in Richtung des NABU Bremen gesprächsbereit sein. Diese Tür ist zu.“	
K1.2	Zielgruppenspezifische Kommunikation	Alle Textpassagen, die – zum Beispiel aufgrund ihres Sprachstils – vermuten lassen, dass gezielt einzelne Zielgruppen erreicht, überzeugt und mobilisiert werden sollen. Ein offener, sachlicher Diskurs wird un-terdessen nicht oder nur eingeschränkt angestrebt.	„In Massen eingepfercht, oft verstümmelt, mit Kraftfutter und (häufig) Medikamenten vollgestopft, fristen sie ihr erbärmliches Dasein als Fleisch-, Eier- oder Milchlieferanten“ der Agrarindustrie. Während sich in immer größeren Ställen Millionen von Tieren drängen, verödet draußen die Kulturlandschaft.“	
Input-Ebene				
K2	Mangelnde Offenheit & Chancengleichheit			
K2.1	Nachrichtenfaktoren	Codierung der Ereignismerkmale, die (vermutlich) ausschlaggebend für die Veröffentlichung des jeweiligen Textes waren.		Es wird davon ausgegangen, dass die relevanten Ereignismerkmale bereits in der Überschrift, Unterüberschrift oder im Vorspann genannt werden. Pro Beitrag können auch mehrere Nachrichtenfaktoren codiert werden.

Nummer	Kategorie	Definition	Ankerbeispiel	Kodierregel (sofern notwendig)
				Analysiert werden alle Texte außer Leserkommentare.
K2.1.1	Schaden/Misserfolg	Sämtliche Textstellen, die darauf hinweisen, dass der Nachrichtenfaktor ‚Schaden/Misserfolg‘ relevant bei der Auswahl des Ereignisses war.	„Vogelschutzbericht: Landwirtschaft macht Vögeln das Leben schwer“	
K2.1.2	Konflikt	Sämtliche Textstellen, die darauf hinweisen, dass der Nachrichtenfaktor ‚Konflikt‘ relevant bei der Auswahl des Ereignisses war.	„Traktor–Proteste in ganz Deutschland: Bauern–Aufstand gegen die Groko“	
K2.1.3	Erfolg/Nutzen	Sämtliche Textstellen, die darauf hinweisen, dass der Nachrichtenfaktor ‚Erfolg/Nutzen‘ relevant bei der Auswahl des Ereignisses war.	„Nitratbericht zeigt positiven Trend beim Gewässerschutz“	
K2.1.4	Prominenz/Eliteperson	Sämtliche Textstellen, die darauf hinweisen, dass der Nachrichtenfaktor ‚Prominenz‘ relevant bei der Auswahl des Ereignisses war.	„Klößner: Ich weiß, dass ich Ihnen als Agrarministerin einiges abverlange“	
K2.1.5	Ortsstatus	Sämtliche Textstellen, die darauf hinweisen, dass der Nachrichtenfaktor ‚Ortsstatus‘ relevant bei der Auswahl des Ereignisses war.	„Demonstration In Berlin: Deutschlands Bauern Stinkt Es!“	
K2.1.6	Personalisierung	Sämtliche Textstellen, die darauf hinweisen, dass der Nachrichtenfaktor ‚Personalisierung‘ relevant bei der Auswahl des gewählten Ereignisses war. Personalisierung bedeutet dabei, dass das Handeln, die Meinung oder Schicksal einer	„Die Agrarexpertin des BUND in Bayern, Marion Ruppner, sprach in Mittelfranken mit Isabella Hirsch. Diese betreibt mit ihrem Mann einen konventionellen Hof bei Feuchtwangen und ist	

Nummer	Kategorie	Definition	Ankerbeispiel	Kodierregel (sofern notwendig)
		einzelnen Person in den Vordergrund gerückt wird.	Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft in Franken.“	
K2.1.7	Relevanz/Reichweite	Sämtliche Textstellen, die darauf hinweisen, dass der Nachrichtenfaktor ‚Relevanz/Reichweite‘ relevant bei der Auswahl des gewählten Ereignisses war.	„Zehntausende Bäuerinnen und Bauern haben mit Traktorfahrten in zahlreichen Städten gegen die Agrarpolitik der Bundesregierung protestiert. Zur größten Demonstration in Bonn [...] führen über 1.000 Traktoren in die Innenstadt.“	
K2.1.8	Visualität	Sämtliche Artikel, die darauf hinweisen, dass der Nachrichtenfaktor ‚Visualität‘ relevant bei der Auswahl des Ereignisses war.		Dieser Nachrichtenfaktor kann nicht durch Lesen des Textes identifiziert werden, sondern nur durch eine Gesamtbeurteilung eines Artikels. Relevante Faktoren sind etwa: Gibt es mehr Bilder als gewöhnlich? Sind diese besonders groß oder besonders prominent plaziert? Gibt es Videos zum Text?
K2.2.	Frames	Frames sind als Blickwinkel auf politische Themen zu verstehen, die gewisse Informationen in den Vordergrund rücken und andere außen vor lassen. Sie bestehen in der Regel aus Problemdefinition, Ursachenzuschreibung, Bewertung und Handlungsaufforderung.		Bei der Identifizierung der Frames darf nicht vergessen werden, dass diese nicht direkt und manifest erkennbar sind (also nicht wörtlich und explizit im Text stehen), sondern als mehr oder weniger latente Deutungsmuster in Texten verborgen sind. Ein Beitrag kann nur einen, mehrere oder auch gar keinen Frame beinhalten. Codiert werden können sowohl größere Textpassagen, (die mehrere oder evtl.

Nummer	Kategorie	Definition	Ankerbeispiel	Kodierregel (sofern notwendig)
				sogar alle Frame-Bestandteile enthalten), als auch kürzere Textpassagen (die nur einen Frame-Bestandteil enthalten).
K2.2.1	Strategische Frames	Strategische Frames werden von den am Diskurs beteiligten interessengeleiteten Akteuren eingesetzt. Jeder versucht sich mit der eigenen Betrachtungsweise im öffentlichen Diskurs durchzusetzen.		Strategische Frames bzw. deren einzelnen Elemente können nur in den Veröffentlichungen der betroffenen Akteure identifiziert werden.
K2.2.1.1	Frames konventionelle Landwirtschaft	Frames von Akteuren aus dem Bereich konventionelle Landwirtschaft		Diese strategischen Frames bzw. deren Elemente können nur in den Veröffentlichungen von Akteuren aus dem Bereich konventionelle Landwirtschaft codiert werden.
K2.2.1.1.1	Relativierung	Sämtliche Textstelle, in denen direkt oder indirekt die Meinung geäußert wird, dass Landwirt*innen zu Unrecht als Sündenbock vorgeführt werden. Zum einen, weil es noch weitere Bereiche bzw. Akteure gibt, die Umweltprobleme verursachen, zum anderen weil nicht alle Vorwürfe wissenschaftlich belegt sind. Naturschützer würden sich dennoch auf die Landwirtschaft fokussieren. Es wird gefordert, die Debatte deutlich zu erweitern.	„Klar ist: Die Ursachen des Insektenrückgangs sind vielfältig und insgesamt komplex. Sie betreffen auch, aber bei weitem nicht nur, die Landwirtschaft. Es geht ebenso um die Siedlungsentwicklung, um Lichtverschmutzung in den Städten, die Versiegelung von Flächen, zugepflasterten Gärten vor den Haustüren sowie den Verkehr und die Verkehrsinfrastruktur. Da müssen wir alle ran.“	Dieser strategische Frame bzw. entsprechende Frame-Elemente können nur in den Veröffentlichungen von Akteuren aus dem Bereich konventionelle Landwirtschaft codiert werden.
K2.2.1.1.2	Fehlende Wertschätzung	Sämtliche Textstelle, in denen direkt oder indirekt darauf hingewiesen wird, dass Landwirt*innen mit ihrem Betrieb	„Ich bin nicht einen Tag lang auf die Straße gegangen, um [...] noch mehr Subventionen haben zu wollen. Ganz im	Dieser strategische Frame bzw. entsprechende Frame-Elemente können nur in den

Nummer	Kategorie	Definition	Ankerbeispiel	Kodierregel (sofern notwendig)
		ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, dies aber durch die steigende Zahl an Auflagen zunehmend schwierig wird. Schuld daran seien diverse gesellschaftliche Akteure. Dieser Aspekt müsse in der öffentlichen Debatte stärker berücksichtigt werden als bisher.	Gegenteil: Ich will weniger Subventionen. Ich will einfach nur, dass die Arbeit, die wir leisten [...] vernünftig entlohnt wird. Mehr nicht.“	Veröffentlichungen von Akteuren aus dem Bereich konventionelle Landwirtschaft codiert werden.
K2.2.1.1.3	Wirtschaftliche Zwänge	Sämtliche Textstelle, in denen direkt oder indirekt kritisiert wird, dass weder die Arbeit von Landwirt*innen noch ihre Expertise ausreichend wertgeschätzt werden. Als Schuldige werden diverse gesellschaftliche Akteure benannt. Landwirte müssten respektiert und fair entlohnt werden und verdienen mehr unternehmerische Freiheiten.	„Die Vielzahl an Verordnungen, Einschränkungen und Auflagen, die derzeit diskutiert werden, verbauen den landwirtschaftlichen Betrieben die Zukunftsperspektiven [...] Es ist einfach zu viel, was die Politik den Bauernfamilien zumutet“	Dieser strategische Frame bzw. entsprechende Frame-Elemente können nur in den Veröffentlichungen von Akteuren aus dem Bereich konventionelle Landwirtschaft codiert werden.
K2.2.1.2	Frames bäuerliche/biologische Landwirtschaft	Frames von Akteuren aus dem Bereich bäuerliche oder biologische Landwirtschaft		Diese strategischen Frames bzw. deren Elemente können nur in den Veröffentlichungen von Akteuren aus dem Bereich bäuerliche/biologische Landwirtschaft codiert werden.
K2.2.1.2.1	Nachhaltigkeit	Sämtliche Textstelle, in denen direkt oder indirekt die Meinung geäußert wird, dass die Landwirtschaft nicht nachhaltig genug ist, wobei die Schuld daran die fehlgeleitete Agrarpolitik trägt. Jetzt seien weitreichende Veränderungen notwendig – der Ökolandbau bzw. die bäuerliche Landwirtschaft können dabei als Vorbild dienen. Fördermittel müssten	„Wir Bäuerinnen und Bauern sind bereit für mehr Grundwasserschutz. Dass dieser dringend notwendig ist, zeigt abermals der heute veröffentlichte ‚Nitratbericht 2020‘. Die Bundesregierung [...] muss hierfür nun endlich einen entsprechenden politischen Rahmen setzen, der die landwirtschaftliche Praxis mitemdenkt. [...]. Damit wir die Ursachen der	Dieser Frame bzw. seine Elemente können nur in den Veröffentlichungen von Akteuren aus dem Bereich bäuerliche/biologische Landwirtschaft codiert werden.

Nummer	Kategorie	Definition	Ankerbeispiel	Kodierregel (sofern notwendig)
		stärker an ökologische Kriterien geknüpft werden, zudem benötigen Landwirte langfristige und verbindliche politische Entscheidungen.	Nitratbelastung in den Griff bekommen, braucht es eine Abkehr von der auf Export und Import basierenden Weltmarktorientierung.“	
K2.2.1.3	Frames Naturschutz	Frames von Naturschutz-Akteuren		Diese strategischen Frames bzw. entsprechende Frame-Elemente können nur in den Veröffentlichungen von Naturschutz-Akteuren codiert werden.
K2.2.1.3.1	Naturzerstörung		„Unbestritten sind Insekten eine wichtige Grundlage der Landwirtschaft und unserer Lebensmittelproduktion. Dennoch zerstört die intensive Landwirtschaft mit ihren Folgen die Lebensgrundlage von Insekten in immer größerem Ausmaß: Große, monotone Felder ohne Hecken oder Grüninseln sowie Kunstdünger und Pestizide vernichten Rückzugsgebiete von Nützlingen und fördern die Ausbreitung von Schädlingen.“	Dieser Frame bzw. entsprechende Frame-Elemente können nur in den Veröffentlichungen von Naturschutz-Akteuren codiert werden.
K2.2.2	Medien-Frames	Medien-Frames sind die in der massenmedialen Berichterstattung präsentierten Frames.		Medien-Frames können nur in Texten codiert werden, die aus den Bereichen Nachrichten- und Fachjournalismus stammen.
K2.2.2.1	Relativierung	Sämtliche Textstelle, in denen direkt oder indirekt die Meinung geäußert wird, dass Landwirt*innen zu Unrecht als Sündenbock vorgeführt werden. Zum einen, weil es noch weitere Bereiche bzw.	„Auch bei den Nitratreinträgen ins Grundwasser durch Überdüngung sieht er die Landwirtschaft lange nicht als alleinigen Verursacher: "Wenn ich mir	Dieser Frame bzw. entsprechende Frame-Elemente können nur in Texten codiert werden, die aus den Bereichen Nachrichten- und Fachjournalismus stammen.

Nummer	Kategorie	Definition	Ankerbeispiel	Kodierregel (sofern notwendig)
		Akteure gibt, die Umweltprobleme verursachen, zum anderen, weil nicht alle Vorwürfe wissenschaftlich belegt sind. Naturschützer würden sich dennoch auf die Landwirtschaft fokussieren. Es wird gefordert, die Debatte deutlich zu erweitern.	angucke, wie einige Kläranlagen arbeiten, habe ich da meine Zweifel.“	
K2.2.2.2	Fehlende Wertschätzung	Sämtliche Textstelle, in denen direkt oder indirekt darauf hingewiesen wird, dass Landwirt*innen mit ihrem Betrieb ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, dies aber durch die steigende Zahl an Auflagen zunehmend schwierig wird. Schuld daran seien diverse gesellschaftliche Akteure. Dieser Aspekt müsse in der öffentlichen Debatte stärker berücksichtigt werden als bisher.	„Die Landwirte wollen vor allem gehört werden! Sie fühlen sich von der Regierung zunehmend schikaniert.“	Dieser Frame bzw. entsprechende Frame-Elemente können nur in Texten codiert werden, die aus den Bereichen Nachrichten- und Fachjournalismus stammen.
K2.2.2.3	Wirtschaftliche Zwänge	Sämtliche Textstelle, in denen direkt oder indirekt kritisiert wird, dass weder die Arbeit von Landwirt*innen noch ihre Expertise ausreichend wertgeschätzt werden. Als schuldige werden diverse gesellschaftliche Akteure benannt. Landwirte müssten respektiert und fair entlohnt werden und verdienen mehr unternehmerische Freiheiten.	„Wegen immer härterer Vorschriften zum Insekten- und Umweltschutz sehen viele ihre Existenz bedroht, oft kommen sie mit der Umsetzung nicht hinterher. Für seine Mitglieder fordert der Deutsche Bauernverband (DVBV): „Unterstützung und eine Zukunftsperspektive ohne Überregulierung und Verbotspolitik.““	Dieser Frame bzw. entsprechende Frame-Elemente können nur in Texten codiert werden, die aus den Bereichen Nachrichten- und Fachjournalismus stammen.
K2.2.2.4	Nachhaltigkeit	Sämtliche Textstelle, in denen direkt oder indirekt die Meinung geäußert wird, dass die Landwirtschaft nicht nachhaltig genug ist, wobei die Schuld daran die fehlgeleitete Agrarpolitik trägt. Jetzt	„Vor dem EU-Parlament in Straßburg versammelten sich nach Angaben der Organisatoren ebenfalls rund tausend Bäuerinnen und Bauern aus 15 Mitgliedsländern "im Schulterchluss mit	Dieser Frame bzw. entsprechende Frame-Elemente können nur in Texten codiert werden, die aus den Bereichen Nachrichten- und Fachjournalismus stammen.

Nummer	Kategorie	Definition	Ankerbeispiel	Kodierregel (sofern notwendig)
		seien weitreichende Veränderungen notwendig – der Ökolandbau bzw. die bäuerliche Landwirtschaft können dabei als Vorbild dienen. Fördermittel müssten stärker an ökologische Kriterien geknüpft werden, zudem benötigen Landwirte langfristige und verbindliche politische Entscheidungen.	der Zivilgesellschaft". Sie forderten eine nachhaltige EU–Agrarreform. Mit den Fördergeldern aus der EU–Agrarpolitik (GAP) müssten künftig kleine und mittlere Landwirtschaftsbetriebe "fit für die Agrarwende" gemacht werden.“	
K2.2.2.5	Naturzerstörung	Sämtliche Textstelle, in denen direkt oder indirekt die Meinung geäußert wird, dass die Landwirtschaft die Natur zerstört und maßgeblich zum Artensterben beiträgt. Die Schuld daran wird sowohl in der Politik als auch beim Deutsche Bauernverband gesucht. Als Lösung wird eine radikale Agrarwende vorgeschlagen, durch die nachhaltiges Handeln in den Vordergrund gerückt werden soll.	„Die Umweltschutzorganisation Greenpeace führt die Bauernproteste gegen Umweltauflagen auf eine "seit Jahrzehnten fehlgeleitete Agrarpolitik" zurück. Der Grundsatz "Wachse oder weiche" habe die Mehrzahl der bäuerlichen Familienbetriebe seit den Siebzigerjahren in den Ruin getrieben, sagte Greenpeace–Experte Martin Hofstetter. "Ein desaströser Kurs, den der Deutsche Bauernverband mit seiner Lobbyarbeit aktiv unterstützt hat." Greenpeace fordert, das System der Agrarsubventionen grundlegend umzustellen.“	Dieser Frame bzw. entsprechende Frame-Elemente können nur in Texten codiert werden, die aus den Bereichen Nachrichten- und Fachjournalismus stammen.
K2.3	Medien ignorieren Themen	Sämtliche Textstelle, die darauf hindeuten, dass Medien einzelne Themen – die aus Sicht eines Akteurs eigentlich relevant wären – ignorieren.	„Ja, es werden oft verschiedene Themen in den öffentlichen Medien total totgeschwiegen, wie die Geschichte mit dem Wolf [...].“	
Throughput-Ebene				
K3	Mangelnde Rechtfertigung der eigenen Position			

Nummer	Kategorie	Definition	Ankerbeispiel	Kodierregel (sofern notwendig)
K3.1	Keine klare Position	Sämtliche Textpassagen, die aufzeigen, dass die am Diskurs beteiligten Akteure ihre Positionen nicht immer klar genug äußern. Statt konkrete Vorschläge oder Meinungen zu liefern, bleiben sie vage und unkonkret.	„Das heißt Landwirte, Politik und Gesellschaft müssen gemeinsam Lösungen finden, wie sich Natur- und Artenschutz weiter verbessern lassen, unter Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe. Wir wollen den Dialog und wir benötigen konkrete, praxistaugliche Ergebnisse.“	
K3.2	Fehlende Argumente	Alle Textabschnitte, die dokumentieren, dass vorgebrachte Meinungen oder Aussagen nicht ausreichend argumentativ untermauert werden.	„Um die Agrarwende voranzubringen, ist Fr. Klöckner leider die Falsche...“	
K3.3	Keine Quellen(transparenz)	Alle Textabschnitte, die aufzeigen, dass vorgebrachte Daten und Fakten nicht immer mit entsprechenden Quellen belegt werden.	„Das „Aktionsprogramm Insekten-schutz“ sieht zum Schutz der Insekten u. a. ein Verbot von Pflanzenschutzmitteln in Schutzgebieten vor. Nach aktuellen Berechnungen wären in einigen Bundesländern über 40 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche davon betroffen.“	
K4	Mangelndes Widerlegen der Argumente der Gegenseite			
K4.1	Mangelnder Themenbezug	Sämtliche Äußerungen, die keinen oder nur sehr geringen thematischen Bezug zu vorher Gesagtem/Geschriebenem aufweisen, obwohl sie eine Reaktion darauf sind.	Kommentar zu einem Facebook-Post, in dem es eigentlich um den neuen EU-Haushalt geht: „Auch meine Schwester hat einen Hydrocephalus internus. Das wurde zum Glück früh erkannt, obwohl sie 1968 geboren ist, und entsprechend operiert.“	Codiert werden können sowohl Textpassagen in Leserkommentaren, als auch Äußerungen von Akteuren in fach- und nachrichtenjournalistischen Texten.

Nummer	Kategorie	Definition	Ankerbeispiel	Kodierregel (sofern notwendig)
K4.2	Mangelnde Dialoghaftigkeit	Sämtliche Äußerungen, die sich zwar auf das korrekte Thema beziehen, in denen aber nicht ausreichend auf die Argumente der Gegenseite eingegangen wird.	Thema Agrarpolitik: Landwirt*innen kritisieren, dass die neuen Auflagen nicht alltagstauglich sind, dass sie sich entmündigt und übergangen fühlen. Ministerin gibt an, dass Landwirt*innen zusätzliche finanzielle Mittel bekommen. Eine gegenseitige Bezugnahme findet nicht statt (zum Beispiel: was sagt Ministerin über Vorwürfe der Landwirt*innen?).	Codiert werden können sowohl Leserkommentare, als auch Äußerungen von Akteuren in fach- und nachrichtenjournalistischen Texten. Textstellen in fach- und nachrichtenjournalistischen Beiträgen werden aber nur berücksichtigt, sofern überhaupt zwei verschiedene Akteursgruppen zu Wort kommen.
K5	Sprache/Verhalten unangemessen			
K5.1	Mangelnde Höflichkeit			
K5.1.1	Vulgärsprache	Alle Textabschnitte, in denen vulgäre, obszöne Sprache verwendet wird.	„Ich bin es leid, die Scheiße.“	
K5.1.2	Ironie/Sarkasmus	Alle Textabschnitte, in denen sich Akteure ironisch oder sarkastisch äußern.	„Ach so: ...was es sonst noch im Prospekt zu lesen gibt? Avocado aus Kenia, Peru oder Marokko, Pfirsiche aus Spanien, Äpfel aus Italien, Kiwi aus Neuseeland, Frühkartoffeln aus Ägypten und Bananen für 1,49 €/kg (Zusatz: „nirgendwo günstiger!“). Na, dann ist doch alles in Ordnung. DANN GEH DOCH ZU PENNY!! Oder war das jetzt Netto?“	
K5.1.3	Beleidigungen	Alle Textabschnitte, in denen Akteure andere Diskursteilnehmende beleidigen.	„Und dann ihr lächerliches Geschwätz, dass das Volksbegehren doch keinesfalls die konventionelle Landwirtschaft an den Pranger stellt. Diese Frau ist in meinen Augen nur noch peinlich.“	

Nummer	Kategorie	Definition	Ankerbeispiel	Kodierregel (sofern notwendig)
K5.2	Fachbegriffe und Fremdwörter	Sämtliche Textpassagen, in denen Fachbegriffe und Fremdwörter verwendet werden, die für die jeweils anderen Diskursteilnehmenden unverständlich sind bzw. sein könnten.	„[...] Extensivgetreide mit blühender Untersaat [...]“	
Mögliche Ursachen				
K6	Mangelndes Vertrauen	Alle Textabschnitte, die darauf hindeuten, dass mangelndes Vertrauen ein Grund für bestehende Kommunikationsprobleme ist. Dabei ist irrelevant, ob ein Akteur Angehörigen der eigenen oder der jeweils anderen sozialen Gruppe misstraut.	„[V]iele Bauern sehen sich nicht mehr richtig vertreten durch den Deutschen Bauernverband“	
K7	Emotionale und finanzielle Betroffenheit	Alle Textabschnitte, die darauf hindeuten, dass die persönliche emotionale und finanzielle Betroffenheit eines Akteurs mit ein Grund für die bestehenden Kommunikationsprobleme ist.	„Das Problem [...] ist, dass Landwirtinnen und Landwirte oft reflexartig sehr harsch darauf reagieren, weil [...] es ja auch um das eigene Land geht. Vielleicht vergleichbar, wenn man das Haus einer Person einfach unter Denkmalschutz stellt, dann reagiert [diese] vielleicht auch anders darauf, als wenn es das Haus vom Nachbarn ist.“	
K8	Fehlendes Wissen	Alle Textpassagen, die Hinweise darauf liefern, dass mangelndes Wissen mit eine Ursache für bestehende Kommunikationsprobleme ist.	„[...] diese Sensibilisierung auf beiden Seiten, das gleiche Wording, das Voneinanderlernen, das gemeinsame Diskutieren, das hat über Strecken einfach nicht stattgefunden und das fällt uns jetzt auf die Füße. Dass wir weder in der landwirtschaftlichen Ausbildung Naturschutz mitdenken und mitlehren und	

Nummer	Kategorie	Definition	Ankerbeispiel	Kodierregel (sofern notwendig)
			diskutieren, als auch in der Ausbildung der Naturschützer zu wenig Landwirtschaft gelehrt wird, sensibilisiert wird.“	
K9	Pfadabhängigkeiten und organisationsinterne Zwänge	Alle Textabschnitte, die darauf hindeuten, dass Kommunikationsprobleme entstehen, weil Akteure nicht immer frei entscheiden können, was kommuniziert wird und auf welche Art sie dies tun. Zum Beispiel, weil organisationsinterne Zwänge bestehen (Mitgliedergewinnung, Erhöhung der Auflagenzahlen etc.) oder weil man frühere Fehlentscheidungen verbergen will.	„Das BMEL kann sich irgendwie schlecht hinstellen und sagen, ‚ja, die Agrarpolitik aller Regierungen der letzten zwanzig Jahre [war] eine Katastrophe und das muss alles ganz anders werden‘. Das geht ja nicht, das ist einfach kein Weg.“	
K10	Ungeklärte Zielkonflikte	Sämtliche Textabschnitte, die darauf hindeuten, dass ungeklärte Zielkonflikte innerhalb einer sozialen Gruppe/einer Gruppierung/einer Institution zu Kommunikationsproblemen führen.	„Das beste Beispiel war bei uns, wir haben eine große Gewässerschau gemacht, da war dann unter anderem auch NABU und Vogelschutzverein und der andere auch noch mit dabei. Die haben sich teilweise mit ihren Forderungen auch widersprochen. Die Einen haben gesagt, ‚man muss die Hecken wieder zurückschneiden, dass Bodenbrüter wieder Platz haben‘, die Anderen haben gesagt ‚nein, man darf gar nichts machen‘.“	
K11	Gruppenspezifische Verhaltens- und Wahrnehmungsunterschiede			
K11.1	Selbstwahrnehmung			

Nummer	Kategorie	Definition	Ankerbeispiel	Kodierregel (sofern notwendig)
K11.1.1	Selbstwahrnehmung landwirtschaftlicher Akteure	Sämtliche Äußerungen, die Aufschluss darüber geben, wie landwirtschaftliche Akteure sich selbst wahrnehmen	„Wir Landwirte stehen für Insekten- und Naturschutz, für sauberes Grundwasser und gesunde Lebensmittel, für eine klimaschonende Landwirtschaft und Tierwohl in unseren Ställen. Bereits heute gibt es in unserem Land zahlreiche Aktivitäten und Kooperationen, um Tierwohl sowie Artenschutz nachhaltig und wissenschaftlich basiert weiterzuentwickeln und zu stärken. Wir Landwirte können das und wollen das!“	
K11.1.2	Selbstwahrnehmung von Naturschutz-Akteuren	Sämtliche Äußerungen, die Aufschluss darüber geben, wie Naturschutz Akteure sich selbst wahrnehmen	„Wir wollen die Bäuerinnen und Bauern beim Umbau der Tierhaltung nicht allein lassen, sondern Lösungen finden, bei denen gute Einkommen in der Landwirtschaft erzielt werden, sauberes Grund- und Trinkwasser gesichert ist und umwelt- und tiergerechte Produkte erzeugt werden, die die Menschen auf dem Teller haben wollen.“	
K11.2	Fremdwahrnehmung			
K11.2.1	Fremdwahrnehmung landwirtschaftlicher Akteure	Sämtliche Äußerungen, die Aufschluss darüber geben, wie landwirtschaftliche Akteure von anderen Personen(-Gruppen) wahrgenommen werden	„Kaum jemand steht so sehr für eine rückwärtsgewandte Agrarpolitik wie der Deutsche Bauernverband. Durch großen Einfluss auf das Landwirtschaftsministerium hält der Bauernverband an einem Landwirtschaftsmodell fest, von dem nur Großbetriebe profitieren und das Umwelt- und Klimaschutz vernachlässigt.“	

Nummer	Kategorie	Definition	Ankerbeispiel	Kodierregel (sofern notwendig)
K11.2.2	Fremdwahrnehmung von Naturschutz-Akteuren	Sämtliche Äußerungen, die Aufschluss darüber geben, wie Naturschutz-Akteure von anderen Personen(-Gruppen) wahrgenommen werden	„Lustig! Da kommt der BUND und meint, er hat Ahnung von Landwirtschaft und Tierhaltung. Ihr habt in dieser Kommission nun wirklich nichts zu suchen. Welche fachlichen Kenntnisse bringt denn Eure BUNDjugend mit? Haben die das im Internet gelernt oder haben die eine fachbezogene Ausbildung?“	

A.4 Anhang 4: Präsentation Gruppendiskussionen

Der nachfolgende Abschnitt enthält die PowerPoint-Präsentation, die bei der Durchführung der vier Gruppendiskussionsrunden verwendet wurde. Die dritte Folie (Vorstellungsrunde) listete stets die Namen der jeweils teilnehmenden Personen sowie deren beruflichen Hintergrund auf. Sie ist aus Datenschutzgründen nicht enthalten. Folie Nummer 8 (offene Diskussion) wurde überdies für jede Gruppe individualisiert. Bei Gruppe 1a und 1b wurde etwa gefragt, wie die Kommunikation der Naturschutz-Akteure wahrgenommen wird, und wie sie die Berichterstattung der (Fach)Medien bewerten. Bei Gruppe 3 wurde hingegen nach der Kommunikation der landwirtschaftlichen Akteure gefragt, bei Gruppe 2 nach beidem.



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit




BfN
Bundesamt
für Naturschutz



UNIVERSITÄT
HOHENHEIM

Kommunikation zwischen Landwirtschaft und Naturschutz

Verena Menauer, wissenschaftliche Mitarbeiterin
Prof. Dr. Wolfgang Schweiger, Projektkoordinator
Prof. Dr. Andrea Knierim, Zweitbetreuerin



UNIVERSITÄT
HOHENHEIM

Gliederung

1. Vorstellung
2. Projektbeschreibung
3. Diskussion

2

Gliederung

1. Vorstellung
2. **Projektbeschreibung**
3. Diskussion

3

Das Projekt

- Begleitstudie zur erfolgreichen Umsetzung der Ackerbaustrategie des Bundes
- Finanziert vom Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Ausgangspunkt: Kommunikation zwischen Akteuren aus Naturschutz und Landwirtschaft oftmals schwierig ist
- Fokus auf öffentliche Kommunikation

Vorstellung | **Projektbeschreibung** | Diskussion

4

Umsetzung des Vorhabens

1. **Literaturrecherche**
2. **Qualitative Inhaltsanalyse**
3. **Gruppendiskussionen**
4. Erstellung eines **Kommunikationskonzeptes**

Vorstellung | **Projektbeschreibung** | Diskussion

5

Gliederung

1. Vorstellung
2. Projektbeschreibung
3. Diskussion

6

Öffentliche Kommunikation

Nachrichtenjournalismus

- Tages- und Wochenzeitungen
- Zeitschriften

Fachjournalismus

- Fachzeitschriften
- Einschlägige Onlineportale

Nutzerkommentare

- in sozialen Medien
- auf anderen Nachrichtenportalen

Kommunikation interessengeleiteter Akteure

Pressemitteilungen, Webseiten, Zeitschriften, Flyer, Posts in den sozialen Medien von

- Verbänden
- Einzelpersonen (Blogs)
- Parteien

Kommunikation staatlicher Akteure

Pressemitteilungen, Webseiten, Zeitschriften, Flyer, Posts in den sozialen Medien von

- Ministerien
- Behörden
- Bundesanstalten und –informationszentren

Vorstellung | **Projektbeschreibung** | Diskussion

7


Offene Diskussion

Wie nehmen Sie die Kommunikation
der Naturschutz-Akteure wahr?

Wie nehmen Sie Berichterstattung
in den (Fach)Medien wahr?

8

Beobachtete Kommunikationsprobleme





Mangelnde Offenheit


- Einzelnen Akteuren wird kein Mitspracherecht zugestanden

Vorstellung | **Projektbeschreibung** | Diskussion 9

Beobachtete Kommunikationsprobleme




 **Anne-Katrin Hansen**
Lustig! Da kommt der BUND und meint, er hat Ahnung von Landwirtschaft und Tierhaltung. Ihr habt in dieser Kommission nun wirklich nichts zu suchen. Welche fachlichen Kenntnisse bringt denn Eure BUNDjugend mit? Haben die das im Internet gelernt oder haben die eine fachbezogene Ausbildung?

Gefällt mir · Antworten · 43 Wo. · Bearbeitet  3

Vorstellung | **Projektbeschreibung** | Diskussion 10

Beobachtete Kommunikationsprobleme



Mangelnde Offenheit

- Einzelnen Akteuren wird kein Mitspracherecht zugestanden
- Gesprächsverweigerung als Reaktion auf früheres Fehlverhalten

Vorstellung | **Projektbeschreibung** | Diskussion 11

Beobachtete Kommunikationsprobleme



„Für uns als Bremer Bauernverband sind hier rote Linien überschritten worden und wir werden in keiner Weise mehr in Richtung des NABU Bremen gesprächsbereit sein. Diese Tür ist zu.“

Quelle: <https://bauernverband-bremen.de/das-lassen-wir-nicht-unkommentiert-4/>

Vorstellung | **Projektbeschreibung** | Diskussion

12

Beobachtete Kommunikationsprobleme



Mangelnde Offenheit

- Einzelnen Akteuren wird kein Mitspracherecht zugestanden
- Gesprächsverweigerung als Reaktion auf früheres Fehlverhalten
- Fehlendes Vertrauen

Vorstellung | **Projektbeschreibung** | Diskussion

13

Beobachtete Kommunikationsprobleme



„Hier, wie bei den anderen Mahnverfahren auch, scheint es ums Geld zu gehen. Die Kassen in Brüssel sind leer! Also muss die ergiebigste Kuh gemolken werden.“

Quelle: <https://www.topagrar.com/management-und-politik/news/eu-ruengt-deutschlands-management-von-ffh-gebieten-11979285.html>

BUND als „Spendengeldhascher und Hetzkampagnien-Verursacher“

Quelle: <https://www.topagrar.com/acker/news/bund-wartet-auf-ackerbastrategie-11513602.html>

Vorstellung | **Projektbeschreibung** | Diskussion

14

Beobachtete Kommunikationsprobleme

Mangelnde Offenheit

- Einzelnen Akteuren wird kein Mitspracherecht zugestanden
- Gesprächsverweigerung als Reaktion auf früheres Fehlverhalten
- Fehlendes Vertrauen
- Zielgruppenspezifische Kommunikation

Beobachtete Kommunikationsprobleme



Quelle:
<https://www.facebook.com/bund.bundesverband/posts/3830164633661556>

Beobachtete Kommunikationsprobleme

Mangelnde Offenheit

- Einzelnen Akteuren wird kein Mitspracherecht zugestanden
- Gesprächsverweigerung als Reaktion auf früheres Fehlverhalten
- Fehlendes Vertrauen
- Zielgruppenspezifische Kommunikation

Beobachtete Kommunikationsprobleme



Mangelnde Offenheit

- Einzelnen Akteuren wird kein Mitspracherecht zugestanden
- Gesprächsverweigerung als Reaktion auf früheres Fehlverhalten
- Fehlendes Vertrauen
- Zielgruppenspezifische Kommunikation

Keine Chancengleichheit

- Medien bevorzugen bestimmte Ereignisse und Darstellungsperspektiven

18

Beobachtete Kommunikationsprobleme



TRAKTOR-PROTESTE IN GANZ DEUTSCHLAND

Bauern-Aufstand gegen die Groko

Insek

g. Was

Widerstand gegen verschärfte Natur- und Tierschutz-Regeln in der Landwirtschaft ++ Klöckner: „Ich weiß, dass ich Ihnen als Agrarministerin einiges abverlange“

Vorstellung | **Projektbeschreibung** | Diskussion

19

Beobachtete Kommunikationsprobleme



Mangelnde Offenheit

- Einzelnen Akteuren wird kein Mitspracherecht zugestanden
- Gesprächsverweigerung als Reaktion auf kommunikatives Fehlverhalten
- Fehlendes Vertrauen
- Zielgruppenspezifische Kommunikation


Keine Chancengleichheit

- Medien bevorzugen bestimmte Ereignisse und Darstellungsperspektiven
- Akteure sprechen nur über Positives, sofern es der eigenen Selbstdarstellung dient

Vorstellung | **Projektbeschreibung** | Diskussion

20

Beobachtete Kommunikationsprobleme



Rechtfertigung der eigenen Position

- Keine klare Position
- Keine Argumente, keine Nennung von Quellen für Informationen
- Emotionalisierung

Vorstellung | **Projektbeschreibung** | Diskussion 21


Beobachtete Kommunikationsprobleme



1. **Raus aus der industriellen Massentierhaltung:** Wir wollen die industrielle Massentierhaltung in den nächsten 20 Jahren beenden. Mit schärferen Gesetzen sorgen wir für eine artgerechte Tierhaltung, so dass Tiere mehr Platz, Auslauf, Licht und Beschäftigung bekommen. **Wir beenden Kükentöten, Amputationen und Qualzucht.** Schweine dürfen ihren Ringelschwanz behalten. Puten dürfen nicht mehr so gezüchtet werden, dass sie unter ihrem eigenen Gewicht zusammenbrechen.

Vorstellung | **Projektbeschreibung** | Diskussion 22

Beobachtete Kommunikationsprobleme



Rechtfertigung der eigenen Position

- Keine klare Position
- Keine Argumente, keine Nennung von Quellen für Informationen
- Emotionalisierung

Widerlegen von Argumenten der Gegenseite

- Mangelnder Themenbezug
- Mangelnde Reflexivität
- Fehlende Bereitschaft, eigene Position anzupassen

Vorstellung | **Projektbeschreibung** | Diskussion 23

Beobachtete Kommunikationsprobleme



Rechtfertigung der eigenen Position

- Keine klare Position
- Keine Argumente, keine Nennung von Quellen für Informationen
- Emotionalisierung

Widerlegen von Argumenten der Gegenseite

- Mangelnder Themenbezug
- Mangelnde Reflexivität
- Fehlende Bereitschaft, eigene Position anzupassen

Angemessenes Verhalten

- Ironie, Sarkasmus, Beleidigungen, Provokationen, etc.

Vorstellung | **Projektbeschreibung** | Diskussion

24

Beobachtete Kommunikationsprobleme



Top-Fan |
Bil Stan

Liefern statt Labern!!!

- Ein Privatier sagt
• [9. Juli 2020](#)

Politische SM-Party – Aus der Demokratie in die Tyrannis der Massen

Hallo...

gehts noch ??? ich wusste noch gar nicht das dieser BUND überhaupt eine gesetzgeberische gewalt darstellt. Spendengeldhascher und Hetzkampagnien Verursacher haben auch etwas zu Fordern ??? dann sollten sie sich wohl eher

Vorstellung | **Projektbeschreibung** | Diskussion

25

Mögliche Ursachen



- **Emotionale Betroffenheit** (Großes Engagement auf beiden Seiten, Existenzängste)
- **Mangelndes Vertrauen** (Einfluss der gemeinsamen Vorgeschichte)
- **Unterschiedliche Naturvorstellungen**
- Divergenzen in der **Selbst- und Fremdwahrnehmung**
- **Interne Zwänge**
 - Verbände: Gewinnung von Mitgliedern, Generieren von Spendengeldern
 - Parteien/Regierung: Sicherung der eigenen Macht, bzw. Erlangen von Einfluss; Gewinnung von Mitgliedern
 - Medien: Streben nach möglichst hohen Auflagenzahlen

Vorstellung | **Projektbeschreibung** | Diskussion

26



**Weitere Fragen oder Anmerkungen?
Mögliche Verbesserungsvorschläge?**

27



Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!

28

A.5 Anhang: Interviewleitfaden Best-Practice-Analyse

Stand: 24.02.2022

A.5.1 Begrüßung und Einverständnis

- Gespräch wird aufgezeichnet; Einverständnis einholen und Aufnahme starten
- Nutzung der Aufzeichnung ausschließlich für projektbezogene Zwecke; Anonymisierung (keine Namensnennung aber Angabe von Berufsbezeichnung/Position + Projekt)
- Kurze Erklärung des Gesprächsablaufs

A.5.2 Öffentlichkeitsarbeit

Organisation und Zuständigkeiten

- Wie haben Sie versucht das Projekt öffentlich bekannt zu machen (alle diesbezüglichen Aktivitäten werden im Folgenden als Öffentlichkeitsarbeit verstanden)?
- Wie wurde die Öffentlichkeitsarbeit organisiert und strukturiert?
 - [Gab es Mitarbeiter, die sich ausschließlich um die Projektkommunikation gekümmert haben? Wo waren diese angesiedelt (welcher Projektpartner)?
 - Konnten die Projektbeteiligten eigenständig kommunizieren oder wurden alles vorab zentral abgestimmt?]
- Was würden Sie – in Bezug auf die Organisation – im Nachhinein anders machen?

Strategisches Vorgehen: Zielgruppen, Inhalte und Kanäle (Output)

- Welche **Kanäle** haben Sie zur Kommunikation genutzt? (Pressemitteilungen/Newsletter, Website, soziale Medien, Vor-Ort-Termine, Vorträge etc.)
 - Der Einsatz welcher Kanäle war ihrer Meinung nach besonders effektiv/effizient?
- Welche **Zielgruppen** sollten im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit erreicht werden? Ist dies ihrer Meinung nach gelungen? Falls nein, warum?
- **Was** – also **welche Inhalte** – wurde kommuniziert? (Vorstellung des Projekts im Allgemeinen, Berichte über Erfolge, Zwischenstand, etc.)
 - Welche Inhalte stießen auf besonders große Resonanz?
 - Was war weniger erfolgreich in Bezug auf Öffentlichkeitsarbeit?

Berichterstattung und Zusammenarbeit mit Journalisten (Outcome)

- Wie zufrieden waren Sie die Berichterstattung über das Projekt? (Menge und Qualität der Berichterstattung)
- Hatten Sie den Eindruck, dass Journalist*innen genug über das Themenfeld wissen, um fundiert und ausgezogen berichten zu können?

Resonanz von Externen (Outcome)

- Welche Rückmeldungen haben Sie bezüglich ihres Projekts bekommen? Zum Beispiel aus Politik, Verwaltung, anderen Verbänden, von teilnehmenden Landwirten etc.

Ressourcen

- Wurde der Öffentlichkeitsarbeit innerhalb des Projekts ein ausreichend hoher Stellenwert zugeschrieben?
- Wie beurteilen Sie die finanziellen und personelle Ressourcen, die Ihnen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung standen?
- War die Öffentlichkeitsarbeit von Beginn an Bestandteil der Projektplanung?

A.5.3 Abschlussbewertung

- Wie zufrieden sind Sie mit der Öffentlichkeitsarbeit, die im Rahmen des Projekts stattgefunden hat (Schulnote von 1-6)?
- Was würden Sie als besonders gelungen/positiv bewerten?
- Was würden Sie im Nachhinein anders gestalten?
- Gibt es abschließend weitere Aspekte, die Sie ansprechen möchten?

Die „BfN-Schriften“ sind eine seit 1998 unperiodisch erscheinende Schriftenreihe in der institutionellen Herausgeberschaft des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) in Bonn. Sie sind kurzfristig erstellbar und enthalten u.a. Abschlussberichte von Forschungsvorhaben, Workshop- und Tagungsberichte, Arbeitspapiere oder Bibliographien. Viele der BfN-Schriften sind digital verfügbar. Printausgaben sind auch in kleiner Auflage möglich.

DOI 10.19217/skr676

